

Finanzbericht 2008



Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	2008	2007
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	27,83 €	89,40 €
Aktienkurs höchst	89,80 €	118,51 €
Aktienkurs tiefst	18,59 €	81,33 €
Ergebnis je Aktie (basic)	- 7,61 €	13,65 €
Ergebnis je Aktie (verwässert) ¹	- 7,61 €	13,05 €
Ausstehende Aktien (basic, Durchschnitt), in Mio	504	474
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	504	496
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	- 11,1 %	17,9 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	- 16,5 %	24,1 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ²	- 17,7 %	29,0 %
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ³	52,59 €	79,32 €
Aufwand-Ertrag-Relation ⁴	134,6 %	69,6 %
Personalaufwandsquote ⁵	71,2 %	42,7 %
Sachaufwandsquote ⁶	63,4 %	26,9 %
	in Mio €	in Mio €
Erträge insgesamt	13.490	30.745
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.076	612
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	18.155	21.384
Ergebnis vor Steuern	- 5.741	8.749
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3.896	6.510
	31.12.2008	31.12.2007
	in Mrd €	in Mrd €
Bilanzsumme	2.202	1.925
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	30,7	37,9
Tier-1-Kapitalquote ⁷	10,1 %	8,6 %
	Anzahl	Anzahl
Niederlassungen	1.981	1.889
davon in Deutschland	981	989
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	80.456	78.291
davon in Deutschland	27.942	27.779
Langfrustrating		
Moody's Investors Service	Aa1	Aa1
Standard & Poor's	A+	AA
Fitch Ratings	AA-	AA-

1 Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung.

2 Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnen wir eine bereinigte Kennziffer für unsere Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnen wir als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir das durchschnittliche Eigenkapital (2008: 34.442 Mio €; 2007: 36.134 Mio €) bereinigen, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren und die durchschnittliche Fair-Value-Anpassung von Cash Flow Hedges, beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern (2008: 619 Mio €; 2007: 3.841 Mio €) sowie die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung gezahlt wird (2008: 1.743 Mio €; 2007: 2.200 Mio €).

3 Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausstehenden Stammaktien (basic, beide zum Bilanzstichtag).

4 Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

5 Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

6 Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft insgesamt plus zinsunabhängige Erträge.

7 Die für 2008 gezeigte Tier-1-Kapitalquote basiert auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss in 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel II), der im deutschen Kreditwesengesetz (KWG) und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die Quote für 2007 basiert auf dem Basel I-Standard. Basel II-Tier-1-Kapital ohne Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

01 Lagebericht

Lagebericht	3
Risikobericht	68

02 Konzernabschluss

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	113
Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen	114
Konzernbilanz	115
Konzern-Kapitalflussrechnung	116
Konzernanhang mit Inhaltsverzeichnis	117

03 Bestätigungen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	281
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	282
Bericht des Aufsichtsrats	283

04 Corporate-Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat	291
Rechnungslegung und Transparenz	299
Wirtschaftsprüfung und Controlling	300
Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex	302

05 Ergänzende Informationen

Vorstand	305
Aufsichtsrat	306
Advisory Boards	308
Der Konzern im Dreijahresvergleich	313
Patronatserklärung	314
Glossar	315
Impressum/Publikationen	320

Lagebericht

01

Geschäft und Rahmenbedingungen	3
Überblick zur Ertragslage	4
Segmentergebnisse	12
Liquiditäts- und Kapitalmanagement	33
Zweckgesellschaften	33
Überblick zu vertraglichen Verpflichtungen	42
Langfristings	43
Vermögenslage	44
Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen	46
Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht	47
Vergütungsbericht	51
Mitarbeiter und soziale Verantwortung	58
Gesellschaftliche Verantwortung (Corporate Social Responsibility)	59
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	61
Ausblick	62
Risiko- und Kapitalmanagement	68
Arten von Risiken	69
Risikosteuerungsinstrumente	71
Kreditrisiko	72
Marktrisiko	93
Liquiditätsrisiko	102
Operationelles Risiko	108
Gesamtrisikoposition	109

Lagebericht

Die nachfolgenden Erläuterungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Erläuterungen (Notes) gesehen werden. Unsere Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 wurden von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 2.202 Mrd € (Stand: 31. Dezember 2008) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2008 beschäftigte die Bank 80.456 Mitarbeiter (gerechnet auf der Basis von Vollzeitkräften), die in 72 Ländern und 1.981 Niederlassungen (50 % davon in Deutschland) tätig sind. Wir bieten Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten und Dienstleistungen an.

Konzernbereiche

Die Deutsche Bank gliedert sich in die Konzernbereiche Corporate and Investment Bank (CIB), Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie Corporate Investments (CI).

Corporate and Investment Bank

In CIB betreiben wir das Kapitalmarktgeschäft einschließlich Emission, Verkauf und Handel von Kapitalmarktprodukten wie Aktien, Anleihen und anderen Wertpapieren, das Beratungs- und das Kreditgeschäft sowie das Geschäft mit Transaktionsdienstleistungen. Unsere institutionellen Kunden kommen sowohl aus dem öffentlichen Sektor – wie souveräne Staaten und supranationale Einrichtungen – als auch aus der Privatwirtschaft, von mittelständischen Unternehmen bis hin zu multinationalen Großkonzernen.

CIB gliedert sich in die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB).

CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance, die im Deutsche Bank-Konzern weltweit das Emissionsgeschäft, den Verkauf und Handel von Wertpapieren, das Beratungsgeschäft bei Fusionen und Übernahmen sowie das Corporate-Finance-Geschäft abdecken.

Zu GTB gehört unser Produktangebot in den Geschäftszweigen Trade Finance, Cash Management und Trust & Securities Services für Finanzdienstleister und andere Unternehmen.

Private Clients and Asset Management

PCAM ist in die Unternehmensbereiche Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gegliedert.

AWM umfasst die beiden Geschäftsbereiche Asset Management (AM) und Private Wealth Management (PWM). In AM haben wir für Privatkunden das weltweite Publikumsfondsgeschäft unserer Tochtergesellschaft DWS Investments konzentriert. An institutionelle Kunden, einschließlich Pensionsfonds und Versicherungen, wenden wir uns mit einer breiten Produktpalette, die von klassischen Anlagen über Hedgefonds bis zu speziellen Immobilienanlagen

reicht. PWM betreut weltweit vermögende Privatkunden und Familien. Dieser sehr anspruchsvollen Kundschaft bieten wir einen ganzheitlichen Service, zu dem die individuelle Vermögensverwaltung, einschließlich der Beratung bei der Nachfolgeplanung und bei philanthropischen Überlegungen, gehört.

PBC richtet sich an vermögensbildende Privatkunden und kleine bis mittlere Unternehmen, denen wir ein breites Spektrum von Bankdienstleistungen wie Kontoführung, Kredit- und Einlagengeschäft sowie Vermögensanlageberatung zur Verfügung stellen. Außerhalb Deutschlands ist PBC seit Langem in Italien, Spanien, Belgien und Portugal sowie seit einigen Jahren in Polen aktiv. Darüber hinaus investieren wir gezielt in die Erschließung aufstrebender Märkte in Asien, beispielsweise in China und Indien.

Corporate Investments

Der Konzernbereich CI umfasst im Wesentlichen unsere Industriebeteiligungen und sonstige Beteiligungen.

Überblick zur Ertragslage

Die Bankenbranche erlebte 2008 die schwerste Finanzkrise seit Jahrzehnten. Der drohende Zusammenbruch des globalen Finanzsystems konnte nur durch massive Intervention von Regierungen und Zentralbanken abgewendet werden. Das Vertrauen in die Stabilität der nationalen und internationalen Finanzmärkte wurde insbesondere durch die Insolvenz einer US-amerikanischen Investmentbank im September 2008 erschüttert, die das bereits sehr volatile Marktumfeld in eine beschleunigte Abwärtsentwicklung stürzte. Die Märkte waren gegen Ende des Jahres von beispiellosen Volatilitäten, Korrelationen und sich verändernden Relationen zwischen einzelnen Kategorien finanzieller Vermögenswerte gekennzeichnet, was durch eine extreme Illiquidität noch verstärkt wurde. Als Folge des im Jahresverlauf und insbesondere im vierten Quartal vorherrschenden, außergewöhnlich schwierigen Marktumfelds verzeichneten wir für 2008 einen Verlust nach Steuern von 3,9 Mrd €. Diese Marktverhältnisse haben einige Schwächen unseres Geschäftsmodells offenbart. In einigen Kerngeschäftsfeldern werden wir deshalb unsere Aufstellung ändern. Zudem haben wir Maßnahmen ergriffen, um unsere Risikopositionen in CB&S, insbesondere in Bereichen, die vom Marktumfeld besonders betroffen waren, zurückzuführen. Wir werden solche Maßnahmen, die Aktivitäten zur Steuerung und zur Reduzierung unserer Kostenbasis und zur Verringerung unseres Bilanzhebels bei gleichzeitiger Beibehaltung einer starken Kernkapitalquote (Tier-1) beinhalten, auch in 2009 fortführen.

Vor Steuern entstand im Geschäftsjahr 2008 ein Verlust von 5,7 Mrd € nach einem Gewinn von 8,7 Mrd € in 2007. Die Erträge von 13,5 Mrd € gingen im Vergleich zum Vorjahr um 17,3 Mrd € (56 %) zurück. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) lag in 2008 bei minus 18 % gegenüber einer positiven Vergleichszahl von 29 % in 2007. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren durchschnittlichen Eigenkapital) betrug 2008 minus 16 % und 2007 positive 24 %. Für das Geschäftsjahr 2008 ergab sich nach Steuern ein Verlust von 3,9 Mrd € im Vergleich zu einem Gewinn von 6,5 Mrd € in 2007. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) betrug in 2008 minus 7,61 € und in 2007 plus 13,05 €.

Im Konzernbereich CIB gingen die Erträge in 2008 um 84 % auf 3,1 Mrd € zurück nach 19,1 Mrd € in 2007. Sales & Trading verzeichnete im Gesamtjahr 2008 negative Erträge von 506 Mio € nach positiven Erträgen von 13,0 Mrd € im Vorjahr. Darin spiegeln sich die Fortsetzung der Finanzkrise sowie die Auswirkungen beispielloser Marktverwerfungen, vor allem gegen Jahresende, auf einige unserer Handelsbereiche wider. Davon betroffen waren insbesondere der Handel mit Kreditprodukten, einschließlich Eigenhandelsaktivitäten, das Aktienderivategeschäft und der Aktien-

eigenhandel. Diesen Verlusten standen Rekorderträge im Devisen- und Geldmarktgeschäft infolge außergewöhnlich hoher Kundenvolumina und einer günstigen Positionierung teilweise entgegen. Die Verwerfungen auf den Finanzmärkten wirkten sich auch auf unsere Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft aus. Diese gingen in 2008 um 2,5 Mrd € auf 212 Mio € zurück (2007: 2,7 Mrd €). Darin waren signifikante negative Marktwertanpassungen auf Leveraged-Finance-Kredite und Kreditzusagen von netto 1,7 Mrd € enthalten. Der Rückgang reflektiert zudem niedrigere Volumina im Geschäft mit Unternehmenszusammenschlüssen und bei Kapitalmarkttransaktionen. In PCAM gingen die Erträge im Berichtsjahr um 1,1 Mrd € auf 9,0 Mrd € zurück. Dies war im Wesentlichen auf die Auswirkungen der schwierigen Marktbedingungen auf unsere erfolgs- und volumenabhängigen Provisionen im Portfolio/Fund Management und Brokeragegeschäft sowie auf einige signifikante Sonderfaktoren zurückzuführen. Diese umfassten negative Marktwertanpassungen bei Seed Capital und bei anderen Investments.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich in 2008 auf 18,2 Mrd € nach 21,4 Mrd € in 2007. Der Rückgang von 3,2 Mrd € (15 %) war im Wesentlichen auf deutlich geringere erfolgsabhängige Personalaufwendungen infolge des schwächeren operativen Ergebnisses zurückzuführen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Berichtsjahr auf 1,1 Mrd € und war damit um 464 Mio € (76 %) höher als 2007. Diese Zunahme resultierte im Wesentlichen aus Nettoneubildungen für Kredite, die nach der Änderung des IAS 39 umklassifiziert wurden. Darüber hinaus stieg die Risikovorsorge in PBC aufgrund eines sich verschlechternden Kreditumfelds und der Ausweitung der Geschäftsvolumina.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für 2008 und 2007.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
Zinsüberschuss	12.453	8.849	3.604	41
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.076	612	464	76
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	11.377	8.237	3.140	38
Provisionsüberschuss	9.749	12.289	- 2.540	- 21
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 9.992	7.175	- 17.167	N/A
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	666	793	- 127	- 16
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	46	353	- 307	- 87
Sonstige Erträge	568	1.286	- 718	- 56
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	1.037	21.896	- 20.859	- 95
Summe Erträge insgesamt	12.414	30.133	- 17.719	- 59
Personalaufwand	9.606	13.122	- 3.516	- 27
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8.216	7.954	262	3
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 252	193	- 445	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	585	128	457	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	- 13	13	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	18.155	21.384	- 3.229	- 15
Ergebnis vor Steuern	- 5.741	8.749	- 14.490	N/A
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	- 1.845	2.239	- 4.084	N/A
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3.896	6.510	- 10.406	N/A
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 61	36	- 97	N/A
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	- 3.835	6.474	- 10.309	N/A

N/A – nicht aussagefähig

Finanzergebnisse

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zu sehen.

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Zinsüberschuss.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	54.549	64.675	- 10.126	- 16
Summe der Zinsaufwendungen	42.096	55.826	- 13.730	- 25
Zinsüberschuss	12.453	8.849	3.604	41
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt ¹	1.216.666	1.226.191	- 9.525	- 1
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt ¹	1.179.631	1.150.051	29.580	3
Zinsertragsatz ²	4,48 %	5,27 %	- 0,79 Ppkt.	- 15
Zinsaufwandssatz ³	3,57 %	4,85 %	- 1,28 Ppkt.	- 26
Zinsspanne ⁴	0,91 %	0,42 %	0,49 Ppkt.	117
Zinsmarge ⁵	1,02 %	0,72 %	0,30 Ppkt.	42

Ppkt. – Prozentpunkte

1 Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

2 Der Zinsertragsatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

3 Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

4 Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

5 Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu unseren verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

Der Zinsüberschuss belief sich im Geschäftsjahr 2008 auf 12,5 Mrd € und verbesserte sich damit um 3,6 Mrd € (41 %) gegenüber dem Vorjahr. In 2008 waren sowohl die Zinsen und ähnliche Erträge als auch die Zinsaufwendungen deutlich niedriger als in 2007. Darin spiegelt sich vor allem der Rückgang des Zinsniveaus wider, nachdem in 2008 Zentralbanken weltweit mit Leitzinssenkungen auf die Kreditkrise reagierten. Die Reduzierung der Zinsaufwendungen fiel dabei deutlicher aus als die Abnahme der Zinserträge. Obwohl sich das durchschnittliche Volumen der verzinslichen Passiva um 29,6 Mrd € (3 %) erhöhte, konnten wir uns zu deutlich niedrigeren Zinssätzen als 2007 refinanzieren. Dadurch weitete sich unsere Zinsspanne um 49 Basispunkte aus und die Nettozinsmarge stieg um 30 Basispunkte.

Darüber hinaus wird die Entwicklung unseres Zinsüberschusses von der Bilanzierung einiger unserer zu Absicherungszwecken abgeschlossenen Derivategeschäfte beeinflusst. Derivategeschäfte, die nicht Handelszwecken dienen, werden vorwiegend zur wirtschaftlichen Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken unserer Nichthandelsaktiva beziehungsweise -passiva abgeschlossen. Einige dieser Derivate erfüllen die Anforderungen an eine Bilanzierung als Absicherungsgeschäft für Zinsrisiken. In diesem Fall werden erhaltene beziehungsweise gezahlte Zinsen aus den Derivaten in den Zinserträgen und -aufwendungen ausgewiesen. Dort gleichen sie die Zinsströme aus den abgesicherten Finanzinstrumenten aus („Hedge Accounting“). Erfüllen Derivate die bilanziellen Anforderungen an Absicherungsgeschäfte nicht, werden die Zinsergebnisse aus diesen Derivaten dem Handelsergebnis zugerechnet.

Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
CIB – Sales & Trading (Equity)	- 1.513	3.335	- 4.848	N/A
CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	- 6.647	3.858	- 10.505	N/A
Sonstige	- 1.832	- 18	- 1.814	N/A
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 9.992	7.175	- 17.167	N/A

N/A – nicht aussagefähig

CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) verzeichnete in 2008 einen Verlust aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen von 6,6 Mrd € nach einem Gewinn von 3,9 Mrd € in 2007. Diese Entwicklung war vor allem das Ergebnis negativer Marktwertanpassungen im Zusammenhang mit Monoline-Versicherern, verbrieften Wohnungsbaukrediten und gewerblichen Immobilienkrediten sowie erheblicher Verluste in unserem Handel mit Kreditprodukten, inklusive des kreditbezogenen Eigenhandels, im dritten und vierten Quartal 2008. Diese Entwicklungen werden in der Diskussion des Ergebnisses von CB&S detaillierter erläutert. Das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Sales & Trading (Equity) belief sich in 2008 auf einen Verlust von 1,5 Mrd € (2007: Gewinn von 3,3 Mrd €). Der Verlust im Berichtsjahr war insbesondere auf das Aktienderivategeschäft und den Aktieneigenhandel zurückzuführen. Zum Verlust aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in Höhe von 1,8 Mrd € in der Position Sonstige haben in erster Linie Marktwertverluste aus Krediten und Kreditzusagen von 1,7 Mrd € im Leveraged-Finance-Geschäft in 2008 beigetragen.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Unsere Handels- und Risikomanagementaktivitäten umfassen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und zum Fair Value klassifizierten Finanzinstrumenten (zum Beispiel Coupon- und Dividendenerträge) sowie die Refinanzierungskosten für Handelsaktiva als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter Zinsen und ähnlichen Erträgen oder in dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Diese Faktoren können von Periode zu Periode unterschiedlich sein.

Um diese Entwicklung geschäftsorientiert analysieren zu können, untergliedern wir im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nicht nach der Art der erzielten Erträge, sondern nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
Zinsüberschuss	12.453	8.849	3.604	41
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 9.992	7.175	- 17.167	N/A
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	2.461	16.024	- 13.563	- 85
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:¹				
Sales & Trading (Equity)	- 1.895	3.117	- 5.012	N/A
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	317	7.483	- 7.166	- 96
Sales & Trading insgesamt	- 1.578	10.600	- 12.178	N/A
Kreditgeschäft ²	1.014	499	515	103
Transaction Services	1.358	1.297	61	5
Übrige Produkte ³	- 1.821	- 118	- 1.703	N/A
Corporate and Investment Bank insgesamt	- 1.027	12.278	- 13.305	N/A
Private Clients and Asset Management	3.871	3.529	342	10
Corporate Investments	- 172	157	- 329	N/A
Consolidation & Adjustments	- 211	61	- 272	N/A
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	2.461	16.024	- 13.563	- 85

N/A – nicht aussagefähig

¹ Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt im Abschnitt „Segmentberichterstattung“.

² Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen im Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

³ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

Corporate and Investment Bank (CIB). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Sales & Trading belief sich 2008 auf einen Verlust von 1,6 Mrd € nach einem Gewinn von 10,6 Mrd € im Vorjahr. Die Hauptursache für den Rückgang waren die vorgenannten negativen Marktwertanpassungen auf kreditbezogene Risikopositionen und Verluste sowohl im Aktienderivategeschäft als auch im Eigenhandelsgeschäft. Die Zunahme im Kreditgeschäft war auf einen höheren Zinsüberschuss durch den Transfer von Aktiva aus dem Emissionsgeschäft (Debt) zum Kreditgeschäft infolge der Umklassifizierungen aufgrund der Änderungen von IAS 39 und auf Marktwertgewinne bei Absicherungsgeschäften zurückzuführen. Der Rückgang bei den Sonstigen Produkten um 1,7 Mrd € resultierte vor allem aus Marktwertverlusten bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft.

Private Clients and Asset Management (PCAM). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nahm in 2008 gegenüber 2007 um 342 Mio € (10 %) auf 3,9 Mrd € zu. Diesem Anstieg lag ein höherer Zinsüberschuss vor allem durch die Konsolidierung verschiedener Geldmarktfonds im ersten Halbjahr 2008 zugrunde, die im Abschnitt „Zweckgesellschaften“ auf Seite 33 näher beschrieben werden. Darüber hinaus trugen höhere Kredit- und Einlagenvolumina infolge des Wachstums in PBC zu dieser Entwicklung bei.

Corporate Investments (CI). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen betrug in 2008 minus 172 Mio€, verglichen mit positiven 157 Mio€ in 2007. Diese Entwicklung war insbesondere auf Marktwertverluste aus der Option zur Erhöhung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. in China zurückzuführen.

Consolidation & Adjustments. Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen betrug in 2008 minus 211 Mio€ im Vergleich zu positiven 61 Mio€ in 2007. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf höhere Refinanzierungsaufwendungen sowie einen niedrigeren Zinsüberschuss aufgrund von Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen zurückzuführen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich 2008 auf 1,1 Mrd € gegenüber 612 Mio € im Vorjahr. Diese Zunahme um 76 % reflektiert Nettozuführungen in Höhe von 408 Mio € in CIB, gegenüber 109 Mio € im Vorjahr, sowie eine Zunahme der Rückstellungen im Konzernbereich PCAM um 33 % auf 668 Mio €, vor allem in PBC. Der Anstieg in CIB beinhaltet Nettoneubildungen von 257 Mio € im Zusammenhang mit Positionen, die nach den Änderungen des IAS 39 umklassifiziert wurden. Zusätzliche Zuführungen fielen wegen des sich verschlechternden Kreditumfelds, vornehmlich in Europa, an.

Weitere Informationen zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft sind im Risikobericht enthalten.

Übrige zinsunabhängige Erträge

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den übrigen zinsunabhängigen Erträgen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
Provisionsüberschuss ¹	9.749	12.289	- 2.540	- 21
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	666	793	- 127	- 16
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	46	353	- 307	- 87
Sonstige Erträge	568	1.286	- 718	- 56
Übrige zinsunabhängige Erträge	11.029	14.721	- 3.692	- 25
1 Einschließlich:				
	2008	2007	in Mio €	in %
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften				
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	384	427	- 43	- 10
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	2.815	3.376	- 561	- 17
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	215	162	53	33
Insgesamt	3.414	3.965	- 551	- 14
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts				
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft	1.341	2.515	- 1.175	- 47
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	2.457	2.982	- 525	- 18
Insgesamt	3.798	5.497	- 1.700	- 31
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	2.537	2.827	- 289	- 10
Provisionsüberschuss insgesamt	9.749	12.289	- 2.540	- 21

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss lag 2008 mit 9,7 Mrd € um 2,5 Mrd € (21 %) unter dem Vorjahreswert. Der Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften ging gegenüber dem Vorjahr um 551 Mio € zurück vor allem infolge niedrigerer erfolgs- und volumenabhängiger Provisionen in PCAM. Der Provisionsüberschuss sank im Emissions- und Beratungsgeschäft um 1,2 Mrd € (47 %) und im Maklergeschäft um 525 Mio € (18 %). Diese Rückgänge wurden vor allem in CB&S verzeichnet, in denen die Geschäftsvolumina infolge der Marktentwicklungen rückläufig waren. Der Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen ging ebenfalls zurück und lag 289 Mio € unter dem Wert in 2007.

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten lag 2008 mit 666 Mio € um 127 Mio € (16 %) unter dem Vorjahreswert. In 2008 war das Ergebnis im Wesentlichen bestimmt durch Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in CI in Höhe von 1,3 Mrd € (vor allem aus der Reduzierung unserer Anteile an der Daimler AG und der Linde AG sowie aus der Veräußerung unserer Beteiligung an der Allianz SE), die teilweise durch Abschreibungen in den Sales & Trading-Bereichen von CIB, inklusive Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Positionen in Höhe von 490 Mio €, kompensiert wurden. Das Ergebnis in 2007 spiegelte insbesondere Gewinne von 626 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen im Bereich CI wider. Die größten Verkaufsgewinne resultierten aus der Reduzierung unserer Anteile an der Allianz SE und der Linde AG sowie aus der Veräußerung unserer Beteiligung an der Fiat S.p.A. In den Sales & Trading-Bereichen von CIB wurden Gewinne durch Abschreibungen kompensiert.

Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen. Der Gewinn aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen erreichte im Berichtsjahr 46 Mio € gegenüber 353 Mio € in 2007. Im Berichtsjahr waren keine signifikanten Einzeleffekte enthalten. Zu dem Ergebnis in 2007 haben im Wesentlichen CI sowie das RREEF-Alternative-Investments-Geschäft in AM beigetragen. Das Ergebnis von CI enthielt 2007 einen Gewinn von 178 Mio € aus unserer Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG (der zu einer Goodwillabschreibung in Höhe von 54 Mio € in CI führte).

Sonstige Erträge. Die Sonstigen Erträge beliefen sich 2008 auf insgesamt 568 Mio €, was einem Rückgang von 718 Mio € gegenüber 2007 entspricht. Dies ist vor allem auf signifikante Effekte im Vorjahr, einschließlich der Sale- und-Leaseback-Transaktion für die Immobilie 60 Wall Street, und auf niedrigere Gewinne aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften zurückzuführen. Darüber hinaus trugen Belastungen im Zusammenhang mit der Konsolidierung von bestimmten Geldmarktfonds in 2008, die in anderen Ertragskategorien ausgeglichen wurden, zu dieser Entwicklung bei. Dies wurde durch höhere Beiträge im Versicherungsgeschäft infolge der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im vierten Quartal 2007 teilweise kompensiert.

Zinsunabhängige Aufwendungen

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den zinsunabhängigen Aufwendungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
Personalaufwand	9.606	13.122	- 3.516	- 27
Sachaufwand und sonstiger Aufwand ¹	8.216	7.954	262	3
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 252	193	- 445	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	585	128	457	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	- 13	13	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	18.155	21.384	- 3.229	- 15

N/A – nicht aussagefähig

1 Einschließlich:

	2008	2007	in Mio €	in %
EDV-Aufwendungen	1.820	1.867	- 47	- 3
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.434	1.347	87	6
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	1.164	1.257	- 93	- 7
Kommunikation und Datenadministration	700	680	20	3
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	492	539	- 47	- 9
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	418	437	- 19	- 4
Marketingaufwendungen	373	411	- 38	- 9
Sonstige Aufwendungen	1.815	1.416	399	28
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	8.216	7.954	262	3

Personalaufwand. Der 2008 verzeichnete Rückgang um 3,5 Mrd € (27 %) gegenüber dem Vorjahr resultierte aus den deutlich niedrigeren leistungsabhängigen Vergütungen im Einklang mit den operativen Ergebnissen. Dies wurde teilweise durch höhere Abfindungszahlungen in CB&S und PBC ausgeglichen, die im Zusammenhang mit Neupositionierungs- und Effizienzprogrammen standen.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand. Die Zunahme von 262 Mio € (3 %) in 2008 gegenüber dem Vorjahr war im Wesentlichen auf zusätzliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Berichtsjahr zurückzuführen, nachdem hier im Vorjahr Erträge aus Auflösungen verzeichnet wurden. Darüber hinaus fielen höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit konsolidierten Investments in AM an, die in der Position Sonstige Aufwendungen ausgewiesen sind. Die Zunahme von 399 Mio € in Sonstige Aufwendungen enthält eine Rückstellungsbildung von 98 Mio € im Rahmen einer Verpflichtung nach einem Vergleich in den USA zum Rückkauf von Auction Rate Preferred (ARP) Securities/Auction Rate Securities (ARS) von Kunden zum Nennwert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Der Ertrag von 252 Mio € im laufenden Jahr nach Aufwendungen von 193 Mio € in 2007 resultierte im Wesentlichen aus der bereits genannten Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited. Diese versicherungsbezogenen positiven Beträge wurden hauptsächlich durch korrespondierende Verluste aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen kompensiert.

Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte. Im Berichtsjahr wurden im Bereich AM Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte bei DWS Scudder in Höhe von 310 Mio € sowie eine Goodwillabschreibung von 270 Mio € in einem konsolidierten Investment vorgenommen. Im Vorjahr wurden eine Abschreibung von 74 Mio € auf bestimmte immaterielle Vermögenswerte in AM sowie eine Goodwillabschreibung von 54 Mio € in CI vorgenommen.

Restrukturierungsaufwand. In 2008 fiel kein Restrukturierungsaufwand an. In 2007 wurde das Business Realignment Program abgeschlossen und es wurden verbliebene Rückstellungen von 13 Mio € aufgelöst.

Ertragsteueraufwand

In 2008 wurde ein Steuerertrag von 1,8 Mrd € ausgewiesen gegenüber einem Ertragsteueraufwand von 2,2 Mrd € für den Vorjahreszeitraum. Der Ertrag im laufenden Jahr wurde durch eine vorteilhafte geografische Verteilung des Konzernergebnisses, die Beilegung ausstehender Steuerverfahren und einen Steuerertrag von 79 Mio € im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life („Policyholder Tax“) begünstigt. Diesen positiven Effekten standen steuerliche Verluste in bestimmten US-Gesellschaften gegenüber, für die seit dem dritten Quartal keine latenten Steuerforderungen bilanziert wurden, sowie ein höherer Steueraufwand im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen aufgrund des gesunkenen Aktienkurses. Die effektive Ertragsteuerquote betrug 32,1 % in 2008 und 25,6 % in 2007.

Segmentergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse unserer Konzernbereiche dargestellt. Informationen zu folgenden Sachverhalten sind in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten:

- Änderungen in unserer Organisationsstruktur,
- Auswirkungen wesentlicher Akquisitionen und Desinvestitionen auf die Bereichsergebnisse,
- Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung,
- Rahmenwerk unserer Managementberichtssysteme,
- Überleitungsposition zum Konzernabschluss nach IFRS,
- Definitionen der für die Geschäftsergebnisse unserer Segmente verwendeten bereinigten Finanzzahlen und
- Erläuterung der einzelnen Positionen, um welche die Ergebnisse bereinigt werden.

Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2008 gültige Konzernstruktur. Die Ergebnisse der Bereiche wurden auf Basis unserer Managementberichtssysteme ermittelt.

2008	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)						
Erträge insgesamt	3.078	9.041	1.290	13.408	82	13.490¹
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	408	668	- 1	1.075	1	1.076
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.090	7.972	95	18.156	- 0	18.155
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 273	18	-	- 256	4	- 252
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	580	-	585	-	585
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	- 48	- 20	2	- 66	66	-
Ergebnis vor Steuern	- 7.371	420	1.194	- 5.756	15	- 5.741
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	88 %	7 %	135 %	N/A	135 %
Aktiva ²	2.047.181	188.785	18.297	2.189.313	13.110	2.202.423
Durchschnittliches Active Equity ³	20.262	8.315	403	28.979	3.100	32.079
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	- 36 %	5 %	N/A	- 20 %	N/A	- 18 %

N/A – nicht aussagefähig

1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE and Linde AG) in Höhe von 1.228 Mio € und einem Gewinn aus der Veräußerung der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

3 Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.

4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [2]. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) -16 %.

2007	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)						
Erträge insgesamt	19.092	10.129	1.517	30.738	7	30.745¹
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	109	501	3	613	- 1	612
Zinsunabhängige Aufwendungen	13.802	7.560	220	21.583	- 199	21.384
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	73	-	188	5	193
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	74	54	128	-	128
Restrukturierungsaufwand	- 4	- 9	- 0	- 13	- 0	- 13
Minderheitsanteile	34	8	- 5	37	- 37	-
Ergebnis vor Steuern	5.147	2.059	1.299	8.505	243	8.749
Aufwand-Ertrag-Relation	72 %	75 %	15 %	70 %	N/A	70 %
Aktiva ²	1.800.027	156.767	13.005	1.916.304	8.699	1.925.003
Durchschnittliches Active Equity ³	20.714	8.539	473	29.725	368	30.093
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	25 %	24 %	N/A	29 %	N/A	29 %

N/A – nicht aussagefähig

1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A., Linde AG und Allianz SE) in Höhe von 514 Mio €, einen Gewinn aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio €, nach Abzug von 54 Mio € Goodwillabschreibung, sowie Gewinne aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Bürogebäude 60 Wall Street in New York) in Höhe von 317 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

3 Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.

4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [2]. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 24 %.

Konzernbereiche

Konzernbereich Corporate and Investment Bank

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate and Investment Bank für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity)	- 630	4.613
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	124	8.407
Emissionsgeschäft (Equity)	336	861
Emissionsgeschäft (Debt)	- 713	714
Beratung	589	1.089
Kreditgeschäft	1.260	974
Transaction Services	2.774	2.585
Sonstige Produkte	- 661	- 151
Summe Erträge insgesamt	3.078	19.092
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 1.027	12.278
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	408	109
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.090	13.802
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 273	116
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-
Restrukturierungsaufwand	-	- 4
Minderheitsanteile	- 48	34
Ergebnis vor Steuern	- 7.371	5.147
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	72 %
Aktiva	2.047.181	1.800.027
Durchschnittliches Active Equity ¹	20.262	20.714
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	- 36 %	25 %

N/A – nicht aussagefähig

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

Nachfolgend stellen wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank dar.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity)	- 630	4.613
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	124	8.407
Emissionsgeschäft (Equity)	336	861
Emissionsgeschäft (Debt)	- 713	714
Beratung	589	1.089
Kreditgeschäft	1.260	974
Sonstige Produkte	- 661	- 151
Summe Erträge insgesamt	304	16.507
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	402	102
Zinsunabhängige Aufwendungen	8.427	12.169
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 273	116
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-
Restrukturierungsaufwand	-	- 4
Minderheitsanteile	- 48	34
Ergebnis vor Steuern	- 8.476	4.202
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	74 %
Aktiva	2.012.427	1.785.876
Durchschnittliches Active Equity ¹	19.181	19.619
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	- 44 %	21 %

N/A – nicht aussagefähig

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

Die Erträge beliefen sich im Jahr 2008 auf 304 Mio € nach 16,5 Mrd € im Vorjahr. Dieser Rückgang spiegelt negative Marktwertanpassungen in Höhe von 7,5 Mrd € (2007: 2,3 Mrd €), deutliche Verluste in zentralen Sales & Trading-Bereichen, insbesondere im vierten Quartal 2008, sowie einen Einbruch der Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft wider. Infolgedessen wies der Unternehmensbereich CB&S für das Geschäftsjahr 2008 einen Verlust vor Steuern in Höhe von 8,5 Mrd € aus, während in 2007 ein Gewinn vor Steuern von 4,2 Mrd € in 2007 erzielt werden konnte.

Der Verlust in 2008 verdeutlicht die Auswirkungen extremer Marktvolatilitäten und Korrelationen zwischen einzelnen Kategorien finanzieller Vermögenswerte im Geschäftsjahr und, insbesondere nach dem Zusammenbruch einer US-amerikanischen Investmentbank im September, auf unser Geschäftsmodell. Daraufhin wurden in CB&S die Risikopositionen im Aktienhandelsgeschäft und im kreditbezogenen Eigenhandel reduziert. Der kreditbezogene Eigenhandel wurde eingestellt und verbliebene Positionen wurden an anderes internes Management übertragen. Im Zusammenhang mit den verbliebenen Positionen sind weiterhin negative Marktwertanpassungen möglich. Die vorgenannten Verluste haben das im Vergleich zum Vorjahr deutliche Ertragswachstum in unserem kundenbezogenen Geldmarkt- und Devisengeschäft mehr als kompensiert.

Im Gesamtjahr 2008 beliefen sich die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) auf 124 Mio € im Vergleich zu 8,4 Mrd € in 2007. Hauptursachen für den Rückgang waren negative Marktwertanpassungen von 5,8 Mrd € im Zusammenhang mit zusätzlichen Rückstellungen für Monoline-Versicherer (2,2 Mrd €), weiteren negativen Marktwertanpassungen auf verbriefte Wohnungsbaukredite (2,1 Mrd €), gewerbliche Immobilienkredite (1,1 Mrd €) und Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Positionen (490 Mio €). Im Jahr 2007 beliefen sich diese negativen Marktwertanpassungen auf 1,6 Mrd €. Ohne Umklassifizierungen auf Basis der Änderungen von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, hätte das Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) Ergebnis für das Gesamtjahr zusätzliche negative Marktwertanpassungen von 2,3 Mrd € enthalten.

Im Handel mit Kreditprodukten verzeichneten wir Verluste von 3,2 Mrd €, in erster Linie im vierten Quartal, von denen 1,7 Mrd € auf das kreditbezogene Eigenhandelsgeschäft entfielen. Diese Verluste sind hauptsächlich auf Longpositionen im US-amerikanischen Automobilsektor, sinkende Kurse von Unternehmens- und Wandelanleihen sowie einen Anstieg des Basisrisikos bei anderen signifikanten kreditbezogenen Handelspositionen gegenüber den zu ihrer Absicherung eingegangenen Credit Default Swaps (CDS) zurückzuführen. Die darüber hinausgehenden Verluste im Handel mit Kreditprodukten betrafen verschiedenste Sektoren. In einem Umfeld, in dem viele Marktteilnehmer ihre Risikopositionen abbauen wollten und das von geringer Liquidität geprägt war, kam es zu massiven Verkäufen von Anleihen und einer deutlichen Ausweitung der Basisspreads. Diese Verluste wurden durch Rekordergebnisse im weiterhin von einer starken Kundennachfrage geprägten Devisen-, Geldmarkt- und Rohstoffgeschäft teilweise ausgeglichen.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete für das Geschäftsjahr 2008 negative Erträge in Höhe von 630 Mio € im Vergleich zu positiven Erträgen von 4,6 Mrd € im Vorjahr. Dieser Rückgang war in erster Linie auf Verluste im Aktienderivategeschäft und Aktieneigenhandel zurückzuführen. Das Geschäft mit Aktienderivaten war durch anhaltend schwierige Marktbedingungen an den Aktienmärkten infolge einer beispiellosen Volatilität und eines äußerst niedrigen Liquiditätsniveaus gekennzeichnet. In diesem Umfeld verzeichnete der Bereich Verluste von 1,4 Mrd €, die insbesondere im vierten Quartal entstanden. Hier führte ein extremer Anstieg der Volatilität an den Aktienmärkten sowie der Korrelationen zwischen einzelnen Aktienwerten und auch zwischen Indizes, zusammen mit einer deutlichen Reduzierung der Dividendenerwartungen zu Wertminderungen bei strukturierten Positionen, die wir im Zusammenhang mit umfangreichen kundenbezogenen Handelsaktivitäten im europäischen und sonstigen Aktienderivatemarkt eingegangen waren. Die im Eigenhandelsgeschäft verzeichneten Verluste von 742 Mio € ergaben sich hauptsächlich dadurch, dass viele Marktteilnehmer ihre Risikopositionen abbauen wollten und es infolgedessen zu einer Reduzierung der Marktwerte von Wandelanleihen sowie zu einer Erhöhung des Basisrisikos kam. Dagegen konnte im Prime-Brokerage-Geschäft weiter Neugeschäft verzeichnet werden, sodass die Erträge nur geringfügig unter dem Vorjahreswert lagen.

Die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft lagen mit 212 Mio € um 2,5 Mrd € unter dem Vorjahreswert. Hauptursache für den Rückgang der Erträge waren hohe negative Marktwertanpassungen (per saldo) auf Leveraged-Finance-Kredite und Finanzierungszusagen von 1,7 Mrd €. In 2007 hatten vergleichbare negative Marktwertanpassungen 759 Mio € betragen. Darüber hinaus wurden die Erträge durch die turbulente Situation auf den Finanzmärkten beeinträchtigt, die gegenüber 2007 zu einer geringeren Emissionstätigkeit und einem geringeren Neugeschäft führte. Ohne Umklassifizierungen auf Basis der Änderungen von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, hätte das Ergebnis für das Emissions- und Beratungsgeschäft im Gesamtjahr zusätzliche negative Marktwertanpassungen von 1,1 Mrd € enthalten.

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft betragen im Gesamtjahr 1,3 Mrd € und lagen damit um 287 Mio € (29 %) über dem Vorjahreswert. Dieser Anstieg war zu einem großen Teil auf Marktwertgewinne bei Absicherungsgeschäften und einen höheren Zinsüberschuss durch den Transfer von Aktiva aus dem Emissionsgeschäft (Debt) zum Kreditgeschäft infolge der Umklassifizierungen aufgrund der Änderungen von IAS 39 zurückzuführen.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten beliefen sich im Gesamtjahr auf minus 661 Mio €. Dies entspricht einem Rückgang von 510 Mio € gegenüber 2007. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf Marktwertverluste bei Investments zurückzuführen, die Leistungen im Zusammenhang mit dem geschlossenen Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken, das wir im vierten Quartal 2007 erworben haben. Dieser Effekt wird durch gegenläufige positive Beträge unter der Position Aufwendungen im Versicherungsgeschäft in den zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen und wirkt sich deshalb nicht auf das Ergebnis aus.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft umfasste im Gesamtjahr eine Nettozuführung von 402 Mio € nach einer Nettozuführung von 102 Mio € im Vorjahr. In dem Anstieg sind Nettoneubildungen von 257 Mio € im Zusammenhang mit Krediten enthalten, die im Rahmen der Änderungen von IAS 39 umklassifiziert wurden. Zusätzlich fielen Neubildungen für Kredite an vorwiegend europäische Kunden an, die die Verschlechterung des Kreditumfelds widerspiegeln.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen gingen gegenüber dem Vorjahr um 3,7 Mrd € (31 %) auf 8,4 Mrd € zurück. Hauptursachen für diese Entwicklung waren niedrigere leistungsabhängige Vergütungen infolge des Geschäftsergebnisses sowie die vorgenannten Effekte im Zusammenhang mit Abbey Life, die zu Kostensenkungen von 389 Mio € führten. Die Einsparungen, die sich aus Maßnahmen zur Kostensenkung und aufgrund einer niedrigeren Mitarbeiterzahl ergaben, wurden durch höhere Abfindungszahlungen ausgeglichen.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

Das Ergebnis im Berichtsjahr wurde durch die Anwendung von geänderten Regelungen des IAS 39 und des IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“, deutlich positiv beeinflusst. Das IASB hatte diese Anpassungen im Oktober 2008 verabschiedet. Danach wurden sie von der EU in europäisches Recht übernommen. Die Änderungen ermöglichen eine Umgliederung bestimmter finanzieller Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum Fair Value bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“. Voraussetzung für eine solche Umgliederung ist, dass das Management die bisher festgelegte Zweckbestimmung des Vermögenswerts ändert. Zum Zeitpunkt der Umgliederung müssen für den Vermögenswert zudem die Absicht und die Möglichkeit eines Haltens auf absehbare Zeit sowie die sonstigen Kriterien für eine Klassifizierung als Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllt sein.

Wir haben im dritten und im vierten Quartal 2008 Vermögenswerte, die diese Kriterien erfüllt haben, in die Bilanzposition Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Im dritten Quartal erfolgte dies zu den am 1. Juli 2008 vorliegenden Fair Values der Vermögenswerte. Im vierten Quartal wurden Vermögenswerte, für die eine Umwidmungsentscheidung bis zum 1. November vorlag, mit dem Fair Value vom 1. Oktober 2008 umgegliedert. Spätere Umgliederungen erfolgten zum Fair Value des jeweiligen Umwidmungszeitpunkts.

Bei den umgegliederten Vermögenswerten sind wir der Ansicht, dass der Fair Value den inneren Wert der Position aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten momentan nicht wiedergibt und dass dieser innere Wert bei einer längeren Haltedauer realisiert werden kann. Wenn die genannten Kriterien für eine Umgliederung erfüllt sind und die Vermögenswerte längerfristig gehalten und refinanziert werden können, sind wir der Meinung, dass die geänderte Bilanzierung den Geschäftszweck der Vermögenswerte adäquater widerspiegelt.

Die mit diesen Umklassifizierungen für CB&S verbundenen Effekte sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst und die daraus folgenden Auswirkungen auf die Kreditrisikoangaben werden im Kapitel „Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“ dargestellt.

	31.12.2008		Stichtag zum 31. Dezember 2008	
	Buchwert	Fair Value	Auswirkungen auf das Ergebnis vor Steuern	Auswirkungen auf die nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste
	in Mrd €	in Mrd €	in Mio €	in Mio €
Sales & Trading – Debt				
Handelsaktiva umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	16,2	14,3	2.073	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10,5	8,5	121	1.712
Origination und Advisory				
Handelsaktiva umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	7,4	6,4	1.101	–
Kreditgeschäft				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	0,3	0,1	–	114
Insgesamt	34,4	29,3	3.295¹	1.826

1 Zusätzlich zur Auswirkung auf CB&S erhöhte sich das Ergebnis vor Steuern um 32 Mio € in PBC.

Bei den in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifizierten Vermögenswerten handelt es sich zum einen um Kredite im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen mit einem Fair Value von 7,5 Mrd € am Umklassifizierungstag, welche im Rahmen einer Originate-to-Distribute-Strategie begeben wurden. Zum anderen wurden Vermögenswerte in konsolidierten Asset-backed Commercial Paper Conduits in Höhe von 9,4 Mrd € und gewerbliche Immobilienkredite in Höhe von 9,1 Mrd € umgegliedert. Diese Forderungen sollten ursprünglich zum Zeitpunkt der Begebung oder des Erwerbs verbrieft werden. Die verbleibenden umklassifizierten Vermögenswerte, zu denen sonstige zum Zweck der Verbriefung erworbene oder begebene Vermögenswerte gehören, hatten am Umklassifizierungstag einen Fair Value von 9,0 Mrd €.

Wesentliche Risikopositionen

Der nachfolgende Abschnitt gibt einen Überblick über die Entwicklung bestimmter Marktrisikopositionen unserer CB&S-Geschäftsbereiche, die von der globalen Kreditkrise betroffen sind. Dabei wurden nur die Positionen betrachtet, die ergebniswirksam zum Fair Value bewertet werden und für die wir bereits in Vorperioden diese zusätzlichen Risikoangaben bereitgestellt haben.

Handelsaktiva oder zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte, die aufgrund der Änderungen von IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, sind in den Zahlen für 2008 nicht berücksichtigt. Marktwertveränderungen dieser reklassifizierten Positionen sind nicht länger ergebniswirksam.

Wesentliche Risikopositionen im CDO-Handels- und –Emissionsgeschäft: Die folgende Tabelle zeigt die Risikopositionen für Vermögenswerte in unseren CDO-Handelsbereichen zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007.

CDO-Subprime-Risikopositionen (bilanziert als „zum Fair Value bewertet“)	31.12.2008			31.12.2007		
	Subprime ABS CDO Bruttorisiko- position	Hedges und sonstige Absiche- rungen	Subprime ABS CDO Nettorisiko- position	Subprime ABS CDO Bruttorisiko- position	Hedges und sonstige Absiche- rungen	Subprime ABS CDO Nettorisiko- position
in Mio €						
Super Senior Tranchen	640	– 182	458	1.778	– 938	840
Mezzanine-Tranchen	228	– 195	33	1.086	– 922	164
Super Senior und Mezzanine Tranchen insgesamt	868	– 377	491	2.864	– 1.860	1.004
Sonstige Nettorisikoposition im CDO-Geschäft			– 6			186
Nettorisikoposition im CDO-Subprime-Handelsbereich			485			1.190

In der obigen Tabelle stellt die Nettorisikoposition den theoretisch möglichen Verlust für den Fall dar, in dem die Subprime-Wertpapiere und damit im Zusammenhang stehende ABS CDOs komplett ausfallen und keine Verwertungsgewinne erzielt werden könnten. Sie liefert damit keine Indikation für unsere um das „Net Delta“ adjustierte Handelsrisikoposition zum Bilanzstichtag. Diese „Net-Delta“-adjustierte Handelsrisikoposition ist eine Kennzahl, die die Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen ABS-CDO- und anderen Subprime-Risiken herstellt. Sie gibt für eine synthetische Subprime-Position die Position in den entsprechenden Wertpapieren an, welche die gleiche Sensitivität gegenüber Marktveränderungen hat.

Die einzelnen Bruttobestandteile unserer oben genannten Nettorisikopositionen beinhalten Positionen aus verschiedenen Jahren der Kreditvergabe, Lokationen und Bonitätsklassen der Schuldner sowie weitere marktabhängige Faktoren. Während die vorgenannten Werte das maximale Risiko im Fall extremer Marktentwicklungen beschreiben, hängen die effektiven zukünftigen Gewinne und Verluste aus diesen Positionen von den tatsächlichen Marktbewegungen ab, inklusive der Basisbewegungen zwischen den verschiedenen Komponenten unserer Risikopositionen und der Möglichkeit, entsprechende Absicherungsgeschäfte diesen Umständen anzupassen. Zum 31. Dezember 2008 stammten unsere Risikopositionen und Absicherungsgeschäfte, bezogen auf Super Senior- und Mezzanine-Tranchen, zu 1 %, 30 %, 35 % und 34 % aus den Jahren 2007, 2006, 2005 sowie 2004 und früher.

Bewertungen von ABS CDOs werden anhand von primären und sekundären Parametern vorgenommen. Primäre Parameter stellen quantitative Vorgaben innerhalb des Bewertungsmodells dar. Sekundäre Parameter können eine qualitative (beispielsweise geografische Verteilung) oder eine quantitative Ausprägung (beispielsweise historische

Ausfallquoten) haben und werden benutzt, um geeignete Werte für die primären Parameter zu bestimmen. Daher werden sekundäre Parameter nur als Anhaltspunkte genutzt, um plausible Annahmen für primäre Parameter zu stützen. Primäre Hauptparameter, die die Bewertung von CDO-Vermögenswerten bestimmen, umfassen Forward Rates, Credit Spreads, Prepayment Speed sowie Korrelations-, Ausfall- und Recoveryquoten.

Unsere Annahmen referenzieren, soweit möglich, auf Markttransaktionen. Grundsätzlich werden ABS CDOs dann als Subprime klassifiziert, wenn 50 % oder mehr der jeweils zugrunde liegenden Sicherheit Wohnungsbaukredite darstellen.

Zusätzlich zu unserer auf CDOs zurückgehenden Subprime-Risikoposition haben wir auch ABS-CDO-Risikopositionen aus verbrieften Forderungen, die auf US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten besserer Qualität („Alt-A“) basieren. Die nachfolgende Tabelle erläutert unser Engagement in diesen Positionen auf einer der vorhergehenden Darstellung vergleichbaren Grundlage.

CDO-Alt-A-Risikopositionen (Handelsbestand) in Mio €	Risikoposition	
	31.12.2008	31.12.2007
Alt-A-Risikoposition	201	603
Hedges und sonstige Absicherungen	- 147	- 442
Alt-A-Nettorisikoposition im CDO-Handelsbereich	54	161

Im Zuge ihrer Geschäftstätigkeit übernehmen unsere CDO-Handelsbereiche auch verbrieft Forderungen, die durch andere Kategorien von Vermögenswerten (einschließlich gewerblicher Immobilienkredite, Trust Preferred Securities und Collateralized Loan Obligations) unterlegt sind. Diese Positionen werden üblicherweise durch Transaktionen mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere korrespondierende Instrumente abgesichert. Zukünftige Gewinne und Verluste werden von den tatsächlichen Marktbewegungen, inklusive der Basisbewegungen zwischen den verschiedenen Komponenten unserer Risikopositionen, und der Möglichkeit, entsprechende Absicherungsgeschäfte diesen Umständen anzupassen, abhängen.

Zusätzlich zu den aufgeführten Risikopositionen im Handel fasst die nachfolgende Tabelle unsere Risikopositionen am US-amerikanischen Subprime-ABS-CDO-Markt zusammen, die wir als zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte bilanziert haben. Diese Risikopositionen entstehen in erster Linie bei konsolidierten Conduits aus vom Konzern gesponserten Asset-backed-Commercial-Paper-Programmen für bestimmte Vermögenswerte. Marktwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten sind grundsätzlich im Eigenkapital zu verbuchen, bestimmte Wertminderungen werden jedoch in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung reflektiert. Im Ergebnis für das Geschäftsjahr 2008 waren Bruttobelastungen aus solchen zur Veräußerung verfügbaren Positionen in Höhe von 448 Mio € enthalten, die zuvor im Eigenkapital verbucht waren. Weitere 15 Mio € verblieben zum 31. Dezember 2008 im Eigenkapital.

CDO-Subprime-Risikopositionen in Mio €	Risikoposition	
	31.12.2008	31.12.2007
Zur Veräußerung verfügbar bilanzierte Vermögenswerte	86	499
Shortpositionen im Handelsbestand	-	- 446
Nettorisikoposition	86	53

Geschäfte im Hypothekenmarkt: Wir sind im Markt mit US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten auch im Handel, bei der Emission und mit der Verbriefung von Wohnungsbaukrediten („RMBS“) aktiv. Das kreditrisikosensitive Engagement aus diesem Geschäft ist in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst. Es enthält weder verbrieft

Forderungen öffentlich-rechtlicher Emittenten noch Kredite, die sich grundsätzlich zum Ankauf durch solche Institutionen qualifizieren, da wir diese als nicht kreditrisikosensitive Engagements erachten. Verbriefte Forderungen öffentlich-rechtlicher Emittenten werden als nicht creditsensitive Produkte angesehen, da fristgemäße Zins- und Tilgungszahlungen auf die zugrunde liegenden Kredite von Unternehmen garantiert werden, die staatlich gefördert sind. Kredite, die sich grundsätzlich zum Ankauf durch öffentlich-rechtliche Emittenten qualifizieren, werden als nicht creditsensitive Produkte angesehen, da sie unter Berücksichtigung bestimmter Vorgaben abgeschlossen wurden, damit sie an staatlich geförderte Unternehmen verkauft werden können.

Die Tabelle enthält ebenfalls nicht tilgungsfreie und inverse tilgungsfreie Positionen, die negativ mit der Verschlechterung der Marktsituation korrelieren.

Sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt in Mio €	Risikoposition	
	31.12.2008	31.12.2007
Alt-A	3.406	7.848
Subprime	84	214
Sonstige	1.359	1.666
Sonstige Bruttovermögenswerte in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten	4.849	9.729
Hedges und sonstige Absicherungen	- 3.993	- 6.921
Handelspositionen (netto)	403	803
Nettorisikoposition	1.259	3.611

Die in der obigen Tabelle aufgeführte Nettorisikoposition stellt den theoretisch möglichen Verlust für den Fall dar, in dem die RMBS-Schuldverschreibungen, -Kredite und entsprechende Absicherungsgeschäfte komplett ausfallen und keine Verwertungsgewinne erzielt werden könnten. Sie liefert keinen Anhaltspunkt für unsere um das „Net-Delta“-adjustierte Nettorisikoposition im Handel. Diese „Net Delta“-adjustierte Handelsrisikoposition ist eine Kennzahl, die eine Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen RMBS- und anderen Risikopositionen herstellt. Sie gibt für eine synthetische Subprime-Position die Position in den entsprechenden Wertpapieren an, welche die gleiche Sensitivität gegenüber Marktveränderungen hat.

Die einzelnen Bruttobestandteile unserer oben genannten Nettorisikoposition beinhalten Positionen aus verschiedenen Jahren der Kreditvergabe, Lokationen und Bonitätsklassen der Schuldner sowie weitere marktabhängige Faktoren. Während die vorgenannten Werte das maximale Risiko im Fall extremer Marktentwicklungen beschreiben, hängen die effektiven zukünftigen Gewinne und Verluste aus diesen Positionen von den tatsächlichen Marktbewegungen ab, inklusive der Basisbewegungen zwischen den verschiedenen Komponenten unserer Risikopositionen und der Möglichkeit, entsprechende Absicherungsgeschäfte diesen Umständen anzupassen. Zum 31. Dezember 2008 stammten unsere Risikopositionen und Absicherungsgeschäfte, bezogen auf die Bruttowerte von Alt-A- und Subprime-Tranchen zu 89 % aus 2007, 9 % aus 2006 und 2 % aus 2005 und früher. Ungefähr 90 % dieser Positionen verfügten über ein AAA-Rating.

Absicherungsgeschäfte setzen sich aus verschiedenen Marktinstrumenten zusammen. Dazu gehören Kreditversicherungen von Monolinern, auf Referenzschuldner bezogene Credit Default Swaps („CDS“) und Indexkontrakte.

Im Jahresverlauf 2008 verbuchten wir Verluste in Höhe von 1,8 Mrd € aus unserem US-amerikanischen Hypothekengeschäft (ausgenommen sind die Effekte aus Risikopositionen gegenüber Monolinern, die weiter unten dargestellt werden). Die Verluste bezogen sich hauptsächlich auf Alt-A-Risikopositionen, die in obiger Tabelle dargestellt werden.

Die folgende Tabelle zeigt die verbliebenen Risikopositionen in den Handelsaktiva, bezogen auf Wohnungsbaukredite im europäischen Originate-to-Distribute-Hypothekengeschäft von CB&S. Auf diese Handelsaktiva wurden im Geschäftsjahr 2008 negative Wertanpassungen von 277 Mio € vorgenommen.

Risikopositionen Originate-to-Distribute im europäischen Hypothekenmarkt (Fair-Value-basiert) in Mio €	Risikoposition	
	31.12.2008	31.12.2007
Großbritannien	188	1.545
Italien	56	423
Deutschland	13	148
Spanien	–	83
Risikopositionen Originate-to-Distribute im europäischen Hypothekenmarkt insgesamt	257	2.200

Die in der obigen Tabelle aufgeführten Risikopositionen enthalten keine Vermögenswerte, die durch die Anwendung der Änderungen von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, mit Wirkung zum 1. Juli 2008 oder später aus den Handelsaktiva in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden. Dadurch wurde der Umfang der Positionen, deren Fair-Value-Änderungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berücksichtigen sind, zum 31. Dezember 2008 um 1,1 Mrd € reduziert. Davon entfielen 699 Mio € auf Großbritannien, 198 Mio € auf Italien, 146 Mio € auf Deutschland und 65 Mio € auf Spanien.

Risikopositionen gegenüber Monolinern: Die Verwerfungen am US-amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt und mit diesem verbundenen Märkten haben bei Anbietern von Finanzgarantien wie Monoline-Versicherern zu hohen Risikopositionen geführt, wenn sie den Wert eines Pools von Sicherheiten, auf den CDOs oder andere gehandelte Wertpapiere referenzieren, versichert oder garantiert haben. Ansprüche gegenüber Monoline-Versicherern werden nur dann fällig, wenn der Bank Verluste dadurch entstehen, dass abgesicherte Aktiva (oder Kreditsicherheiten) ausfallen. Es besteht eine gewisse Verunsicherung darüber, ob Monoliner ihre Verpflichtungen gegenüber Banken und anderen Käufern von Absicherungen erfüllen können. Unter bestimmten Umständen, beispielsweise bei der Liquidation, können wir Forderungen unabhängig von tatsächlichen Verlusten aus den abgesicherten Aktiva vorzeitig geltend machen.

Die folgende Tabelle fasst unser Nettoausfallrisiko gegenüber Monolinern, bezogen auf Aktivitäten in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten, zusammen. Die gezeigten Beträge basieren auf den aktuellen Marktwerten der Vermögenspositionen, denen die von Monolinern garantierten Nominalwerte gegenübergestellt werden. Die Tabelle zeigt die zugehörigen kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen, die wir für diese Positionen vorgenommen haben und die auf Basis einer Bonitätsprüfung jedes einzelnen Monoline-Kontrahenten unter Zugrundelegung interner Credit Ratings ermittelt wurden.

In den Fällen, in denen eine vollständige Bedienung der Verbindlichkeiten unwahrscheinlich ist, wird die Bewertungsanpassung unter Zugrundelegung einer eingehenden Analyse aller Umstände durch unsere Credit-Risk-Funktion festgelegt.

Risikoposition gegenüber Monolinern, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite	31.12.2008				31.12.2007			
	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Fair Value nach Bewertungs- anpassungen	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Fair Value nach Bewertungs- anpassungen
in Mio €								
AA/AAA Monolines:								
Super Senior ABS CDO	–	–	–	–	1.087	615	– 25	590
Sonstige Subprime	76	40	–	39	461	44	–	44
Alt-A	5.063	1.573	– 37	1.536	6.318	229	–	229
AA/AAA Monolines insgesamt¹	5.139	1.613	– 37	1.576	7.866	888	– 25	863
Non AA/AAA Investment Grade Monolines:								
Super Senior ABS CDO	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige Subprime	–	–	–	–	–	–	–	–
Alt-A	–	–	–	–	–	–	–	–
Nicht AA/AAA Investment Grade Monolines insgesamt	–	–	–	–	–	–	–	–
Non Investment Grade Monolines:								
Super Senior ABS CDO	1.110	1.031	– 918	113	69	57	– 57	–
Sonstige Subprime	258	80	– 24	56	–	–	–	–
Alt-A	1.293	336	– 346	– 10	–	–	–	–
Non Investment Grade Monolines insgesamt	2.660	1.447	– 1.288	159	69	57	– 57	–
Insgesamt	7.799	3.060	– 1.325	1.735	7.935	945	– 82	863

1 Fair Value vor Bewertungsanpassungen 2008: 100 % Rating „AA“; 2007: 72 % Rating „AAA“ und 28 % „AA“.

Die Zuordnung zu den oben genannten Ratingklassen wurde auf Basis von Informationen externer Anbieter vorgenommen. Dabei wurde das jeweils niedrigere verfügbare Rating von Standard & Poor's und Moody's zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise 31. Dezember 2007 angesetzt.

Die Tabelle berücksichtigt nicht das Nettoausfallrisiko gegenüber Monolinern aus sogenannten „Wrapped Bonds“. Dies sind Schuldverschreibungen, die von Dritten versichert oder garantiert werden. Solche Risikopositionen beliefen sich, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite, zum Ende des Berichtsjahres auf 58 Mio € (31. Dezember 2007: 159 Mio €). Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monoliner-Absicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Zusätzlich zu den in obiger Tabelle ausgewiesenen Beträgen, die sich auf Aktivitäten mit Wohnungsbaukrediten beziehen, hatten wir ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolinern aus anderen versicherten Vermögenswerten (unter Berücksichtigung der Marktwerte dieser Vermögenswerte). Diese anderen versicherten Vermögenswerte resultieren aus verschiedenen kunden- und handelsbezogenen Aktivitäten und umfassen Collateralized Loan Obligations, gewerbliche verbriefte Hypothekenkredite, Trust Preferred Securities, Studentenkredite und Schuldtitel des öffentlichen Sektors.

Die folgende Tabelle fasst unsere anderen Risikopositionen gegenüber Monolinern zusammen. Die gezeigten Beträge basieren auf den Marktwerten der Vermögenswerte, denen die von Monolinern garantierten Nominalwerte gegenübergestellt werden. Die Tabelle zeigt die dazugehörigen kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen, die entsprechend der weiter oben beschriebenen Methode ermittelt wurden.

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolinern	31.12.2008				31.12.2007			
	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen	Bewertungsanpassungen	Fair Value nach Bewertungsanpassungen	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen	Bewertungsanpassungen	Fair Value nach Bewertungsanpassungen
in Mio €								
AA/AAA Monolines:								
TPS-CLO	3.019	1.241	- 29	1.213	3.606	192	-	192
CMBS	1.018	117	- 3	115	7.798	122	-	122
Corporate single name/Corporate CDO	6.273	222	- 2	219	13.133	45	-	45
Studentenkredit	277	105	- 2	103	1.687	135	-	135
Sonstige	587	288	- 5	283	2.607	136	-	136
Öffentliche Haushalte/Gemeinden	-	-	-	-	1.027	2	-	2
AA/AAA Monolines insgesamt¹	11.174	1.974	- 41	1.933	29.858	632	-	632
Non AA/AAA Investment Grade Monolines:								
TPS-CLO	416	215	- 59	156	-	-	-	-
CMBS	5.537	882	- 111	771	-	-	-	-
Corporate single name/Corporate CDO	5.525	272	- 38	234	-	-	-	-
Studentenkredit	53	20	- 3	17	-	-	-	-
Sonstige	498	94	- 16	78	-	-	-	-
Öffentliche Haushalte/Gemeinden	-	-	-	-	-	-	-	-
Nicht AA/AAA Investment Grade Monolines insgesamt	12.029	1.484	- 228	1.256	-	-	-	-
Non Investment Grade Monolines:								
TPS-CLO	831	244	- 74	169	-	-	-	-
CMBS	672	125	- 56	69	-	-	-	-
Corporate single name/Corporate CDO	787	9	- 2	6	-	-	-	-
Studentenkredit	1.185	906	- 227	680	-	-	-	-
Sonstige	1.244	504	- 229	275	-	-	-	-
Öffentliche Haushalte/Gemeinden	-	-	-	-	-	-	-	-
Non Investment Grade Monolines insgesamt	4.719	1.787	- 588	1.199	-	-	-	-
Insgesamt	27.922	5.245	- 857	4.388	29.858	632	-	632

1 Fair Value vor Bewertungsanpassungen 2008: 100 % Rating „AA“; 2007: 96 % Rating „AAA“ und 4 % „AA“.

Die Zuordnung zu den oben genannten Ratingklassen wurde auf Basis von Informationen externer Anbieter vorgenommen. Dabei wurde das jeweils niedrigere verfügbare Rating von Standard & Poor's und Moody's zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise 31. Dezember 2007 angesetzt.

Die Tabelle berücksichtigt nicht das Nettoausfallrisiko gegenüber Monolinern aus sogenannten „Wrapped Bonds“. Das Risiko aus solchen „Wrapped Bonds“, die sich nicht auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite beziehen, belief sich zum Ende des Berichtsjahres auf 136 Mio € (31. Dezember 2007: 612 Mio €). Dieser Wert ist eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Falle eines Ausfalls der Versicherer.

Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monoliner-Absicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Zum 31. Dezember 2008 betragen unsere gesamten kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen auf Positionen mit Monolinern 2,2 Mrd € (davon: Wohnungsbaukredite 1,3 Mrd €, andere Risikopositionen 857 Mio €), gegenüber 82 Mio € zum 31. Dezember 2007 (nur US-amerikanische Wohnungsbaukredite).

Risikopositionen im Bereich Commercial Real Estate: Im Commercial-Real-Estate-Geschäft entstehen Risiken aus gewerblichen Immobilienkrediten, die entweder zum Zweck des Verkaufs, der Syndizierung, Verbriefung oder sonstiger Strategien begeben beziehungsweise gehalten oder als Forderungen aus dem Kreditgeschäft bilanziert werden.

Die folgende Tabelle beinhaltet eine Zusammenfassung unserer Risikoposition für zum Fair Value bewertete gewerbliche Immobilienkredite zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007. Unser Handelsportfolio aus Sekundärmarktpositionen in CMBS-Papieren, die aktiv gehandelt und bewertet werden, ist nicht enthalten.

Commercial-Real-Estate-Risikoposition in handelbaren Krediten (Fair-Value-basiert) in Mio €	Bruttorisikoposition	
	31.12.2008	31.12.2007 ¹
Kredite	4.600	16.044
Nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen	–	1.218
Commercial-Real-Estate-Risikoposition insgesamt [A]	4.600	17.262
Risikoabbaumaßnahmen ² [B]	– 1.367	– 1.215
Nettorisikoposition in handelbaren Krediten	3.233	16.047
Bruttorisikoposition nach Region:		
Deutschland	1.347	6.873
Nordamerika	2.609	8.366
Europa ohne Deutschland	593	1.926
Asien/Pazifik ¹	51	97
Bruttorisikoposition nach Kreditart:		
Büro	1.554	4.086
Hotel	1.079	4.717
Einzelhandel	1.076	3.199
Mehrfamilienhäuser	214	2.899
Freizeit	415	1.000
Gemischte Nutzung	31	800
Sonstige	231	561
Marktwertverluste auf Kredite und Kreditzusagen		
in Mio €	2008	2007
Nettomarktwertverluste vor Absicherungsgeschäften	– 857	– 386
Gewinn/Verlust (–) aus spezifischen Absicherungsgeschäften	– 270	171
Nettomarktwertverluste inklusive spezifischer Absicherungsgeschäfte	– 1.127	– 215
	31.12.2008	31.12.2007
Kumulative Bruttomarktwertverluste vor Provisionen und spezifischen Absicherungsgeschäften auf die verbliebene Risikoposition [C]	– 628	– 558
Provisionen auf die verbliebene Risikoposition	95	172
Kumulative Nettomarktwertverluste vor spezifischen Absicherungsgeschäften auf die verbliebene Risikoposition	– 533	– 386
Buchwert der zum Fair Value bewerteten Kredite und Kreditzusagen, vor Wertanpassung [A-C]	3.972	16.704
Buchwert der zum Fair Value bewerteten Kredite und Kreditzusagen, nach Wertanpassung [A-B-C]	2.605	15.489

1 Die Bruttorisikoposition zum 31. Dezember 2007 wurde um handelbare Kredite in Höhe von 97 Mio €, bezogen auf die Region Asien/Pazifik, angepasst.

2 Risikoabbaumaßnahmen umfassen Derivate oder sonstige Transaktionen, die zum Zweck der Risikoreduzierung bei gewerblichen Krediten eingegangen wurden.

Die in der obigen Tabelle aufgeführten Risikopositionen enthalten keine Vermögenswerte, die durch die Anwendung der Änderungen von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, mit Wirkung zum 1. Juli 2008 oder später aus den Handelsaktiva in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden. Dadurch wurde der Umfang der handelbaren Kredite, deren Fair-Value-Änderungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berücksichtigen sind, zum 31. Dezember 2008 um 6,9 Mrd€ reduziert und der Umfang der Forderungen aus dem Kreditgeschäft entsprechend erhöht.

Die obige Tabelle enthält keine Risikopositionen bezüglich The Cosmopolitan Resort and Casino. Im September 2008 haben wir das Gebäude im Rahmen einer Sicherheitsvereinbarung übernommen. Der Fair Value der entsprechenden Forderung betrug zu diesem Zeitpunkt 799 Mio €. Das Gebäude wurde als im Bau befindlich der Bilanzkategorie Sachanlagen zugeordnet und hatte zum 31. Dezember 2008 einen Bilanzwert von 1,1 Mrd €. Für weitere Informationen verweisen wir auf den Abschnitt „Ereignisse nach dem Bilanzstichtag“ auf Seite 61.

Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich: Die folgende Tabelle ist eine Zusammenfassung unserer Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007, die sich aus Krediten und Kreditzusagen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen (inklusive Private-Equity-Transaktionen und sonstiger Buy-out-Vereinbarungen) ergeben. Des Weiteren sind die auf diese Positionen zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007 entstandenen Marktwertverluste angegeben.

Leveraged-Finance-Risikoposition (Fair-Value-basiert) in Mio €	Bruttorisikoposition	
	31.12.2008	31.12.2007
Kredite	851	14.492
Nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen	–	20.415
Leveraged-Finance-Risikoposition insgesamt [A]	851	34.908
Bruttorisikoposition nach Region:		
Nordamerika	812	25.766
Europa	39	8.667
Asien/Pazifik	–	475
Bruttorisikoposition nach Branchen:		
Telekommunikation	74	7.486
Chemie	–	5.403
Pharma	–	4.554
Medien	481	2.797
Gastgewerbe & Kasino	106	4.192
Leasing	–	1.386
Dienstleistungen	109	2.319
Gesundheitswesen	19	328
Einzelhandel	–	2.455
Technologie	16	1.345
Energieversorger	47	1.498
Sonstige	–	1.145
Marktwertverluste auf Kredite und Kreditzusagen in Mio €	2008	2007
Nettomarktwertverluste vor Absicherungsgeschäften	– 1.683	– 759
	31.12.2008	31.12.2007
Kumulative Bruttomarktwertverluste vor Provisionen und Absicherungsgeschäften auf verbliebenen Altbestand [B]	– 326	– 1.351
Provisionen auf die verbliebene Risikoposition	17	642
Kumulative Nettomarktwertverluste vor Absicherungsgeschäften auf verbliebenen Altbestand	– 309	– 709
Risikoposition in Krediten und Kreditzusagen (zum Fair Value bewertet) [A-B]	525	33.558

Die obige Tabelle enthält keine Positionen, die in 2008 zu Marktkonditionen abgeschlossen wurden. Diese hatten zum 31. Dezember 2008 einen Fair Value von 558 Mio €. Nicht enthalten sind außerdem Forderungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 9,9 Mrd € (31. Dezember 2007: 1,3 Mrd €), die nach dem 1. Januar 2007 entstanden sind.

Die Forderungen aus dem Kreditgeschäft enthalten Vermögenswerte, die durch die Anwendung der Änderungen von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, mit Wirkung zum 1. Juli 2008 oder später aus den Handelsaktiva umklassifiziert wurden. Dadurch wurde der Umfang der Positionen handelbarer Kredite, deren Fair-Value-Änderungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berücksichtigen sind, zum 31. Dezember 2008 um 8,5 Mrd € reduziert und der Umfang der Forderungen aus dem Kreditgeschäft entsprechend erhöht.

In 2008 gingen wir mit vier Zweckgesellschaften Transaktionen ein mit dem Ziel des Abgangs bestimmter, vorwiegend US-amerikanischer Leveraged-Finance-Kredite und gewerblicher Immobilienkredite, die zum Fair Value bilanziert wurden. Für weitere Informationen verweisen wir auf den Abschnitt „Zweckgesellschaften“ auf Seite 33.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Global Transaction Banking (GTB) für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007
Erträge insgesamt:		
Transaction Services	2.774	2.585
Sonstige Produkte	–	–
Summe Erträge insgesamt	2.774	2.585
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	5	7
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.663	1.633
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	– 1
Minderheitsanteile	–	–
Ergebnis vor Steuern	1.106	945
Aufwand-Ertrag-Relation	60 %	63 %
Aktiva	49.487	32.117
Durchschnittliches Active Equity ¹	1.081	1.095
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	102 %	86 %

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

Das Ergebnis vor Steuern im Unternehmensbereich GTB verbesserte sich im Geschäftsjahr 2008 um 160 Mio € (17 %) auf den Rekordwert von 1,1 Mrd €. In dieser Entwicklung spiegeln sich Rekorderträge zusammen mit einer anhaltenden Kostendisziplin wider.

Die Erträge erhöhten sich in 2008 um 7 % auf 2,8 Mrd €. Der Anstieg von 189 Mio € gegenüber dem Vorjahr resultierte in erster Linie aus den gestiegenen Volumina im Geschäft mit Dokumentenakkreditiven und Exportfinanzierungen für grenzüberschreitende Kundentransaktionen im Trade-Finance-Geschäft. Cash Management trug durch einen deutlichen Anstieg der Transaktionsvolumina sowohl im Euro- als auch im US-Dollar-Clearinggeschäft ebenfalls zum Ertragswachstum bei. Trotz der schwierigen Marktbedingungen im Berichtsjahr konnte bei den Einlagenvolumina ein stabiles Wachstum von 8 % im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ergab im Gesamtjahr eine Nettozuführung von 5 Mio € nach einer Nettozuführung von 7 Mio € im Vorjahr.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe 1,7 Mrd€ blieben gegenüber 2007 stabil. Aufwendungen im Zusammenhang mit Investitionen, darunter dem Erwerb von HedgeWorks LLC in den USA und der Geschäftsplattform der Pago eTransaction Services GmbH, wurden zum überwiegenden Teil durch Maßnahmen zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung sowie durch niedrigere leistungsabhängige Vergütungen ausgeglichen.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management

In der nachstehenden Tabelle sind die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Private Clients and Asset Management für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis unserer Managementberichtssysteme aufgeführt.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management	2.457	3.017
Brokeragegeschäft	1.891	2.172
Kredit-/Einlagengeschäft	3.251	3.145
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1.066	1.039
Sonstige Produkte	376	756
Summe Erträge insgesamt	9.041	10.129
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.871	3.529
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	668	501
Zinsunabhängige Aufwendungen	7.972	7.560
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	18	73
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	580	74
Restrukturierungsaufwand	–	– 9
Minderheitsanteile	– 20	8
Ergebnis vor Steuern	420	2.059
Aufwand-Ertrag-Relation	88 %	75 %
Aktiva	188.785	156.767
Durchschnittliches Active Equity ¹	8.315	8.539
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	5 %	24 %
Invested Assets ² (in Mrd €)	816	952

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

² Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessenswährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Nachfolgend erläutern wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management.

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management (AWM) für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management (AM)	1.840	2.351
Portfolio/Fund Management (PWM)	361	414
Portfolio/Fund Management insgesamt	2.201	2.765
Brokeragegeschäft	908	964
Kredit-/Einlagengeschäft	266	223
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	26	22
Sonstige Produkte	- 137	401
Summe Erträge insgesamt	3.264	4.374
Risikoversorge im Kreditgeschäft	15	1
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.794	3.453
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	18	73
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	580	74
Restrukturierungsaufwand	-	- 8
Minderheitsanteile	- 20	7
Ergebnis vor Steuern	- 525	913
Aufwand-Ertrag-Relation	116 %	79 %
Aktiva	50.473	39.180
Durchschnittliches Active Equity ¹	4.870	5.109
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	- 11 %	18 %
Invested Assets ² (in Mrd €)	628	749

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

2 Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Im Geschäftsjahr 2008 beliefen sich die Erträge im Unternehmensbereich AWM auf 3,3 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang von 1,1 Mrd € (25 %) gegenüber dem Geschäftsjahr 2007. Die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management im Geschäftsbereich Asset Management (AM) gingen um 510 Mio € (22 %) zurück. Im Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) waren sie um 53 Mio € (13 %) rückläufig. Beide Geschäftsbereiche waren von den negativen Marktentwicklungen in 2008 stark betroffen, insbesondere im vierten Quartal. Auch der starke Euro wirkte sich ungünstig aus. Diese Marktentwicklungen führten zu einem signifikanten Rückgang der verwalteten Vermögen, insbesondere bei Aktienprodukten, was eine Reduzierung der erfolgs- und volumenabhängigen Provisionen zur Folge hatte. Die Erträge aus dem Brokeragegeschäft lagen um 56 Mio € (6 %) unter dem Wert des Vorjahres. Dies resultierte vor allem aus geringerer Kundenaktivität in einem schwierigen Marktumfeld und dem Einfluss des starken Euro. Die Erträge aus dem Kredit- und Einlagengeschäft stiegen durch ein deutliches Wachstum der Kredit- und Einlagenvolumina um 43 Mio € (20 %). Bei den sonstigen Produkten wurden im Berichtsjahr negative Erträge von 137 Mio € gegenüber positiven Erträgen von 401 Mio € im Vorjahr berichtet. Die negativen Erträge in 2008 waren von zahlreichen wesentlichen Sonderfaktoren geprägt, die im Zusammenhang mit den Marktverwerfungen standen. Diese umfassten negative Marktwertanpassungen von rund 230 Mio € bei Seed Capital und anderen Investments sowie Zuschüsse von 150 Mio € zu bestimmten konsolidierten Geldmarktfonds.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen lagen 2008 mit 3,8 Mrd € um 341 Mio € (10 %) über dem Vorjahreswert. Der Anstieg war insbesondere auf eine Abschreibung von 310 Mio € auf immaterielle Vermögenswerte in DWS Scudder (im Vergleich zu 74 Mio € im Vorjahr) und eine Goodwillabschreibung von 270 Mio € in einem konsolidierten Investment zurückzuführen (beide in AM). In PWM wurde eine Rückstellung über 98 Mio € gebildet. Diese stand im Zusammenhang mit einer bei einem Vergleich in den USA eingegangenen Verpflichtung gegenüber Privatkunden, Auction Rate Preferred Securities („ARP“)/Auction Rate Securities („ARS“) zum Nennwert zurückzukaufen.

AWM beendete das Geschäftsjahr 2008 mit einem Verlust vor Steuern von 525 Mio € nach einem Gewinn vor Steuern von 913 Mio € im Vorjahr.

Die Invested Assets in AWM betrugen am Jahresende 628 Mrd €, was einem Rückgang von 121 Mrd € gegenüber dem Jahresende 2007 entspricht. Von diesem Rückgang entfielen 109 Mrd € auf Marktwertverluste. Im Gesamtjahr beliefen sich die Nettomittelabflüsse in AM auf 22 Mrd €, während PWM Nettomittelzuflüsse von 10 Mrd € erzielen konnte.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Private & Business Clients (PBC) für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management	256	253
Brokeragegeschäft	983	1.207
Kredit-/Einlagengeschäft	2.985	2.923
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1.040	1.017
Sonstige Produkte	513	355
Summe Erträge insgesamt	5.777	5.755
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	653	501
Zinsunabhängige Aufwendungen	4.178	4.108
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	– 1
Minderheitsanteile	0	0
Ergebnis vor Steuern	945	1.146
Aufwand-Ertrag-Relation	72 %	71 %
Aktiva	138.350	117.809
Durchschnittliches Active Equity ¹	3.445	3.430
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	27 %	33 %
Invested Assets ² (in Mrd €)	189	203
Kreditvolumen (in Mrd €)	91	87
Einlagenvolumen (in Mrd €)	118	96

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

2 Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessenswahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Die Erträge von 5,8 Mrd € blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management stiegen leicht um 3 Mio € (1 %), was auf eine erfolgreiche Markteinführung eines Portfoliomanagementprodukts im dritten Quartal 2008 zurückzuführen war. Die Erträge aus dem Brokeragegeschäft sanken um 224 Mio € (19 %), was im Wesentlichen auf eine geringe Kundenaktivität in einem schwierigen Marktumfeld zurückzuführen war. Die Erträge aus dem Kredit- und Einlagengeschäft stiegen um 62 Mio € (2 %). Der Einfluss gestiegener Volumina im

Kredit- und Einlagengeschäft wurde durch niedrigere Margen, insbesondere im Einlagengeschäft, teilweise ausgeglichen. Die Erträge aus Zahlungsverkehr, Kontoführung und sonstigen Finanzdienstleistungen nahmen um 23 Mio € (2 %) zu. Dies war in erster Linie auf gestiegene Erträge im Kreditkartengeschäft zurückzuführen. Die Erträge aus sonstigen Produkten stiegen 2008 um 158 Mio € (44 %) auf 513 Mio €, was vorwiegend auf die Aktiv- und Passivsteuerung in PBC, Dividendenzahlungen eines Kooperationspartners nach einem IPO und auf Gewinne, die im Zusammenhang mit einem früheren Geschäftsverkauf standen, zurückzuführen war.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg um 152 Mio € (30 %). Ursache waren insbesondere die sich verschlechternden Kreditbedingungen in Spanien und eine höhere Kreditausfallquote in Deutschland und Italien. Organisches Wachstum in Polen trug ebenfalls zum Anstieg bei.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen von 4,2 Mrd € waren um 70 Mio € (2 %) höher als im Jahr 2007. Höhere Abfindungszahlungen und Kosten im Zusammenhang mit der Einstellung neuer Mitarbeiter wurden durch niedrigere leistungsabhängige Vergütungen und striktes Kostenmanagement ausgeglichen.

Die Invested Assets beliefen sich zum Jahresende 2008 auf 189 Mrd €, was einem Rückgang um 15 Mrd € entspricht. Negativen Marktwertentwicklungen von 30 Mrd € standen Nettomittelzuflüsse von 15 Mrd € gegenüber.

PBC betreute zum Jahresende 14,6 Millionen Kunden. Dies entspricht einer Zunahme um rund 800.000 Kunden, insbesondere in Deutschland, Italien und Polen.

Konzernbereich Corporate Investments

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate Investments (CI) für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis unserer Managementberichtssysteme aufgeführt.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007
Erträge insgesamt	1.290	1.517
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 172	157
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 1	3
Zinsunabhängige Aufwendungen	95	220
davon/darin:		
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	54
Restrukturierungsaufwand	-	- 0
Minderheitsanteile	2	- 5
Ergebnis vor Steuern	1.194	1.299
Aufwand-Ertrag-Relation	7 %	15 %
Aktiva	18.297	13.005
Durchschnittliches Active Equity ¹	403	473
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	N/A	N/A

N/A – nicht aussagefähig

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

Für das Geschäftsjahr 2008 erreichte CI ein Ergebnis vor Steuern von 1,2 Mrd € gegenüber 1,3 Mrd € in 2007.

Die Erträge beliefen sich im Berichtsjahr auf 1,3 Mrd € und lagen um 227 Mio € unter dem Vorjahreswert. Die in 2008 generierten Erträge enthielten Gewinne von 1,3 Mrd € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (vornehmlich Daimler AG, Allianz SE und Linde AG), einen Gewinn von 96 Mio € aus der Veräußerung unserer Beteiligung an der Arcor AG & Co. KG, Dividendenerträge von 114 Mio € sowie negative Marktwertanpassungen, einschließlich der Effekte aus unserer Option zur Erhöhung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd.

Die Erträge in 2007 beinhalteten Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in Höhe von 626 Mio € (vor allem Allianz SE, Linde AG und Fiat S.p.A.) sowie einen Gewinn von 178 Mio € aus der nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG (was zu einer Goodwillabschreibung von 54 Mio € in CI führte). Des Weiteren wurden Dividendenerträge von 141 Mio € sowie weitere Marktwertgewinne aus unserer Option zur Erhöhung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. erzielt. Darüber hinaus beinhalteten die Erträge einen Gewinn von 313 Mio € aus der Sale-und-Leaseback-Transaktion für unsere Immobilie 60 Wall Street.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen von 95 Mio € lagen um 126 Mio € unter dem Wert des Vorjahres. Ursache für diesen Rückgang waren vor allem niedrigere Kosten aus konsolidierten Investments im Geschäftsjahr 2008 und die zuvor genannte Goodwillabschreibung in 2007.

Am Ende des Geschäftsjahres 2008 belief sich der Buchwert des Alternative-Assets-Portfolios von CI auf 434 Mio € (31 % unter dem Buchwert zum Jahresende 2007). Davon entfielen 72 % auf Beteiligungen im Immobilienbereich, 23 % auf direkte Private-Equity-Beteiligungen und 5 % auf indirekte Private-Equity- und andere Beteiligungen. Zum Jahresende 2007 betrug der Buchwert des Alternative-Assets-Portfolios 631 Mio €.

Consolidation & Adjustments

Erläuterungen zu „Consolidation & Adjustments“ im Rahmen unserer Segmentberichterstattung sind in Note [2] des Konzernabschlusses enthalten.

Liquiditäts- und Kapitalmanagement

Erläuterungen zu unserem Liquiditätsrisikomanagement sind im Risikomanagementreport und in Note [36] des Konzernabschlusses enthalten.

Zweckgesellschaften

Zur Durchführung unserer Geschäftsaktivitäten nutzen wir unter anderem sogenannte Zweckgesellschaften („SPEs“), die einen bestimmten Geschäftszweck erfüllen sollen. SPEs dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten und Risiken zu ermöglichen und ihnen durch die Verbriefung von Vermögenswerten Marktliquidität bereitzustellen. SPEs können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden.

SPEs, die wir gegründet oder gesponsert haben beziehungsweise mit denen wir eine Vertragsbeziehung unterhalten, sind unter Umständen zu konsolidieren. Wir konsolidieren eine SPE, wenn wir deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen können. Dies ist in der Regel dann anzunehmen, wenn wir direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte verfügen. Wenn die Geschäftsaktivitäten sehr eng umrissen sind oder es nicht eindeutig ist, wer die

Finanz- und Geschäftspolitik der betreffenden SPE bestimmt, ist eine Reihe weiterer Faktoren zu berücksichtigen. Dabei wird unter anderem geprüft, ob (1) die Aktivitäten der SPE zu unseren Gunsten entsprechend unseren besonderen Geschäftsbedürfnissen geführt werden, sodass wir Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der SPE ziehen; (2) wir über die Entscheidungsmacht verfügen, die Mehrheit dieses Nutzens zu ziehen; (3) wir die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der SPE ziehen und (4) wir die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behalten, um Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der SPE zu ziehen. Wir konsolidieren eine SPE, wenn eine Prüfung der maßgeblichen Faktoren zeigt, dass wir die SPE beherrschen.

Wir überprüfen unsere Konsolidierungsentscheidung für SPEs, wenn sich die Vereinbarungen der SPE ändern oder sich die Geschäftsbeziehung zwischen uns und einer SPE substantiell verändert. Für weitere Informationen zu unseren Rechnungslegungsgrundsätzen bezüglich der Konsolidierung von SPEs sowie der Überprüfung getroffener Konsolidierungsentscheidungen siehe Note [1] unseres Konzernabschlusses.

In einigen wenigen Fällen konsolidieren wir bestimmte SPEs sowohl für Zwecke des Handelsrechts als auch des deutschen Aufsichtsrechts. In allen anderen Fällen hingegen unterlegen wir sämtliche SPE-bezogenen Transaktionen wie Derivategeschäfte, Kreditzusagen oder Garantien und die mit ihnen verbundenen Risiken mit regulatorischem Eigenkapital. Bislang hatten die Risikopositionen gegenüber nicht konsolidierten Zweckgesellschaften keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Kreditvereinbarungen, Kapitalkennziffern, Bonitätsbeurteilungen oder Dividenden.

Vermögenswerte von konsolidierten SPEs

31.12.2008	Art des Vermögenswerts					
	Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft ²	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
in Mio €						
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits ²	–	30	24.523	6	132	24.691
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen						
US-amerikanische	6.792	–	–	–	277	7.069
Nicht US-amerikanische ²	1.655	–	1.324	41	30	3.050
Von Dritten gesponserte Verbriefungen						
US-amerikanische	546	–	–	–	125	671
Nicht US-amerikanische	–	–	533	1	23	557
Repackaging und Investmentprodukte	9.012	1.847	101	935	2.224	14.119
Investmentfonds	7.005	–	–	3.328	45	10.378
Strukturierte Transaktionen	3.327	202	5.066	22	416	9.033
Operative Einheiten ²	1.810	3.497	1.986	600	1.472	9.365
Sonstige	415	307	926	485	839	2.972
Insgesamt	30.562	5.883	34.459	5.418	5.583	81.905

1 Der Fair Value der Derivatepositionen beträgt 391 Mio €.

2 Bestimmte Positionen wurden in Übereinstimmung mit IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, der am 1. Juli 2008 in Kraft trat, aus den Handelsaktiva und den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert. Die Auswirkungen der Umklassifizierung werden in Note [10] und im Abschnitt „Segmentergebnisse – Konzernbereich Corporate Banking & Securities“, Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“, erläutert.

31.12.2007	Art des Vermögenswerts					
	Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Barreserve und verzinssliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
in Mio €						
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	5	10.558	16.897	3	139	27.602
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen						
US-amerikanische	24.720	–	–	–	569	25.289
Nicht US-amerikanische	2.957	–	383	33	4	3.377
Von Dritten gesponserte Verbriefungen						
US-amerikanische	13.781	–	–	–	24	13.805
Nicht US-amerikanische	–	–	–	–	–	–
Repackaging und Investmentprodukte	12.543	1.825	–	1.012	1.453	16.833
Investmentfonds	256	–	–	424	1	681
Strukturierte Transaktionen	4.449	4.672	2.664	604	314	12.703
Operative Einheiten	2.576	3.458	216	17	337	6.604
Sonstige	616	302	583	306	472	2.279
Insgesamt	61.903	20.815	20.743	2.399	3.313	109.173

1 Der Fair Value der Derivatepositionen beläuft sich auf 489 Mio €.

Diese Tabellen zeigen Details zu den Vermögenswerten (nach Konsolidierungsbuchungen) der von uns konsolidierten SPEs. Im Folgenden werden der Zweck der SPEs, die Art unserer Geschäftsbeziehung mit den SPEs sowie die damit verbundenen Risiken näher erläutert. Diese Tabellen sollten zusammen mit dem Abschnitt Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten, der Teil der „Segmentergebnisse – Konzernbereich Corporate Banking & Securities“ ist, gelesen werden.

Vom Konzern gesponserte Asset-backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Wir legen unsere eigenen Asset-backed-Commercial-Paper-Programme („ABCP“) auf, sponsern und verwalten diese. Diese Programme gewähren unseren Kunden Zugang zu Liquidität am Commercial-Paper-Markt und schaffen neue Investmentprodukte für unsere Kunden. Als Verwalter von Commercial-Paper-Programmen unterstützen wir den Kauf von nicht vom Deutsche Bank-Konzern gewährten Krediten sowie von Wertpapieren und sonstigen Forderungen durch ein Commercial Paper Conduit („Conduit“), der anschließend zur Finanzierung dieses Kaufs kurzfristige Commercial Paper hoher Bonität am Markt verkauft, die durch die zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert sind. Um ein hohes Rating („Investment Grade Rating“) für die Commercial Paper aufrechtzuerhalten, benötigen die Conduits ausreichende Sicherheiten, Kreditverbesserungen („Credit Enhancements“) und Liquiditätsfazilitäten. Wir stellen diesen Conduits Liquidität bereit und sind deshalb Schwankungen des Buchwerts der Vermögenswerte der Conduits ausgesetzt.

Unsere Liquiditätszusagen gegenüber diesen Conduits entsprechen dem Gesamtvolumen der in 2008 begebenen Commercial Paper von 25,2 Mrd €, von denen wir zum 31. Dezember 2008 5,1 Mrd € hielten, beziehungsweise dem Gesamtvolumen der in 2007 begebenen Commercial Paper von 26,6 Mrd €, von denen wir zum 31. Dezember 2007 8,8 Mrd € hielten.

Zu den als Sicherheiten dienenden in den Conduits enthaltenen Vermögenswerten gehören verbriefte Kredite und Wertpapiere, darunter Flugzeugleasing, Studentenkredite, Trust Preferred Securities sowie verbriefte private und gewerbliche Immobilienkredite. Die Sicherheiten der Conduits gingen zwischen dem 31. Dezember 2007 und dem 31. Dezember 2008 um 2,9 Mrd € zurück. Dies liegt an der Fälligkeit von Liquiditätsfazilitäten in Höhe von 1,3 Mrd €, einem generellen Rückgang des Fair Value um 0,7 Mrd € von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die im dritten Quartal 2008 in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, sowie der Übertragung von Vermögenswerten in Höhe von 0,9 Mrd € von dem Conduit auf eine andere konsolidierte Gesellschaft, um das Sicherheitenmanagement zu vereinfachen.

Wir konsolidieren die Mehrzahl der von uns gesponserten Conduitprogramme, da wir über einen beherrschenden Einfluss verfügen.

Vom Konzern gesponserte Verbriefungen

Wir sponsern SPEs, für die wir Vermögenswerte generieren oder kaufen. Bei diesen Vermögenswerten handelt es sich überwiegend um private und gewerbliche Immobilienkredite sowie deren Verbriefungen. Die SPEs finanzieren diese Käufe durch die Begebung verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Zweckgesellschaft geknüpft ist. In den Fällen, in denen wir einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten behalten, wird anhand der relevanten Faktoren geprüft, ob ein beherrschender Einfluss vorliegt. Ist dies der Fall, sind die SPEs zu konsolidieren. Der Fair Value der von uns bei diesen Verbriefungen zurückbehaltenen Risikopositionen belief sich am 31. Dezember 2008 auf 4,4 Mrd € und am 31. Dezember 2007 auf 8,6 Mrd €. Während des Geschäftsjahres 2008 haben wir aktiv die von uns an diesen SPEs gehaltenen nachrangigen Vermögenswerte veräußert. Dies hat zu einer Entkonsolidierung einiger SPEs und damit zu einem Rückgang unserer konsolidierten Vermögenswerte geführt.

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

In Verbindung mit unseren Handelsaktivitäten und Emissionsgeschäften erwerben wir von konzernfremden Verbriefungsgesellschaften begebene Wertpapiere. Diese Gesellschaften investieren die Mittel in diversifizierte Pools von gewerblichen und privaten Immobilienkrediten sowie deren Verbriefungen. Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Performance der von ihnen gehaltenen Vermögenswerte gekoppelt ist. In den Fällen, in denen wir einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten haben, ist zu prüfen, ob beherrschender Einfluss vorliegt. Liegt dieser vor, sind die SPEs zu konsolidieren. Der Fair Value der von uns zurückbehaltenen Risikopositionen bei diesen Verbriefungen belief sich am 31. Dezember 2008 auf 0,8 Mrd € und am 31. Dezember 2007 auf 1,1 Mrd €. Während des Geschäftsjahres 2008 haben wir aktiv die von uns an diesen SPEs gehaltenen nachrangigen Vermögenswerte veräußert. Das hat zu einer Entkonsolidierung einiger SPEs und damit zu einer Reduzierung unserer konsolidierten Vermögenswerte geführt.

Repackaging und Investmentprodukte

Das Repackaging ist konzeptionell mit der Verbriefung vergleichbar. Der Hauptunterschied besteht darin, dass die zugrunde liegenden Produkte keine unverbrieften finanziellen Vermögenswerte, sondern Wertpapiere und Derivate sind, die in anderer Form neu zusammengesetzt werden, um bestimmte Anlegerbedürfnisse zu erfüllen. Wir konsolidieren diese SPEs, wenn wir die Mehrheit der mit ihnen verbundenen Risiken und Chancen halten. Da wir bei Swapgeschäften mit von der SPE begebenen und von uns gehaltenen Anleihen als Kontrahent fungieren, sind wir Schwankungen des Marktwerts der zur Absicherung der Anleihen gehaltenen Vermögenswerte ausgesetzt, deren Fair Value

zum 31. Dezember 2008 1,9 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 2,6 Mrd € betrug. Zum 31. Dezember 2008 beliefen sich die in diesen SPEs gehaltenen Vermögenswerte auf insgesamt 2,3 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 auf 2,8 Mrd €.

Investmentprodukte ermöglichen Kunden den Zugang zu bestimmten Portfolios von Vermögenswerten und Risiken durch den Kauf unserer strukturierten Anleihen. Wir sichern unser Engagement durch den Kauf von Anteilen an den SPEs ab, deren Rendite der für die Anleihen festgelegten Rendite entspricht. Wir konsolidieren die SPEs, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder die Mehrheit der Risiken und Chancen halten. Die Vermögenswerte der konsolidierten SPEs, die sich zum 31. Dezember 2008 auf insgesamt 9,8 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 auf insgesamt 13,5 Mrd € beliefen, umfassen in der Regel Anleihen, Aktien und Immobilienvermögen, von denen ein wesentlicher Teil des Risikos an die Eigentümer der Anleihen weitergegeben wird. Die konsolidierten Vermögenswerte gingen zum einen um 2,1 Mrd € infolge einer Minderung des Fair Value der Aktiva zurück. Zum anderen sanken sie um 1,6 Mrd € aufgrund der Rückzahlung von Anleihen, Entkonsolidierungen sowie des Verkaufs von Vermögenswerten, die von den SPEs gehalten wurden. Zusätzlich konsolidierten wir RREEF-Fonds mit Immobilienvermögen und Infrastrukturanlagen, deren Gesamtwert zum 31. Dezember 2008 2,0 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 0,5 Mrd € betrug. Der Anstieg der konsolidierten RREEF-Fonds ist zurückzuführen auf die Konsolidierung der Fonds, die unsere Investitionen in Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. halten und deren Aktiva sich zum 31. Dezember 2008 auf 1,4 Mrd € beliefen. Da wir alle ausgegebenen Anteile an diesen Fonds besitzen, sind wir auch vollumfänglich der Performance dieser Vermögenswerte ausgesetzt.

Investmentfonds

Wir bieten Kunden Investmentfonds und investmentfondsbezogene Produkte an, deren Rendite an die Performance der in den Fonds gehaltenen Vermögenswerte geknüpft ist. Wir geben Garantien für ausgewählte Fonds, in deren Rahmen wir den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten ein bestimmtes Nettofondsvermögen garantieren. Unser Risiko als Garantiegeber besteht darin, dass wir die Anleger entschädigen müssen, falls die Marktwerte dieser Produkte an den Garantiestichtagen unter dem garantierten Niveau liegen. Für die Vermögensverwaltung dieser Produkte erhalten wir Management- und gelegentlich erfolgsabhängige Gebühren.

Die Renditen der Fonds werden auf der Basis der aktuellen Geldmarktsätze prognostiziert. Es wird jedoch keine Garantie oder Zusicherung darüber abgegeben, dass diese Renditen tatsächlich erzielt werden. Obgleich wir zur Unterstützung dieser Fonds nicht vertraglich verpflichtet sind, haben wir uns in einigen Fällen entschlossen, die Erreichung der für diese Fonds angestrebten Zielrenditen durch eine Zuführung von Barmitteln in Höhe von 49 Mio € in 2007 und 207 Mio € in 2008 zu unterstützen. Diese Maßnahme, die dem Schutz unserer Marktposition diene, erfolgte nach freiem Ermessen. Anfangs wurde dieses Vorgehen als eine zeitlich begrenzte Maßnahme betrachtet. Nachdem wir im zweiten Quartal 2008 jedoch weitere Barmittel zugeführt hatten und zu dem Ergebnis gekommen waren, dass wir künftige ermessensabhängige Barmittelzuführungen zur Renditestützung nicht würden vermeiden können, haben wir die Konsolidierungsanforderungen überprüft und festgestellt, dass die Risiken zum überwiegenden Teil bei uns liegen. Wir kamen aus diesem Grund zu dem Schluss, dass eine Konsolidierung von acht Fonds zum 30. Juni 2008 angemessen war.

Im Verlauf des Berichtsjahres wurde einer dieser Fonds (für den eine Garantie bestand) aufgelöst. Da die im Rahmen der Abwicklung zugeführten Barmittel bereits in den oben genannten ergebniswirksamen Beträgen enthalten sind, ergaben sich keine weiteren Auswirkungen auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Die Vermögenswerte der konsolidierten Fonds beliefen sich zum 31. Dezember 2008 auf 10,4 Mrd €.

Strukturierte Transaktionen

Wir beteiligen uns an ausgewählten Transaktionen, die Kunden Finanzierungsmöglichkeiten zu günstigen Konditionen bieten. Die Finanzierung erfolgt vorwiegend auf besicherter Basis. Die Strukturen sind speziell auf die Bedürfnisse unserer Kunden zugeschnitten. Wir konsolidieren die SPEs, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder über Residualansprüche und/oder eine Liquiditätsfazilität die Mehrheit der Risiken und Chancen halten. Die Bilanzstruktur der von uns konsolidierten SPEs wird durch die Ausführung neuer Transaktionen sowie durch Endfälligkeiten, Restrukturierungen und die Ausübung von Optionen zur vorzeitigen Abwicklung bestehender Transaktionen beeinflusst.

Operative Einheiten

Wir gründen SPEs, um einen Teil unseres operativen Geschäfts durchzuführen, wenn dies für uns vorteilhaft ist. Zu diesen Aktivitäten gehören das Halten von Beteiligungen und die Begebung von Credit Default Swaps, bei denen sich unser Engagement auf unsere Investition in die SPE beschränkt. Wir konsolidieren diese Einheiten, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder die Mehrheit der Risiken und Chancen an der SPE halten. Die in der Tabelle unter den sonstigen Aktiva ausgewiesenen Positionen umfassen auch einen Immobilienrettungserwerb in den USA im dritten Quartal 2008. Zum 31. Dezember 2008 belief sich der Buchwert der Immobilie auf 1,1 Mrd €. Der übrige Anstieg der Höhe dieser Vermögenswerte beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Anlagen in von Gebietskörperschaften in den USA emittierten Schuldverschreibungen.

Risikopositionen mit nicht konsolidierten SPEs

Maximal verbleibende zu finanzierende Risikoposition in Mrd €	31.12.2008	31.12.2007 ¹
Kategorie:		
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	3,3	5,3
ABCP-Conduits Dritter		
US-amerikanische	2,1	3,2
Nicht US-amerikanische	0,0	7,3
Von Dritten gesponserte Verbriefungen		
US-amerikanische	5,3	10,4
Nicht US-amerikanische	4,0	4,6
Garantierte Investmentfonds	10,9	23,0
Immobilienleasingfonds	0,8	0,8

¹ Beträge der Vorperiode wurden angepasst.

Diese Tabelle führt die maximal verbleibenden zu finanzierenden Risikopositionen gegenüber bestimmten nicht konsolidierten SPEs auf. Im Folgenden werden die signifikanten Risikopositionen des Konzerns bei nicht konsolidierten Zweckgesellschaften, der Zweck der SPEs, die Art unserer Geschäftsbeziehung mit den SPEs sowie die damit verbundenen Risiken und die betroffenen Bilanzpositionen näher erläutert. Diese Tabelle sollte zusammen mit der im Abschnitt „Segmentergebnisse – Konzernbereich Corporate Banking & Securities“ veröffentlichten Aktualisierung der wesentlichen Risikopositionen an den Kreditmärkten gelesen werden.

Vom Konzern gesponserte Asset-backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Wir sponsern und verwalten fünf in Australien gegründete ABCP-Conduits, die nicht konsolidiert werden, da wir nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen halten. Diese Conduits ermöglichen unseren Kunden den Zugang zur Liquidität im Commercial-Paper-Markt in Australien. Die Aktiva der Conduits, die sich zum 31. Dezember 2008 auf insgesamt 2,8 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 auf insgesamt 4,8 Mrd € beliefen, bestehen aus Wertpapieren, die durch Hypotheken auf Wohnimmobilien außerhalb der USA unterlegt sind und die von Warehouse SPEs begeben werden, welche die Kunden gegründet haben, um den Erwerb dieser Vermögenswerte durch die Conduits zu unterstützen. Diese Wertpapiere verfügen über ein Rating von mindestens AA-. Das zur Erreichung des Ratings erforderliche Credit Enhancement wird in der Regel über eine Hypothekenversicherung erreicht, die ein Drittversicherer gegenüber den SPEs übernimmt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte beträgt fünf Jahre. Die durchschnittliche Laufzeit der von diesen außerbilanziell erfassten Conduits emittierten Commercial Paper beträgt einen Monat bis drei Monate.

Während des Geschäftsjahres 2008 waren diese Conduits keinen wesentlichen Schwierigkeiten ausgesetzt, wengleich sich die Bonitätsabstände („Credit Spreads“) der von ihnen emittierten Commercial Paper allgemein vergrößert hatten, wobei die daraus entstandenen Kosten an die ursprünglichen Verkäufer der Vermögenswerte weitergegeben wurden. Unser Engagement bei diesen Gesellschaften ist auf die Liquiditätsfazilitäten beschränkt, die wir ihnen als Finanzierungshilfe im Falle von Marktstörungen zugesagt haben. Die diesen Conduits zugesagten Liquiditätsfazilitäten beliefen sich zum 31. Dezember 2008 auf insgesamt 3,3 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 auf insgesamt 5,3 Mrd €. Im Laufe des Geschäftsjahres 2008 haben wir die den Kunden gewährten Kreditlinien reduziert, infolgedessen sich die seitens der Conduits begebenen Commercial Paper und die von ihnen gehaltenen Vermögenswerte ebenfalls verringert haben. Keine dieser Liquiditätsfazilitäten ist bisher in Anspruch genommen worden. Da die Inanspruchnahme von Liquiditätsfazilitäten durch die in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte besichert ist, ist eine in Anspruch genommene Fazilität den Wertschwankungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte ausgesetzt. Sollten die Vermögenswerte deutlich im Wert zurückgehen, könnten zur Rückzahlung der ausgezahlten Gelder nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Zum 31. Dezember 2008 hielten wir von diesen nicht konsolidierten Gesellschaften begebene Commercial Paper in Höhe von 0,6 Mrd. €, die wir freiwillig im Rahmen unserer Tätigkeit als Händler von Commercial Paper zu marktüblichen Bedingungen erwarben. Darüber hinaus hielten wir Schuldverschreibungen in Höhe von 0,3 Mrd €, die von einer SPE emittiert und deren Commercial Paper von den Conduits im Rahmen ihres Geschäftszwecks erworben wurden, sowie seitens des Conduit begebene Commercial Paper in Höhe 0,2 Mrd €. Damit halten wir 100 % der begebenen Schuldtitel mit der Folge, dass wir sowohl die SPE als auch das Conduit konsolidieren.

Zum 31. Dezember 2007 hielten wir von diesen nicht konsolidierten Gesellschaften emittierte Commercial Paper in Höhe von 1,4 Mrd €. Wir erwarben diese Papiere freiwillig in unserer Funktion als Händler von Commercial Paper zu marktüblichen Bedingungen. Darüber hinaus erwarben wir von einem Conduit Asset-backed Securities in Höhe von 0,5 Mrd €, die 100 % der von diesem Conduit gehaltenen Vermögenswerte repräsentieren. Aus diesem Grund konsolidierten wir diese Gesellschaft.

ABCP-Conduits Dritter

Neben dem Sponsoring unser Commercial-Paper-Programme unterstützen wir Dritte bei der Auflegung und dem fortlaufenden Risikomanagement ihrer Commercial-Paper-Programme. Wir konsolidieren keine ABCP-Conduits Dritter, da wir bei diesen nicht über einen beherrschenden Einfluss verfügen.

Unsere Leistungen für Conduits Dritter dienen vorwiegend Finanzierungszwecken und bestehen in der Zusage von Liquiditätsfazilitäten und Wertpapierpensionsgeschäften, die für den Fall von Störungen am Commercial-Paper-Markt bereitgestellt werden. Die Liquiditätsfazilitäten und zugesagten Wertpapierpensionsgeschäfte werden außerbilanziell erfasst. Dies gilt nicht, wenn eine eventuelle Zahlung wahrscheinlich sowie deren Höhe abschätzbar ist, sodass eine Verbindlichkeit bilanziert werden muss. Der Nominalwert der von uns zugesagten und gegenwärtig nicht in Anspruch genommenen Fazilitäten beläuft sich auf 2,1 Mrd €. Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der SPEs besichert, sodass die Veränderung des Fair Value dieser Vermögenswerte die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags beeinflusst.

Wir sind Swapkontrahent für einige kanadische ABCP-Conduits, die im August 2007 Liquiditätsprobleme hatten. Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Conduits wurden im Rahmen eines Kompromisses entsprechend dem Companies' Creditors Arrangement Act (Canada) restrukturiert. Die Verhandlungen wurden am 21. Januar 2009 abgeschlossen. Gemäß den Restrukturierungsbestimmungen wurden die Conduits in drei neu gegründete Zweckgesellschaften überführt. Zum einen waren wir Sicherungsnehmer, indem wir von zwei dieser SPEs Leveraged Credit Default Swaps erwarben. Zum anderen wurden diesen beiden SPEs Sicherheiten in Form von Finanzierungsfazilitäten für den Kauf vorrangiger Schuldtitel in Höhe von insgesamt 2 Mrd € zur Verfügung sowie Marginfazilitäten von insgesamt 8,3 Mrd € zur Verfügung gestellt. Die vorrangigen Finanzierungsfazilitäten werden in erster Linie vom kanadischen Staat und von drei Provinzen für eine Übergangszeit von 19 Monaten seit Abschluss der Restrukturierungsverhandlungen bereitgestellt. Die Marginfazilitäten stellt ein Bankenkonsortium für die Laufzeit der zwei in Rede stehenden SPEs zur Verfügung. Unser Anteil daran beträgt 0,8 Mrd €. Außer den zusätzlich bereitgestellten Sicherheiten wurden die Auslöser zur Unterlegung der Transaktion mit Sicherheiten modifiziert. Sie sind jetzt mit Margen-/Verlustmatrizen verknüpft, die auf Kreditindizes statt auf Marktwertbestimmungen beruhen, sodass der Abruf weiterer Sicherheiten eher unwahrscheinlich ist. Für einen Zeitraum von 18 Monaten nach dem Abschluss der Restrukturierungsverhandlungen besteht ein Stillhalteabkommen, keine weiteren Sicherheiten abzurufen. Die Restrukturierungsbestimmungen werden keinen Einfluss auf unsere Konzernbilanz haben.

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

Bei von Dritten gesponserten Verbriefungsgesellschaften, für die wir und in einigen Fällen Dritte Finanzierungsmittel bereitstellen, handelt es sich um von Dritten verwaltete Investmentgesellschaften, die diversifizierte Pools von Vermögenswerten kaufen, darunter festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset-backed Securities (vorwiegend verbrieft gewerbliche und private Immobilienkredite und Forderungen aus Kreditkartengeschäften) sowie Forderungen aus Filmrechten. Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Zweckgesellschaften gekoppelt ist.

Der Nominalbetrag der von uns bereitgestellten Liquiditätsfazilitäten einschließlich des nicht in Anspruch genommenen Anteils belief sich zum 31. Dezember 2008 auf 20,1 Mrd € und zum 31. Dezember 2007 auf 28,8 Mrd €. Davon wurden 10,8 Mrd € beziehungsweise 13,8 Mrd € in Anspruch genommen. Damit standen 9,3 Mrd € beziehungsweise

15,0 Mrd €, wie in der Tabelle aufgeführt, noch zur Verfügung. Alle Fazilitäten stehen für eine Inanspruchnahme zur Verfügung, sobald bestimmte Kriterien hinsichtlich der Vermögenswerte erfüllt und die Performanceziele nicht erreicht sind. Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der SPEs besichert, sodass die Veränderung des Fair Value dieser Vermögenswerte die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags beeinflusst.

Investmentfonds

Wir übernehmen Fondsgarantien, in deren Rahmen wir den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten einen bestimmten Wert des Nettofondsvermögens garantieren. Solche Garantien führen nicht dazu, dass wir die Fonds konsolidieren. Die Garantien werden bilanzwirksam als Derivate zum Fair Value erfasst, wobei Fair-Value-Änderungen erfolgswirksam ausgewiesen werden. Der Fair Value der Garantien belief sich zum 31. Dezember 2008 auf 13,2 Mio € und zum 31. Dezember 2007 auf 4,7 Mio €. Zum 31. Dezember 2008 beliefen sich die von diesen nicht konsolidierten Fonds verwalteten Vermögenswerte auf 11,8 Mrd € und die von ihnen herausgelegten Garantien auf 10,9 Mrd €. Zum 31. Dezember 2007 wurden Vermögenswerte in Höhe von 23,6 Mrd € und Garantien in Höhe von 23,0 Mrd € ausgewiesen. Der deutliche Rückgang der Vermögenswerte in 2008 war, wie oben erläutert, hauptsächlich auf die Konsolidierung von vier Fonds zurückzuführen.

Immobilienleasingfonds

Wir begeben Garantien für SPEs mit Immobilienvermögen (Gewerbe- und Wohnimmobilien sowie Infrastrukturanlagen in Deutschland), die von Dritten finanziert und an unsere Kunden vermietet werden. Diese Garantien werden nur in Anspruch genommen, wenn das betreffende Objekt zerstört wird und die Versicherungsgesellschaft für den Verlust nicht aufkommt. Wenn die Garantie in Anspruch genommen wird, machen wir gegenüber der Versicherungsgesellschaft Ansprüche geltend. Bisher wurde keine Garantie in Anspruch genommen. Der Nominalbetrag der von uns begebenen Garantien betrug zum 31. Dezember 2008 535 Mio € und zum 31. Dezember 2007 547 Mio € und ihr Fair Value ist nicht materiell. Wir konsolidieren diese SPEs nicht, da wir nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen aus ihnen halten.

Darüber hinaus schreiben wir Verkaufsoptionen für von uns aufgelegte geschlossene Immobilienfonds, die Gewerbeimmobilien oder Infrastrukturanlagen in Deutschland erwerben, die dann von Dritten geleast werden. Über Verkaufsoptionen können die Anteilseigner am Ende der Leasingfrist die Immobilie oder ihre Anteile zu einem festen Preis an uns verkaufen, sofern der Leasingnehmer seine Option zum Erwerb des Objekts nicht ausübt. Da Leasingnehmer eine Vorzugsoption besitzen, gehen wir davon aus, dass die Option in den meisten Fällen von den Leasingnehmern ausgeübt wird. Der Nominalwert der geschriebenen Verkaufsoptionen betrug zum 31. Dezember 2008 222 Mio € und zum 31. Dezember 2007 300 Mio €, und ihr Fair Value ist nicht materiell. Wir konsolidieren diese SPEs nicht, da wir nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen aus ihnen halten.

Vertragsbeziehungen mit anderen nicht konsolidierten SPEs

Vom Konzern gesponserte Verbriefungen

Im Geschäftsjahr 2008 schlossen wir Geschäfte mit SPEs ab, die die Ausbuchung von Krediten in Höhe von 10,4 Mrd € ermöglichten. Dabei handelte es sich um Kredite im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen, vor allem in den USA, sowie um gewerbliche Immobilienkredite, die als zum Fair Value bewertet ausgewiesen waren. Nicht ausgebucht wurden Kredite von 0,7 Mrd €, da in diesen Fällen die Ausbuchungskriterien nicht erfüllt waren. Die SPEs begaben verschiedene Tranchen von Schuldverschreibungen, wobei die nachrangigen Tranchen im Wesentlichen von konzernfremden Dritten gehalten werden. Wir halten alle vorrangigen Schuldver-

schreibungen, die unter den Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen werden. Sie sind damit zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten und periodisch auf das Vorliegen von Wertminderungen zu prüfen. Da wir keinen beherrschenden Einfluss auf die SPEs ausüben, konsolidieren wir diese nicht.

Die SPEs wurden in einer Weise strukturiert, dass sie den Inhabern der vorrangigen Schuldverschreibungen zusätzliche Sicherheiten bieten, wenn der Marktwert der Kredite eine festgelegte Grenze unterschreitet beziehungsweise wenn die tatsächlich eingetretenen Verluste eine bestimmte Schwelle überschreiten. Falls ein Ausfallereignis eintritt und nicht in der vereinbarten Zeit bereinigt wird, ist der Konsolidierungsstatus für die SPE zu überprüfen. Bei zwei SPEs wurden im vierten Quartal 2008 Ausfallereignisse ausgelöst, nachdem der Wert der Vermögenswerte der SPE unter den festgelegten Grenzbetrag gefallen war. Dies führte dazu, dass die externen Anteilseigner einwilligten, einen zusätzlichen Kapitalbetrag von 0,7 Mrd € zwecks Ausgleich einzuschließen. Zum 31. Dezember 2008 wurde einer der SPEs zusätzliches Eigenkapital in Höhe von 0,5 Mrd € bereitgestellt. Die Verhandlung über die Höhe des der zweiten SPE zuzuführenden Kapitalbetrages ist noch nicht abgeschlossen. Im Anschluss an den Eintritt des Ausfallereignisses wurden unsere vertraglichen Vereinbarungen mit diesen SPEs neu festgelegt, sodass für die nächsten zwölf Monate die einen Ausfall auslösenden Ereignisse anhand der tatsächlichen Ausfälle der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt werden. Nach dieser Frist werden die einen Ausfall auslösenden Ereignisse wieder wie zuvor unter Zugrundelegung des Marktwerts dieser Vermögenswerte bestimmt. Unserer Ansicht nach wird der Buchwert unserer Kredite in der SPE voll einbringlich sein, sofern diese bis zur Fälligkeit gehalten werden.

Überblick zu vertraglichen Verpflichtungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die am 31. Dezember 2008 bestehenden, aber noch nicht fälligen Barleistungsverpflichtungen aus vertraglichen Verpflichtungen.

Vertragliche Verpflichtungen	Zahlungsfälligkeit nach Periode				
	Insgesamt	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten	133.856	22.225	37.132	33.487	41.012
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	9.729	983	1.711	2.378	4.657
Langfristige zum Fair Value klassifizierte Verpflichtungen ¹	19.270	1.748	4.995	4.110	8.417
Finanzleasingverpflichtungen	352	32	61	57	202
Operating-Lease-Verpflichtungen	5.749	765	1.242	945	2.797
Kaufverpflichtungen	2.457	496	1.225	492	244
Langfristige Einlagen	35.255	–	12.322	8.601	14.332
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	2.852	4	–	–	2.848
Insgesamt	209.520	26.253	58.688	50.070	74.509

1 Beinhaltet im Wesentlichen zum Fair Value klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.

In den obigen Zahlen sind die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 245 Mio € für Operating Leases nicht enthalten. Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung, Informationstechnologie und Depotverwaltung. Einige der unter Kaufverpflichtungen ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum Fair Value klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden. Weitere Informationen finden sich in den folgenden Erläuterungen (Notes) des Konzernabschlusses:

Note [9] zu finanziellen Verpflichtungen, die zum Fair Value bewertet sind, Note [20] zu Leasingverpflichtungen, Note [24] zu Einlagen, Note [27] zu langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten und Note [28] zur Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien.

Langfristratings

Die Beibehaltung unserer Kreditwürdigkeit ist wesentlicher Teil des Mehrwerts, den wir unseren Kunden, Anleihegläubigern und Aktionären anbieten. Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Langfristratings.

	31.12.2008	31.12.2007
Moody's Investors Service, New York ¹	Aa1	Aa1
Standard & Poor's, New York ²	A+	AA
Fitch Ratings, New York ³	AA-	AA-

1 Das „Aa1“-Rating von Moody's kennzeichnet Anleihen, die in allen Kriterien hohe Qualitätsanforderungen erfüllen. Moody's stuft „Aa“-Anleihen niedriger ein als die höchstbewerteten Anleihen (die ein „Aaa“ erhalten), da Sicherheitsmargen eventuell nicht so hoch wie bei „Aaa“-Papieren sind, die Schwankungsbreite schützender Faktoren größer ist oder es sonstige Kriterien gibt, die die langfristigen Risiken höher erscheinen lassen als bei „Aaa“-Papieren. Die Zahl 1 zeigt an, dass Moody's die Anleihe am oberen Ende der „Aa“-Kategorie einstuft.

2 Standard & Poor's beschreibt Anleihen der A-Ratingkategorie als anfälliger für negative Entwicklungen im Markt- und wirtschaftlichen Umfeld, verglichen mit denen höherer Ratingkategorien. Allerdings gilt die Fähigkeit des Schuldners, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, nach wie vor als gut.

3 Ein „AA“-Rating von Fitch Ratings belegt eine sehr hohe Bonität. Das „AA“-Rating von Fitch Ratings kennzeichnet die sehr geringe Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos. Fitch Ratings zufolge deuten „AA“-Ratings auf eine sehr hohe Fähigkeit hin, finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Die Beeinträchtigung dieser Fähigkeit durch vorhersehbare Ereignisse ist gering. Die „AA“-Kategorie ist die zweithöchste Ratingkategorie von Fitch Ratings, das Minuszeichen zeigt die Einstufung am unteren Ende der „AA“-Kategorie an.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Dokuments lagen keinerlei Änderungen der oben genannten Ratings vor.

Jedes Rating verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem uns das Rating mitgeteilt wurde. Es wird empfohlen, jedes Rating getrennt zu bewerten und für die Bedeutung der einzelnen Ratings die Erklärungen der Ratingagenturen heranzuziehen. Die Ratingagenturen können ihre Ratings jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen. Diese langfristigen Bonitätsratings dienen nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf unserer Wertpapiere.

Vermögenslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt Informationen zur Entwicklung der Vermögenslage.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Summe der Aktiva	2.202.423	1.925.003
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	9.267	13.597
Forderungen aus Wertpapierleihen	35.022	55.961
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.623.811	1.378.011
davon: Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.224.493	506.967
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	24.835	42.294
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	269.281	198.892
Summe der Verbindlichkeiten	2.170.509	1.885.688
Einlagen	395.553	457.946
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	87.117	178.741
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.333.765	870.085
davon: Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.181.617	512.435
Langfristige Verbindlichkeiten	133.856	126.703
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	31.914	39.315
Tier-1-Kapital ¹	31.094	28.320
Tier-2-Kapital ¹	6.302	9.729

¹ 2007 auf der Grundlage von „Basel I“; 2008 auf der Grundlage von „Basel II“.

Aktiva und Verbindlichkeiten

Die Summe der Aktiva betrug zum 31. Dezember 2008 2.202 Mrd €. Dies entsprach einem Anstieg von 277 Mrd € (14 %) gegenüber dem 31. Dezember 2007 (1.925 Mrd €). Die Summe der Verbindlichkeiten von 2.171 Mrd € lag zum 31. Dezember 2008 um 285 Mrd € (15 %) über dem Wert zum Jahresende 2007 (1.886 Mrd €). Die Summe der Aktiva und die Summe der Passiva zum 31. Dezember 2007 wurden an den gegenwärtigen Ausweis angepasst; weitere Angaben zu diesen Anpassungen finden sich in Note [1].

Die Entwicklung sowohl der Aktiva als auch der Passiva wurde 2008 durch Veränderungen der Wechselkurse zwischen dem US-Dollar und dem Euro signifikant beeinflusst. In der ersten Jahreshälfte 2008 führte die Stärke des Euro zu geringeren Gegenwerten in Euro für unsere auf dem US-Dollar basierenden Aktiva und Passiva. Die Abwertung des Euro seit Beginn des dritten Quartals 2008 hatte die Umkehr eines Großteils dieser Entwicklung zur Folge, sodass die Bilanzentwicklung im Gesamtjahr 2008 insgesamt nur geringfügig durch Wechselkursänderungen beeinflusst wurde.

Die Erhöhung der Aktiva und Passiva im Vergleich zum 31. Dezember 2007 war im Wesentlichen auf positive und negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente zurückzuführen. Diese lagen zum 31. Dezember 2008 um 718 Mrd € beziehungsweise 669 Mrd € über den Vergleichswerten zum 31. Dezember 2007. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf unser Geschäft mit Kredit-, FX- und Zinsprodukten zurückzuführen und resultierte aus extremer Marktvolatilität und Zinsschwankungen. Ferner stieg das Kreditgeschäft um 70 Mrd € auf 269 Mrd € zum 31. Dezember 2008, vornehmlich im Bereich CIB. Dieser Zuwachs war größtenteils auf Umklassifizierungen nach Maßgabe der Änderungen zu IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, zurückzuführen.

Diese Entwicklungen wurden zum Teil durch Rückgänge in den meisten anderen Bilanzkategorien ausgeglichen. Dies reflektierte vor allem unsere im 2. Quartal 2008 eingeleiteten Aktivitäten zur Reduzierung unseres Bilanzvolumens und wirkte sich insbesondere auf die nicht derivativen zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen aus.

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2008 belief sich das Eigenkapital auf 31,9 Mrd € und lag damit um 7,4 Mrd € (19 %) unter dem Wert des Vorjahres (39,3 Mrd €). Diese Entwicklung resultierte in erster Linie aus einem Rückgang der unrealisierten Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten um 4,5 Mrd € (davon entfielen 0,7 Mrd € auf realisierte Gewinne/Verluste aus nicht festverzinslichen und festverzinslichen Wertpapieren, die keine Auswirkung auf das Eigenkapital hatten), aus einem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernverlust in Höhe von 3,8 Mrd €, der im Mai 2008 erfolgte Dividendenzahlung von 2,3 Mrd € für das Geschäftsjahr 2007, Verlusten aus dem Verkauf Eigener Aktien in Höhe von 1,2 Mrd €, sowie negativen Effekten aus Wechselkursänderungen von 1,1 Mrd € (insbesondere des US-Dollars und des Britischen Pfunds). Diese Faktoren wurden durch die im September 2008 erfolgte Kapitalerhöhung von 2,2 Mrd €, einen positiven Effekt in Höhe von 1,9 Mrd € aus der Reduzierung Eigener Aktien im Bestand sowie den per saldo positiven Effekt von 0,9 Mrd € aus der Modifizierung der Abwicklungsmethode für bestehende Terminkaufkontrakte auf Deutsche Bank-Aktien teilweise ausgeglichen.

Der Rückgang der unrealisierten Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten um 4,5 Mrd € war überwiegend auf nicht festverzinsliche Wertpapiere zurückzuführen (insgesamt 3,9 Mrd €, die sowohl aus realisierten Gewinnen aus der Verminderung von Industriebeteiligungen als auch aus unrealisierten Verlusten aus negativen Marktwertveränderungen bestanden). Der verbleibende Rückgang um 0,6 Mrd € resultierte aus realisierten und unrealisierten Verlusten aus festverzinslichen Wertpapieren. Der wesentliche Teil dieses Betrags war auf den Rückgang der Fair Values von festverzinslichen Wertpapieren zurückzuführen, die Teil der von uns aufgelegten Asset-backed-Commercial-Paper-Programme („ABCP“) sind. Nach der Änderung von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, wurde der größte Teil dieser Aktiva zum 1. Juli 2008 von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Kategorie der Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Die den Aktiva zugehörigen unrealisierten Verluste aus der Zeit vor der Umgliederung werden bis zu deren Fälligkeit auf Basis der Effektivzinsmethode in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung vereinnahmt. Diese unrealisierten Verluste determinieren den negativen Saldo von 882 Mio €, der im Eigenkapital zum 31. Dezember 2008 in der Position „Unrealisierte Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ ausgewiesen ist.

Das gemäß Basel II ausgewiesene aufsichtsrechtliche Kapital insgesamt (Tier-1- und Tier-2-Kapital) betrug zum Jahresende 2008 37,4 Mrd € gegenüber 38,0 Mrd € zum Jahresende 2007 (ausgewiesen gemäß Basel I). Während das Kernkapital (Tier-1) um 2,8 Mrd € stieg, ging das Ergänzungskapital (Tier-2) um 3,4 Mrd € zurück. Sowohl das Tier-1- als auch Tier-2-Kapital gingen um 1,5 Mrd € infolge der Einbeziehung neuer Basel II-relevanter Abzugsposten zurück. Im September 2008 stieg das Tier-1-Kapital aufgrund der Ausgabe von 40 Millionen neuer Aktien um 2,2 Mrd €. Andererseits wurde das Tier-1-Kapital durch den den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Verlust von 3,8 Mrd € belastet. Dieser Effekt konnte durch mehrere Maßnahmen wie die Umwandlung von Contingent Capital, einen Effekt aus der Änderung der Rechnungslegung für Pensionszahlungen und den Verkauf Eigener Aktien im Bestand ausgeglichen werden. Der verbleibende Rückgang des Tier-2-Kapitals resultierte hauptsächlich aus dem Rückgang unrealisierter Gewinne in börsennotierten Wertpapieren um 1,5 Mrd € und der Umwandlung von 0,5 Mrd € Tier-2-Kapital in hybrides Tier-1-Kapital.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen

Die in Note [1] des Konzernabschlusses dargelegten wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze sind für das Verständnis unseres Geschäftsergebnisses und der Finanzlage des Konzerns von maßgeblicher Bedeutung. Die Anwendung einiger dieser Rechnungslegungsgrundsätze setzt wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen und die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Finanzlage auswirken oder die Finanzlage selbst beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Einschätzungen abweichen, wenn sich die jeweiligen Umstände und zugrunde liegenden Bedingungen ändern.

Wir haben die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert.

- Bestimmung des Fair Value
- Wertminderung (Impairment) finanzieller Vermögenswerte
- Wertminderung (Impairment) nicht-finanzieller Vermögenswerte
- Wertberichtigungen latenter Steuerforderungen
- ungewisse Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie aus Steuerrisiken

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Zum 31. Dezember 2008 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 1.461.399.078,40 €, eingeteilt in 570.859.015 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in der Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2008 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre unmittelbar nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten das Mitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 33 Absatz 2 KWG).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG). In diesem Fall hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag der BaFin die erforderlichen Vorstandsmitglieder zu bestellen, wenn infolge der Untersagung der Vorstand nicht mehr über die für die Führung der Geschäfte erforderliche Anzahl von Mitgliedern verfügt (§ 46 Absatz 2 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2008 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 308.600.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Befristungen bis zum 30. April 2012 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Befristet bis
150.000.000 €	30. April 2009
128.000.000 € ¹	30. April 2011
30.600.000 €	30. April 2012

¹ Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Die Hauptversammlung am 29. Mai 2008 hat den Vorstand ergänzend ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- oder Sacheinlage um bis zu 140.000.000 € zu erhöhen. Dieses genehmigte Kapital ist Gegenstand eines laufenden Freigabeverfahrens nach § 246a AktG, noch nicht in das Handelsregister eingetragen und damit noch nicht wirksam geworden. Es wird nach Eintragung bis zum 30. April 2013 ausgenutzt werden können.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht.

In der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht. Auch dieses bedingte Kapital ist noch nicht im Handelsregister eingetragen und damit noch nicht wirksam geworden.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2009 zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2009 Eigene Aktien bis zu 10 % des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- und nicht um mehr als 20 % unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 15 % über- und nicht um mehr als 10 % unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wird der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft ausgegebenen Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es

ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Aktien dazu verwendet werden, sie als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben, oder soweit sie zur Bedienung von Mitarbeitern der Gesellschaft und verbundener Unternehmen eingeräumten Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft verwendet werden sollen.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, die Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen mit Aktien, die aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nach § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des bei der Ausgabe beziehungsweise der Veräußerung von Aktien vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Put- und Call-Optionen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Put-Optionen an Dritte verkaufen und Call-Optionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Put- und Call-Optionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 31. Oktober 2009 enden.

Der bei Ausübung der Optionen zu zahlende Kaufpreis für die Aktien darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktien im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen beziehungsweise gezahlten Optionsprämie.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im nachfolgenden Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Sofern das Anstellungsverhältnis bestimmter Führungskräfte mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen, steht den Führungskräften eine Abfindungszahlung zu. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5 bis 2,5-Fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – bar und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollerwerb. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollerwerb entsprechende Berücksichtigung.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht erläutert die Grundzüge, die auf die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG Anwendung finden, sowie Höhe und Struktur der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Vergütungsbericht richtet sich nach den Vorgaben des § 314 Absatz 1 Nr. 6 HGB, des Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) 17, „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands

Das Aufsichtsratsplenum beschließt für die Mitglieder des Vorstands auf Vorschlag des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats das Vergütungssystem einschließlich der wesentlichen Vertragselemente und überprüft es regelmäßig. Der Präsidialausschuss legt die nähere Ausgestaltung und die Höhe der Vergütung für die Mitglieder des Vorstands fest.

Die Mitglieder des Vorstands haben für das Geschäftsjahr 2008 für ihre Vorstandstätigkeit eine Vergütung von insgesamt 4.476.684 € (2007: 33.182.395 €) erhalten. Diese Gesamtvergütung setzte sich aus den folgenden (für das Geschäftsjahr 2007 überwiegend erfolgsabhängigen) Komponenten zusammen:

in €	2008	2007
Erfolgsunabhängige Komponenten:		
Grundgehalt	3.950.000	3.883.333
Sonstige Leistungen	526.684	466.977
Erfolgsabhängige Komponenten:		
ohne langfristige Anreizwirkung	–	17.360.731
mit langfristiger Anreizwirkung	–	11.471.354
Gesamtvergütung	4.476.684	33.182.395

Die Zahlen beziehen sich auf Vorstandsmitglieder, die im jeweiligen Berichtsjahr tätig waren.

Mit den Mitgliedern des Vorstands wurden Dienstverträge geschlossen. Darin sind folgende Vergütungsbestandteile geregelt:

Erfolgsunabhängige Komponenten. Die erfolgsunabhängigen Komponenten bestehen aus dem Grundgehalt sowie sonstigen Leistungen.

Das Grundgehalt der Mitglieder des Vorstands wird auf Basis einer Analyse der Gehälter festgesetzt, die in einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer internationaler Unternehmen an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlt werden. Es wird in monatlichen Raten ausgezahlt.

Die sonstigen Leistungen umfassen steuerpflichtige Aufwandserstattungen und den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrgestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogene Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen inklusive der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern.

Erfolgsabhängige Komponenten. Die erfolgsabhängigen Komponenten bestehen aus einer Bonuszahlung in bar und dem Mid-Term Incentive („MTI“). Maßgeblich für die erfolgsabhängige jährliche Bonuszahlung in bar ist das Erreichen der geplanten Eigenkapitalrendite. Als weiteren Bestandteil der variablen Vergütung erhalten die Vorstandsmitglieder ein erfolgsabhängiges Mid-Term Incentive, das – bezogen auf einen rollierenden Zweijahreszeitraum – aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen abgeleitet wird. Die MTI-Zahlung besteht aus einer Barvergütung (rund ein Drittel) und aktienbasierten Vergütungselementen (rund zwei Drittel), welche langfristige Risikokomponenten enthalten und im nachfolgenden Absatz erläutert werden.

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung. Die Mitglieder des Vorstands erhalten als Teil ihres Mid-Term Incentive aktienbasierte Vergütungselemente (DB Equity Units) im Rahmen des DB Global Partnership Plans. Der endgültige Wert der den Vorstandsmitgliedern gewährten aktienbasierten Vergütungsbestandteile wird vom Wert der Deutsche Bank-Aktie bei Zuteilung abhängen, sodass diese eine langfristige Anreizwirkung entfalten.

Weitere Informationen zu diesen Aktienrechten (DB Equity Units), die im Rahmen des DB Global Partnership Plans ausgegeben werden, sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

Die im Jahr 2008 tätigen Vorstandsmitglieder haben unwiderruflich auf ihnen für das Geschäftsjahr 2008 zustehende Ansprüche auf Zahlung einer variablen Vergütung (Bonus und MTI) verzichtet. Sie erhielten für die Jahre 2008 und 2007 die nachstehenden Vergütungskomponenten:

Mitglieder des Vorstands		Erfolgsunabhängige Komponenten		Erfolgsabhängige Komponenten		Gesamtvergütung
		Grundgehalt	Sonstige Leistungen	ohne langfristige Anreizwirkung	mit langfristiger Anreizwirkung ¹	
in €						
Dr. Josef Ackermann	2008	1.150.000	239.586	–	–	1.389.586
	2007	1.150.000	151.517	8.148.725	4.531.250	13.981.492
Dr. Hugo Bänziger	2008	800.000	62.160	–	–	862.160
	2007	800.000	73.451	2.713.368	2.031.250	5.618.069
Anthony Di Iorio ²	2008	600.000	24.739	–	–	624.739
	2007	800.000	50.806	2.713.368	2.031.250	5.595.424
Stefan Krause ³	2008	600.000	107.306	–	–	707.306
	2007	–	–	–	–	–
Hermann-Josef Lamberti	2008	800.000	92.893	–	–	892.893
	2007	800.000	130.058	2.713.368	2.031.250	5.674.676

¹ Die Anzahl der 2008 für das Geschäftsjahr 2007 an die Mitglieder des Vorstands gewährten DB Equity Units wurde mittels Division der genannten Eurowerte durch den Betrag von 76,47 €, dem durchschnittlichen Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie an den 10 Handelstagen vor dem 5. Februar 2008 im Xetra-Handel, ermittelt. Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter DB Equity Units: Herr Dr. Ackermann 59.255, Herr Dr. Bänziger 26.562, Herr Di Iorio 26.562 und Herr Lamberti 26.562.

² Mitglied des Vorstands bis 30. September 2008.

³ Mitglied des Vorstands seit 1. April 2008.

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands haben eine beitragsorientierte Versorgungszusage, die in ihrer Struktur dem allgemeinen Pensionsplan für Mitarbeiter der Bank entspricht. Im Rahmen dieses beitragsorientierten Pensionsplans wurde für jedes Vorstandsmitglied ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts sowie des Bonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % bis zum Alter von 60. Ab einem Alter von 61 wird das Versorgungskonto jährlich mit 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann nach Ausscheiden aus dem Vorstand aber vor Eintritt eines der Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Im Jahr 2008 ergab sich für die erläuterten Versorgungszusagen ein Dienstzeitaufwand für Herrn Dr. Ackermann von 317.893 €, für Herrn Dr. Bänziger von 429.167 €, für Herrn Di Iorio von 239.973 €, für Herrn Krause von 100.691 € und für Herrn Lamberti von 273.192 €. Im Jahr 2007 ergab sich für die vorgenannten Versorgungszusagen ein Dienstzeitaufwand für Herrn Dr. Ackermann von 354.291 €, für Herrn Dr. Bänziger von 501.906 €, für Herrn Di Iorio von 345.271 €, für Herrn Krause von 0 € (wurde erst im Jahr 2008 in den Vorstand bestellt) und für Herrn Lamberti von 307.905 €.

Zum 31. Dezember 2008 wiesen die Versorgungskonten der gegenwärtigen Vorstandsmitglieder folgende Guthaben aus: 4.098.838 € für Herrn Dr. Ackermann, 1.379.668 € für Herrn Dr. Bänziger, 216.000 € für Herrn Krause und 4.166.174 € für Herrn Lamberti. Zum 31. Dezember 2007 hatten die Versorgungskonten folgende Guthaben ausgewiesen: 3.782.588 € für Herrn Dr. Ackermann, 785.668 € für Herrn Dr. Bänziger, 0 € für Herrn Krause (wurde erst im Jahr 2008 in den Vorstand bestellt) und 3.770.174 € für Herrn Lamberti. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen. Den Herren Dr. Ackermann und Lamberti steht daneben grundsätzlich nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand ein monatliches Ruhegeld von 29.400 € aus einer abgelösten Pensionszusage zu.

Scheidet ein derzeitiges Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2008 bestand, aus dem Amt aus, so steht ihm für die Dauer von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu. Ausgenommen ist beispielsweise der Fall, dass das Vorstandsmitglied durch sein Verschulden einen Grund zur fristlosen Entlassung gibt. Die Übergangszahlung, die ein Vorstandsmitglied für diesen Zeitraum von sechs Monaten erhalten hätte, wenn es zum 31. Dezember 2008 oder 31. Dezember 2007 aus dem Vorstand ausgeschieden wäre, belief sich für Herrn Dr. Ackermann auf 2.825.000 € sowie für Herrn Dr. Bänziger und Herrn Lamberti auf jeweils 1.150.000 €.

Sofern ein derzeitiges Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2006 bestand, nach Vollendung des 60. Lebensjahres ausscheidet, steht ihm grundsätzlich im Anschluss an die sechsmonatige Übergangszeit die Zahlung von zunächst 75 % und dann 50 % der Summe aus Grundgehalt und Bonus (letzte Zielgröße) für die Dauer von jeweils 24 Monaten zu. Die Übergangszahlung endet spätestens sechs Monate nach Ablauf der Hauptversammlung des Jahres, in dem das Vorstandsmitglied das Alter von 65 erreicht.

Nach Maßgabe der mit den jeweiligen Vorstandsmitgliedern geschlossenen Dienstverträge haben diese bei vorzeitiger Beendigung der Bestellung auf Veranlassung der Bank, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird von dem Präsidialausschuss nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung (Gehalt, Bonus und MTI-Zahlung) für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Sofern das Vorstandsmitglied im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheidet, hat es Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird von dem Präsidialausschuss nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung (Gehalt, Bonus, MTI-Zahlung) für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 27. Februar 2009 beziehungsweise 29. Februar 2008 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder die folgende Anzahl an Aktien und Aktienrechten aus DB Equity Units:

Mitglieder des Vorstands		Anzahl Aktien	Anzahl DB Equity Units ¹
Dr. Josef Ackermann	2009	334.577	133.789
	2008	275.421	192.945
Dr. Hugo Bänziger	2009	24.101	77.441
	2008	31.219	103.881
Stefan Krause	2009	–	–
	2008	–	–
Hermann-Josef Lamberti	2009	88.373	59.973
	2008	74.445	86.491
Insgesamt	2009	447.051	271.203
Insgesamt	2008	381.085	383.317

¹ Einschließlich der Aktienrechte (Restricted Equity Units) von Herrn Dr. Bänziger, der diese im Zusammenhang mit dem vor der Ernennung als Vorstandsmitglied bestehenden Anstellungsverhältnis erhalten hat. Die in der Tabelle erfassten DB Equity Units und Restricted Equity Units haben unterschiedliche Unverfallbarkeits- und Zuteilungsdaten. In der Folge werden die letzten Aktienrechte am 1. August 2011 fällig und zugeteilt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten zum 27. Februar 2009 insgesamt 447.051 Aktien, was rund 0,08 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach. Zum 29. Februar 2008 hielten sie insgesamt 381.085 Aktien, was rund 0,07 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach.

Der Aufwand im Geschäftsjahr 2008 für ihre Tätigkeit als Vorstand in Vorjahren gewährte Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung betrug für Herrn Dr. Ackermann 3.368.011 €, für Herrn Dr. Bänziger 1.103.939 €, für Herrn Di Iorio 2.143.050 € und für Herrn Lamberti 1.509.798 €. Im Geschäftsjahr 2007 betrug der entsprechende Aufwand für diese Komponenten für Herrn Dr. Ackermann 3.199.221 €, für Herrn Dr. Bänziger 403.758 €, für Herrn Di Iorio 403.758 € und für Herrn Lamberti 1.434.133 €. Herr Krause wurde erst im April 2008 Mitglied des Vorstands, sodass im Geschäftsjahr 2008 kein Aufwand für Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung entstand.

Weitere Informationen zu den Aktienrechten (DB Equity Units), die im Rahmen des DB Global Partnership Plans gewährt wurden, sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 beschlossen.

Derzeit gelten die folgenden Regelungen: Die Vergütung besteht aus einer festen Vergütung in Höhe von 60.000 € pro Jahr und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 100 € pro Jahr je 0,01 € ausgeschüttete Dividende, die 1,00 € je Aktie übersteigt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner eine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene jährliche Vergütung. Diese Vergütung beträgt 100 € für jede 0,01 €, um die der Durchschnitt der im Finanzbericht der Gesellschaft im Einklang mit den jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften für den Konzern ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie (verwässert) aus dem Jahresüberschuss nach Steuern für die letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre den Betrag von 4,00 € übersteigt.

Diese Beträge erhöhen sich um 100 % je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Vorsitz in einem Ausschuss beträgt der Erhöhungssatz 200 %. Beides gilt nicht für den nach § 27 Absatz 3 MitbestG gebildeten Ausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Vierfache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt dies gleichzeitig die Obergrenze dar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Aufsichtsrats in unserem Interesse in angemessener Höhe in eine von der Deutschen Bank abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür werden von der Bank entrichtet.

Wir erstatten den Mitgliedern des Aufsichtsrats sämtliche Barauslagen sowie etwaige Umsatzsteueraufwendungen (derzeit 19 %), die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeitervergütung. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berücksichtigt, wobei eine Aufrundung auf volle Monate erfolgt.

Die Mitglieder des Nominierungsausschusses, der sich im Anschluss an die Hauptversammlung 2008 neu konstituiert hat, haben wie schon im Vorjahr auf sämtliche Vergütungen für den Nominierungsausschuss für 2008 und die Folgejahre einschließlich des Sitzungsgelds verzichtet.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2009 haben wir jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2008 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich würde jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2009 für seine Tätigkeit im Jahr 2008 die an unseren langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie die dividendenabhängige Vergütung erhalten. Angesichts der Finanzmarktkrise hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 einstimmig beschlossen, auf diese erfolgsabhängigen Vergütungen für das Geschäftsjahr 2008 zugunsten der Bank zu verzichten. Dieser Verzicht betrifft die amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrats und umfasst die variable Vergütung einschließlich der zusätzlichen variablen Vergütungen für den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, die stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats und die Mitgliedschaften in den Ausschüssen nach § 14 der Satzung. Dem Verzicht auf die variable Vergütung haben sich auch alle ehemaligen Mitglieder des Aufsichtsrats angeschlossen, die mit Ablauf der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden sind und daher noch für die ersten fünf Monate des Geschäftsjahres 2008 einen Vergütungsanspruch haben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats beträgt demzufolge 2.478.500 € (2007: 6.022.084 €). Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer):

Mitglieder des Aufsichtsrats	Vergütung für das Geschäftsjahr 2008				Vergütung für das Geschäftsjahr 2007			
	Fest	Variabel	Sitzungs- geld	Insgesamt	Fest	Variabel	Sitzungs- geld	Insgesamt
in €								
Dr. Clemens Börsig	240.000	–	24.000	264.000	240.000	400.667	22.000	662.667
Karin Ruck	160.000	–	12.000	172.000	60.000	100.167	5.000	165.167
Wolfgang Böhr ²	40.000	–	4.000	44.000	–	–	–	–
Dr. Karl-Gerhard Eick	180.000	–	10.000	190.000	180.000	300.500	11.000	491.500
Heidrun Förster	157.500	–	15.000	172.500	210.000	350.583	16.000	576.583
Ulrich Hartmann ¹	50.000	–	6.000	56.000	120.000	200.333	9.000	329.333
Alfred Herling ²	40.000	–	4.000	44.000	–	–	–	–
Gerd Herzberg	60.000	–	6.000	66.000	60.000	100.167	5.000	165.167
Sabine Horn ¹	50.000	–	6.000	56.000	120.000	200.333	10.000	330.333
Rolf Hunck ¹	50.000	–	6.000	56.000	120.000	200.333	12.000	332.333
Sir Peter Job	180.000	–	15.000	195.000	180.000	300.500	16.000	496.500
Prof. Dr. Henning Kagermann	120.000	–	13.000	133.000	120.000	200.333	8.000	328.333
Ulrich Kaufmann ¹	50.000	–	6.000	56.000	120.000	200.333	9.000	329.333
Peter Kazmierczak ¹	25.000	–	3.000	28.000	60.000	100.167	5.000	165.167
Martina Klee ²	40.000	–	4.000	44.000	–	–	–	–
Suzanne Labarge ²	80.000	–	8.000	88.000	–	–	–	–
Maurice Lévy	60.000	–	6.000	66.000	60.000	100.167	4.000	164.167
Henriette Mark	100.000	–	10.000	110.000	60.000	100.167	5.000	165.167
Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E. h. Heinrich von Pierer ¹	50.000	–	5.000	55.000	120.000	200.333	10.000	330.333
Gabriele Platscher	60.000	–	7.000	67.000	60.000	100.167	5.000	165.167
Dr. Theo Siegert	100.000	–	11.000	111.000	60.000	100.167	5.000	165.167
Dr. Johannes Teysen ²	40.000	–	4.000	44.000	–	–	–	–
Marlehn Thieme ²	80.000	–	7.000	87.000	–	–	–	–
Tilman Todenhöfer	125.000	–	11.000	136.000	120.000	200.333	10.000	330.333
Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Jürgen Weber ¹	25.000	–	3.000	28.000	60.000	100.167	4.000	164.167
Werner Wenning ²	40.000	–	3.000	43.000	–	–	–	–
Leo Wunderlich	60.000	–	7.000	67.000	60.000	100.167	5.000	165.167
Insgesamt	2.262.500	–	216.000	2.478.500	2.190.000	3.656.084	176.000	6.022.084

1 Mitglied bis 29. Mai 2008.

2 Neues Mitglied seit 29. Mai 2008.

Mitarbeiter und soziale Verantwortung

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2008 beschäftigte die Bank insgesamt 80.456 Mitarbeiter, verglichen mit 78.291 zum 31. Dezember 2007. Wir berechnen unsere Mitarbeiterzahlen auf der Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl unserer Vollzeitkräfte zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006.

Mitarbeiter ¹	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Deutschland	27.942	27.779	26.401
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika	23.067	21.989	20.025
Asien/Pazifik	17.126	15.080	10.723
Nordamerika ²	11.947	13.088	11.369
Mittel- und Südamerika	374	355	331
Mitarbeiter insgesamt	80.456	78.291	68.849

1 Vollzeitkräfte.

2 Vorwiegend USA.

Die Zahl unserer Mitarbeiter stieg 2008 um 2.165 oder 2,8 % auf 80.456 Mitarbeiter. Diese Entwicklung beruht auf folgenden Faktoren:

- Im Bereich Private Clients and Asset Management erhöhten wir die Anzahl der Mitarbeiter um 1.114, vor allem in Polen und Indien.
- Die Anzahl der Mitarbeiter im Bereich Corporate and Investment Bank wurde um 1.476 Mitarbeiter verringert. Betroffen waren in erster Linie Geschäftsfelder in Großbritannien und den USA, bei denen eine schnelle Erholung nicht absehbar ist.
- Im Bereich Infrastruktur führte insbesondere der Ausbau größerer Bearbeitungszentren zu einem Anstieg von 2.535 Mitarbeitern, vor allem in Asien.

Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Wir bieten eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten.

Grundsätzlich umfasst der global koordinierte Rechnungslegungsprozess alle leistungsdefinierten Pläne mit einer Verpflichtungshöhe im Sinne der Defined Benefit Obligation (DBO) von mehr als 1 Mio €. Die Bewertungen durch lokale Aktuarien in den einzelnen Ländern werden von unserem globalen Aktuar nachgeprüft.

Durch die Anwendung einer globalen Richtlinie zur Festlegung der ökonomischen und demografischen Bewertungsparameter stellen wir sicher, dass diese gemäß den Grundsätzen der bestmöglichen Einschätzung und Planfortführung unvoreingenommen gewählt und aufeinander abgestimmt sind.

Eine weitergehende Erörterung unserer Pläne für Leistungen an Mitarbeiter ist in den Erläuterungen des Finanzberichts unter Note [32] zu finden.

Gesellschaftliche Verantwortung (Corporate Social Responsibility)

Mehr als Geld: Soziales Kapital schaffen

Die Deutsche Bank hat im Berichtsjahr ihr Corporate-Social-Responsibility(CSR)-Programm neu ausgerichtet. Gesellschaftliche Verantwortung sichtbar in das tägliche Handeln der Deutschen Bank zu integrieren und noch enger mit dem Geschäft zu verknüpfen, ist unsere Absicht. Gerade in schwierigen Zeiten wird deutlich, dass verantwortungsvolles Handeln und unternehmerischer Erfolg untrennbar zusammengehören.

Die Deutsche Bank versteht gesellschaftliche Verantwortung als Investition in die Gesellschaft und ihre eigene Zukunft. Ziel all unseres Handelns als verantwortungsbewusster Unternehmensbürger ist es, soziales Kapital zu schaffen. Dabei sehen wir es als unsere wichtigste soziale Verantwortung, international wettbewerbsfähig zu sein, Gewinne auf verantwortungsbewusste Weise zu erwirtschaften und als Unternehmen zu wachsen.

Nachhaltigkeit: Zukunftsfähigkeit sichern

Die Prinzipien des UN Global Compact sind seit Jahren in unseren Richtlinien verankert. Innerhalb des seit 1999 zertifizierten Nachhaltigkeits-Management-Systems berücksichtigen wir bei unseren geschäftlichen Aktivitäten immer auch ökologische, soziale und ethische Aspekte. Die Zertifizierung nach ISO 14001 wurde im Berichtsjahr bis 2011 verlängert.

Hohe Priorität hatte für uns 2008 auch das Thema Klimawandel. So modernisieren wir unsere Konzernzentrale in Frankfurt und schaffen eines der umweltfreundlichsten Hochhäuser der Welt. Darüber hinaus haben wir ein Programm gestartet, um die Kohlendioxid-Emissionen der Deutschen Bank um 20 % jährlich zu reduzieren – ab 2012 wollen wir klimaneutral arbeiten.

Engagement beweisen

Ein Fundament unserer gesellschaftlichen Aktivitäten ist das ehrenamtliche Engagement der Mitarbeiter. Das Corporate-Volunteering-Angebot bauten wir 2008 weiter aus. Im Rahmen unseres globalen Programms haben erfahrene Mitarbeiter der Deutschen Bank mehrere Wochen lang Mikrofinanzinstitutionen beraten. In allen Bereichen bestimmt „Leistung aus Leidenschaft“ das Handeln unserer Mitarbeiter: Im Berichtsjahr engagierten sie sich weltweit an 35.738 Tagen für die Gesellschaft und haben damit ihren Einsatz gegenüber dem Vorjahr um gut 80 % erhöht.

Soziales: Chancen eröffnen

Mit unseren sozialen Initiativen wollen wir vor allem Menschen helfen, ihre eigenen Kräfte zu mobilisieren. Seit mehr als zehn Jahren entwickeln wir Mikrofinanzinstrumente, die es Armen in Entwicklungsländern ermöglichen, sich eine Existenz aufzubauen. Dadurch haben wir eine Kreditvergabe in Höhe von über 1 Mrd US-\$ an 2,2 Millionen Menschen ermöglicht. Darüber hinaus engagieren wir uns weltweit für die Verbesserung der Infrastruktur in einkommensschwachen Gemeinden und schnell wachsenden Megastädten. In den USA werden unsere Stadtentwicklungsinitiativen seit 1992 von der US-Regierung als „hervorragend“ bewertet. Und die Alfred Herrhausen Gesellschaft hat den „Deutsche Bank Urban Age Award“ 2008 an ein Wohnraumprojekt für ärmere Bevölkerungsschichten in São Paulo vergeben.

Mit der 2008 gegründeten Deutsche Bank Middle East Foundation haben wir unserem gesellschaftlichen Engagement auch in der Region Mittlerer Osten/Nordafrika eine dauerhafte Verankerung gegeben.

Kunst: Kreativität entwickeln

Die Kunstsammlung der Deutschen Bank zählt zu den größten und bedeutendsten Unternehmenssammlungen der Welt. Im Fokus der Sammlung stehen zeitgenössische Arbeiten auf Papier. Unter dem Motto „Art Works“ haben wir 2008 unsere Kunstwerke der breiten Öffentlichkeit noch besser zugänglich gemacht. Mit dem Frankfurter Städel Museum vereinbarten wir, für den Erweiterungsbau des Museums, der 2011 eröffnet wird, 600 Arbeiten aus unserer Sammlung auf Dauer zur Verfügung zu stellen. In den USA und Großbritannien wurde die Deutsche Bank für ihr Kunstengagement ausgezeichnet. Durch das Jahr 2009 begleitet uns die Äthiopierin Julie Mehretu stellvertretend für alle jungen Künstler, die wir weltweit unterstützen.

Bildung: Talente fördern

Chancengerechtigkeit zu verbessern und Barrieren abzubauen sind die Kernanliegen unseres Bildungsprogramms. So ebnet der von der Deutsche Bank Stiftung, der Accenture Stiftung und der Stiftung der Deutschen Wirtschaft ins Leben gerufene „Studienkompass“ mittlerweile 375 jungen Menschen aus nichtakademischen Elternhäusern den Weg an die Universität. Durch unsere Kooperation mit der Stiftung Deutsche Sporthilfe tragen wir dazu bei, in der Gesellschaft das Prinzip eines fairen, leistungsorientierten Wettbewerbs zu stärken.

Die exklusive Partnerschaft mit den Berliner Philharmonikern wurde 2009 mit der „Digital Concert Hall“ um ein einzigartiges Projekt erweitert: Dank unserer Unterstützung für das Orchester werden die Konzerte im Internet (www.berliner-philharmoniker.de) in HDTV-Qualität – live und als Aufzeichnung – rund um den Globus in Bild und Ton erlebbar gemacht.

Mit dem Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ präsentierte die Deutsche Bank auch 2008 jeden Tag eine Erfolgsgeschichte, die für Mut, Neugier und Innovation steht. Im Mittelpunkt stehen Menschen, die beherzt nach vorn gehen und große Würfe wagen, die Herausragendes denken und engagiert umsetzen.

Ausführliche Informationen zu unserem gesellschaftlichen Engagement enthält der Bericht „Gesellschaftliche Verantwortung 2008“.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Postbank. Am 14. Januar 2009 haben die Deutsche Bank AG und die Deutsche Post AG eine neue Transaktionsstruktur auf Basis des im September 2008 vereinbarten Kaufpreises für den Erwerb von Aktien der Deutschen Postbank AG durch die Deutsche Bank vereinbart. Der Vertrag wird in drei Teilen umgesetzt und wurde am 25. Februar 2009 vollzogen. In diesem Rahmen erwirbt die Deutsche Bank 50 Millionen Aktien der Postbank – das entspricht einem Anteil von 22,9 % – im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung von 50 Millionen Deutsche Bank-Aktien unter Ausschluss von Bezugsrechten. Für die Deutsche Bank reduziert sich dadurch in der neuen Struktur die erwartete Tier-1-Kapitalbelastung. Die Aktien werden aus bestehendem genehmigtem Kapital emittiert. Infolgedessen wird die Deutsche Post einen Anteil von rund 8 % an der Deutschen Bank halten. Über die eine Hälfte dieser Aktien kann die Deutsche Post ab Ende April frei verfügen. Die andere Hälfte dieser Aktien ist ab Mitte Juni veräußerbar. Am Vollzugstag erwarb die Deutsche Bank eine Pflichtumtauschanleihe der Deutschen Post, die nach Ablauf von drei Jahren in 60 Millionen Aktien, oder 27,4 %, der Postbank getauscht wird. Für die verbleibenden von der Deutschen Post gehaltenen Aktien (26,4 Millionen Aktien beziehungsweise 12,1 %) bestehen Kauf- und Verkaufsoptionen. Die Optionen werden durch die Zahlung des Barwerts zum Zeitpunkt des Vollzugs in Höhe von 1,1 Mrd € besichert und sind zwischen dem 36. und 48. Monat nach Vollzug der Transaktion ausübbar.

Cosmopolitan Resort and Casino. Wie in Note [19] Sachanlagen dargestellt, haben wir im September 2008 das Cosmopolitan Resort and Casino im Rahmen eines Rettungserwerbs übernommen und das Projekt weiter entwickelt. Diese Immobilie ist eine als Finanzinvestition gehaltene Immobilie im Bau, die als Sachanlage bilanziert wird. Zum 31. Dezember 2008 belief sich der Buchwert auf 1,1 Mrd €.

Im ersten Quartal 2009 gab es Anzeichen für eine deutliche Verschlechterung des Marktumfelds für Eigentumswohnungen, Hotels und Casinos in Las Vegas. In Anbetracht dieser Entwicklung erwägen wir momentan verschiedene Alternativen zur weiteren Entwicklung und Durchführung des Cosmopolitan Resort und Casino-Projekts. Der aus dem Vermögenswert erzielbare Wert hängt von der zukünftigen Marktentwicklung sowie unserem weiteren Vorgehen ab. Infolgedessen könnte sich in 2009 eine Wertminderung des Buchwerts ergeben, deren Höhe sich jedoch zurzeit nicht verlässlich bestimmen lässt.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft erlebt derzeit den stärksten Einbruch der Nachkriegsgeschichte und dürfte im laufenden Jahr den ersten Rückgang der Wirtschaftsleistung seit Ende des Zweiten Weltkriegs erfahren, nachdem sie 2008 noch um 3,5 % gewachsen war. Eine Stabilisierung der Weltwirtschaft ist frühestens gegen Ende dieses Jahres zu erwarten. In 2010 könnte wieder ein schwaches Wachstum erreicht werden.

Ursache für diesen globalen Einbruch ist die US-amerikanische Wirtschaft, die sich seit Anfang 2008 in einer Rezession befindet. Trotz des verabschiedeten Pakets in Höhe von fast 800 Mrd US-\$ zur Ankurbelung der Wirtschaft und der Nullzinspolitik der US-amerikanischen Notenbank wird die amerikanische Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr voraussichtlich um knapp 3 % zurückgehen. Erst 2010 dürfte die US-Wirtschaft wieder einen Wachstumskurs einschlagen, dabei aber immer noch weit unter ihrem Potenzial bleiben.

Den Schwellenmärkten gelang es nicht, sich von dem starken Konjunkturrückgang in den USA abzukoppeln. In Asien wird das Wachstum 2009 voraussichtlich auf unter 4 % fallen und sich damit gegenüber 2007 mehr als halbieren. Die Wirtschaftsleistung in Lateinamerika dürfte in diesem Jahr stagnieren und in Osteuropa sogar leicht fallen.

Nach den USA gerieten auch die Länder der Eurozone in eine Rezession. Auch hier wird mit einer deutlichen Verbesserung nicht vor Ende 2009 beziehungsweise Anfang 2010 zu rechnen sein. Die deutsche Wirtschaft wird wegen ihrer hohen Exportabhängigkeit vom Einbruch der weltweiten Nachfrage besonders hart getroffen. Trotz gesunkener Preise für Öl und andere Rohstoffe, einer gelockerten Geldpolitik durch die EZB und umfangreicher Konjunkturpakete der Regierung zur wirtschaftlichen Stimulierung ist für 2009 mit einem Rückgang des realen BIP von 3,5 % zu rechnen. Für 2010 sind eine leichte wirtschaftliche Erholung und ein BIP-Wachstum von etwa 1 % möglich.

Die Wirtschaftsleistung in der Eurozone wird 2009 voraussichtlich in etwa demselben Maße zurückgehen wie in Deutschland. Auch wenn einige Länder der Eurozone weniger stark als Deutschland von der Auslandsnachfrage abhängig sind, belasten die Korrekturen auf den Immobilienmärkten in Ländern wie Spanien, Irland und Großbritannien das BIP-Wachstum.

Infolge der hohen Öl- und Rohstoffpreise ist die Inflationsrate in den Industrieländern 2008 auf eine seit Jahren nicht mehr verzeichnete Höhe gestiegen. Mit Beginn der Rezession fielen die Rohstoffpreise signifikant und reduzierten somit den Inflationsdruck deutlich. In den USA stagnierten die Verbraucherpreise im Januar 2009 im Vergleich zum Vorjahr und könnten im Jahresdurchschnitt um knapp 1 % fallen. Die Kerninflation (ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung von Öl und Nahrungsmitteln) dürfte dabei etwa 1,5 % erreichen. Die Inflationsrate könnte 2009 auch in Deutschland vorübergehend negativ werden.

Zusätzliche Risiken für die Weltwirtschaft könnten sich noch durch eine Verschärfung geopolitischer Spannungen, politische Instabilität, potenzielle terroristische Aktivitäten oder bewaffnete Konflikte in verschiedenen Regionen der Welt ergeben. Eine Ausweitung oder deutliche Verschärfung der Finanzkrise könnte zu tief greifenden Verwerfungen im Finanzsektor sowie zum Zusammenbruch mehrerer Finanzinstitute führen. Insbesondere für den Fall, dass staatliche Interventionen die Auswirkungen nicht unter Kontrolle bringen, könnte die Weltwirtschaft in eine lang andauernde Krise geraten.

Der Bankensektor und der Deutsche Bank-Konzern

Der Ausblick für den Bankensektor und den Deutsche Bank-Konzern wird von der in 2007 ausgelösten Finanzkrise und insbesondere von den Entwicklungen im letzten Quartal 2008 stark beeinflusst. Das vierte Quartal des vergangenen Jahres war für die Finanzmärkte durch außerordentlich turbulente und schwierige Geschäftsbedingungen gekennzeichnet. Nach der Zahlungsunfähigkeit einer großen US-amerikanischen Investmentbank im September gerieten die Kapitalmärkte in eine akute Stresssituation, gekennzeichnet von einem deutlichen Rückgang des Interbankengeschäfts, extremer Illiquidität auf Kredit- und anderen Märkten sowie außergewöhnlich hoher Volatilität, einschließlich drastischer Einbrüche, auf den wichtigsten Aktienmärkten. Diese Entwicklungen belasteten auch die Bilanzen der Banken und ihre Liquiditäts- und Refinanzierungsvereinbarungen. Zentralbanken und Regierungen intervenierten in einem seit Jahren nicht erfolgten Umfang, indem sie auf Schlüsselmärkten Liquidität bereitstellten und Banken durch Direktbeteiligungen neues Kapital zuführten.

Auch 2009 dürfte das geschäftliche Umfeld im Bankensektor sehr schwierig bleiben, ungeachtet der fortgesetzten Interventionen von Regierungen und Zentralbanken zur Vertrauensbildung und zur Stabilisierung der Märkte. Der Bankensektor steht vor einer Reihe großer Herausforderungen. Risikopositionen für problembehaftete Altbestände sowie die Verschlechterung des Kreditumfelds angesichts des Übergreifens der Krise auf die Realwirtschaft werden die Bilanzen weiter belasten. Der Anstieg der Ausfallquoten sowohl bei Firmenkunden als auch bei Privatpersonen infolge der Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds wird sich in den Kreditbüchern niederschlagen. Diese und andere Faktoren werden wiederum die Kapitalquoten belasten. Nachlassende Kundennachfrage in einigen Produktbereichen, verursacht durch die Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität, gestiegene Anforderungen bei der Kreditvergabe, und allgemeine Zurückhaltung von privaten und institutionellen Investoren dürften die Ertragslage weiter beeinträchtigen.

Darüber hinaus erwarten den Bankensektor politische, aufsichtsrechtliche und organisatorische Herausforderungen. Das Jahr 2008 war von umfangreichen Konsolidierungs- und Fusionsaktivitäten gekennzeichnet. Dies dürfte zu deutlichen Verwerfungen infolge der Integrations-, Restrukturierungs- oder internen Reorganisationsaktivitäten der betroffenen Institute führen. Geschäftsstrategie, Kreditvergabe, Vergütungssysteme und Gewinnverwendung der Banken dürften darüber hinaus vermehrt von der angekündigten Verschärfung aufsichtsbehördlicher Auflagen und von staatlichen Interventionen beeinflusst werden, insbesondere bei jenen Instituten, an denen der Staat eine Direktbeteiligung erworben hat.

Für 2010 ist mit einer gewissen Erholung im Bankensektor zu rechnen. Dabei sollten sich die Interventionen von Regierungen und Zentralbanken zur Stabilisierung der Märkte und zur Stärkung der Finanzinstitute ebenso positiv auswirken wie die zuvor erwähnte langsame Erholung der Weltwirtschaft, unterstützt durch Maßnahmen zur Konjunkturbelebung von Regierungen weltweit, die eingeleiteten oder bereits umgesetzten Korrekturmaßnahmen der Bankenbranche selbst, und eine allmähliche Stabilisierung der Immobilienmärkte in den USA und anderen wichtigen Industrienationen. Allerdings dürften die Geschäftsvolumina in einigen Produktbereichen, einschließlich bestimmter illiquider, strukturierter Kreditprodukte und im Leveraged-Finance-Geschäft, das Niveau des Jahres 2006 oder der ersten Jahreshälfte 2007 voraussichtlich nicht wieder erreichen. Falls die Wirkung der zuvor erwähnten korrigierenden und stimulierenden Maßnahmen ausbleibt oder sich die Verfassung der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte trotz dieser Maßnahmen weiter verschlechtert, würde dies auch den Ausblick für den Bankensektor negativ beeinflussen.

Der Deutsche Bank-Konzern

Dieses Umfeld wird alle Geschäftsbereiche der Deutschen Bank vor erhebliche Herausforderungen stellen, die nachfolgend näher dargelegt werden. Die Deutsche Bank hat bereits in 2008 mit wesentlichen Schritten auf diese Herausforderungen reagiert. Hierzu zählen die Stärkung unserer Kapitalquote, der Abbau von Altbeständen in Handelsbüchern in kritischen Bereichen wie dem Leveraged-Finance-Geschäft und dem Geschäft mit gewerblichen Immobilien, die Reduzierung des Handels mit nicht derivativen Produkten, Kosteneinsparungen in ausgewählten Geschäftsfeldern und der Erhalt einer starken Refinanzierungsbasis. Alle diese Faktoren dürften 2009 zu einer weiteren Festigung der Finanzkraft der Deutschen Bank beitragen. Die Verringerung der Bilanzsumme bei gleichzeitiger Verbesserung des Risikoprofils könnte 2009 gewisse Opportunitätskosten in unseren Erträgen verursachen.

Anhaltend schwierige Marktbedingungen könnten sich auch negativ auf die Ertragslage in Kerngeschäftsfeldern der Deutschen Bank auswirken. Dadurch könnten, zusätzlich zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen, weitere Kosteneinsparungen erforderlich sein. Dabei kann auch ein Stellenabbau nicht ausgeschlossen werden, der kurzfristig zu Aufwendungen für Abfindungszahlungen und damit verbundene Kosten führen könnte.

Die Deutsche Bank wird darüber hinaus von den zuvor beschriebenen politischen, aufsichtsrechtlichen und organisatorischen Entwicklungen betroffen sein. In einigen Bereichen dürften die Auswirkungen bei der Deutschen Bank geringer ausfallen als bei manchen Mitbewerbern, da die Deutsche Bank weder an größeren Fusionen beteiligt war noch direkte staatliche Finanzhilfen in Anspruch genommen hat. Fusionsbedingte Integrations- oder Restrukturierungsmaßnahmen können zu Störungen in den betrieblichen Abläufen bei anderen Instituten führen. Die Handlungsfreiheit von Banken, die direkte Staatshilfen in Anspruch genommen haben, ist eingeschränkt. Dadurch eröffnet sich für die Deutsche Bank die Chance, in Schlüsselbereichen Marktanteile hinzuzugewinnen und durch gezielte Anwerbung von Talenten oder durch selektive Akquisitionen in ausgewählte Geschäftsfelder zu investieren. Die Bank wird dabei ihre Kapitalquote und andere Kennzahlen entsprechend der Marktsituation und den gegebenen Anforderungen steuern. Andererseits wäre die Deutsche Bank wie ihre Mitbewerber von künftigen aufsichtsbehördlichen Änderungen betroffen. Die Bank hat bereits eine Überprüfung ihrer Vergütungsverfahren eingeleitet.

Sofern die Entwicklung der Weltwirtschaft, unserer Wettbewerber und an den Finanzmärkten ebenso wie die Veränderungen im rechtlichen und regulatorischen Umfeld im hier dargelegten Rahmen bleiben, sollte die Deutsche Bank in 2009 in die Gewinnzone zurückkehren.

In 2010 sollte die positive Wirkung der zuvor erwähnten Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Stabilisierung des weltweiten Finanzsystems und zur Konjunkturbelebung in den führenden Industrienationen auch die Deutsche Bank begünstigen. Zusätzlich dürfte die Deutsche Bank auch die Erfolge jener Maßnahmen erfahren, die das Management der Bank als Reaktion auf die Finanzkrise ergriffen hat und die an anderer Stelle in diesem Bericht ausführlich besprochen wurden. Andererseits würden eine weitere Verschlechterung der Weltwirtschaft oder der Situation an den Finanzmärkten ebenso wie die Unwirksamkeit der zuvor erwähnten korrigierenden und stimulierenden Maßnahmen den Ausblick für die Deutsche Bank negativ beeinflussen.

Investment Banking

Das Investment-Banking-Geschäft wird 2009 vor erheblichen Herausforderungen stehen. Die Kapitalmärkte dürften weiterhin mit Illiquidität, Volatilität und dem Fehlen klarer Richtungsvorgaben zu kämpfen haben. Dies könnte die Investitionsbereitschaft und das Vertrauen der Anleger eher schwächen. Die Ertragspools im Investment Banking

werden voraussichtlich unterhalb des vor der Krise erreichten Niveaus bleiben. Bestimmte Handelsbereiche für stark strukturierte, verbriefte oder illiquide Produkte, die von den Entwicklungen im vergangenen Jahr stark betroffen waren, werden auf kurze Sicht ihr früheres Geschäftsniveau nicht wieder erreichen. Im Gegensatz dazu haben sich die Geschäftsvolumina bei liquiden kundenbezogenen Handelsprodukten wie dem Devisen- oder Geldmarkthandel auch unter schwierigen Bedingungen als robust erwiesen. Die Geschäftsvolumina im Leveraged-Finance-Geschäft werden voraussichtlich weiter auf erheblich niedrigerem Niveau als vor Beginn der Krise bleiben. Die eingeschränkte Verfügbarkeit von Fremdfinanzierungsmitteln dürfte sowohl das Geschäftsvolumen von M&A- und Übernahmeaktivitäten insgesamt als auch die Größe der einzelnen Transaktionen beeinträchtigen. Das gewerbliche Immobiliengeschäft wird voraussichtlich ebenfalls unter dem Vorkrisenniveau bleiben. IPO-Aktivitäten werden aufgrund der ungewissen Situation auf den Aktienmärkten wahrscheinlich weiterhin unter dem Niveau von 2006 und Anfang 2007 verharren. Hingegen dürfte sich der Bedarf der Firmen an Rekapitalisierungshilfen und Restrukturierungsberatung auf die Nachfrage positiv auswirken.

Dieses Umfeld wird den Unternehmensbereich Corporate Banking and Securities (CB&S) der Deutschen Bank vor Herausforderungen stellen, ihm aber auch Chancen eröffnen. Bei bestimmten strukturierten Handelsprodukten, einschließlich Verbriefungen und strukturierter Finanzierungen, werden die Erträge in CB&S durch die schwächeren Geschäftsaktivitäten in diesen Produktfeldern beeinträchtigt werden. Auch das Corporate-Finance-Geschäft von CB&S wird wahrscheinlich von den rückläufigen Aktivitäten im Primärmarktmissionsgeschäft und in der M&A-Beratung betroffen sein. Neugeschäfte im Leveraged-Finance-Bereich und im Geschäft mit gewerblichen Immobilien werden voraussichtlich deutlich unter dem Vorkrisenniveau bleiben. Im Handelsgeschäft sollte CB&S seine führende Position, gemessen an den Erträgen und Ergebnissen in Branchenumfragen, in bestimmten umsatzträchtigen Handelsbereichen dank solider Geschäftsvolumina bestätigen. Darüber hinaus bietet der Bedarf der Firmenkunden an Rekapitalisierungshilfen und Restrukturierungsberatung Ertragsmöglichkeiten im Geschäftsbereich Corporate Finance – sowohl bei der Beratung als auch bei Kapitalbeschaffungen am Sekundärmarkt. CB&S dürfte darüber hinaus von einer Ausweitung der Margen in einigen Handelsbereichen gegenüber dem Vorkrisenniveau profitieren. Die aktuellen Konsolidierungsaktivitäten eröffnen CB&S die Chance, Marktanteile hinzuzugewinnen, da einige Mitbewerber im Investment Banking ihre Geschäftsaktivitäten in bestimmten Geschäftsfeldern restrukturieren, reorganisieren, abbauen oder sich ganz aus ihnen zurückziehen.

Transaction Banking

Der Ausblick für das Transaction Banking wird 2009 voraussichtlich durch negative und positive Faktoren beeinflusst werden. Das Zinsniveau in der Eurozone und in anderen wichtigen Wirtschaftsräumen, das bereits 2008 gesunken ist, dürfte auch 2009 weiter zurückgehen und damit den Zinsüberschuss belasten. Auch Wechselkursentwicklungen könnten sich ungünstig auf das Transaction-Banking-Geschäft auswirken, während sich ein allgemeiner wirtschaftlicher Rückgang auf den wichtigsten Märkten negativ auf den internationalen Handel auswirken und so die Wachstumschancen im Bereich Trade Finance reduzieren könnte. Auf der anderen Seite würden eine Stabilisierung der US-Wirtschaft, ein stärkerer US-Dollar und eine Erhöhung der Zinssätze in den USA die Ertragschancen ebenso positiv beeinflussen wie eine Stabilisierung des US-Immobilienmarkts.

Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) der Deutschen Bank dürfte ebenfalls unter dem oben beschriebenen schwierigen Marktumfeld leiden. Dagegen dürfte der Ausblick für GTB durch das anhaltende profitable Wachstum und die Ausweitung der Kundenbasis in den vergangenen Jahren sowie durch die führende Position des Bereichs in wichtigen Märkten positiv beeinflusst werden. Somit ist GTB gut aufgestellt, um unter schwierigen Markt-

bedingungen neue Kunden zu gewinnen. Darüber hinaus ist der Bereich gut positioniert, um von einer Expansion in neue Märkte und einer stärkeren Durchdringung des Kundenstamms in bestehenden Kernmärkten zu profitieren. Zusätzlich kann der Bereich auf bestehende Technologien zurückgreifen, um sein Angebot an Kunden auszuweiten und zu kleineren Mittelstandsunternehmen vorzudringen. Auch die Entwicklungen im Produktangebot von GTB wie beispielsweise „FX4Cash“ (eine Plattform für den währungsübergreifenden Massenzahlungsverkehr) wirken sich positiv auf den Ausblick aus.

Anlagemanagement

Der Ausblick für das Anlagemanagement wird 2009 durch verschiedene Faktoren belastet. Die rückläufigen Aktienbewertungen im Jahresverlauf 2008 und die gesunkenen Marktaktivitäten von Privat- und institutionellen Kunden dürften zu einem Rückgang der Erträge aus erfolgs- und volumenabhängigen Provisionen führen. Gleichzeitig werden die äußerst schwierigen Bedingungen für die Hedgefondsbranche in der zweiten Jahreshälfte 2008 sowie die Einbrüche auf den Immobilienmärkten wichtiger Volkswirtschaften weltweit die Aussichten für Alternative Investments negativ beeinflussen. Infrastrukturinvestments dürften angesichts des Rückgangs im Binnen- und Welthandel als Folge des verlangsamten Wachstums der Weltwirtschaft unter Druck geraten. Die Erträge im Anlagemanagement könnten weiter unter Druck geraten, wenn Investoren in als sicher geltendes Bargeld oder in einfachere Produkte mit geringeren Margen umschichten. Dagegen würde der Ausblick durch die Aussicht auf eine Stabilisierung oder Erholung der Aktienmärkte sowie durch das gestiegene Kundeninteresse an defensiven Anlageprodukten positiv beeinflusst. Ferner dürften langfristige Trends das Geschäft im Anlagemanagement weiter grundsätzlich begünstigen: zum einen die steigende Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten angesichts der steigenden Lebenserwartung in den etablierten Volkswirtschaften, zum anderen der stetige, wenn auch verlangsamte Wohlstandszuwachs in den Schwellenländern.

Als ein führender und gut diversifizierter Dienstleister mit globaler Präsenz wird auch unser Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) mit den vorgenannten Herausforderungen konfrontiert. Im Geschäftsbereich Asset Management ist das Geschäft mit Publikumsfonds den schwachen Aktienmärkten und den 2008 aufgetretenen Schwierigkeiten im Geschäft mit Geldmarktfonds stark ausgesetzt. Das Alternative-Investments-Geschäft hingegen wird von den Schwächen des Hedgefondssegments, den anhaltend schwierigen Bedingungen auf den Immobilienmärkten sowie den zuvor erwähnten Belastungen bei Infrastrukturinvestments beeinträchtigt. Die Bereiche Asset Management und Private Wealth Management dürften indessen von den Ergebnissen der 2008 eingeleiteten Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung, Kosteneffizienz sowie zur Verbesserung der Umsatzrentabilität in Asset Management ebenso wie von den oben beschriebenen langfristigen Trends profitieren. In Private Wealth Management könnten sich die jüngst getätigten und geplanten selektiven Investitionen in die Geschäftsplattform, die Nettomittelzuflüsse in 2008 und in Vorjahren sowie die Entwicklung und Einführung neuer Produkte und Vermögensberatungsleistungen ebenfalls positiv auswirken.

Privat- und Firmenkundengeschäft

2009 dürften sich verschiedene Faktoren negativ auf das Privat- und Firmenkundengeschäft auswirken. Das Management der Deutschen Bank hat diese bereits mit verschiedenen Maßnahmen adressiert. Die Erträge im Brokeragegeschäft und im Portfoliomanagement werden voraussichtlich weiter unter Druck stehen. Dies hängt mit rückläufigen Aktienbewertungen und einer aufgrund der negativen Stimmung an den Aktienmärkten gesunkenen Kundenaktivität im Brokeragegeschäft zusammen. Bareinlagen und einfachere Anlageprodukte dürften bei Privatanlegern weiter nachgefragt werden. Die Margen im Einlagengeschäft könnten durch gesunkene Zinssätze und den intensiven Wettbewerb zwischen Banken um Neu- und Bestandskunden unter Druck geraten. Die Wertberichtigungen für Kreditaus-

fälle dürften in einem herausfordernden und bisweilen von Rezession geprägten Marktumfeld steigen. In manchen Märkten einschließlich Deutschland, dürfte das Wettbewerbsumfeld im Retailgeschäft auch von den Integrationsaktivitäten infolge der Fusionen und der Konsolidierung des Jahres 2008 betroffen sein.

Der Ausblick für den Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) der Deutschen Bank wird stark von diesen Faktoren beeinflusst. Die negativen Auswirkungen auf die Erträge durch rückläufige Aktivitäten im Brokeragegeschäft und im Portfoliomanagement sowie durch sinkende Einlagenmargen werden durch die Gewinnung von 800.000 Neukunden sowie von Einlagen in Höhe von 19 Mrd€ im abgelaufenen Geschäftsjahr teilweise ausgeglichen. Die Wertberichtigungen für Kreditausfälle dürften sich in einem schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld ebenfalls negativ auf die Rentabilität in 2009 auswirken. Dieser Effekt könnte jedoch durch in 2008 ergriffene Maßnahmen zur Risikosteuerung ausgeglichen werden. Die Effizienzmaßnahmen, die Bestandteil des 2008 gestarteten Programms zur Steigerung von Wachstum und Effizienz in PBC sind, dürften ebenfalls positive Auswirkungen auf das Geschäft haben. Das Programm umfasst sowohl Maßnahmen zur Kostensenkung als auch selektive Investitionen in die Geschäftsplattform. PBC dürfte auch von dem Kooperationsvertrag mit der Deutschen Postbank profitieren, der die Zusammenarbeit im Vertrieb bestimmter Produkte sowie in Einkauf und IT regelt.

Risikobericht

Risiko- und Kapitalmanagement

Vor dem Hintergrund unserer breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, messen, aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche ausgerichtet sind. Die Bedeutung einer starken Fokussierung auf das Risikomanagement und den kontinuierlichen Bedarf zur Weiterentwicklung der Risikomanagementpraxis wurde insbesondere während der Finanzmarktkrise, die in 2007 begann und über den Berichtszeitpunkt hinaus andauert, deutlich. Obwohl unser Risiko- und Kapitalmanagement kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert wird, kann es keine Garantie dafür geben, dass alle Marktentwicklungen, insbesondere der extremeren Art, jederzeit und in vollem Umfang vorhergesehen werden können.

Grundsätze für das Risiko- und Kapitalmanagement

Unser Risiko- und Kapitalmanagementansatz baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im Konzern. Der Aufsichtsrat überprüft unser Risiko- und Kapitalprofil in regelmäßigen Zeitabständen.
- Wir managen Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle, Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie unser Kapital in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Bank. Das gilt auch für komplexe Produkte, die wir üblicherweise innerhalb unseres Rahmenwerks für Handelsengagements steuern.
- Die Struktur unserer integrierten Legal, Risk & Capital-Funktion ist eng auf die Struktur der Konzernbereiche ausgerichtet.
- Die Legal, Risk & Capital-Funktion ist unabhängig von den Konzernbereichen.

Organisation des Risiko- und Kapitalmanagements

Der Chief Risk Officer, ein Mitglied unseres Vorstands, trägt die Verantwortung für das Risikomanagement in Bezug auf unsere Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen und Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie für die Kapitalmanagementaktivitäten im Konzern. Ferner leitet er unsere integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion.

Zwei funktionale Komitees sind von zentraler Bedeutung für die Legal, Risk & Capital-Funktion. Der Vorsitz des Capital and Risk Committee liegt beim Chief Risk Officer mit dem Chief Financial Officer als Stellvertreter. Zu den Aufgaben des Capital and Risk Committee zählen die Planung des Risikoprofils und der Kapitalbasis, die laufende Überwachung der Kapitalkapazität sowie die Optimierung der Refinanzierung. Des Weiteren ist der Chief Risk Officer Vorsitzender des Risk Executive Committee, das für die konzernweite Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken verantwortlich ist. Der Deputy Chief Risk Officer berichtet unmittelbar an den Chief Risk Officer und gehört zu den stimmberechtigten Mitgliedern des Risk Executive Committee.

Es sind dedizierte Legal, Risk & Capital-Einheiten mit den folgenden Aufgaben etabliert:

- Steuerung der Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche im Einklang mit der vom Capital and Risk Committee festgelegten Risikoneigung;
- Formulierung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche;
- Genehmigung von Kreditrisiko-, Marktrisiko- und Liquiditätsrisikolimiten;
- regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen, und
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementsysteme für die jeweiligen Konzernbereiche.

Das Group Reputational Risk Committee („GRRC“) ist ein offizielles Unterkomitee des Risk Executive Committee und wird vom Chief Risk Officer geleitet. Das GRRC prüft und entscheidet endgültig alle das Reputationsrisiko betreffenden Fragen, deren Eskalation von der Geschäftsleitung und dem Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

Unterstützung erhält die Legal, Risk & Capital-Funktion von Finance und der Revision. Diese Einheiten sind unabhängig von den Konzernbereichen und der Legal, Risk & Capital-Funktion. Finance hilft bei der Quantifizierung und Verifizierung der von uns eingegangenen Risiken und ist für die Qualität und Korrektheit der risikorelevanten Daten zuständig. Die Revision überprüft risikoorientiert den Aufbau und die operative Effektivität unserer internen Kontrollen und stellt unabhängige Prüfungsergebnisse für den Vorstand und den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats zur Verfügung.

Arten von Risiken

Die bedeutendsten Risiken, denen unser Geschäft ausgesetzt ist, sind bankbetriebliche Risiken, Reputationsrisiken sowie Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit.

Bankbetriebliche Risiken

Unsere Risikomanagementprozesse unterscheiden vier Arten von bankbetrieblichen Risiken: Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationelles Risiko.

- Das **Kreditrisiko** entsteht im Zusammenhang mit Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden auch „Geschäftspartner“ genannt) ergeben. Wir unterscheiden drei Arten von Kreditrisiken:
 - **Ausfallrisiko** ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
 - **Länderrisiko** ist das Risiko, dass dem Konzern in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht: eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.

- **Abwicklungsrisiko** ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- Das **Marktrisiko** resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten.
- Das **Liquiditätsrisiko** ist das Risiko, dass wir möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.
- Das **operationelle Risiko** bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, Projekten, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäfts- und das Reputationsrisiko.

Reputationsrisiko

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir Reputationsrisiko als die Gefahr, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in unsere Organisation negativ beeinflusst wird.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund veränderter Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn wir uns nicht rechtzeitig auf diese veränderten Bedingungen einstellen, können diese Risiken unsere Geschäftsergebnisse beeinträchtigen.

Versicherungsrisiko

Unser Versicherungsrisiko erhöhte sich in 2007 durch die Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited und unsere in 2006 eingegangene Beteiligung an Paternoster Limited, einem regulierten Versicherungsunternehmen. Wir sind insbesondere folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- **Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken** – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche im Todesfall höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden. Ferner auch das Risiko, dass die Anzahl der Ansprüche wegen Berufsunfähigkeit die Erwartungen übersteigt oder unterschreitet. Wir sind bestrebt, diese Risiken durch Rückversicherungsverträge sowie ermessensabhängige Gebühren zu reduzieren. Wir überprüfen die Sterblichkeits- und Invaliditätsraten jährlich.
- **Langlebigkeitsrisiko** – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen auswirkt. Wir beobachten dieses Risiko unter Berücksichtigung der neuesten externen Branchen Kennzahlen und aufkommender Trends sorgfältig.
- **Kostenrisiko** – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten als erwartet verursacht. Diese Kosten überwachen wir durch einen Vergleich der tatsächlich entstandenen Kosten mit dem Budget. Wir untersuchen die Gründe für wesentliche Abweichungen von den Erwartungen und ergreifen Abhilfemaßnahmen. Wir reduzieren das Kostenrisiko auch durch eine bis 2010 getroffene und mit einer Option für zwei weitere Jahre versehene Outsourcing-Vereinbarung, die sich auf die Verwaltung der Verträge bezieht.
- **Bestandsfestigkeitsrisiko** – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist. Wir bewerten die Bestandsraten unter Berücksichtigung entsprechender Risikofaktoren.

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken verwenden wir ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass wir die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente ständig überprüfen, damit wir sie bei Bedarf sich ändernden Marktgegebenheiten anpassen können. Manche dieser Instrumente sind auf mehrere Risikoarten anwendbar, andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente aufgeführt, die wir derzeit zur Messung, Steuerung und Berichterstattung der Risiken verwenden:

- **Ökonomisches Kapital.** Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung der Höhe des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus unserem Portfolio aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos sowie für das Markt-, operationelle und allgemeine Geschäftsrisiko. In 2008 haben wir unser Ökonomisches Kapitalmodell verbessert, insbesondere durch die konzernweite Einführung eines multiplen Zustandsmodells für die Berechnung von Kreditrisiken, das darauf ausgerichtet ist, die Auswirkungen von Rating-Migrationen umfassender abzubilden. Ferner haben wir das Rahmenwerk für unser Ökonomisches Kapital weiter angepasst, um Gewinne und Verluste aus der Anwendung der Fair-Value-Bewertung umfänglicher zu erfassen. Infolge dieser Anpassung unseres Modells weisen wir nun das Ökonomische Kapital für das gehandelte Ausfallrisiko sowie für alle zum Fair Value bewerteten Vermögenswerte als Teil des Marktrisikos anstatt des Kreditrisikos aus. Dies ermöglicht uns, auch die Messung der Preisvolatilitäten dieser Vermögenswerte in unserem Ökonomischen Kapital abzubilden. Wir verwenden das Ökonomische Kapital zur zusammenfassenden Darstellung der Risikopositionen der Bank von einzelnen Geschäftssparten bis zur Konzernebene. Ferner nutzen wir das Ökonomische Kapital (sowie Goodwill und sonstige nicht amortisierende immaterielle Vermögenswerte) für die Zuweisung des Buchkapitals an die Geschäftssparten. Dadurch können wir die risikobereinigte Profitabilität der einzelnen Geschäftseinheiten beurteilen, die eine zentrale Rolle im Rahmen der Steuerung unserer Finanzressourcen darstellt. Zudem setzen wir das Ökonomische Kapital – insbesondere für Kreditrisiken – zur Messung der risikobereinigten Profitabilität unserer Kundenbeziehungen ein. Eine quantitative Darstellung unseres Ökonomischen Kapitalbedarfs findet sich unten im Abschnitt „Gesamtrisikoposition“.
- **Erwarteter Verlust.** Wir nutzen den Erwarteten Verlust zur Messung unseres Kredit- und operationellen Risikos. Der Erwartete Verlust misst auf der Grundlage historischer Verlustdaten den Verlust, der innerhalb eines Jahres zum jeweiligen Berichtstermin aus diesen Risiken zu erwarten ist. Für die Berechnung des Erwarteten Verlusts aus dem Kreditrisiko werden Kreditrisikoratings, erhaltene Sicherheiten, Fälligkeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoeigenschaften unserer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf statistischen Durchschnittswerten unserer historisch erlittenen Ausfälle und Verluste sowie auf externen Orientierungsgrößen. Wir setzen den Erwarteten Verlust als Instrument in unseren Risikomanagementprozessen ein und er ist auch Bestandteil unseres Management-Reporting-Systems. Die relevanten Ergebnisse der Berechnung des Erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Ermittlung der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Betracht gezogen, die in unserem Jahresabschluss enthalten sind. Für das operationelle Risiko bestimmen wir den Erwarteten Verlust aus statistischen Durchschnitten unserer internen Verlusthistorie, jüngeren Risikoentwicklungen sowie zukunftsgerichteten Expertenschätzungen.

- **Value-at-Risk.** Wir verwenden ein Value-at-Risk-Verfahren, um ein quantitatives Maß für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-Risk-Werte sind die Basis sowohl für die interne als auch für die externe (aufsichtsrechtliche) Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-Risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen mit einem vorher definierten Konfidenzniveau in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk für ein Gesamtportfolio misst unser diversifiziertes Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) in diesem Portfolio.
- **Stresstests.** Unsere Analyse der Kredit-, Markt-, operationellen und Liquiditätsrisiken ergänzen wir um Stresstests. Für das Marktrisikomanagement führen wir Stresstests durch, da die Value-at-Risk-Berechnung auf relativ kurzfristigen historischen Daten basiert, ausschließlich Risiken bis zu einem bestimmten Konfidenzniveau ermittelt und von einer guten Verwertbarkeit der Aktiva ausgeht. Sie spiegelt daher nur das Verlustpotenzial unter relativ normalen Marktbedingungen wider. Stresstests helfen uns, die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen auf die Werte unserer marktrisikosensitiven Aktiva einzuschätzen. Das betrifft sowohl unsere hochliquiden wie auch unsere weniger liquiden Handelspositionen sowie unsere Investments. Mithilfe von Stresstests ermitteln wir die Höhe des Ökonomischen Kapitals, das zur Unterlegung der Marktrisiken unter extremen Marktbedingungen, die wir für unsere Simulationen auswählen, erforderlich ist. Unsere in 2008 mit diesen Stresstests gemachten Erfahrungen werden weiter unten erläutert. Für das Kreditrisikomanagement führen wir Stresstests durch, um den Einfluss von Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf unser Kreditengagement beziehungsweise auf Teile davon einzuschätzen. Auch Änderungen in Bezug auf die Bonitätsbeurteilung unseres Portfolios werden berücksichtigt. Für das Liquiditätsrisikomanagement verwenden wir Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Für das operationelle Risikomanagement führen wir Stresstests in Bezug auf unser Ökonomisches Kapitalmodell durch, um dessen Sensitivitäten bei Änderungen wesentlicher Modellkomponenten, einschließlich externer Verluste, einzuschätzen. Unter anderem können wir aufgrund der Ergebnisse dieser Stresstests einschätzen, welchen Einfluss wesentliche Änderungen in der Häufigkeit und/oder Schwere von operationellen Risiken auf unseren Bedarf an Ökonomischem Kapital für das operationelle Risiko haben.
- **Aufsichtsrechtliche Risikobeurteilung.** Die Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Bank durch die deutschen Aufsichtsbehörden erfolgt über verschiedene Kenngrößen, die in Note [36] des Konzernabschlusses näher erläutert werden.

Kreditrisiko

Wir messen und steuern unser Kreditrisiko anhand der nachstehenden Grundsätze:

- In allen Konzernbereichen werden einheitliche Standards für die jeweiligen Kreditentscheidungen angewandt.
- Die Genehmigung von Kreditlimiten für Geschäftspartner und die Steuerung unserer einzelnen Kreditengagements müssen unseren Portfoliorichtlinien und Kreditstrategien entsprechen.
- Jede Kreditgewährung und jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene.
- Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.

- Wir messen unsere gesamten Kreditengagements gegenüber einer Kreditnehmergruppe und fassen sie auf konzernweit konsolidierter Basis zusammen. Als „Kreditnehmergruppe“ betrachten wir Kreditnehmer, die durch mindestens ein von uns festgelegtes Kriterium wie Kapitalbeteiligung, Stimmrecht, offensichtliche Kontrollausübung oder andere Indizien einer Konzernzugehörigkeit miteinander verbunden sind oder gesamtschuldnerisch für sämtliche oder wesentliche Teile unserer gewährten Kredite haften.

Kreditrisikoeinstufung

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigen wir sowohl die Bonität des Geschäftspartners als auch die für die Kreditfazilität oder das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kreditkompetenz, die zur Ausreichung beziehungsweise Verlängerung oder wesentlichen Veränderung des Kredits notwendig ist, und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Wir verfügen über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und eine Ratingskala zur Beurteilung der Bonität unserer Geschäftspartner. Unsere 26-stufige Ratingskala ist mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, das auf statistischen Analysen historischer Ausfälle unseres Portfolios basiert. Diese Skala ermöglicht uns eine Vergleichbarkeit unserer internen Ratings mit der Marktpraxis sowie eine verbesserte Vergleichbarkeit unserer verschiedenen Unterportfolios. Einige Ausfallratings ermöglichen uns auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen Engagements auszudrücken. Wir bewerten unsere Kreditengagements generell einzeln. Bei der Ermittlung der internen Risikoeinstufungen vergleichen wir unsere Einschätzungen nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für unsere Geschäftspartner vergebenen externen Risikoratings.

Kreditlimite

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir bereit sind, für bestimmte Zeiträume einzugehen. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren.

Überwachung des Ausfallrisikos

Unsere Kreditengagements werden mithilfe der oben beschriebenen Risikosteuerungsinstrumente ständig überwacht. Darüber hinaus stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir versuchen, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind. Wir sind bestrebt, Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung unserer Risikosteuerungsinstrumente potenzielle Probleme erkannt werden, frühzeitig zu identifizieren, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse zu maximieren. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Risiken ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und soll sicherstellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird. Wenn wir Kreditnehmer identifizieren, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die betroffenen Engagements auf eine „Watchlist“ gesetzt.

Überwachung des gehandelten Ausfallrisikos

Die Firmenausfallrisiken in den Developed-Markets-Handelsbüchern werden von einer dedizierten Risikomanagementeinheit überwacht, die Expertenwissen zu Kredit- und Marktrisiken kombiniert. Zum Risikomanagement dieser Positionen verwenden wir angemessene Portfoliolimite und kreditrisikoeinstufungsbezogene Schwellenwerte auf Einzelkreditnehmerbasis, die mit unseren Instrumenten für das Marktrisikomanagement kombiniert werden. Positio-

nen außerhalb dieses Zuständigkeitsbereichs werden risikoseitig weiterhin durch unsere entsprechenden Kredit- und Marktrisikoeinheiten gemanagt.

Loan Exposure Management Group

Im Rahmen unseres gesamten Risikomanagements ist die Loan Exposure Management Group („LEMG“) vor allem zuständig für die Steuerung des Kreditrisikos für Kredite und ausleihebezogene Zusagen des internationalen Investment-Grade-Kreditportfolios sowie des Portfolios für Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstands innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt die LEMG den jeweiligen Geschäftsfeldern des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für neue Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich die LEMG auf zwei wesentliche Initiativen, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditesteigerung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb des Kreditportfolios sowie
- aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von Kreditforderungen mittels Collateralized Loan Obligations, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio Credit Default Swaps.

Der Nominalbetrag der Aktivitäten der LEMG zur Risikoreduzierung ist um 21 % von 47,0 Mrd € am 31. Dezember 2007 auf 56,7 Mrd € am 31. Dezember 2008 gestiegen.

Zum Jahresende 2008 hatte die LEMG Kreditderivate mit einem zugrunde liegenden Nominalwert von 36,5 Mrd € im Bestand. Zum 31. Dezember 2007 betrug diese Position 31,6 Mrd €.

Die im Rahmen unserer Portfoliomanagementaktivitäten verwendeten Kreditderivate werden mit dem Fair Value bewertet.

Zudem hat die LEMG zum 31. Dezember 2008 das Kreditrisiko von Krediten und ausleihebezogenen Zusagen in Höhe von 20,1 Mrd € vorwiegend durch mit Finanzgarantien und in geringerem Maße auch mit Kreditderivaten unterlegte synthetische besicherte Kreditverbriefungen abgesichert, bei denen das „First Loss Piece“ verkauft wurde. Zum 31. Dezember 2007 betrug diese Position 15,3 Mrd €. Außerdem hat die LEMG zum 31. Dezember 2008 Kreditrisiken in Höhe von 70 Mio € aus Krediten und ausleihebezogenen Zusagen mittels Credit-Linked Notes abgesichert. Zum 31. Dezember 2007 betrug diese Position 74 Mio €. Die Verringerung des Kreditrisikos mittels Credit-Linked Notes beziehungsweise mit Finanzgarantien unterlegter synthetischer besicherter Kreditverbriefungen adressiert das Kreditrisiko der zugrunde liegenden weniger liquiden Positionen.

Die LEMG hat sich entschlossen, die Fair Value Option gemäß IAS 39 für die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum Fair Value zu nutzen, sofern die Kriterien dieses Standards erfüllt werden. Das Nominalvolumen der zum Fair Value ausgewiesenen Kredite und Kreditzusagen erhöhte sich im Jahresverlauf auf 50,5 Mrd € am 31. Dezember 2008 (31. Dezember 2007: 44,7 Mrd €). Diese Erhöhung war auf die Begebung neuer Kredite zurückzuführen, von denen die dafür qualifizierenden zur Bewertung zum Fair Value designiert wurden. Durch die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum Fair Value hat die LEMG die Volatilität der Gewinne und Verluste aus der Inkonsistenz bei Bewertung oder Ansatz (Accounting Mismatch) erheblich reduziert. Diese war entstanden, als derivative Hedges bereits zum Fair Value, Kredite und Kreditzusagen jedoch noch zu ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet wurden.

Kreditrisikoengagement

Das Kreditrisikoengagement umfasst nach unserer Definition alle Transaktionen, bei denen Verluste entstehen könnten, falls Geschäftspartner ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Der Bruttobetrag des Engagements wird ohne Berücksichtigung etwaiger Sicherheiten, sonstiger Kreditverbesserungen (Credit Enhancements) oder Transaktionen zur Verringerung des Kreditrisikos berechnet. In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu mehreren unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen („Zusagen“), Eventualverbindlichkeiten und OTC-Derivate:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in unserer Bilanz ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Haftungsübernahmeerklärungen und Kreditbriefe.
- „OTC-Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Over-the-Counter(OTC)-Derivatetransaktionen nach Netting und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in unserer Bilanz entweder als Handelsaktiva oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Netting und erhaltenen Barsicherheiten.

In den nachstehenden Tabellen sind folgende Produkte nicht enthalten, obwohl wir sie bei der Überwachung unserer Kreditrisiken berücksichtigen: die Barreserve, verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten und Forderungen aus Zinsabgrenzungen (diese betragen am 31. Dezember 2008 79,2 Mrd € und 37,8 Mrd € am 31. Dezember 2007), zukünftige Verpflichtungen aus Repos und Reverse Repos in Höhe von 38,4 Mrd € am 31. Dezember 2008 und 56,3 Mrd € am 31. Dezember 2007, „Handelbare Aktiva“, die Anleihen, Kredite und andere festverzinsliche Produkte beinhalten, die in unserer Bilanz als Handelsaktiva oder als zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere ausgewiesen werden, in Höhe von 210,2 Mrd € am 31. Dezember 2008 und 457,7 Mrd € am 31. Dezember 2007, sowie zum Fair Value bewertete Kredite in Höhe von 18,7 Mrd € am 31. Dezember 2008 und 21,5 Mrd € am 31. Dezember 2007.

Die nachstehende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach geografischen Regionen. Hierbei wurde das Kreditrisikoengagement den verschiedenen Regionen entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners zugeordnet, ungeachtet etwaiger Zugehörigkeiten zu Konzernen mit anderweitigem Firmensitz. Die Erhöhungen in den nachstehenden Kreditrisikoengagements waren primär in Krediten und OTC-Derivaten jeweils in Westeuropa und Nordamerika. Der Anstieg der Kredite war teilweise auf Vermögenswerte in Höhe von 34,4 Mrd € zurückzuführen, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden, während der Anstieg der Forderungen aus OTC-Derivaten weitgehend durch Zinssatzänderungen und zu einem kleineren Anteil durch die volatilen Märkte ausgelöst wurde.

Kreditrisikoprofil nach Regionen	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventualverbindlichkeiten		OTC-Derivate ³		Insgesamt	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
in Mio €	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Osteuropa	7.672	4.334	1.654	1.694	2.086	1.479	2.033	972	13.445	8.479
Westeuropa	185.577	141.572	38.698	47.948	25.289	29.021	48.677	30.982	298.241	249.523
Afrika	1.076	747	333	224	566	801	297	552	2.272	2.324
Asien/Pazifik	16.887	15.006	6.156	9.688	6.223	5.672	13.225	8.371	42.491	38.737
Nordamerika	56.129	37.087	56.812	68.495	13.943	12.407	57.177	29.517	184.061	147.506
Mittel- und Südamerika	3.530	1.754	196	375	660	480	1.552	965	5.938	3.574
Sonstige ⁴	348	97	228	87	48	46	629	643	1.253	873
Insgesamt	271.219	200.597	104.077	128.511	48.815	49.905	123.590	72.002	547.701	451.015

1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,7 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 2,6 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

3 Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

4 Beinhaltet supranationale Organisationen und andere Engagements, die wir keiner bestimmten Region zugeordnet haben.

Die folgende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach Branchenzugehörigkeit unserer Geschäftspartner.

Kreditrisikoprofil nach Branchen	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventualverbindlichkeiten		OTC-Derivate ³		Insgesamt	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
in Mio €	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Banken und Versicherungen	26.998	12.850	24.970	28.286	11.568	11.005	68.641	36.048	132.177	88.189
Verarbeitendes Gewerbe	19.043	16.067	24.889	24.271	13.669	11.508	4.550	3.537	62.151	55.383
Private Haushalte	83.376	70.863	3.862	3.784	1.768	1.724	791	1.497	89.797	77.867
Öffentliche Haushalte	9.972	5.086	819	1.023	628	888	7.125	5.493	18.544	12.490
Handel	11.761	8.916	6.377	5.840	3.423	3.496	1.264	839	22.825	19.090
Gewerbliche Immobilien	27.083	16.476	2.239	3.144	2.403	1.902	3.213	455	34.938	21.977
Sonstige ^{4, 5}	92.986	70.339	40.921	62.162	15.356	19.383	38.006	24.134	187.269	176.018
Insgesamt	271.219	200.597	104.077	128.511	48.815	49.905	123.590	72.002	547.701	451.015

1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,7 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 2,6 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

3 Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

4 Kredite in Sonstige einschließlich Leasingfinanzierungen.

5 In der Kategorie „Sonstige“ sind Kreditrisikoengagements gegenüber sonstigen Vermögensverwaltungen von 67,9 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 54,8 Mrd € zum 31. Dezember 2007 enthalten.

Unsere auf Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und OTC-Derivate bezogenen Kreditengagements gegenüber unseren zehn größten Kreditnehmern umfassten 7 % unseres gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien am 31. Dezember 2008. Diese Engagements gegenüber den zehn größten Kreditnehmern werden typischerweise mit gut gerateten Kreditnehmern eingegangen oder beziehen sich auf strukturierte Transaktionen, die einen hohen Grad an Besicherung aufweisen.

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.
- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.

Firmenkreditengagement

Die folgende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Firmenkreditengagement-Kategorien nach den Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner.

Diese Tabelle zeigt einen Anstieg in unserem Firmenkreditbuch, der teilweise auf Vermögenswerte in Höhe von 34,4 Mrd€ zurückzuführen war, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden, sowie die anhaltend gute Kreditqualität unserer ausleihebezogenen Kreditrisikoengagements. Der Anteil der Kredite mit Investment Grade Rating an unserem Firmenkreditbuch ging von 70 % am 31. Dezember 2007 auf 66 % am 31. Dezember 2008 zurück. Dies spiegelt die allgemeine Verschlechterung der Kreditbedingungen angesichts der Marktturbulenzen im Jahresverlauf 2008 wider. Wie bereits oben erläutert, berücksichtigt das in der Tabelle dargestellte Kreditvolumen weder Kreditsicherheiten, Kreditverbesserungen noch andere Techniken zur Reduzierung des Kreditrisikos. Wir sind der Meinung, dass wir nach Berücksichtigung solcher Kreditrisikoreduzierungen keine unangemessene Risikokonzentration haben und unser Kreditportfolio gut diversifiziert ist. Der Anstieg unserer Forderungen aus OTC-Derivaten fand im Wesentlichen im Investment-Grade-Rating-Bereich statt und war überwiegend auf Zinsprodukte und Devisen zurückzuführen, bei denen insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2008 ein deutlicher Rückgang der Ertragskurven verzeichnet wurde. Das in der Tabelle dargestellte Volumen aus OTC-Derivaten berücksichtigt weder Risikoreduzierungstechniken (außer Master-Netting-Vereinbarungen) noch Kreditsicherheiten (außer erhaltenen Barsicherheiten). Nach Berücksichtigung solcher Risikoreduzierungen verringert sich das verbleibende Kreditrisiko signifikant und ist in unserer Beurteilung gut diversifiziert und besteht überwiegend gegenüber Geschäftspartnern im Investment-Grade-Rating-Bereich.

Firmenkreditengagement Kreditrisikoprofil nach Bonitätsklasse	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ³		Insgesamt	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
in Mio €										
AAA-AA	40.749	22.765	20.373	28.969	5.926	7.467	65.598	39.168	132.646	98.370
A	29.752	30.064	30.338	31.087	11.976	15.052	22.231	13.230	94.297	89.432
BBB	53.360	30.839	26.510	35.051	15.375	13.380	15.762	8.008	111.007	87.277
BB	44.132	26.590	19.657	25.316	10.239	9.146	13.009	7.945	87.037	68.996
B	10.458	6.628	5.276	7.431	4.412	4.252	3.898	2.370	24.044	20.681
CCC und schlechter	8.268	3.342	1.923	657	887	609	3.092	1.281	14.170	5.889
Insgesamt	186.719	120.228	104.077	128.511	48.815	49.905	123.590	72.002	463.201	370.646

¹ Beinhaltet vor allem in der Kategorie CCC und schlechter wertgeminderte Kredite von 2,3 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 1,5 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Konsumentenkreditengagement

Die nachstehende Tabelle zeigt unser Konsumentenkreditengagement, Konsumentenkredite, die sich mindestens 90 Tage im Zahlungsverzug befinden, sowie die Nettokreditkosten. Letztere stellen die im Abrechnungszeitraum gebuchten Nettowertberichtigungen nach Eingängen auf abgeschriebene Kredite dar. Die Angaben zu Krediten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und zu den Nettokreditkosten sind in Prozent des Gesamtengagements ausgedrückt.

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Konsumentenkreditengagement Deutschland:						
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	57.139	56.504	1,54 %	1,68 %	0,65 %	0,64 %
Immobilienfinanzierungen	15.047	14.489	1,98 %	1,96 %	1,98 %	1,76 %
Immobilienfinanzierungen	42.092	42.015	1,39 %	1,58 %	0,18 %	0,26 %
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	27.361	23.864	1,92 %	1,24 %	0,94 %	0,55 %
Konsumentenkreditengagement insgesamt¹	84.500	80.368	1,67 %	1,55 %	0,74 %	0,62 %

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 1,4 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

Das Volumen unseres Konsumentenkreditengagements erhöhte sich im Jahr 2008 um 4,1 Mrd € (5 %) gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg resultierte sowohl aus einer Ausweitung unseres Portfolios außerhalb Deutschlands (um 3,5 Mrd €) mit starken Zuwächsen in Italien (1,5 Mrd €), Polen (1,0 Mrd €) und Spanien (611 Mio €) als auch innerhalb Deutschlands (635 Mio €). Die gesamten Nettokreditkosten in Prozent des Gesamtengagements erhöhten sich im Vergleich zu 2007, was auf unsere Strategie der Ausweitung des margenstärkeren Konsumentenkreditgeschäfts sowie die sich verschlechternden Kreditbedingungen in Spanien zurückzuführen war. In Deutschland wurde der Anstieg der Nettokreditkosten durch Konsumentenfinanzierungen hervorgerufen und durch einen Rückgang bei Immobilienfinanzierungen nur teilweise ausgeglichen. Außerhalb Deutschlands war der Anstieg der Nettokreditkosten im Wesentlichen auf die sich verschärfende Wirtschaftskrise in Spanien zurückzuführen, die sämtliche unsere dortigen Kreditportfolios negativ beeinflusste, und auf unser Geschäft mit Konsumentenfinanzierungen in Italien und Polen. Der gestiegene Anteil von überfälligen Krediten außerhalb Deutschlands resultierte vor allem aus unseren Immobilienfinanzierungen in Spanien.

Kreditengagement aus Derivaten

Zur Reduzierung des derivatebezogenen Kreditrisikos sind wir üblicherweise bemüht, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie beispielsweise den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association). Mithilfe eines Rahmenvertrags können die Verbindlichkeiten sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatekontrakte genettet werden, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sodass eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt (sogenanntes „Close-out Netting“). Für Teile unseres Geschäfts mit Derivaten schließen wir auch sogenannte Payment-Netting-Vereinbarungen ab, mit denen wir für sämtliche dieser Vereinbarung unterliegenden Transaktionen die fälligen Zahlungen eines Tages in derselben Währung zur Verringerung unseres Kapitalausfallrisikos verrechnen.

Zur internen Messung von Kreditengagements setzen wir Nettingverfahren nur dann ein, wenn wir sie für die jeweilige Jurisdiktion und den jeweiligen Geschäftspartner für rechtlich durchsetzbar halten. Wir gehen auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um unser derivatebezogenes Kreditrisiko zu verringern. Diese Sicherheitenvereinbarungen führen in der Regel zur Risikominderung durch die periodische (meist tägliche) Bewertung des betreffenden Portfolios beziehungsweise der Transaktionen sowie zur Kündigung des Rahmenvertrags, falls der Geschäftspartner einer Aufforderung zur Sicherheitenleistung nicht nachkommt. Wenn wir davon ausgehen, dass die Sicherheitenvereinbarung durchsetzbar ist, spiegelt sich dies, wie auch beim Netting, in unseren Engagementmessverfahren wider.

Da die Wiederbeschaffungswerte unserer Portfolios aufgrund von Marktpreisbewegungen und Veränderungen der Transaktionen im Portfolio schwanken, berechnen wir auch potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten der Portfolios über die gesamte Laufzeit beziehungsweise bei besicherten Portfolios über angemessene Verwertungszeiträume. Wir messen unser potenzielles künftiges Engagement anhand von separaten Limiten. Die Analyse unseres potenziellen künftigen Engagements wird durch Stresstests ergänzt, mit denen wir die unmittelbare Auswirkung extremer Marktereignisse auf unsere Engagements messen können (wie beispielsweise Eventrisiken in unserem Emerging-Markets-Portfolio).

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft

Anders als im Fall unseres Standardkreditgeschäfts haben wir in der Regel mehrere Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei unseren OTC-Derivaten zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten der Transaktionen und das Verhalten unserer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen sind wir häufig in der Lage, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Transaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen.

Sollte die Kündigung der Transaktionen beziehungsweise der entsprechenden Rahmenvereinbarung zu einer verbleibenden Nettoverpflichtung des Geschäftspartners führen, strukturieren wir die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um und steuern sie im Rahmen unseres regulären Spezialkreditmanagements. Infolgedessen weisen wir keine leistungsgestörten Derivate aus.

Die folgende Tabelle zeigt die Nominalbeträge und Bruttomarktwerte von OTC- und börsengehandelten Derivatekontrakten für Handels- und Nichthandelszwecke zum 31. Dezember 2008.

31.12.2008	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
in Mio €							
Zinsbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
FRA	4.246.883	240.762	2.327	4.489.972	11.195	- 10.395	799
Zinsswaps (gleiche Währung)	11.420.341	11.453.935	9.251.828	32.126.104	570.204	- 550.811	19.393
Zinsoptionenkäufe	396.285	567.857	280.663	1.244.806	71.120	-	71.120
Zinsoptionenverkäufe	459.646	601.245	297.014	1.357.905	-	- 76.643	- 76.643
Sonstige Zinsgeschäfte	-	-	-	-	-	-	-
Börsengehandelte Produkte:							
Zinsfutures	217.707	126.822	685	345.214	-	-	-
Zinsoptionenkäufe	104.754	16.737	-	121.491	357	-	357
Zinsoptionenverkäufe	77.180	9.783	-	86.964	-	- 216	- 216
Zwischensumme	16.922.796	13.017.141	9.832.517	39.772.456	652.876	- 638.065	14.810
Währungsbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
Devisentermingeschäfte	561.840	67.213	5.292	634.346	25.148	- 25.329	- 181
Cross Currency Swaps	1.676.218	716.206	414.971	2.807.395	128.593	- 127.225	1.368
Devisenoptionenkäufe	324.102	110.820	34.698	469.621	28.083	-	28.083
Devisenoptionenverkäufe	315.905	118.776	25.661	460.342	-	- 25.506	- 25.506
Börsengehandelte Produkte:							
Devisenfutures	8.309	749	36	9.095	-	-	-
Devisenoptionenkäufe	2.106	191	-	2.297	212	-	212
Devisenoptionenverkäufe	2.674	18	-	2.692	-	- 198	- 198
Zwischensumme	2.891.154	1.013.973	480.658	4.385.788	182.036	- 178.258	3.778
Aktien-/indexbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
Aktientermingeschäfte	938	1	489	1.427	200	- 158	42
Aktien-/Indexswaps	75.665	58.993	24.783	159.441	18.722	- 14.780	3.942
Aktien-/Indexoptionenkäufe	128.377	129.524	36.314	294.214	44.993	-	44.993
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	139.590	167.387	49.325	356.301	-	- 53.933	- 53.933
Börsengehandelte Produkte:							
Aktien-/Indexfutures	20.023	48	28	20.099	-	-	-
Aktien-/Indexoptionenkäufe	197.250	66.611	11.132	274.993	4.869	-	4.869
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	176.887	69.712	16.319	262.919	-	- 6.005	- 6.005
Zwischensumme	738.730	492.276	138.390	1.369.394	68.784	- 74.876	- 6.092
Kreditderivate	315.693	3.088.619	1.045.121	4.449.432	295.383	- 260.849	34.534
Sonstige Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
Edelmetallgeschäfte	43.932	32.077	4.526	80.536	4.522	- 4.234	288
Sonstige Geschäfte	82.195	169.726	5.855	257.776	24.805	- 24.394	411
Börsengehandelte Produkte:							
Futures	32.728	16.062	564	49.354	302	- 254	49
Optionenkäufe	20.483	13.774	422	34.679	5.318	-	5.318
Optionenverkäufe	19.435	12.309	1.044	32.788	-	- 5.403	- 5.403
Zwischensumme	198.773	243.948	12.411	455.133	34.947	- 34.285	663
OTC-Geschäft insgesamt	20.187.610	17.523.140	11.478.867	49.189.619	1.222.967	- 1.174.257	48.710
Börsengehandeltes Geschäft insgesamt	879.536	332.817	30.230	1.242.584	11.059	- 12.076	- 1.017
Insgesamt	21.067.146	17.855.957	11.509.097	50.432.203	1.234.026	- 1.186.333	47.693
Positive Marktwerte nach Nettingvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten					130.375		

Weiterverkaufsrisiko

Wir gehen häufig hohe Zusagen mit der Absicht ein, einen Großteil der zugrunde liegenden Risiken an Dritte weiterzuverkaufen oder zu streuen. Diese Zusagen umfassen die Verpflichtung zur Finanzierung von Bankkrediten und die Bereitstellung von Überbrückungskrediten für die Emission öffentlicher Anleihen. Unter normalen Marktbedingungen erfolgt der Ab- oder Weiterverkauf der Risiken in der Regel innerhalb von 90 Tagen nach dem Tag des Geschäftsabschlusses. Infolge der fortgesetzten Marktverschiebungen erlebten wir in 2008 weitere Verzögerungen im Weiterverkauf unserer Verpflichtungen aus Krediten und Wertpapieren in diesem Geschäft. Unser größtes Risiko beim Weiterverkauf von Risiken in 2008 stand in Verbindung mit dem Leveraged-Finance- und Immobiliengeschäft (insbesondere mit gewerblichen Immobilienfinanzierungen).

Zu Risikomanagementzwecken behandeln wir den Gesamtbetrag dieser Zusagen als Kreditengagement, das einer formellen Kreditgenehmigung bedarf. Diese Genehmigung umfasst auch unseren geplanten Haltebestand. Beträge, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden als Handelsaktiva klassifiziert und zum Fair Value bewertet. Die Kurschwankungen werden mithilfe unseres Prozesses zur Steuerung von Marktrisiken überwacht. Um uns gegen eine Wertminderung solcher Beträge zu schützen, können wir zu marktüblichen Konditionen Hedges zur Absicherung von Marktrisiken abschließen (in der Regel auf Basis der entsprechenden Indizes), die ebenfalls in unserem Prozess zur Steuerung von Marktrisiken erfasst werden.

Länderrisiko

Zur Steuerung des Länderrisikos stützen wir uns auf eine Reihe von Risikomessinstrumenten und -limiten. Dazu gehören insbesondere:

- **Gesamtengagement gegenüber Geschäftspartnern.** Hierzu zählen wir alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten an Geschäftspartner, die in einem beliebigen Land ansässig sind und die wir für gefährdet halten, falls wirtschaftliche oder politische Ereignisse eintreten („Country Risk Event“). Es schließt Tochterunternehmen ausländischer Muttergesellschaften ein, die nicht durch Patronatserklärung abgedeckt sind, sowie ausländische Niederlassungen von lokalen Geschäftspartnern.
- **Transferrisikoengagement.** Das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen keine Devisen beschaffen oder Vermögenswerte an Nichtgebietsansässige übertragen kann („Transfer Risk Event“). Dazu zählen alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten, die von einer unserer Stellen in einem Land an einen Geschäftspartner in einem anderen Land ausgereicht werden.
- **Event-Risk-Szenarien mit hohem Stressfaktor.** Wir verwenden Stresstests zur Messung von potenziellen Risiken unserer Handelspositionen und betrachten diese als Marktrisiken.

Länderrisikoratings

Unsere Länderrisikoratings sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Sie werden von einem unabhängigen Länderrisiko-Research-Team im Kreditrisikomanagement ermittelt und beinhalten:

- **Sovereign Rating.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung beziehungsweise seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
- **Transferrisikoring.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein „Transfer Risk Event“ eintritt.

- **Event Risk Rating.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass es zu wesentlichen Störungen der Marktrisikofaktoren eines Landes kommt.

Sämtliche Sovereign- und Transferrisikoratings werden mindestens einmal im Jahr vom Group Credit Policy Committee, einem Unterkomitee des Risk Executive Committee, überprüft. Zudem überprüft unser Länderrisiko-Research-Team mindestens vierteljährlich unsere Ratings für die wichtigsten Emerging-Markets-Länder. Ratings für Länder, die wir für besonders volatil halten, sowie sämtliche Event Risk Ratings werden einer laufenden Überprüfung unterzogen.

Ferner vergleichen wir unsere internen Risikoeinstufungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten internationalen Ratingagenturen.

Länderrisikolimit

Unser Länderrisikoengagement steuern wir mithilfe eines Rahmenwerks von Limiten. Die Bank begrenzt und überwacht ihr Engagement in Emerging Markets besonders intensiv. Wir definieren Emerging Markets als Lateinamerika (einschließlich der Karibik), Asien (ohne Japan), Osteuropa, den Nahen Osten und Afrika. Die Limite überprüfen wir mindestens einmal im Jahr zusammen mit den Länderrisikoratings. Länderrisikolimit werden entweder vom Vorstand oder im Rahmen delegierter Kompetenz vom Group Credit Policy Committee festgelegt.

Überwachung des Länderrisikos

Unsere Konzernbereiche sind verantwortlich für die Steuerung ihrer Länderrisiken innerhalb der genehmigten Limite. Die regionalen Einheiten im Kreditrisikomanagement überwachen unser Länderrisiko auf der Grundlage von Daten, die Finance zur Verfügung stellt. Das Group Credit Policy Committee überprüft ebenfalls Informationen zum Transferisiko.

Länderrisikoengagement

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des gesamten Nettoengagements gegenüber Geschäftspartnern in Emerging-Markets-Ländern (abzüglich Sicherheiten) sowie die nach Regionen gegliederten Inanspruchnahmen des Netto-Transferrisikoengagements gegenüber Emerging-Markets-Ländern (abzüglich Sicherheiten).

Emerging Markets Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern		
in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Gesamtes Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern	26.214	22.000
Gesamtes Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern (ohne OTC-Derivate)	17.697	16.580

Ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern.

Emerging Markets Inanspruchnahme des Netto-Transferrisikoengagements		
in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Afrika	914	508
Asien (ohne Japan)	5.472	3.277
Osteuropa	3.364	1.856
Lateinamerika	1.647	658
Mittlerer Osten	3.402	2.931
Netto-Transferrisikoengagement gegenüber Emerging Markets insgesamt	14.799	9.230

Ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern.

Zum 31. Dezember 2008 betrug unser Netto-Transferrisikoengagement gegenüber Emerging-Markets-Ländern (ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern) 14,8 Mrd €. Es erhöhte sich damit um 5,6 Mrd € (60 %) gegenüber 31. Dezember 2007. Dieser Zuwachs war weitgehend eine Folge des Anstiegs der Forderungen aus OTC-Derivaten.

Wertgeminderte Kredite

Wir betrachten gemäß IFRS Kredite als wertgemindert, wenn ein objektiver Nachweis für einen Wertminderungsverlust vorliegt. Während wir die Wertminderungen für unser Firmenkreditengagement einzeln bewerten, betrachten wir kleinere standardisierte homogene Kredite als wertgemindert, wenn der Kreditvertrag mit dem Kunden gekündigt wurde.

Zum 31. Dezember 2008 beliefen sich unsere wertgeminderten Kredite auf insgesamt 3,7 Mrd €, ein Anstieg um 39 % gegenüber dem 31. Dezember 2007. Der gesamte Nettoanstieg von wertgeminderten Krediten in Höhe von 2,1 Mrd € wurde nur teilweise durch Bruttoabschreibungen von 990 Mio € und einen wechsellkursbedingten Rückgang von 36 Mio € ausgeglichen. Die Erhöhung der wertgeminderten Kredite ist vorwiegend auf unsere einzeln ermittelten wertgeminderten Kredite zurückzuführen, bei denen es einen Nettoanstieg von 1,2 Mrd € gab, der teilweise durch Bruttoabschreibungen in Höhe von 364 Mio € und einen wechsellkursbedingten Rückgang von 36 Mio € kompensiert wurde. Zu dieser Entwicklung haben Kredite in Höhe von 753 Mio € beigetragen, die auf Basis der Änderungen des IAS 39 umklassifiziert wurden. Diese Kredite wiesen im Jahresverlauf 2008 einen Nettoanstieg von 944 Mio € auf, der teilweise durch Bruttoabschreibungen von 138 Mio € und einen wechsellkursbedingten Rückgang von 53 Mio € ausgeglichen wurde. Das Portfolio kollektiv ermittelter wertgeminderter Kredite erhöhte sich um 271 Mio €, nachdem ein Nettoanstieg von 896 Mio € durch Abschreibungen von 625 Mio € kompensiert wurde.

Problemkredite

Im Einklang mit dem Industry Guidance der Securities and Exchange Commission verfolgen wir weiterhin die Überwachung und die Berichterstattung von Problemkrediten.

Unsere Problemkredite umfassen zum 31. Dezember 2008 die wertgeminderten Kredite sowie nicht wertgeminderte Problemkredite in Höhe von 873 Mio €, für die kein Wertminderungsverlust erwartet wird, bei denen jedoch das Management aufgrund bekannter Informationen über mögliche Kreditprobleme der Kreditnehmer erheblich daran zweifelt, dass die Kreditnehmer ihre vertraglichen Rückzahlungsvereinbarungen erfüllen können, sowie Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen aber noch Zinsen abgegrenzt werden.

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten unserer Problemkredite und wertgeminderten Kredite zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2007.

in Mio €	31.12.2008			31.12.2007		
	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Kredite ohne Zinsabgrenzung	2.810	1.400	4.210	1.702	1.129	2.831
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	13	188	201	30	191	220
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	144	–	144	93	–	93
Problemkredite insgesamt	2.967	1.588	4.555	1.824	1.320	3.144
davon: IFRS geminderte Kredite	2.282	1.400	3.682	1.516	1.129	2.645

Der Anstieg der Problemkredite insgesamt um 1,4 Mrd € (45 %) im Jahresverlauf 2008 war auf einen Nettoanstieg von Problemkrediten in Höhe von 2,4 Mrd € zurückzuführen, der teilweise durch Bruttoabschreibungen von 990 Mio € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 17 Mio € ausgeglichen werden konnte. Dieser Anstieg ist vorwiegend auf unsere einzeln ermittelten Kredite zurückzuführen, bei denen es einen Nettoanstieg von 1,5 Mrd € gab, der teilweise durch Bruttoabschreibungen in Höhe von 364 Mio € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 17 Mio € kompensiert wurde. Zu dieser Entwicklung haben auch neue Problemkredite in Höhe von 840 Mio € beigetragen, die aus den auf Basis der Änderungen des IAS 39 in das Anlagebuch umklassifizierten Krediten hervorgegangen sind. Diese Kredite wiesen im Jahresverlauf 2008 einen Nettoanstieg von 1,0 Mrd € auf, der teilweise durch Bruttoabschreibungen von 138 Mio € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 65 Mio € ausgeglichen wurde. Bei kollektiv ermittelten Problemkrediten wurde ein Nettoanstieg von 893 Mio € durch Abschreibungen von 625 Mio € teilweise kompensiert. In den kollektiv ermittelten Problemkrediten in Höhe von 1,6 Mrd € sind am 31. Dezember 2008 Kredite von 1,4 Mrd € enthalten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, sowie Kredite von 143 Mio €, die weniger als 90 Tage überfällig sind, bei denen es jedoch nach Einschätzung des Managements angemessen war, die Zinsabgrenzung einzustellen.

Unsere Zusagen, neue Gelder an Kreditnehmer mit Problemkrediten zu geben, beliefen sich zum 31. Dezember 2008 auf 71 Mio €, was einem Rückgang von 58 Mio € (45 %) gegenüber dem 31. Dezember 2007 entspricht. Von diesen Zusagen entfielen 6 Mio € auf Kreditnehmer mit notleidenden Krediten im Prozess der Restrukturierung. Dies entspricht einer Zunahme von 5 Mio € gegenüber 31. Dezember 2007.

Zusätzlich hatten wir zum 31. Dezember 2008 Leasingfinanzierungen im Wert von 4 Mio €, die leistungsgestört waren. Dieser Betrag ist nicht in unseren Problemkrediten insgesamt enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Problemkredite insgesamt in den letzten zwei Jahren, aufgeteilt nach deutschen und ausländischen Geschäftspartnern, nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Kredite ohne Zinsabgrenzung:		
Inländische Kunden	1.738	1.913
Ausländische Kunden	2.472	918
Kredite ohne Zinsabgrenzung insgesamt	4.210	2.831
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung:		
Inländische Kunden	183	199
Ausländische Kunden	18	21
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung insgesamt	201	220
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung:		
Inländische Kunden	122	49
Ausländische Kunden	22	44
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung insgesamt	144	93

Kredite ohne Zinsabgrenzung

Die Zinsabgrenzung für Kredite wird eingestellt, wenn:

- die vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind und der Kredit weder hinreichend abgesichert ist noch sich im Inkassoprozess befindet oder
- es nach Einschätzung des Managements hinsichtlich der Einbringlichkeit der vertraglichen Cashflows ratsam war, die Zinsabgrenzung einzustellen.

Im Fall von Krediten ohne Zinsabgrenzung wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dabei wird der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits jedoch auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst. Auf Kredite ohne Zinsabgrenzung eingehende Zinsen werden als Ermäßigung der Kapitalforderung gebucht.

Zum 31. Dezember 2008 betragen unsere gesamten Kredite ohne Zinsabgrenzung 4,2 Mrd €, was einem Nettoanstieg von 1,4 Mrd € (49 %) gegenüber 2007 entspricht. Nahezu der gesamte Nettoanstieg der Kredite ohne Zinsabgrenzung erfolgte bei einzeln ermittelten Krediten und war auf Nettozugänge, insbesondere durch 1,0 Mrd € gemäß IAS 39 umklassifizierte Kredite, zurückzuführen, die die Abschreibungen sowie einen wechselkursbedingten Rückgang mehr als kompensierten.

Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung

Hier handelt es sich um Kredite, bei denen die vertraglich vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen wir aber noch Zinsen abgrenzen. Diese Kredite sind werthaltig abgesichert, befinden sich im Inkassoprozess und sind nicht wertgemindert.

Im Geschäftsjahr 2008 gingen unsere 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite mit Zinsabgrenzung um 20 Mio € (9 %) zurück und betragen 201 Mio € 31. Dezember 2008.

Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung

Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung sind Kredite, die wir aufgrund einer Verschlechterung der finanziellen Situation des Kreditnehmers restrukturiert haben. Dabei wurden Konditionen vereinbart, die wir sonst nicht in Betracht gezogen hätten.

Wenn ein Kreditnehmer einen restrukturierten Kredit ein Jahr lang zufriedenstellend bedient, behandeln wir den Kredit nicht länger als notleidenden Kredit im Prozess der Restrukturierung – es sei denn, der zum Zeitpunkt der Restrukturierung vereinbarte neue Zinssatz war niedriger als der Marktzins für ähnliche Kreditrisiken. Die Wertminderung für Kredite im Prozess der Restrukturierung wird auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatz vor einer Anpassung der Konditionen ermittelt.

Im Jahr 2008 erhöhte sich das Volumen der notleidenden Kredite im Prozess der Restrukturierung um 51 Mio € (55 %) und belief sich auf 144 Mio € zum 31. Dezember 2008.

Kreditausfälle und Wertberichtigungen

Wir beurteilen regelmäßig, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist (Verlustereignis),
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Wir bilden Wertberichtigungen für Kreditausfälle, die unsere Einschätzung der Wertminderungen innerhalb unseres Kreditportfolios reflektieren. Die Verantwortung für die Ermittlung unserer Wertberichtigungen für Kreditausfälle liegt beim Kreditrisikomanagement. Die Bestandteile dieser Wertberichtigungen sind die einzeln und kollektiv ermittelten Wertberichtigungen. Zunächst beurteilen wir für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Einzeln ermittelte Wertberichtigungen

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite), einschließlich aufgelaufener Zinsen, und dem geschätzten erzielbaren Betrag ermittelt. Der geschätzte erzielbare Betrag wird als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt,

wobei auch Cashflows aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten für Aneignung und Verkauf einbezogen werden. Der Buchwert der Kredite wird mittels eines Wertberichtigungskontos reduziert, der Verlustbetrag wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Sämtliche Kreditengagements, die bereits auf Einzelbasis wertberichtigt wurden, sowie alle auf unserer „Watchlist“ geführten Engagements werden regelmäßig einer Neubewertung unterzogen.

Kollektiv ermittelte Wertberichtigungen

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht vorwiegend in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der kollektiv ermittelte Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen.

- Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Länderrisiken. Dabei handelt es sich um Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erheblich daran gezweifelt wird, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der vorherrschenden wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, die regelmäßig für jedes Land erhoben und überwacht werden, in dem der Konzern Geschäfte tätigt.
- Die zweite Komponente stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der für kleinere homogene Kredite die auf Portfolioebene eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis historischer Erfahrungswerte ermittelt.
- Die dritte Komponente umfasst eine Schätzung der in einer Gruppe von Krediten inhärenten eingetretenen Verluste, die weder auf individueller Basis als wertgemindert identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertgeminderten Kredite werden auf Veränderungen des erzielbaren Betrags untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Richtlinien für Abschreibungen

In der Regel werden ein Kredit und der dazugehörige Wertberichtigungsbestand abgeschrieben, wenn wir keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung mehr sehen und sämtliche Sicherheiten verwertet oder auf uns übertragen wurden.

Wertberichtigung für Kreditausfälle

Die nachstehende Tabelle zeigt die Komponenten unserer Wertberichtigung für Kreditausfälle, mit Bezug auf inländische Kreditnehmer auch nach der Branche des Kreditnehmers, sowie die prozentualen Anteile unseres gesamten Kreditportfolios, die zu den angegebenen Zeitpunkten auf die verschiedenen Branchen entfielen. Die Aufteilung nach inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2008		31.12.2007	
Inländische Kunden:				
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand:				
Banken und Versicherungen	1	5 %	–	–
Verarbeitendes Gewerbe	165	3 %	176	4 %
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	21	5 %	24	6 %
Private Haushalte – Hypothekenkredite	5	13 %	5	17 %
Öffentliche Haushalte	–	2 %	–	2 %
Handel	81	1 %	88	2 %
Gewerbliche Immobilien	60	5 %	127	5 %
Sonstiges	146	5 %	189	6 %
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand inländische Kunden insgesamt	479		609	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand	464		481	
Inländische Kunden insgesamt	943	39 %	1.090	42 %
Ausländische Kunden:				
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand	499		321	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand	496		294	
Ausländische Kunden insgesamt	995	61 %	615	58 %
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt	1.938	100 %	1.705	100 %
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand insgesamt	977		930	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand insgesamt	961		775	
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt	1.938		1.705	

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderungen in unserem Wertberichtigungsbestand für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	2008			2007		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	930	775	1.705	985	684	1.670
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	382	702	1.084	146	505	651
Nettoabschreibungen	- 301	- 477	- 778	- 149	- 378	- 527
Abschreibungen	- 364	- 626	- 990	- 244	- 508	- 752
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	63	149	212	95	130	225
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursänderungen/Sonstige	- 34	- 39	- 74	- 52	- 36	- 88
Bestand am Jahresende	977	961	1.938	930	775	1.705

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung unserer Wertberichtigungen für Kreditausfälle, mit Bezug auf inländische Kreditnehmer nach Branchen, für die angegebenen Zeiträume. Die Aufteilung nach inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007
Bestand am Jahresanfang	1.705	1.670
Abschreibungen:		
Inländische Kunden:		
Banken und Versicherungen	– 2	– 1
Verarbeitendes Gewerbe	– 53	– 58
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	– 330	– 287
Private Haushalte – Hypothekenkredite	– 32	– 26
Öffentliche Haushalte	–	–
Handel	– 41	– 28
Gewerbliche Immobilien	– 19	– 41
Leasingfinanzierungen	–	–
Sonstige	– 127	– 76
Inländische Kunden insgesamt	– 604	– 518
Ausländische Kunden:		
Ohne Leasingfinanzierungen	– 386	– 232
Leasingfinanzierungen	–	– 2
Ausländische Kunden insgesamt	– 386	– 234
Abschreibungen insgesamt	– 990	– 752
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten:		
Inländische Kunden:		
Banken und Versicherungen	1	1
Verarbeitendes Gewerbe	14	21
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	81	63
Private Haushalte – Hypothekenkredite	3	–
Öffentliche Haushalte	–	–
Handel	8	10
Gewerbliche Immobilien	9	9
Leasingfinanzierungen	–	–
Sonstige	41	49
Inländische Kunden insgesamt	157	153
Ausländische Kunden:		
Ohne Leasingfinanzierungen	55	71
Leasingfinanzierungen	–	1
Ausländische Kunden insgesamt	55	72
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten insgesamt	212	225
Nettoabschreibungen	– 778	– 527
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.084	651
Andere Veränderungen (zum Beispiel Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	– 74	– 88
Bestand am Jahresende	1.938	1.705
Anteil der Nettoabschreibungen insgesamt an den Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Jahresdurchschnitt	0,33 %	0,28 %

Unser Wertberichtigungsbestand betrug 1,9 Mrd € am 31. Dezember 2008 und lag somit um 14 % über dem zum Ende 2007 ausgewiesenen Bestand von 1,7 Mrd €. Diese Zunahme ging vor allem auf Wertberichtigungen zurück, die unsere Abschreibungen übertrafen.

Unsere Bruttoabschreibungen im Jahr 2008 betragen 990 Mio €. Davon betrafen 626 Mio € unser Konsumenten-kreditengagement, und 364 Mio € entfielen auf unser Firmenkreditengagement, hauptsächlich resultierend aus unseren deutschen und amerikanischen Portfolios.

Unsere Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle betragen 1,1 Mrd € im Jahr 2008, ein Anstieg von 433 Mio € (67 %). Dies war vorwiegend auf unser Konsumenten-kreditengagement infolge der sich verschlechternden Kreditbedingungen in Spanien, höhere Kreditausfallquoten in Deutschland und Italien sowie das organische Wachstum in Polen zurückzuführen. Für unsere Firmenkreditengagements wurden in der zweiten Jahreshälfte 2008 257 Mio € an Wertberichtigungen für Kreditausfälle zugeführt, die auf im Rahmen der Änderungen zu IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte entfallen. Innerhalb dieses Portfolios waren zusätzliche Zuführungen zu den Wertberichtigungen für Kreditausfälle aufgrund sich verschlechternder Kreditbedingungen erforderlich, vorwiegend für Kredite in Europa.

Am 31. Dezember 2008 betrug unser Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 977 Mio €. Der Anstieg in 2008 um 47 Mio € beinhaltet Nettoszuführungen von 382 Mio € (einschließlich der vorgenannten Auswirkungen der Umklassifizierungen auf Basis der Änderungen zu IAS 39), Nettoabschreibungen von 301 Mio € und einen Rückgang von 34 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten.

Am 31. Dezember 2008 betrug unser Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen 961 Mio € und lag somit um 186 Mio € über dem Stand zum Ende des Jahres 2007 (775 Mio €). Veränderungen in dieser Komponente beinhalten 702 Mio € Zuführungen zu Wertberichtigungen, die durch Nettoabschreibungen von 477 Mio € kompensiert wurden, sowie einen Nettorückgang von 39 Mio € aufgrund Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten. Angesichts dieser Erhöhung liegt unser Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für Kreditausfälle nahezu auf dem gleichen Niveau wie unser Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen.

Unser Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle war am 31. Dezember 2007 mit 1,7 Mrd € nahezu unverändert gegenüber dem für Ende 2006 ausgewiesenen Bestand.

Unsere Bruttoabschreibungen im Jahr 2007 betragen 752 Mio €, was einem Anstieg von 20 Mio € (3 %) gegenüber 2006 entspricht. 244 Mio € dieser Abschreibungen betrafen unser Firmenkreditengagement und 508 Mio € entfielen auf unser Konsumenten-kreditengagement.

Unsere Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle betragen 651 Mio € im Jahr 2007 und lagen damit um 299 Mio € (85 %) über dem Betrag des Vorjahres. Dies resultiert insbesondere aus der Beziehung zu einem einzelnen Geschäftspartner in unserem Konzernbereich Corporate and Investment Bank sowie unserer Wachstumsstrategie im Konsumentenfinanzierungsgeschäft. Im Jahr 2007 war unsere Wertberichtigung für Kreditausfälle überwiegend von unserem Portfolio an kleineren standardisierten homogenen Krediten geprägt.

Am 31. Dezember 2007 betrug unser Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 930 Mio €, was einem Rückgang um 55 Mio € (6 %) gegenüber 2006 entspricht. Die Veränderung des Wertberichtigungsbestands beinhaltet Nettoabschreibungen von 149 Mio €, einen Rückgang um 52 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten sowie Zuführungen zu Wertberichtigungen von 146 Mio €, die um 130 Mio € höher ausfielen als im Vorjahr. Einzeln ermittelte Wertberichtigungen bildeten die größte Komponente unseres Bestands an Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Am 31. Dezember 2007 betrug unser Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen 775 Mio €, was einem Anstieg um 91 Mio € gegenüber dem Vorjahresbestand entsprach. Dieser Anstieg war nahezu vollständig auf unser Portfolio an kleineren standardisierten homogenen Krediten zurückzuführen.

Ausländische Komponente des Wertberichtigungsbestands

Die nachstehende Tabelle analysiert die Veränderungen in der ausländischen Komponente der Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Zum 31. Dezember 2008 entfielen 51 % unseres gesamten Wertberichtigungsbestands auf ausländische Kunden.

in Mio €	2008	2007
Bestand am Jahresanfang	615	504
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	752	316
Nettoabschreibungen	- 330	- 162
Abschreibungen	- 385	- 234
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	55	72
Andere Veränderungen (zum Beispiel Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	- 42	- 43
Bestand am Jahresende	995	615

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns, die Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen umfassen.

in Mio €	2008			2007		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	101	118	219	127	129	256
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 2	- 6	- 8	- 32	- 6	- 38
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	7	3	10
Wechselkursänderungen	- 1	-	- 1	- 1	- 8	- 8
Bestand am Jahresende	98	112	210	101	118	219

Abwicklungsrisiko

Bei unseren Handelsaktivitäten können wir zum Zeitpunkt der Abwicklung der Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Das Abwicklungsrisiko (Settlement Risk) ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von liquiden Mitteln, Wertpapieren beziehungsweise anderen Werten nicht nachkommt.

Für viele Transaktionsarten verringern wir das Abwicklungsrisiko, indem wir das Geschäft über eine Clearingstelle leiten, die als Vertreter beider Parteien operiert und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, stellt die simultane Initialisierung der Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen aus der Transaktion die übliche Praxis unter Geschäftspartnern dar (Free Settlement). In solchen Fällen können wir eine Minderung des Abwicklungsrisikos anstreben, indem wir bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingehen. Außerdem beteiligen wir uns aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für im „Free-Settlement“-Verfahren getätigte Geschäfte

bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich, und zwar entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimits oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Wir aggregieren Abwicklungsrisikolimits nicht mit anderen Kreditengagements für Kreditgenehmigungszwecke, berücksichtigen jedoch das gesamte Engagement bei der Überlegung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Marktrisiko

Nahezu alle unsere Geschäfte unterliegen dem Risiko von Änderungen in Marktpreisen und Kursen, die zu Gewinnen oder Verlusten führen. Wir unterscheiden vier Arten von Marktrisiken:

- Zinsrisiken,
- Aktienkursrisiken,
- Währungsrisiken und
- Rohwarenpreisrisiken.

Zins- und Aktienkursrisiken bestehen jeweils aus zwei Komponenten. Das allgemeine Risiko beschreibt Wertänderungen aufgrund allgemeiner Marktbewegungen, während das spezifische Risiko emittentenbezogene Ursachen hat (einschließlich Credit-Spread-Risiken).

Wir gehen Marktrisiken sowohl bei Handels- als auch Nichthandelsgeschäften ein. Wir übernehmen Risiken durch Market-making und das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in den entsprechenden Derivaten.

Besonderheiten der deutschen aufsichtsrechtlichen Marktrisikomeldung

Nach deutschem Bankaufsichtsrecht gelten für die Marktrisikomeldung spezifische Regeln, die insbesondere die Konsolidierung von Unternehmen, die Berechnung der Gesamtmarktrisikoposition sowie die Definition von Handels- und Nichthandelsaktiva betreffen.

- **Konsolidierung.** Für deutsche bankaufsichtliche Meldezwecke werden nach Maßgabe des Kreditwesengesetzes alle Tochterunternehmen konsolidiert, bei denen es sich um Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Investment-Management-Unternehmen, Finanzunternehmen oder Unternehmen mit Hilfsdiensten handelt. Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors werden nicht konsolidiert.
- **Gesamtmarktrisikoposition.** Bei unserem Marktrisikoaussweis schließen wir Positionen in fremder Währung aus, die nach deutschem Bankaufsichtsrecht von der Berechnung der Währungsgesamtposition ausgeschlossen werden dürfen. Hierbei handelt es sich um Währungspositionen, die für die bankaufsichtliche Berichterstattung vom Eigenkapital abgezogen oder in vollem Umfang mit Eigenkapital unterlegt werden, sowie Beteiligungen einschließlich Anteilen an verbundenen Unternehmen in fremder Währung, die zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden (strukturelle Währungspositionen). Unsere größten strukturellen Währungspositionen ergeben sich aus unseren Beteiligungen an Unternehmen in den Vereinigten Staaten.
- **Definition von Handels- und Nichthandelsaktiva.** Die bankaufsichtliche Definition des Handels- und Anlagebuchs entspricht im Wesentlichen der Definition der Handels- und Nichthandelsaktiva nach IFRS. Aufgrund spezifischer Unterschiede zwischen dem bankaufsichtlichen und dem bilanziellen Regelwerk werden jedoch bestimmte Aktiva für Zwecke der Marktrisikomeldung dem Handelsbuch zugeordnet, obwohl diese nach IFRS als Nichthandelsaktiva klassifiziert sind. Umgekehrt werden bestimmte Aktiva dem Anlagebuch zugewiesen, obwohl diese nach IFRS Handelsaktiva darstellen.

Grundkonzept des Marktrisikomanagements

Wir nutzen eine Kombination aus Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital, um Marktrisiken zu steuern und Limite zu setzen.

Der Vorstand legt, unterstützt vom Market Risk Management als Teil unserer unabhängigen Legal, Risk & Capital-Funktion, ein konzernweites Value-at-Risk-Limit für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Konzernbereiche auf. Darunter werden die Limite auf die untergeordneten Geschäftssparten und Handelsportfolios sowie nach geografischen Regionen weiter aufgeteilt.

Zusätzlich zu den wichtigsten Value-at-Risk-Limiten für das Marktrisiko wenden wir Stresstest-, Ökonomisches Kapital- und Sensitivitätslimite an. Wir überwachen das Ausfallrisiko einzelner Unternehmen, die Wertpapiere emittieren, in unseren Handelsbüchern anhand einer spezifischen Limitsstruktur, die von dem Traded-Credit-Products-Team gesteuert wird. Darüber hinaus bestehen Marktwert- und Ausfallrisikolimiten für Bestandspositionen ausgewählter Geschäftseinheiten.

Unser Value-at-Risk-Ausweis für die Handelsgeschäfte erfolgt auf Basis unseres eigenen internen Value-at-Risk-Modells. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser Value-at-Risk-Modell zur Berechnung des regulatorischen Kapitalbedarfs für das allgemeine und spezifische Marktrisiko genehmigt und die Modellgenehmigung wurde seitdem aufrechterhalten. Wir analysieren beständig potenzielle Schwächen unseres Value-at-Risk-Modells unter Zuhilfenahme statistischer Techniken wie Backtesting, beziehen aber auch Auffassungen von Risikoexperten ein. Verbesserungen werden an den Bestandteilen unseres Value-at-Risk-Modells vorgenommen, die sich auf Bereiche beziehen, in denen in jüngerer Vergangenheit Verluste aufgetreten sind.

Unsere Value-at-Risk-Angaben sind darauf ausgerichtet, eine einheitliche Darstellung des Marktrisikos sowohl für die interne Risikosteuerung als auch für die externe Offenlegung und für aufsichtsrechtliche Zwecke sicherzustellen. Das Value-at-Risk-Limit für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank lag Anfang 2008 bei 105 Mio €, wurde im Laufe des Jahres mehrfach angehoben und lag Ende 2008 bei 155 Mio € (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag, wie weiter unten beschrieben). Das Value-at-Risk-Limit für die Handelspositionen des Gesamtkonzerns betrug Anfang 2008 110 Mio €, wurde im Laufe des Jahres mehrfach angehoben und lag Ende 2008 bei 160 Mio € (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag). Die Erhöhung der Limite war erforderlich, um den Auswirkungen der beobachteten Marktdaten auf unsere Value-at-Risk-Berechnungen Rechnung zu tragen.

Value-at-Risk-Analyse

Der Value-at-Risk-Ansatz dient dazu, ein quantitatives Maß für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Dabei wird eine Schätzung des potenziellen künftigen Verlusts (bezogen auf den Marktwert) vorgenommen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird. Das Risikomaß Value-at-Risk ermöglicht es uns, ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anzuwenden. Es erlaubt auch einen Vergleich der Marktrisikoschätzungen über die Zeit und mit den tatsächlichen täglichen Handelsergebnissen.

Wir berechnen den Value-at-Risk sowohl für interne als auch externe Meldezwecke mit einem Konfidenzniveau von 99 %. Für interne Meldezwecke legen wir eine Haltedauer von einem Tag zugrunde. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Mit unserem Value-at-Risk-Modell sollen folgende Risikofaktoren berücksichtigt werden: Zinssätze (einschließlich Credit Spreads), Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios. Die statistischen Parameter, die für die Value-at-Risk-Berechnung erforderlich sind, werden auf Basis einer Beobachtungszeitreihe über die letzten 261 Handelstage (was mindestens einem Kalenderjahr entspricht) bestimmt, wobei jede Beobachtung gleich gewichtet wird. Unsere Value-at-Risk-Berechnungen erfolgen mithilfe des Monte Carlo-Simulationsverfahrens, wobei wir annehmen, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen.

Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzen wir historisch beobachtete Korrelationen zwischen den verschiedenen allgemeinen Marktrisikofaktoren. Bei der Aggregation allgemeiner und spezifischer Marktrisiken nehmen wir hingegen an, dass beide Risikokomponenten nahezu unkorreliert sind. Innerhalb der allgemeinen Marktrisiken verwenden wir historisch beobachtete Korrelationen. Innerhalb der spezifischen Marktrisikokategorie verwenden wir entweder eine Nullkorrelation oder historisch beobachtete Korrelationen für ausgewählte Risiken.

Backtesting

Wir benutzen in unseren Handelsbereichen ein Backtesting-Verfahren, um die Vorhersagekraft unserer Value-at-Risk-Berechnungen zu überprüfen. Bei diesem Verfahren vergleichen wir in erster Linie die hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste nach der Buy-and-hold-Annahme (entsprechend den deutschen bankaufsichtlichen Vorgaben) mit den durch unser Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten.

Ein Komitee, das von Market Risk Management geleitet wird und dem auch Market Risk Operations und Finance angehören, bespricht vierteljährlich die Backtesting-Ergebnisse für den Konzern und für einzelne Geschäftsbereiche. Das Komitee analysiert die aufgetretenen Ertragsschwankungen und überprüft die Prognosegüte des Value-at-Risk-Modells. Dies wiederum erlaubt es uns, den Risikomessprozess zu verbessern. Obwohl die Aktualisierung der Volatilitäten und Korrelationen potenziell die Anzahl der zukünftigen Backtesting-Ausnahmen reduzieren sollte, wird die Aktualisierung weder die grundlegenden Verteilungsannahmen noch die Eigenschaften der Extrembereiche verändern.

Stresstests und Ökonomisches Kapital

Während der auf täglicher Basis bestimmte Value-at-Risk eine Prognose für potenzielle große Verluste unter normalen Marktbedingungen liefert, ist er kein adäquates Maß für die in Extremszenarien auftretenden Risiken unserer Portfolios. Daher führen wir auch regelmäßig Stresstests durch, bei denen unsere Handelsportfolios unter extremen Marktszenarien, die nicht durch das Konfidenzintervall unseres Value-at-Risk-Modells abgedeckt werden, bewertet werden.

Diese Stresstests bilden die Basis unserer Einschätzung des Ökonomischen Kapitalbedarfs zur Abdeckung der Marktrisiken unserer Positionen. Die Entwicklung der Methodik des Ökonomischen Kapitals wird überwacht durch das Regulatory Capital Steering Committee, dessen Vorsitz unser Chief Risk Officer innehat.

Die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, die wir wöchentlich vornehmen, beinhaltet eine extreme Auslenkung der zugrunde liegenden Risikofaktoren auf Basis von starken Stress- und Liquiditätsannahmen in vordefinierten Szenarien, die sich auf die verschiedenen Produkte in unseren Portfolios auswirken. Die sich aus diesen Stressszenarien ergebenden Verluste werden aggregiert unter Berücksichtigung von Korrelationen, die darauf ausgelegt sind, die Bedingungen in den Stressszenarien besser abzudecken, anstelle der Korrelationen, die bei normalen Marktbedingungen gelten und die in unserem Value-at-Risk-Modell benutzt werden.

Wir entwickeln diese Szenarien aus historisch beobachteten extremen Schocks dieser Risikofaktoren, angereichert mit subjektiven Einschätzungen, wenn nur begrenzte historische Informationen zur Verfügung stehen oder wenn Marktentwicklungen so eingeschätzt werden, dass die historischen Informationen schlechte Indikatoren möglicher zukünftiger Entwicklungen darstellen. Während des Jahres 2008 wurden diese Schocks neu kalibriert, um die Markt Ereignisse in 2007 und Anfang 2008 zu reflektieren. Trotz dieser Neuanpassung unterschätzten unsere zur Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs eingesetzten Modelle in einigen Fällen noch immer die extremen Marktbewegungen im weiteren Verlauf des Jahres 2008 wie zum Beispiel die beobachteten extremen Bewegungen der impliziten Volatilitäten der Märkte für Aktien, Zinssätze und Wechselkurse. Darüber hinaus haben die verwendeten Annahmen zur Liquidität die schnellen Marktentwicklungen dieser Zeit nicht angemessen vorhergesehen, was unsere Möglichkeiten zur Risikoreduzierung durch Abwicklung unserer Positionen im Markt oder durch dynamische Absicherung unserer Derivateportfolios reduzierte. Darunter sind zum Beispiel anzuführen die starke Illiquidität in den Märkten für Wandelschuldverschreibungen, Kredite und Kreditderivate.

Infolge dieser Beobachtungen wiederholen wir derzeit den Kalibrierungsprozess, um die zum Ende des Jahres 2008 beobachteten Marktbewegungen zu erfassen.

Der aus unseren Handelsbereichen resultierende Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko betrug 5,5 Mrd € zum 31. Dezember 2008 gegenüber 3,2 Mrd € zum 31. Dezember 2007. Dieser Anstieg reflektiert nicht nur die Rekalibrierung der Schocks des Ökonomischen Kapitals im Jahresverlauf 2008, die mit 1,1 Mrd € zu diesem Anstieg beitrug, sondern darüber hinaus sowohl die Einbeziehung des Ausfallrisikos aus gehandelten Unternehmenskreditprodukten über 908 Mio € (die zuvor im Ökonomischen Kapital für Kreditrisiken abgedeckt wurden) als auch die Einbeziehung von Aktiva des Anlagebuchs, die der Fair-Value-Bewertung zum Jahresende unterlagen, mit 958 Mio €. Der Beitrag der Aktiva des Anlagebuchs wurde zum Jahresende 2008 erstmals berechnet.

Grenzen unserer eigenen Risikomodelle

Wir setzen uns dafür ein, unsere eigenen Marktrisikomodelle ständig weiterzuentwickeln und deutlich zu verfeinern mit dem Ziel, die während der Krise des Jahres 2008 hervorgetretenen Risiken besser abzubilden. Wir stellen erhebliche Ressourcen für die Überprüfung und Verbesserung der Modelle bereit.

Die Ergebnisse unserer Stresstests und Abschätzungen für unser Ökonomisches Kapital sind in ihrer Aussagekraft zwangsläufig durch die Anzahl der Stresstests und durch die Tatsache limitiert, dass nicht alle „Downside“-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Obwohl Worst-Case-Szenarien von unseren Risikomanagern nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definiert werden, ist es dennoch möglich, dass der Verlust aus den Marktrisikopositionen größer ausfällt als durch unser Ökonomisches Kapital abgeschätzt. Darüber hinaus werden die Stresstests ständig in dem Bemühen überprüft und verfeinert, sicherzustellen, dass die wesentlichen Risiken erfasst und etwaige extreme Marktveränderungen abgebildet werden.

Bei den Value-at-Risk-Analysen sollten ferner die Grenzen der zugrunde liegenden Methode nicht außer Acht gelassen werden. Insbesondere im Jahresverlauf 2008 sind viele dieser Beschränkungen offenkundig geworden, was zu der weiter unten erläuterten Zahl an Ausreißern geführt hat. Zu den begrenzenden Faktoren der Value-at-Risk-Methode zählen:

- Die Verwendung historischer Daten als Grundlage für die Abschätzung zukünftiger Ereignisse kann dazu führen, dass nicht alle potenziellen Ereignisse erfasst werden, insbesondere solche, die ihrer Natur nach extrem sind.
- Die Annahme, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen, kann sich im konkreten Fall als nicht zutreffend erweisen und zu einer Unterschätzung der Wahrscheinlichkeit von extremen Marktbewegungen führen.
- Die verwendeten Korrelationsannahmen können sich als nicht zutreffend erweisen, insbesondere während extremer Marktbewegungen.
- Die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag (beziehungsweise zehn Tagen für aufsichtsrechtliche Value-at-Risk-Berechnungen) unterstellt, dass alle Positionen in dem entsprechenden Zeitraum geschlossen oder abgesichert werden können. Diese Annahme führt zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos während illiquider Zeitperioden, in denen ein Schließen oder Absichern der Positionen unter Umständen nicht möglich ist. Dies gilt insbesondere für die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag.
- Bei Verwendung eines Konfidenzniveaus von 99 % werden Verluste, die über dieses Niveau hinaus auftreten können, weder berücksichtigt noch wird über solche Verluste eine Aussage getroffen.
- Wir berechnen den Value-at-Risk an jedem Handelstag zum Geschäftsschluss. Für untertägige Engagements nehmen wir keine untertägigen Value-at-Risk-Berechnungen vor.
- Value-at-Risk erfasst nicht alle komplexen Einflüsse der Risikofaktoren auf die Werte von Positionen und Portfolios und kann demzufolge zu einer Unterschätzung potenzieller Verluste führen. So ist beispielsweise die Art und Weise, in der Sensitivitäten in unser Value-at-Risk-Modell einbezogen werden, unter Umständen nur für kleine Veränderungen der Marktparameter zutreffend.

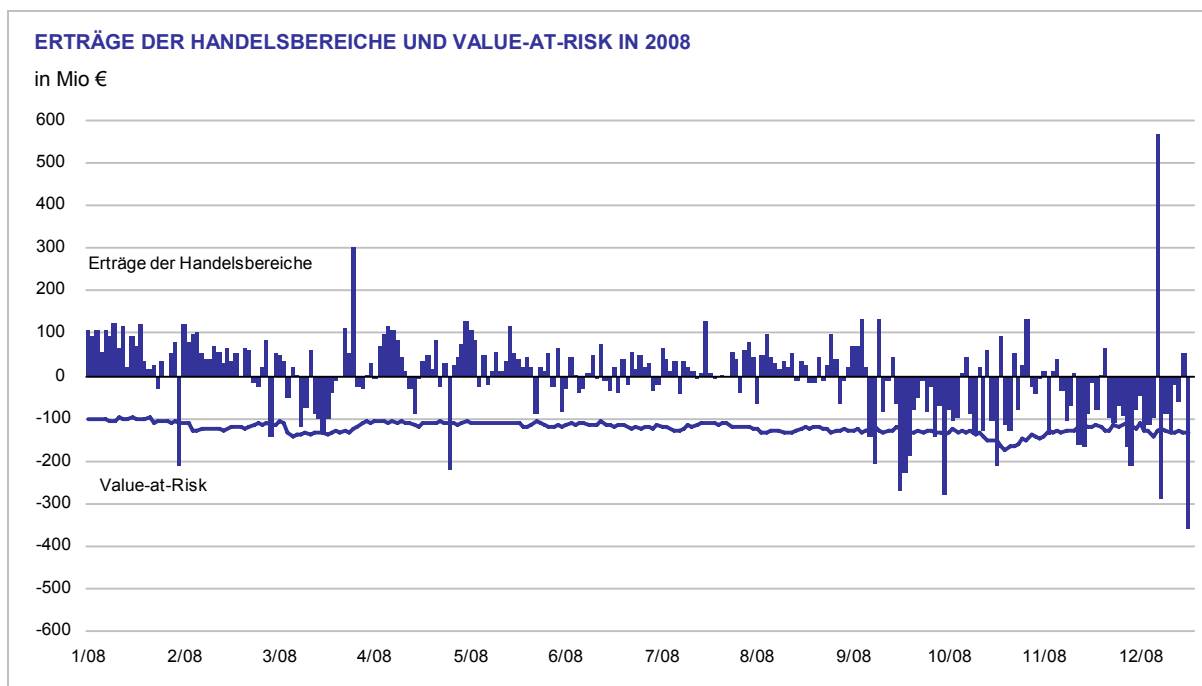
Im Bewusstsein um die Grenzen der Value-at-Risk-Methode ergänzt der Konzern seine Value-at-Risk-Limite durch zusätzliche positions- und sensitivitätsbezogene Limitstrukturen sowie durch Stresstests sowohl für einzelne Portfolios als auch auf konsolidierter Ebene.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag). Das handelsbezogene Marktrisiko des Konzerns außerhalb dieser Handelsbereiche ist immateriell. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem gegebenen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen einfach addieren, so würde dies die Annahme widerspiegeln, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

Value-at-Risk der Handelsbereiche	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
in Mio €												
Durchschnitt	122,0	85,6	- 74,7	- 57,7	105,4	61,5	60,7	55,6	18,4	15,3	12,2	11,0
Maximum	172,9	118,8	- 104,1	- 76,8	143,3	95,9	93,8	90,5	42,4	28,9	21,1	18,0
Minimum	97,5	66,5	- 48,4	- 40,4	83,1	42,7	31,0	43,5	8,5	5,9	7,6	5,7
Jahresende	131,4	100,6	- 84,5	- 59,7	129,9	90,8	34,5	49,5	38,0	11,3	13,5	8,7

Das folgende Schaubild zeigt den aggregierten täglichen Value-at-Risk der Handelsbereiche in 2008 unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten sowie die tatsächlichen Erträge der Handelsbereiche im Jahresverlauf.



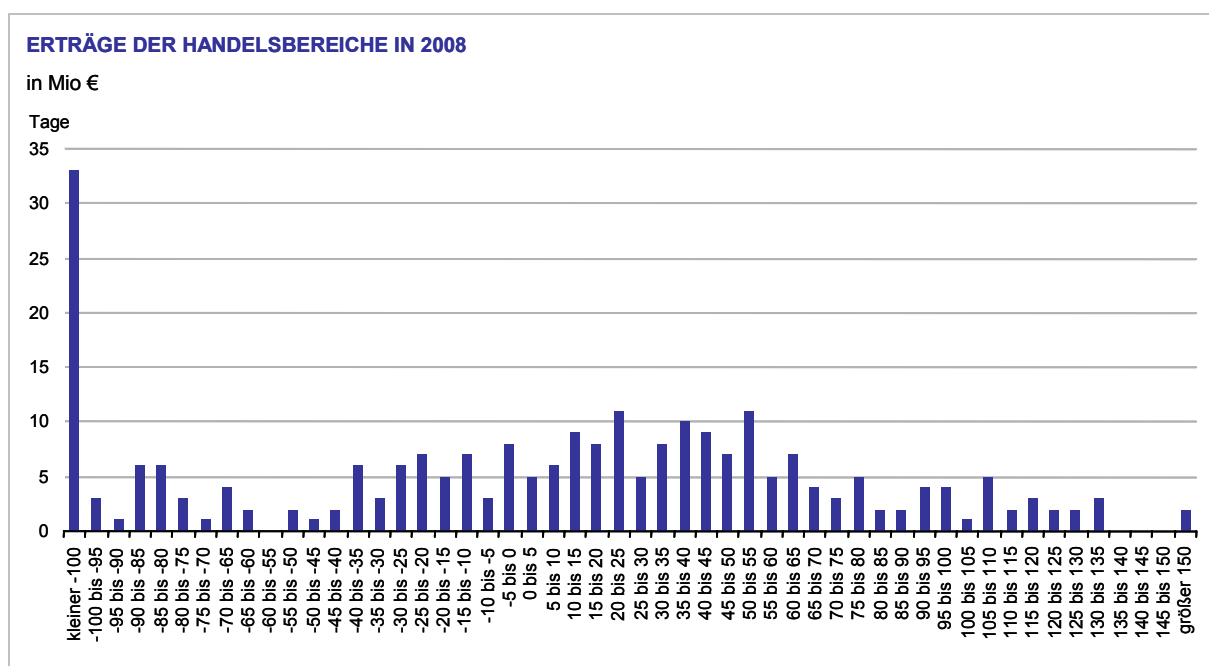
Unser Value-at-Risk für die Handelsbereiche bewegte sich in einem Band zwischen 97 Mio € und 173 Mio €. Der durchschnittliche Value-at-Risk betrug 122 Mio € im Jahr 2008 und lag somit um 42 % über dem Vorjahresdurchschnitt von 86 Mio €.

Der Anstieg des Value-at-Risk im Jahr 2008 war hauptsächlich auf die steigende Volatilität der Märkte und eine verfeinerte Value-at-Risk-Messung im selben Jahr zurückzuführen.

Im Jahr 2008 erzielten unsere Handelsbereiche an über 57 % der Handelstage (über 87 % in 2007) einen positiven Ertrag.

Im Rahmen unseres aufsichtsrechtlichen Backtesting wurden in 2008 insgesamt 35 Ausreißer (gegenüber zwölf in 2007) beobachtet, das heißt hypothetische Buy-and-hold-Verluste, die den prognostizierten Gesamt-Value-at-Risk für die Handelsbereiche überstiegen. Obwohl wir glauben, dass die Mehrzahl dieser Ausreißer vor allem auf extreme Ereignisse außerhalb normaler Marktbedingungen zurückzuführen ist, führen wir eine Neubewertung unserer Modellannahmen und -parameter im Hinblick auf mögliche Verbesserungen durch. Darüber hinaus arbeiten wir an der Verbesserung der spezifischen Granularität unserer Risikomessmethoden, um die Besonderheiten der Positionen besser darstellen zu können. Bei einem Value-at-Risk-Modell mit einem Konfidenzniveau von 99 % sind pro Jahr statistisch zwei bis drei Ausreißer zu erwarten. In Anbetracht der extremen Ereignisse glauben wir weiterhin, dass unser Value-at-Risk-Modell unter normalen Marktbedingungen auch weiterhin ein geeignetes Maß für unser handelsbezogenes Marktrisiko darstellen wird.

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge der Handelsbereiche in 2008. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Millionen € angegebene Handelsertrag erzielt wurde. Das Balkendiagramm bestätigt den Effekt, den die extremen Marktbedingungen im Monat März und im Herbst 2008 auf unsere Erträge hatten.



Management unserer Nichthandelsportfolios

Wir halten und managen auch nicht handelsbezogenes Marktrisiko, das im Wesentlichen durch Investments in Fonds, Principal Investments und darin enthaltene Investments in Private Equity entsteht.

Das Capital and Risk Committee beaufsichtigt unsere Aktivitäten im Bereich der Nichthandelsaktiva. Es ist zuständig für die Koordination der konzernweiten Risikoneigung, der Kapitalerfordernisse und des Refinanzierungsbedarfs, basierend auf den Geschäftsstrategien für den Konzern, die Konzernbereiche und die untergeordneten Geschäftsbereiche. Zu seinen Aufgaben zählen ferner die regelmäßige Überprüfung der Engagements der Nichthandelsportfolios sowie der damit zusammenhängenden Stresstestergebnisse, die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Akquisitionen und Beteiligungen, die Zuteilung von Risikolimiten für die Geschäftsbereiche im vom Vorstand vorgegebenen Rahmen sowie die Genehmigung von Richtlinien in Bezug auf die Nichthandelsaktiva, die durch das Risk Executive Committee ratifiziert werden. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an, wodurch eine enge Kooperation zwischen beiden Gremien gewährleistet wird.

Das Investment & Asset Risk Management Team wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2008 umgebildet und wird nun Principal-Investments-Team genannt. Es wurde in die Credit-Risk-Management-Funktion integriert, ist auf die Risikoaspekte unserer Nichthandelsaktivitäten für Alternative Assets spezialisiert und überprüft monatlich das Risikoprofil der Nichthandelsportfolios für Alternative Assets, einschließlich Buchwerten, Schätzungen des Ökonomischen Kapitals, Limitauslastungen, Ertragsprüfungen und geplanter Aktivitäten.

Im Geschäftsjahr 2008 bildeten wir eine dedizierte Asset-Risk-Management-Einheit, in der bestehende Teams und Fachleute zusammengelegt wurden. Dadurch konnten wir bereits vorhandene Erfahrungen nutzen und durch ein höheres Maß an Spezialisierung gezielte Einblicke in die Risiken unseres Vermögens- und Fondsverwaltungsgeschäft gewinnen. Hervorzuhebende Risiken in diesem Bereich entstehen beispielsweise aus „Performance“- und/oder Kapitalgarantien sowie Reputationsrisiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Kundengeldern.

Bewertung des Marktrisikos in unseren Nichthandelsportfolios

Aufgrund der besonderen Eigenschaften unserer Nichthandelsportfolios und der teilweise fehlenden Preistransparenz benutzen wir für unsere Nichthandelsportfolios als Risikomaß nicht den Value-at-Risk. Stattdessen verwenden wir zur Bewertung des Marktrisikos in diesen Portfolios Stresstestverfahren, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktänderungen sowie die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Abschätzung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen wir das Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios aktiv überwachen und steuern.

Nicht handelsbezogenes Marktrisiko nach Risikoklasse

Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf den Geschäftsbereich Global Markets im Konzernbereich Corporate and Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und ist in unsere handelsbezogenen Value-at-Risk-Zahlen einbezogen. Hinsichtlich der verbleibenden Risiken, die durch diese Absicherungsgeschäfte nicht übertragen wurden, werden Währungsrisiken im Allgemeinen durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, sodass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. Ferner sind bei diesen verbleibenden Positionen nur moderate Zinsrisiken vorhanden, die sich aus Fristeninkongruenzen zwischen Vermögen und Verbindlichkeiten ergeben.

Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere Nichthandelsportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und den Ökonomischen Kapitalbedarf für unsere Nichthandelsportfolios.

Wichtigste Industriebeteiligungen, sonstige Unternehmensbeteiligungen sowie Alternative Assets in Mrd €	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Wichtigste Industriebeteiligungen	1,1	5,1	0,4	0,1
Sonstige Unternehmensbeteiligungen	2,1	3,3	1,5	0,7
Alternative Assets:	3,2	3,9	1,3	0,9
Principal Investments	1,6	1,6	0,7	0,5
Immobilien	1,3	2,0	0,6	0,3
Hedgefonds ¹	0,2	0,3	–	–
Insgesamt	6,3	12,3	3,2	1,7

1 Am 31. Dezember 2008 bestand ein geringfügiger Ökonomischer Kapitalbedarf in Höhe von 42 Mio € und am 31. Dezember 2007 von 46 Mio €.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für diese Nichthandelsportfolios belief sich zum Jahresende 2008 auf insgesamt 3,2 Mrd € und fiel somit um 1,5 Mrd € (89 %) höher aus als der Vergleichswert zum Jahresende 2007. Dies reflektiert einen signifikanten Abbau des Kapitalpuffers infolge der gesunkenen Marktwerte in allen Portfolios. Seit dem Jahresende 2008 wurde unser Prozess für das Ökonomische Kapital erweitert, um die gegenüber Investoren in Investmentfonds der Deutsche Bank Asset Management abgegebenen Verpflichtungen einzubeziehen, was zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs um 400 Mio € führte. Dieser Betrag wird unter Sonstige Unternehmensbeteiligungen berichtet.

- **Wichtigste Industriebeteiligungen.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2008 betrug 439 Mio €.
- **Sonstige Unternehmensbeteiligungen.** Der Ökonomische Kapitalbedarf von 1,5 Mrd € für unsere sonstigen Unternehmensbeteiligungen zum Jahresende 2008 resultierte in erster Linie aus dem Anstieg des Ökonomischen Kapitals, das einer strategischen Beteiligung im Unternehmensbereich Private and Business Clients zugewiesen wurde, unseren Eigenanlagen in Investmentfonds und der neuen Behandlung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Verpflichtungen gegenüber Investoren wie oben erläutert.
- **Alternative Assets.** Unsere Alternative Assets umfassen Principal Investments, Immobilieninvestments (darunter Mezzanine Debt) sowie kleine Investments in Hedgefonds. Principal Investments setzen sich zusammen aus direkten Investments in Private Equity, Mezzanine Debt, kurzfristigen Investments in Financial Sponsor Leveraged Buy-out Funds, Bridge Capital für Leveraged Buy-out Funds sowie Private-Equity-bezogenen Geschäften. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs resultierte hauptsächlich aus dem Erwerb einer Infrastrukturbeteiligung im Geschäftsbereich Asset Management sowie aus dem gewachsenen Private-Equity-Portfolio im Geschäftsbereich Global Markets. Das Alternative-Asset-Portfolio weist zwar eine gewisse Konzentration bei Infrastruktur- und Immobilienanlagen auf. Die jüngsten Marktentwicklungen haben die Möglichkeiten zur Reduzierung dieses Portfolios limitiert. Dies bleibt dennoch unsere Absicht – vorausgesetzt, günstige Konditionen ermöglichen es.

In den Gesamtzahlen für das Ökonomische Kapital ist gegenwärtig kein Diversifikationsnutzen zwischen diesen unterschiedlichen Vermögensklassen berücksichtigt.

Wichtigste Industriebeteiligungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Beteiligungssätze und die Marktwerte der wichtigsten Industriebeteiligungen, die zum Jahresende 2008 direkt und/oder indirekt gehalten wurden, sowie die entsprechenden Beteiligungen zum Jahresende 2007. Unser Konzernbereich Corporate Investments beabsichtigt gegenwärtig, den Verkauf der meisten seiner börsennotierten Beteiligungen im Laufe der kommenden Jahre fortzusetzen, abhängig vom rechtlichen Umfeld und von den Marktbedingungen.

Wichtigste Industriebeteiligungen		Kapitalbeteiligung (in %)		Marktwert (in Mio €)	
		31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Name	Sitzland				
Daimler AG	Deutschland	2,7	4,4	692	2.967
Allianz SE	Deutschland	–	1,7	–	1.154
Linde AG	Deutschland	2,4	5,2	250	789
EADS N.V.	Niederlande	0,8	0,8	74	133
Sonstige	N/A	N/A	N/A	56	37
Insgesamt				1.071	5.081

N/A – nicht aussagefähig

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen. Im Jahr 2008 hat unser Liquiditätsrisikomanagement einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Liquidität und im Management einer soliden Finanzierungsstruktur geleistet.

Konzept des Liquiditätsrisikomanagements

Treasury ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, unsere Liquiditätsrisikoposition zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Die zugrunde liegenden Richtlinien werden regelmäßig von dem für Treasury verantwortlichen Vorstandsmitglied überprüft und genehmigt. In den Richtlinien werden die auf den Konzern anzuwendenden Methoden festgelegt.

Unser Liquiditätsrisikomanagement beginnt untertägig mit der Steuerung der täglichen Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows unter Berücksichtigung unseres Zugangs zu Zentralbanken (operative Liquidität). Anschließend folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu unbesicherten Finanzierungsquellen und den Liquiditätseigenschaften unseres Bestands an Vermögenswerten befasst (Liquidität der Aktiva). Schließlich umfasst die strategische Komponente das Aufstellen eines Fälligkeitenprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in unserer Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung unserer Emissionsstrategie.

Unser cashflowbezogenes Reportingsystem liefert tägliche Liquiditätsrisikoinformationen für das globale und regionale Management.

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Die Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen, Fallstudien von Liquiditätskrisen oder hypothetischen Modellen.

Kurzfristige Liquidität

Unser Reportingsystem verfolgt Cashflows auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 18 Monaten. Hiermit können wir unsere kurzfristige Liquiditätsposition in jeder Lokation, Region sowie weltweit, getrennt nach Währung, Produkt und Geschäftsbereich, bewerten. Das System erfasst sämtliche Cashflows unserer bilanzwirksamen Transaktionen sowie Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Transaktionen. Wir modellieren das Cashflowprofil von Produkten ohne festgelegte vertragliche Laufzeit mithilfe statistischer Methoden zur Erfassung ihres tatsächlichen Verhaltens. Liquiditätsabflusslimite (Maximum Cash Outflow Limits) zur Begrenzung globaler und lokaler Nettoabflüsse werden täglich überwacht und stellen unseren Zugang zur Liquiditätsversorgung sicher.

Unbesicherte Finanzierungsmittel

Die Aufnahme unbesicherter Finanzierungsmittel ist nur in begrenztem Umfang möglich. Unbesicherte Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus allen externen am Markt aufgenommenen Verbindlichkeiten, unabhängig vom Instrument, von der Währung oder Laufzeit. Die unbesicherten Finanzierungsmittel werden auf regionaler Basis nach Währung erfasst und in einem globalen Bericht zusammengeführt. Das Capital and Risk Committee genehmigt für die einzelnen Geschäftsbereiche Limite, um unseren Zugang zu unbesicherten Finanzierungsmitteln zu attraktiven Konditionen zu sichern.

Liquidität der Aktiva

Mit dieser Komponente bestimmen wir die Volumina und Verbuchungsorte unseres konsolidierten Bestands an unbesichert refinanzierten liquiden Aktiva, die wir nutzen können, um Liquidität über besicherte Finanzierungstransaktionen zu generieren. Die Wertpapierbestände setzen sich aus einer breiten Palette unterschiedlicher Wertpapierklassen zusammen. Zunächst trennen wir in jedem Bestand die illiquiden von den liquiden Wertpapieren. Anschließend werden den liquiden Wertpapierklassen Liquiditätswerte zugeordnet.

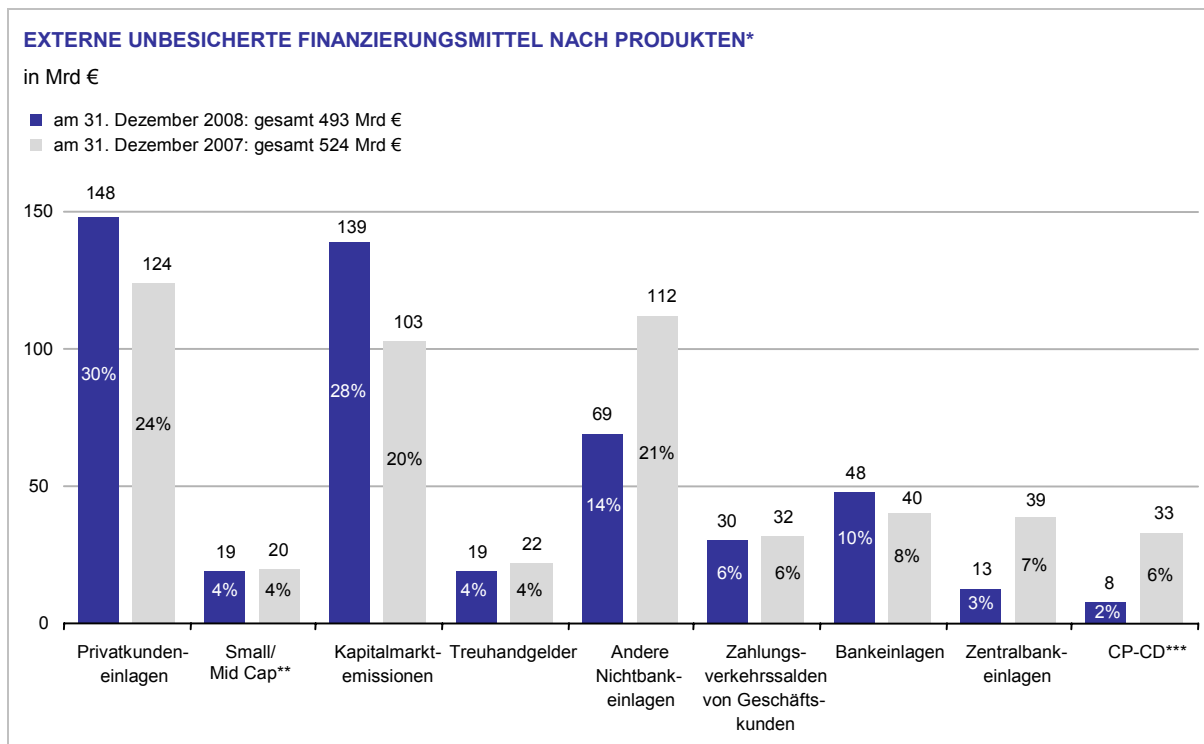
Die Liquidität dieser Aktiva ist ein entscheidender Schutz vor kurzfristigen Liquiditätsengpässen. Zusätzlich unterhalten wir eine Liquiditätsreserve in Form hochliquider Wertpapiere in den führenden Weltwährungen zur Unterstützung unseres Liquiditätsprofils für den Fall sich potenziell verschlechternder Marktbedingungen. In 2008 haben wir die Liquiditätsreserven um 48,0 Mrd€ erhöht und sie betragen 57,6 Mrd€ zum 31. Dezember 2008. Dieser Betrag umfasst nicht die zur Stellung von Sicherheiten für Barmittelerfordernisse im Rahmen der Clearingaktivitäten in Euro, US-Dollar und anderen Währungen erforderlichen Reserven, die in separaten weltweiten Portfolios gehalten werden.

Diversifikation der Finanzierungsmittel

Die Diversifikation unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Liquiditätsrisikomanagements. Unsere Kernfinanzierungsquellen sind Privatkundeneinlagen und langfristige Kapitalmarktmittel sowie in geringerem Umfang Mittelstands- und Treuhandgelder. Andere Kundeneinlagen, Gelder institutioneller Anleger sowie Geldaufnahmen von anderen Banken sind weitere Finanzierungsquellen. Letztere werden primär zur Finanzierung der liquiden Aktiva eingesetzt.

In 2008 haben wir unseren Schwerpunkt weiterhin auf den Ausbau unserer Kernfinanzierungsquellen und eine Reduzierung der kurzfristigen Nichtbankeinlagen gesetzt.

Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung unserer externen unbesicherten Finanzierungsmittel, die zur Liquiditätsrisikoposition beitragen (was zum Beispiel sich selbst finanzierende strukturierte Anteile nicht mit einschließt), zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2007, jeweils in Mrd €, sowie als prozentualer Anteil an den externen unbesicherten Verbindlichkeiten insgesamt.



* In 2008 haben wir unsere Zuordnung der Verbindlichkeiten zu den Finanzierungsquellen verfeinert, um unser Finanzierungsprofil besser abzubilden. Zu Vergleichszwecken haben wir unsere Zahlen für das Jahr 2007 entsprechend angepasst.

** Bezeichnet Einlagen mittelständischer deutscher Firmenkunden.

*** Commercial Paper/Certificates of Deposit mit einer Fälligkeit von einem Jahr oder weniger.

Liquiditätsablaufbilanz

In die Liquiditätsablaufbilanz (Funding Matrix) stellen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva nach ihrer Laufzeit in Zeitbänder ein. Da handelbare Wertpapiere in der Regel liquider sind, als ihre vertraglichen Laufzeiten erkennen lassen, haben wir individuelle Liquiditätsprofile erstellt, die deren relativen Liquiditätswert zeigen. Aktiva und Passiva aus dem Retail Banking, die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden (Immobilienfinanzierungen und Retaileinlagen), ordnen wir entsprechend der erwarteten Prolongation bestimmten Zeitbändern zu. Wholesaleprodukte stellen wir entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten ein.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise einen Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet eine wichtige Grundlage für unseren jährlichen Emissionsplan, der nach Genehmigung durch das Capital and Risk Committee unsere Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt.

Insgesamt hat Treasury im Jahr 2008 Kapitalmarktinstrumente in Höhe von etwa 53,5 Mrd € begeben, 15,5 Mrd € mehr, als im ursprünglichen Emissionsplan vorgesehen. Dieser Anstieg war eine unserer Vorsichtsmaßnahmen, die mit Blick auf die anhaltenden Störungen der Finanzmärkte getroffen wurden.

Für Informationen bezüglich des Laufzeitprofils unserer langfristigen Verbindlichkeiten verweisen wir auf Note [27] des Konzernabschlusses.

Stresstests und Szenarioanalysen

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Diese Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen (wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001), auf Fallstudien von Liquiditätskrisen oder auf hypothetischen Modellen. Diese Szenarien beinhalten jetzt auch die neuen Treiber des Liquiditätsrisikos, die sich in der anhaltenden Finanzmarktkrise ergeben haben: verlängerte Dysfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, fehlende Fungibilität von Währungen sowie nicht absetzbare Syndizierungen. Die hypothetischen Ereignisse umfassen interne Szenarien wie operationelle Risiken, Bonitätsherabstufung der Bank durch die Ratingagenturen sowie externe Szenarien wie systemische Marktrisikoeignisse, Emerging-Markets-Krisen und Ereignisschocks. Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Forderungen an Kunden vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, während die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Solche Maßnahmen wären beispielsweise der Übergang von unbesicherter zu besicherter Finanzierung, der Verkauf von Wertpapieren und die Preisanpassung für die Aufnahme von Verbindlichkeiten (Positionsschließung).

Diese Analyse ist in unser Liquiditätsrisikomanagement-Konzept vollständig integriert. Wir verfolgen unsere vertraglichen Zahlungsströme pro Währung und Produkt über einen achtwöchigen Zeitraum (welchen wir als die kritischste Zeitspanne in einer Liquiditätskrise einschätzen) und wenden die einzelnen Stressfälle auf jedes Produkt an. Diese Analyse wird durch die Bestimmung der Liquidität der Aktiva ergänzt.

Unsere Stresstestanalysen geben Aufschluss darüber, ob wir unter kritischen Umständen genügend Liquidität aufbringen könnten, und haben wichtige Informationen zur Festlegung unserer angestrebten Liquiditätsrisikoposition geleistet. Wir führen die Analyse monatlich durch. Die nachstehende Übersicht veranschaulicht diese angewandten Stresstestergebnisse zum 31. Dezember 2008. Für jedes Szenario zeigt sie unsere kumulative Finanzierungslücke über einen achtwöchigen Zeitraum nach Eintritt des auslösenden Ereignisses und wie viel Liquidität wir zur Schließung der Lücke hätten aufbringen können.

Szenario	Finanzierungs- lücke ¹ in Mrd €	Positions- schließung ² in Mrd €	Auswirkung auf Liquidität ³
Marktrisiko	3	97	allmählich ansteigend
Emerging Markets	13	110	allmählich ansteigend
Systemischer Schock	12	92	temporäre Störung
Operationelles Risiko	7	100	temporäre Störung
Ratingherabstufung um eine Stufe	16	119	allmählich ansteigend
Ratingherabstufung um drei Stufen	65	119	ansteigend und stabilisierend

1 Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

2 Liquiditätsgenerierung durch Gegensteuerung und Liquidität der Aktiva.

3 Wir untersuchen, ob unser Liquiditätsrisiko vorübergehend oder längerfristig ist.

Ausgehend von Beobachtungen während der Finanzmarktkrise, haben wir unser Rahmenwerk für Stresstests überprüft und in einigen Aspekten modifiziert. Das Marktrisikoszenario wurde neu definiert und reflektiert jetzt systemische Nebenwirkungseffekte, die seit dem Herbst 2007 beobachtet wurden. Über alle Szenarien hinweg haben wir zusätzliche das Liquiditätsrisiko treibende Faktoren aufgenommen wie zum Beispiel Währungsfungibilität und besicherte Finanzierungen, um auch diese durch die bisher eingesetzten Methoden nicht abgedeckten, aber während der Marktverwerfungen zutage getretenen sichtbaren Ursachen des Liquiditätsrisikos abzudecken. Die Szenarien der Ratingherabstufung wurden ebenfalls an die aktuellen Kreditratings der Bank angepasst. Die nachstehende Tabelle zeigt die Ergebnisse unserer Stresstests auf Basis der neuen Methoden, die wir zukünftig berichten werden, zum 31. Dezember 2008.

Neues Szenario	Finanzierungs- lücke ¹ in Mrd €	Positionen- schließung ² in Mrd €	Auswirkung auf Liquidität ³
Systemisches Marktrisiko	57	115	allmählich ansteigend
Emerging Markets	19	115	allmählich ansteigend
Ereignisschock	26	99	temporäre Störung
Operationelles Risiko (DB-spezifisch)	20	120	temporäre Störung
Ratingherabstufung um eine Stufe (DB-spezifisch)	45	119	dauerhaft
Ratingherabstufung auf A-2/P-2 (DB-spezifisch)	129	132	dauerhaft

1 Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

2 Liquiditätsgenerierung durch Gegensteuerung und Liquidität der Aktiva.

3 Wir untersuchen, ob unser Liquiditätsrisiko vorübergehend oder längerfristig ist.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Liquiditätsmanagements im Finanzsektor betrachten wir es als wichtigen Beitrag zur Finanzstabilität, liquiditätsrisikobezogene Themen mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Marktteilnehmern zu diskutieren. Wir sind in einer Reihe von Liquiditätsarbeitsgruppen engagiert und beteiligen uns an Initiativen zur Schaffung eines Branchenstandards zur angemessenen Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos bei Finanzdienstleistern.

Neben der internen Liquiditätssteuerung unterliegt die Liquidität deutscher Banken den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes sowie den Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Wir halten alle anwendbaren Liquiditätsbestimmungen ein.

Kapitalmanagement

Treasury verantwortet das konzernweite sowie das lokale Kapitalmanagement. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value aufweisen. Aus diesem Grund ordnet Treasury den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert unsere Kapitalstrategie, die durch das Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Unser Ziel ist es, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalbedarf und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Bedarf des Kapitals unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital. Im Oktober 2008 wurde die Zielgröße für die Tier-1-Kapitalquote auf etwa 10 % angehoben. Der Zielkorridor lag zu Jahresbeginn bei 8 % bis 9 %.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung unseres Finanzierungsplans und ähnliche Fragen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten unserer Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung unseres Kapitals und unserer Liquidität werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Die ordentliche Hauptversammlung 2007 hatte dem Vorstand die Ermächtigung erteilt, bis zu 52,6 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2008 zurückzukaufen. Auf Basis dieser Ermächtigung wurde das Aktienrückkaufprogramm 2007/08 im Mai 2007 gestartet und im Mai 2008 abgeschlossen, in dem eine neue Ermächtigung erteilt wurde.

In diesem Zeitraum wurden insgesamt 7,2 Millionen Aktien zurückgekauft (6,33 Millionen in 2007 und 0,82 Millionen in 2008), davon wurden 4,1 Millionen Aktien (57 %) bis Ende Juni 2007 zurückgekauft. Mit Beginn der Krise im Juli 2007 wurde das Aktienrückkaufvolumen deutlich reduziert und zwischen Juli 2007 und Mai 2008 wurden lediglich 3,1 Millionen Aktien zurückgekauft.

Die ordentliche Hauptversammlung 2008 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 53,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2009 zurückzukaufen. Bis zum Jahresende 2008 wurden keine Aktien im Rahmen dieser Ermächtigung zurückgekauft.

Im September 2008 haben wir 40 Millionen neue auf den Namen lautende Stückaktien im Wege des sogenannten beschleunigten Bookbuildingverfahrens bei institutionellen Anlegern platziert. Der Platzierungspreis betrug 55 € je Aktie. Der Bruttoemissionserlös belief sich auf insgesamt 2,2 Mrd €. Die Kapitalerhöhung diente der Abdeckung der Kapitalanforderungen für den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Deutsche Postbank AG von der Deutsche Post AG.

Das Kapitalmanagement umfasste den Verkauf von 16,3 Millionen Eigener Aktien (etwa 2,9 % unseres Gezeichneten Kapitals) in den Monaten Oktober bis November 2008.

Im Geschäftsjahr 2007 hatten wir 2,0 Mrd US-\$ hybrides Tier-1-Kapital und 800 Mio US-\$ sowie 200 Mio € Contingent Capital begeben. Im Geschäftsjahr 2008 haben wir Contingent Capital in Höhe von 1,0 Mrd € und 3,2 Mrd US-\$ begeben. Uns steht es frei, diese in 2008 emittierten Kapitalinstrumente in Form vorrangiger Anleihen oder nachrangiger Anleihen des Tier-2-Kapitals 1. Klasse in hybrides Tier-1-Kapital umzuwandeln. In 2008 haben wir 1,0 Mrd € und 4,0 Mrd US-\$ Contingent Capital in hybrides Tier-1-Kapital umgewandelt, wonach nur noch 200 Mio € in ihrer in 2007 begebenen Form bestehen. Das ausstehende hybride Tier-1-Kapital (ausschließlich nicht kumulative Vorzugsanteile, „Non-Cumulative Trust Preferred Securities“) belief sich am 31. Dezember 2008 auf insgesamt 9,6 Mrd €, verglichen mit 5,6 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

Operationelles Risiko

Wir definieren das operationelle Risiko als den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, Projekten, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäfts- und das Reputationsrisiko.

Organisationsstruktur

Operational Risk Management ist eine unabhängige Risikomanagementfunktion innerhalb der Deutschen Bank. Der Global Head of Operational Risk Management ist ein Mitglied des Risk Executive Committee und berichtet an den Chief Risk Officer. Das Operational Risk Management Committee ist ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee und setzt sich aus Vertretern des Operational Risk Management sowie Operational Risk Officers aus den Geschäftsbereichen und unseren Infrastrukturfunktionen zusammen. Das Operational Risk Management Committee ist das Hauptentscheidungs-gremium für alle Fragen des operationellen Risikomanagements. Es verabschiedet Konzernrichtlinien für die Erkennung, Verfolgung, Akzeptanz, Berichterstattung und Überwachung von operationellen Risiken.

Das Operational Risk Management ist für die Definition des Risikorahmenwerks für operationelle Risiken sowie dazugehöriger Richtlinien und die Steuerung bereichs- und regionenübergreifender operationeller Risiken verantwortlich, während die Verantwortung für die Umsetzung des Rahmenwerks und das tagtägliche Management operationeller Risiken bei unseren Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen liegt. Dieses Business-Partnership-Modell führt zu einer engen Überwachung und zu einem verstärkten Bewusstsein für operationelle Risiken. Das Operational Risk Management ist in globale Relationship Teams und ein zentrales Methodenteam aufgeteilt. Die globalen Relationship Teams, die entsprechend unserer divisionalen und regionalen Struktur aufgestellt sind, überwachen und unterstützen die Umsetzung des Risikorahmenwerks der Bank für operationelle Risiken mit dem Ziel der Sicherstellung eines konsistenten Managements operationeller Risiken in allen Geschäftsbereichen, Infrastrukturfunktionen und Regionen. Dies beinhaltet ebenfalls die Steuerung bereichs- und regionenübergreifender operationeller Risiken, Durchführung von Analysen zur Schaffung von Mehrwert, Konzernberichterstattung und Festsetzung von Verlustschwellen. Das zentrale Methodenteam prüft, validiert und implementiert das Instrumentarium für das Management und die Berichterstattung zu operationellen Risiken, einschließlich der Methodik zum Advanced Measurement Approach („AMA“) und ist verantwortlich für die Überwachung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Steuerung unseres operationellen Risikos

Wir steuern das operationelle Risiko auf Basis eines konzernweiten konsistenten Rahmenwerks, mit dem wir unser operationelles Risikoprofil im Vergleich zu unserer Risikoneigung festlegen und Maßnahmen wie auch Prioritäten zur Risikoverringering definieren können.

Wir wenden verschiedene Techniken zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos an. Einige Beispiele:

- Wir führen „Self-Assessments“ nach einem Bottom-up-Ansatz durch. Das Resultat ist ein spezifisches operationelles Risikoprofil für jede Geschäftssparte, welches die Bereiche mit einem hohen Risikopotenzial deutlich hervorhebt.
- Wir dokumentieren Verluste aus operationellen Risiken in unserer Datenbank „db-Incident Reporting System“.
- Wir erfassen und überwachen wichtige operationelle Risikoindikatoren mit dem Instrument „db-Score“.

- Alle Maßnahmen, die wir aus der Risikoanalyse, den gewonnenen Erkenntnissen, den „Self-Assessments“, den Risikoworkshops oder -indikatoren identifizieren, werden in „db-Track“ erfasst. In „db-Track“ überwachen wir fortlaufend den Umsetzungsfortschritt dieser Maßnahmen.
- Wir dokumentieren das nach Risikominderungen verbleibende operationelle Risiko durch „Risk Acceptances“.
- Wir erstellen zusätzliche Verlustszenarien und nutzen externe Ereignisdaten, um unser in der Kapitalberechnung verwendetes operationelles Risikoprofil und unser tagtägliches Management operationeller Risiken zu ergänzen.

Während des Geschäftsjahres 2008 haben wir die Genehmigung der BaFin für den Advanced Measurement Approach („AMA“) aufrechterhalten.

Ausgehend von der Organisationsstruktur, den Governancessystemen und vorhandenen Systemen zur Identifizierung und Steuerung der operationellen Risiken und mit Unterstützung der für spezifische operationelle Risikoarten zuständigen Kontrollfunktionen (wie Compliance, Corporate Security & Business Continuity) streben wir eine Optimierung des operationellen Risikomanagements an. Künftige operationelle Risiken, die wir durch zukunftsgerichtete Analysen identifizieren, werden mithilfe von vorbeugenden Maßnahmen wie der Entwicklung von Back-up-Systemen und Krisenplänen gesteuert. Wenn es uns erforderlich erscheint, schließen wir Versicherungen für operationelle Risiken ab.

Gesamtrisikoposition

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2007, gemessen am Ökonomischen Kapital, das für Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationelle Risiken berechnet wird. Das Liquiditätsrisiko ist in dieser Gesamtposition nicht enthalten.

Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht. Eine Ausnahme ist das Geschäftsrisiko, welches wir durch einfache Addition hinzuzählen.

Ökonomischer Kapitalbedarf		31.12.2008	31.12.2007
in Mio €			
Kreditrisiko ¹		8.986	7.043
Marktrisiko ¹		8.794	4.944
Marktrisiko aus Handelspositionen		5.547	3.227
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen		3.247	1.718
Operationelles Risiko		4.147	3.974
Diversifikationseffekte zwischen Kredit-, Markt- und operationellem Risiko		- 3.134	- 2.651
Zwischensumme Kredit-, Markt- und operationelle Risiken		18.793	13.310
Geschäftsrisiko		513	301
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt		19.306	13.611

¹ Seit Jahresbeginn 2008 weisen wir das gehandelte Ausfallrisiko unter dem Marktrisiko aus Handelspositionen aus. Zuvor wurde es unter Kreditrisiko ausgewiesen. Zu Vergleichszwecken haben wir unsere Zahlen für das Jahr 2007 entsprechend angepasst.

Am 31. Dezember 2008 betrug der Ökonomische Kapitalbedarf insgesamt 19,3 Mrd € und lag somit um 5,7 Mrd € (42 %) über dem Wert von 13,6 Mrd € am 31. Dezember 2007. Dieser Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs spiegelt im Wesentlichen die Effekte aus verschiedenen in 2008 vorgenommenen Verfeinerungen unserer Berechnung des Ökonomischen Kapitals und auch Effekte höherer Marktvolatilitäten wider, darunter im Besonderen

- den Abschluss der konzernweiten Einführung eines multiplen Zustandsmodells zur Messung des Kreditrisikos, das zu einer Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs um 1,4 Mrd € führte;
- die Einführung der Berechnung für den Ökonomischen Kapitalbedarf für das Marktrisiko für Positionen des Anlagebuchs unter Fair-Value-Bewertung, welche den Ökonomischen Kapitalbedarf um 958 Mio € erhöhte;
- die Neukalibrierung der für die Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko aus Handelspositionen verwendeten Stresstestschocks, die den Ökonomischen Kapitalbedarf um 1,1 Mrd € erhöhte, und
- eine höhere Marktvolatilität, die zu gestiegenen internen Bewertungsansätzen für Derivate führte, was mit 1,0 Mrd € zu dem Anstieg beitrug.

Diese Verfeinerungen waren auch die hauptsächlichen Treiber für die Veränderungen in den meisten unserer einzelnen Risikokategorien, die wir nachfolgend beschreiben.

Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Kreditrisiko von 1,9 Mrd € spiegelt im Wesentlichen die höhere Marktvolatilität wider, die zu gestiegenen internen Bewertungsansätzen für Derivate führte, die mit 1,0 Mrd € zu diesem Anstieg beitrugen, aber auch den Abschluss der Einführung eines multiplen Zustandsmodells zur Messung des Kreditrisikos, das zu einer Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs um 1,4 Mrd € führte. Diese Erhöhungen wurden teilweise dadurch ausgeglichen, dass Aktiva des Anlagebuchs unter der Fair-Value-Bewertung mit einem Ökonomischen Kapitalbedarf von 908 Mio € vom Kreditrisiko in das Marktrisiko umklassifiziert wurden. Am 31. Dezember 2008 betrug der Ökonomische Kapitalbedarf für Marktrisiken insgesamt 8,8 Mrd € und lag somit um 3,8 Mrd € über dem Wert am 31. Dezember 2007.

Vom Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko aus Handelspositionen um 2,3 Mrd € entfielen 1,1 Mrd € auf die Neukalibrierung der Stresstestschocks, die die unvorteilhaften Marktentwicklungen in 2007 und Anfang 2008 abbilden. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs für die übrigen Aktiva des Anlagebuchs unter der Fair-Value-Bewertung um 908 Mio € aus den oben erwähnten Reklassifizierungen und um 958 Mio € infolge der oben erläuterten neuen Berechnungsmethodik wurde teilweise durch einen Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs unter anderem durch den Verkauf von Aktiva und Hedging reduziert.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen erhöhte sich um 1,5 Mrd € – im Wesentlichen durch einen Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs für unsere wichtigsten Industriebeteiligungen und für sonstige Unternehmensbeteiligungen um 364 Mio € beziehungsweise 820 Mio €, während gleichfalls der Ökonomische Kapitalbedarf für unsere Alternative Assets um 344 Mio € stieg.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko stieg um 173 Mio € (4 %) auf 4,1 Mrd € zum 31. Dezember 2008. Dieser Anstieg ist auf eine erhöhte Anzahl an für die Deutsche Bank externen Ereignissen zurückzuführen.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2008 beinhaltet keinen Ökonomischen Kapitalbedarf in Bezug auf die Transaktionsstruktur unseres Erwerbs von Aktien der Deutsche Postbank AG wie oben unter „Ereignisse nach dem Bilanzstichtag“ erläutert.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs über das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko hinweg stieg um 483 Mio € (18 %) auf 3,1 Mrd € zum 31. Dezember 2008. Dieser Anstieg resultiert aus und war vollständig im Einklang mit dem erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf der oben aufgeführten Risikoarten.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf unserer Segmente zum 31. Dezember 2008.

31.12.2008	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Konzern insgesamt ²
	Corporate Banking & Securities ¹	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio €								
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	14.361	590	14.951	1.456	2.341	3.797	550	19.306

1 Central Areas and Support wurden CB&S zugeordnet.

2 Enthält 8 Mio € aus Consolidation & Adjustments.

Die Allokation des Ökonomischen Kapitals kann sich im Zeitablauf durch Verfeinerungen unserer Risikomessmethoden verändern.

Konzernabschluss

02

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	113
Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen	114
Konzernbilanz	115
Konzern-Kapitalflussrechnung	116
Konzernanhang mit Inhaltsverzeichnis	117

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	[Notes]	2008	2007	2006
Zinsen und ähnliche Erträge	[3]	54.549	64.675	58.275
Zinsaufwendungen	[3]	42.096	55.826	51.267
Zinsüberschuss	[3]	12.453	8.849	7.008
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[16]	1.076	612	298
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		11.377	8.237	6.710
Provisionsüberschuss	[4]	9.749	12.289	11.195
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	[3]	- 9.992	7.175	8.892
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	[5]	666	793	591
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	[14]	46	353	419
Sonstige Erträge	[6]	568	1.286	389
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		1.037	21.896	21.486
Personalaufwand	[31], [32]	9.606	13.122	12.498
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	[7]	8.216	7.954	7.069
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	[40]	- 252	193	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	[21]	585	128	31
Restrukturierungsaufwand	[25]	-	- 13	192
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		18.155	21.384	19.857
Ergebnis vor Steuern		- 5.741	8.749	8.339
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	[33]	- 1.845	2.239	2.260
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		- 3.896	6.510	6.079
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis		- 61	36	9
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		- 3.835	6.474	6.070

Ergebnis je Aktie

in €	[Notes]	2008	2007	2006
Ergebnis je Aktie:	[8]			
Basic		- 7,61	13,65	12,96
Verwässert ¹		- 7,61	13,05	11,48
Anzahl der Aktien in Mio				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		504,1	474,2	468,3
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie		504,2	496,1	521,2

1 Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Weitere Informationen sind in Note [8] enthalten.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen

in Mio €	2008	2007	2006
In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigter Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3.896	6.510	6.079
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern¹	- 1	486	84
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 4.549	1.022	1.101
Reklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	- 666	- 793	- 651
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 265	- 19	- 68
Reklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	2	13	- 8
Anpassungen aus der Währungsumrechnung:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 1.124	- 1.783	- 779
Reklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen, vor Steuern	- 3	- 5	8
Steuern auf nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-)	731	215	- 25
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	- 5.874²	- 1.350³	- 422⁴
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen	- 9.771	5.646	5.741
Zurechenbar:			
den Minderheitsanteilen	- 37	4	- 27
den Deutsche Bank-Aktionären	- 9.734	5.642	5.768

1 Bedingt durch die Änderung der Bilanzierungsmethode wurden versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) aus leistungsdefinierten Plänen direkt in den Gewinnrücklagen erfasst. Wie in Note [1] dargestellt, wurden die Angaben zu Vorperioden entsprechend angepasst. Diese Beträge enthalten latente Steuern von 1 Mio €, minus 192 Mio € und minus 65 Mio € für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006.

2 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen, nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2007 (1.047 Mio €) und dem 31. Dezember 2008 (minus 4.851 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Minderheitsanteilen in Höhe von 24 Mio €.

3 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen, nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2006 (2.365 Mio €) und dem 31. Dezember 2007 (1.047 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Minderheitsanteilen in Höhe von minus 32 Mio €.

4 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen, nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2005 (2.751 Mio €) und dem 31. Dezember 2006 (2.365 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Minderheitsanteilen in Höhe von minus 36 Mio €.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio €	[Notes]	31.12.2008	31.12.2007
Aktiva:			
Barreserve		9.826	8.632
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		64.739	21.615
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	[17], [18]	9.267	13.597
Forderungen aus Wertpapierleihen	[17], [18]	35.022	55.961
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte davon zum 31.12.2008 62 Mrd € (2007: 179 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	[11], [18], [35]	1.623.811	1.378.011
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte davon zum 31.12.2008 464 Mio € (2007: 17 Mio €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	[13], [17], [18]	24.835	42.294
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	[14]	2.242	3.366
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	[15], [16], [37]	269.281	198.892
Sachanlagen	[19]	3.712	2.409
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	[21]	9.877	9.383
Sonstige Aktiva	[22], [23]	137.829	183.638
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	[33]	3.512	2.428
Steuerforderungen aus latenten Steuern	[33]	8.470	4.777
Summe der Aktiva		2.202.423	1.925.003
Passiva:			
Einlagen	[24]	395.553	457.946
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	[17], [18]	87.117	178.741
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	[17], [18]	3.216	9.565
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	[11], [35]	1.333.765	870.085
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	[26]	39.115	53.410
Sonstige Passiva	[23]	160.598	171.444
Rückstellungen	[25]	1.418	1.295
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	[33]	2.354	4.221
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	[33]	3.784	2.380
Langfristige Verbindlichkeiten	[27]	133.856	126.703
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	[27]	9.729	6.345
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	[28]	4	3.553
Summe der Verbindlichkeiten		2.170.509	1.885.688
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	[29], [30]	1.461	1.358
Kapitalrücklage	[30]	14.961	15.808
Gewinnrücklagen	[30]	20.074	26.051
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	[29], [30]	- 939	- 2.819
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	[28], [30]	- 3	- 3.552
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen	[30]	- 882	3.635
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern	[30]	- 349	- 52
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	[30]	- 3.620	- 2.536
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	[30]	- 4.851	1.047
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		30.703	37.893
Minderheitsanteile	[30]	1.211	1.422
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	[30]	31.914	39.315
Summe der Passiva		2.202.423	1.925.003

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2008	2007	2006
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3.896	6.510	6.079
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.084	651	352
Restrukturierungsaufwand	-	- 13	30
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	- 1.732	- 1.907	- 913
Latente Ertragsteuern, netto	- 1.525	- 918	165
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	3.047	1.731	1.355
Anteilige Gewinne aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	- 53	- 358	- 207
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-), bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	- 3.075	5.696	6.861
Anpassungen aufgrund eines Nettoanstiegs/-rückgangs beziehungsweise einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	- 3.964	7.588	- 3.318
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	24.363	5.146	- 11.394
Handelsaktiva	- 472.203	- 270.948	- 23.301
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	169.423	- 75.775	- 19.064
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	- 37.981	- 22.185	- 14.403
Sonstige Aktiva	38.573	- 42.674	- 30.083
Einlagen	- 56.918	47.464	35.720
Handelsspassiva	655.218	173.830	- 38.865
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	- 159.613	70.232	41.518
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	- 97.009	69.072	18.955
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	- 14.216	6.531	7.452
Sonstige Passiva	- 15.482	21.133	30.079
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	12.769	22.935	10.480
Sonstige, per saldo	- 2.768	- 1.255	527
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	37.117	16.790	11.164
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	19.433	12.470	11.952
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	18.713	8.179	6.345
Verkauf von nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	680	1.331	3.897
Verkauf von Sachanlagen	107	987	123
Erwerb von:			
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	- 37.819	- 25.230	- 22.707
Nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	- 881	- 1.265	- 1.668
Sachanlagen	- 939	- 675	- 606
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	- 24	- 648	- 1.120
Sonstige, per saldo	- 39	463	314
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	- 769	- 4.388	- 3.470
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	523	429	976
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	- 659	- 2.809	- 1.976
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	3.404	1.874	1.043
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	-	- 420	- 390
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	19	389	680
Kapitalerhöhung	2.200	-	-
Kauf Eigener Aktien	- 21.736	- 41.128	- 38.830
Verkauf Eigener Aktien	21.426	39.729	36.380
Dividendenzahlung an Minderheitsanteile	- 14	- 13	- 26
Nettoveränderung der Minderheitsanteile	331	585	130
Gezahlte Bardividende	- 2.274	- 2.005	- 1.239
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	3.220	- 3.369	- 3.252
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 402	- 289	- 510
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	39.166	8.744	3.932
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	26.098	17.354	13.422
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	65.264	26.098	17.354
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte (erhaltene) Ertragsteuern, netto	- 2.495	2.806	3.102
Gezahlte Zinsen	43.724	55.066	49.921
Erhaltene Zinsen und Dividenden	54.549	64.675	58.275
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten			
Barreserve	9.826	8.632	7.008
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 9.300 Mio € per 31.12.2008 (31.12.2007: 4.149 Mio €, 31.12.2006: 8.853 Mio €))	55.438	17.466	10.346
Insgesamt	65.264	26.098	17.354

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernanhang

Konzernanhang

[1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze	118
[2] Segmentberichterstattung	149

Anhangangaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

[3] Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	161
[4] Provisionsüberschuss	164
[5] Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	164
[6] Sonstige Erträge	165
[7] Sachaufwand und sonstiger Aufwand	165
[8] Ergebnis je Aktie	166

Anhangangaben zur Bilanz

[9] Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	168
[10] Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“	171
[11] Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente	173
[12] Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden	185
[13] Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	187
[14] Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	188
[15] Forderungen aus dem Kreditgeschäft	190
[16] Risikovorsorge im Kreditgeschäft	190
[17] Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten	191
[18] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte	192
[19] Sachanlagen	193
[20] Leasingverhältnisse	194
[21] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	195
[22] Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	202
[23] Sonstige Aktiva und Passiva	204
[24] Einlagen	205
[25] Rückstellungen	205
[26] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	210
[27] Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	210

Zusätzliche Anhangangaben

[28] Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	211
[29] Stammaktien	212
[30] Veränderung des Eigenkapitals	214
[31] Aktienbasierte Vergütungen	215
[32] Leistungen an Arbeitnehmer	221
[33] Ertragsteuern	228
[34] Akquisitionen und Veräußerungen	232
[35] Derivative Finanzinstrumente	241
[36] Aufsichtsrechtliches Kapital	244
[37] Risikoangaben	249
[38] Geschäfte mit nahestehenden Dritten	267
[39] Informationen zu Tochtergesellschaften	270
[40] Versicherungs- und Investmentverträge	272
[41] Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	275
[42] Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB	277
[43] Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	278

[1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Grundlage der Darstellung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttersgesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen der Konzernbereiche Corporate and Investment Bank sowie Private Clients and Asset Management an. Einzelheiten zu den Unternehmensbereichen des Konzerns sind in Note [2] dargestellt.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Da der Konzern die von der EU bei der Übernahme von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, eingeräumte Ausnahmeregelung („Carve-out“) für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen („Hedge Accounting“) nicht nutzt, erfüllt der Konzernabschluss vollständig die Regelungen der vom IASB veröffentlichten IFRS. Im Einklang mit IFRS 4, „Insurance Contracts“, hat der Konzern seine bisherigen Rechnungslegungsgrundsätze gemäß US GAAP auf die Bilanzierung von Versicherungsverträgen angewandt. Der Konzern hat seine Rechnungslegung zum 1. Januar 2006 auf IFRS umgestellt.

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Wertberichtigung für Kreditausfälle, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, von Goodwill und immateriellen Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, die Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen.

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2008 hat der Konzern einige geringfügige Anpassungen vorgenommen, die keine wesentliche Auswirkung auf die Anhangangaben der Vorjahre hatten. Der Konzern hat die Auswirkungen von Fehlern auf die Berichtsperiode und frühere Perioden beurteilt und festgestellt, dass die nachfolgend beschriebenen Anpassungen der Vergleichszahlen für die früher dargestellten Perioden oder die Eröffnungsbilanzsalden erforderlich sind. Außerdem hat der Konzern eine freiwillige Änderung seines Rechnungslegungsgrundsatzes für die Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste im Zusammenhang mit Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses für leistungsdefinierte Pläne vorgenommen.

	Bestand (veröffentlicht)	Änderung der Bilanzierungs- methoden	Andere Anpassungen		Bestand (angepasst)
			LCH- Aufrechnung	Zinsen	
in Mio €					
31. Dezember 2006					
Bilanz					
Aktiva:					
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.104.650		- 64.108		1.040.542
Steuerforderungen aus latenten Steuern	4.332	31			4.363
Sonstige Aktiva	139.021	164			139.185
Verbindlichkeiten:					
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	694.619		- 64.108		630.511
Sonstige Passiva	144.129	15			144.144
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	4.033			- 327	3.706
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	2.285	96			2.381
Eigenkapital:					
Gewinnrücklagen	20.451	84		365	20.900
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-):					
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	- 760			- 38	- 798
31. Dezember 2007					
Gewinn-und-Verlust-Rechnung					
Zinsen und ähnliche Erträge	67.706			- 3.031	64.675
Zinsaufwendungen	58.857			- 3.031	55.826
Bilanz					
Aktiva:					
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.474.103		- 96.092		1.378.011
Steuerforderungen aus latenten Steuern	4.772	5			4.777
Sonstige Aktiva	182.897	741			183.638
Verbindlichkeiten:					
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	966.177		- 96.092		870.085
Sonstige Passiva	171.509	- 65			171.444
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	4.515			- 294	4.221
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	2.124	256			2.380
Eigenkapital:					
Gewinnrücklagen	25.116	570		365	26.051
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-):					
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	- 2.450	- 15		- 71	- 2.536

Leistungen an Arbeitnehmer: Bilanzierung leistungsdefinierter Pläne

Im vierten Quartal 2008 hat der Konzern seine Rechnungslegungsgrundsätze für die Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste im Zusammenhang mit Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses für leistungsdefinierte Pläne geändert. Im Rahmen der Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS hat der Konzern im Einklang mit den Umstellungsvorschriften von IFRS 1, „First-time Adoption of IFRS“, sämtliche kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste zum Umstellungszeitpunkt in den Gewinnrücklagen erfasst. Seitdem wurden unter Anwendung des „10 %-Korridor“-Ansatzes die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste nicht sofort, sondern zum Teil erst in der Zukunft erfolgswirksam erfasst. Der Konzern hat sich für eine freiwillige Änderung dieses Rechnungslegungsgrundsatzes in der Weise entschieden, dass nunmehr im Gegensatz zu der

„Korridor“-Methode die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste unmittelbar in der Periode ihrer Entstehung erfolgsneutral im Eigenkapital berücksichtigt werden. In Übereinstimmung mit den IFRS wurde die Änderung rückwirkend vorgenommen. Die Änderung der Bilanzierungsmethode vermittelt relevantere Informationen über die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns, da sie Sachverhalte in der Periode ausweist, in der sie wirtschaftlich entstehen. Die rückwirkende Anpassung hatte Auswirkungen auf die Konzernbilanz und die Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen, nicht aber auf die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung und die Konzern-Kapitalflussrechnung.

Aufrechnung

Im zweiten Quartal 2008 hat der Konzern festgestellt, dass er die Kriterien zur Aufrechnung von positiven und negativen Marktwerten für OTC-Zinsswaps, die mit dem London Clearing House („LCH“) abgewickelt werden, erfüllt. Gemäß den IFRS werden Posten nach Währung und Fälligkeiten aufgerechnet. Die Anwendung dieser Aufrechnung hatte keine Auswirkung auf die Konzernbilanz oder das Eigenkapital.

Die Darstellung der Zinsen und ähnlichen Erträge sowie der Zinsaufwendungen wurde angepasst, ohne sich auf den Zinsüberschuss auszuwirken.

Anpassung der Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern

Im vierten Quartal 2008 hat der Konzern festgestellt, dass er Steuerverbindlichkeiten für Geschäftsjahre vor 2006 ausgewiesen hatte, die nicht erforderlich waren. Die Steuerverbindlichkeiten wurden rückwirkend um diese Beträge korrigiert und die Eröffnungssalden der Gewinnrücklagen und der Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung entsprechend angepasst.

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2006, 2007 und 2008 mit Ausnahme der an anderer Stelle beschriebenen Änderungen konsistent angewandt.

Grundsätze der Konsolidierung

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter Zweckgesellschaften („SPEs“), dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm beherrschten Einheiten. Der Konzern verfügt über einen beherrschenden Einfluss auf Tochtergesellschaften, wenn er deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann. Dies wird in der Regel bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als der Hälfte der Stimmrechte an den Unternehmen angenommen. Das Bestehen potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, wird bei der Prüfung, ob der Konzern ein anderes Unternehmen beherrscht, berücksichtigt.

Der Konzern unterstützt die Gründung von SPEs und interagiert mit nicht von ihm gesponserten SPEs aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht. Um festzustellen, ob eine

SPE zu konsolidieren ist, ist eine Reihe von Faktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung, (1) ob die Aktivitäten der SPE zugunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt werden, sodass dieser aus der Geschäftstätigkeit der SPE Nutzen zieht; (2) ob der Konzern über die Entscheidungsmacht zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens verfügt; (3) ob der Konzern die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der SPE zieht und (4) ob der Konzern die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus ihrer Geschäftstätigkeit zu ziehen. Eine SPE ist zu konsolidieren, wenn die Prüfung der wesentlichen Faktoren zeigt, dass die SPE durch den Konzern beherrscht wird.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine beherrschende Einflussnahme mehr besteht.

Der Konzern überprüft mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend werden etwaige organisatorische Veränderungen unmittelbar berücksichtigt. Dazu gehören neben Änderungen der Eigentumsverhältnisse jegliche Änderungen von bestehenden oder mit einer Einheit neu abgeschlossenen vertraglichen Verpflichtungen des Konzerns.

Der Konzern überprüft die Konsolidierungsentscheidung für SPEs, wenn sich eine Änderung in den Vereinbarungen der SPE ergibt oder wenn eine substantielle Änderung der Geschäftsbeziehungen zwischen dem Konzern und einer SPE vorlag. Zu den Sachverhalten, die Anlass zur Notwendigkeit einer Überprüfung der Konsolidierungsentscheidung geben würden, gehören unter anderem:

- substantielle Veränderungen der Eigentumsverhältnisse der SPE, beispielsweise Kauf eines nicht unwesentlichen zusätzlichen Anteils oder Verkauf eines nicht unwesentlichen Anteils an der SPE;
- Veränderungen der vertraglichen Vereinbarungen oder Unternehmensführungsstrukturen der SPE;
- zusätzliche Aktivitäten in Bezug auf die Struktur der Gesellschaft, beispielsweise die Bereitstellung einer Liquiditätsfazilität über die ursprünglich vereinbarten Bedingungen hinaus, oder der Abschluss ursprünglich nicht geplanter Geschäfte mit einer SPE und
- Veränderungen in der Finanzierungsstruktur der Einheit.

Ferner wird die Angemessenheit einer Konsolidierungsentscheidung erneut überprüft, wenn der Konzern feststellt, dass die SPE zusätzlicher, ursprünglich nicht vorgesehener Unterstützung zur Weiterführung ihres Geschäfts bedarf und der Konzern eine solche Unterstützung aus Reputations- oder sonstigen Gründen leisten würde.

Die Neueinschätzung des Vorliegens eines beherrschenden Einflusses über bestehende SPEs führt nicht zwangsläufig zu einer Konsolidierung oder Entkonsolidierung. Bei einer solchen Überprüfung muss der Konzern unter Umständen seine Wahrscheinlichkeitsannahmen für Verluste, die Möglichkeit einer zukünftigen Inanspruchnahme zusätzlicher Liquiditätsfazilitäten sowie für künftige, aus Reputations- oder anderen Gründen resultierende Maßnahmen anpassen. Eine Neueinschätzung der Konsolidierungspflicht wird auf der Grundlage aller gegenwärtig verfügbaren Informationen, einschließlich aktueller Marktparameter und Erwartungen (wie zum Beispiel Erwartungen zu Verlusten aus Vermögenswerten), sowie unter Berücksichtigung jeglicher Änderungen der Marktbedingungen seit Gründung der SPE vorgenommen.

Zur bilanziellen Erfassung der Akquisition von Tochtergesellschaften wird die Erwerbsmethode angewandt. Die Anschaffungskosten einer Akquisition bemessen sich nach den Fair Values der hingegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente sowie der eingegangenen oder übernommenen Verbindlichkeiten zuzüglich der direkt mit der Akquisition verbundenen Kosten. Der Betrag, um den die Anschaffungskosten einer Akquisition den Anteil des Konzerns an dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigen, wird als Goodwill bilanziert. Sofern die Anschaffungskosten einer Akquisition unter dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegen (negativer Goodwill), kann ein Gewinn in den Sonstigen Erträgen erfasst werden.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung werden konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze angewandt. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Kapitalerhöhung behandelt.

Im Rahmen eines Beratungs- oder Treuhandverhältnisses gehaltene Vermögenswerte gelten nicht als Vermögenswerte des Konzerns und sind nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Minderheitsanteile werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung separat ausgewiesen.

Assoziierte Unternehmen und gemeinschaftlich geführte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equity Methode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Ein gemeinschaftlich geführtes Unternehmen besteht, wenn der Konzern mit einer Partei oder mehreren Parteien Verträge über Geschäftsaktivitäten geschlossen hat, die durch von ihnen gemeinschaftlich geführte Unternehmen wahrgenommen werden.

Anteile an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equity Methode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter und gemeinschaftlich geführter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen. Unrealisierte Gewinne aus Transaktionen werden in Höhe des Anteils des Konzerns am Beteiligungsunternehmen eliminiert.

Nach der Equity Methode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition anfallenden Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten Unternehmens oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (vermindert). Goodwill, der bei der Akquisition eines assoziierten Unternehmens oder eines gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Übersteigen die Verluste den Buchwert der jeweiligen Beteiligung, werden sie mit anderen Vermögenswerten des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Falls diese anderen Vermögenswerte vollständig abgeschrieben sind, wird geprüft, ob zusätzlich Verluste auszuweisen sind, weil der Konzern verpflichtet ist, diese auszugleichen.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds entspricht, in dem die Gesellschaft tätig ist.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Umrechnungsdifferenzen aus nicht monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (zum Beispiel Eigenkapitaltitel), werden nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, sondern innerhalb des Eigenkapitals in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfasst. Wird der Vermögenswert verkauft, werden die Umrechnungsdifferenzen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfasst und anschließend im Fall einer Veräußerung oder Teilveräußerung des Geschäftsbetriebs ergebniswirksam berücksichtigt.

Zinsen, Gebühren und Provisionen

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Kosten verlässlich bestimmt werden kann, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

Zinsüberschuss – Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei dem Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzinses herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agios und Disagios.

Sobald eine Wertminderung für einen Kredit oder ein zur Veräußerung verfügbares festverzinsliches Wertpapier erfasst wurde, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der vertraglichen Bedingungen des Finanzinstruments eingestellt. Dessen ungeachtet werden Zinserträge auf Basis des Zinssatzes, der zur Abzinsung zukünftiger Cashflows für die Ermittlung des Wertminderungsverlusts verwendet wurde, erfasst. Bei einem Kredit würde der ursprüngliche Effektivzinssatz verwendet. Bei einem zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapier hingegen würde jeweils bei Vorliegen eines Wertminderungsbedarfs ein neuer Effektivzinssatz festgelegt, da die Wertminderung auf Basis des Fair Value bemessen wird und somit auf dem aktuellen Marktzinssatz beruht.

Im Fall einer Umklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten aus den Kategorien „Handelsaktiva“ oder „zur Veräußerung verfügbar“ zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft wird ein neuer Effektivzinssatz auf Grundlage des besten Schätzwerts der zukünftigen Cashflows festgelegt.

Provisionsüberschuss – Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses einbezogen. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum Fair Value bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres Fair Value keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum Fair Value bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate-Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Vertragsverhältnisse, die die Lieferung mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen – Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Vom Konzern durchgeführte strukturierte Transaktionen sind die wichtigsten Beispiele für solche Arrangements und werden auf Einzeltransaktionsbasis untersucht. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das anhaltende Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Gesamtarrangements in keinem wesentlichen Verhältnis zu den bereits erbrachten Leistungen steht. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgaberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente untersucht. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die Teilelemente als separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt. Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem Fair Value anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet wurde.

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, Forderungen aus dem Kreditgeschäft, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes oder der Umgliederung festgelegt. Grundsätzlich umfassen die Bilanzposten diese Klassen finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit Ausnahme derer, die nachfolgend beschrieben werden.

Käufe und Verkäufe finanzieller Vermögenswerte sowie Begebungen und Rückerwerbe finanzieller Verpflichtungen, die als zum Fair Value bewertet eingestuft werden, beziehungsweise Käufe und Verkäufe finanzieller Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen oder die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben. Alle anderen Finanzinstrumente gehen am Erfüllungstag zu oder ab.

Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Ersterfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder klassifiziert diese als zum Fair Value bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum Fair Value angesetzt und als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten. Für zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente werden Zinsen aus verzinslichen Aktiva wie Handelskrediten und festverzinslichen Wertpapieren sowie Dividenden aus Aktien in den Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva – Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise für kurzfristige Gewinnmitnahmen bestehen.

Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Fair-Value-Basis gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung klar ist, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum Fair Value bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der Fair Value verlässlich bestimmbar ist.

Kreditzusagen

Bestimmte Kreditzusagen werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Wie in dem Abschnitt „Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen“ erläutert, sind einige Kreditzusagen als zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen zu bilanzieren. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des Fair Value infolge von Änderungen der Zinssätze oder Kreditspannen nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum Fair Value bewertet oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Kredite werden bei der Ersterfassung zum Fair Value ausgewiesen. Wenn ein Kredit zu Marktkonditionen begeben wird, entspricht der Fair Value den dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellten Geldbetrag zuzüglich des Saldos aus direkten inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, entweder als Schuldtitel oder als Eigenkapitalinstrumente, eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des Fair Value werden im Eigenkapital in der Position Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand eines Fair Value Hedge. In diesem Fall werden Änderungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben im Eigenkapital ausgewiesen werden. Bei nicht monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die im Konzerneigenkapital berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wie im Abschnitt „Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ beschrieben. Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts als Bestandteil des Gesamtveräußerungsergebnisses in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

Finanzielle Verpflichtungen

Mit Ausnahme der zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum Fair Value bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

Umgliederung von gewissen finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern kann bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert muss am Umgliederungsstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungsstichtag die Absicht und Möglichkeit bestehen, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Definition des Kriteriums „auf absehbare Zeit“ lässt sich nicht auf eine allgemeingültige Zeitspanne festlegen, sondern erfordert Beurteilungen des Managements. Zur Beurteilung hat der Konzern die nachfolgenden Mindestanforderungen festgelegt:

- Es darf keine Absicht bestehen, den Vermögenswert innerhalb eines Jahres zu verkaufen oder zu verbriefen, und es darf keine internen oder externen Auflagen geben, die die Halteabsicht einschränken oder einen Verkauf erforderlich machen würden; und
- der Geschäftsplan darf zukünftig nicht darauf ausgerichtet sein, von kurzfristigen Preisveränderungen zu profitieren.

Sind die Voraussetzungen erfüllt, wurde auf Basis der individuellen Gegebenheiten die Umgliederung vorgenommen. Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, die Haltestrategie einzuhalten, ist vom Management zu bestätigen.

Finanzielle Vermögenswerte werden zu ihrem Fair Value am Umgliederungsstichtag umgebucht. Gewinne oder Verluste, die bereits in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst wurden, werden nicht rückgängig gemacht. Der Fair Value des Finanzinstruments am Umwidmungsstichtag repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments. Die erwarteten Cashflows des Finanzinstruments werden am Umbuchungsstichtag geschätzt und diese Schätzungen werden zur Berechnung der neuen Effektivverzinsung der Instrumente verwendet. Erhöhen sich zu einem späteren Zeitpunkt die erwarteten zukünftigen Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte aufgrund einer Werterholung, wird der Effekt dieser Erhöhung als Anpassung der Effektivverzinsung und nicht als Anpassung des Buchwerts zum Zeitpunkt der Änderung der Schätzung berücksichtigt. Bei einem anschließenden Rückgang der erwarteten zukünftigen Cashflows wird der Vermögenswert auf Vorliegen einer Wertminderung analysiert, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ in dieser Note erläutert.

Bei Instrumenten, die aus den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, wird der im Eigenkapital erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust anschließend unter Anwendung der Effektivverzinsung des Instruments als Zinsertrag erfasst. Wenn später eine Wertminderung des Instruments vorliegt, wird der an diesem Stichtag im Eigenkapital ausgewiesene unrealisierte Verlust des Instruments sofort in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Wertberichtigung für Kreditausfälle erfasst.

Ermittlung des Fair Value

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Der Fair Value von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage der Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Der Konzern verwendet

Bewertungsverfahren für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Folglich basieren in Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter wenn möglich auf beobachtbaren Daten, die von Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Das Verfahren zur Bestimmung des Fair Value beinhaltet auch eine angemessene Anpassung der mithilfe des Bewertungsmodells ermittelten Ergebnisse, um Faktoren wie Bewertungsanpassungen der Spanne zwischen Ausgabe- und Rücknahmekurs, Liquidität und Kreditrisiken (sowohl mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken als auch die Nichterfüllung im Zusammenhang mit finanziellen Verbindlichkeiten) zu berücksichtigen.

Erfassung des „Trade Date Profit“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Risikoprofile der Finanzinstrumente, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit der Instrumente ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstagewinn wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann.

Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken, einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen, eingesetzt. Alle frei stehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Bilanz mit ihrem Fair Value angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Der Konzern gibt Kreditzusagen, deren resultierende Kreditforderungen zum Verkauf bestimmt sind. Diese Posten werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen klassifiziert und die zugehörigen Gewinne und Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Kreditzusagen, die durch Barausgleich oder durch die Lieferung beziehungsweise Begebung eines anderen Finanzinstruments erfüllt werden können, werden als Derivate klassifiziert. Spezielle vom Konzern für angebotene Investmentfondsprodukte abgegebene Marktwertgarantien werden ebenfalls als Derivate klassifiziert und demzufolge zum Fair Value angesetzt, wobei Veränderungen des Fair Value im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Bestimmte Derivate, die weder zu Handelszwecken gehalten werden noch die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung erfüllen, aber Effekte aus Transaktionen ausgleichen, die in die zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen einfließen, werden unter den sonstigen Aktiva oder sonstigen Passiva ausgewiesen. Die realisierten und unrealisierten Änderungen des Fair Value dieser Derivate werden in denselben Positionen der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen, in die auch die abgesicherte Transaktion einfließt. Die Änderungen des Fair Value aller anderen Derivate, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen, werden im Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum Fair Value erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird weiterhin in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Rechnungslegungsstandard bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Konzernbilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen („Hedge Accounting“)

Werden Derivate zum Zweck des Risikomanagements gehalten und erfüllen die entsprechenden Geschäfte spezifische Kriterien, wendet der Konzern Hedge Accounting an. Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des Fair Value von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder verbindlichen Zusagen („Fair Value Hedges“), (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus hochwahrscheinlichen geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Cash Flow Hedges“) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Hedges of Net Investments in Foreign Operations“).

Wird Hedge Accounting angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie Risikomanagementziel und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen, und auch die Art des abgesicherten Risikos. Teil dieser Dokumentation ist eine Beschreibung, wie der Konzern die Wirksamkeit des Sicherungsinstruments hinsichtlich der Kompensation von Risiken aus Änderungen des Fair Value des abgesicherten Grundgeschäfts oder aus Cashflows bestimmt, die dem abgesicherten Risiko zurechenbar sind. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Hedgeeffektivität immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als sonstige Aktiva beziehungsweise sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen. Anschließend Änderungen des Fair Value werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Beim Fair Value Hedge werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des Fair Value des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des Fair Value werden in den sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Änderung des Fair Value des Wertpapiers ebenfalls in den sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des Fair Value aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen ist.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des Fair Value vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des Fair Value über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Fair-Value-Anpassungen beziehungsweise bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem Fair Value angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umbucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zum gleichen Zeitpunkt wie die Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst. Bei der Sicherung eines Fremdwährungsrisikos für nicht monetäre zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, zum Beispiel Eigenkapitaltitel, werden die ursprünglich in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfassten Beträge bei Veräußerung des Grundgeschäfts ergebniswirksam erfasst und dem Verkaufsgewinn oder -verlust zugeordnet.

Die Hedgeineffektivität wird in den sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich in der Regel als Unterschiedsbetrag zwischen den Fair-Value-Änderungen des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Wird der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionalen Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Hedge of a Net Investment in a Foreign Operation“) wird die auf der Änderung des Devisenkassakurses beruhende Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des Fair Value wird in die sonstigen Erträge eingestellt.

Der Gewinn oder Verlust aus dem Sicherungsinstrument, bezogen auf den effektiven Teil des Hedge, wird bei Verkauf des ausländischen Geschäftsbetriebs erfolgswirksam erfasst.

Wertminderungen (Impairment) finanzieller Vermögenswerte

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite) einschließlich aufgelaufener Zinsen und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses oder im Falle einer Umklassifizierung des am Umbuchungstichtag festgelegten Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich

gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erheblich daran gezweifelt wird, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, wird der Kredit abgeschrieben. Zahlungseingänge aus abgeschriebenem Forderungen werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen aus dem Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Bilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den sonstigen Verbindlichkeiten und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und kann diese Verringerung objektiv auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückgeführt werden, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beurteilt das Management zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines einzelnen Vermögenswerts vorliegen.

Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, so ist der kumulative unrealisierte Verlust, der zuvor im Eigenkapital in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfasst wurde, in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus dem Eigenkapital umzugliedernde Betrag entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen Fair Value abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts.

Die Folgebewertung eines wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren Schuldtitels erfolgt auf Basis des Fair Value, wobei Veränderungen des Fair Value erfolgswirksam erfasst werden. Ein zur Veräußerung verfügbarer Schuldtitel wird nicht länger als wertgemindert eingestuft, wenn sein Fair Value sich mindestens bis zur Höhe der ohne Berücksichtigung einer Wertminderung bestehenden fortgeführten Anschaffungskosten erholt hat. Nachfolgende Änderungen des Fair Value werden im Eigenkapital erfasst.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des Fair Value nach einer Wertminderung werden im Eigenkapital erfasst.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen hat oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern den übertragenen Vermögenswert aus, wenn die Verfügungsmacht, das heißt die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Wird die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert beibehalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des

fortgeführten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen wird. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an eine Zweckgesellschaft („SPE“), die ihrerseits Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die übertragenen Vermögenswerte können bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Synthetische Verbriefungsstrukturen beinhalten üblicherweise derivative Finanzinstrumente, für die die oben genannten Grundsätze für die Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen zur Anwendung kommen würden. Übertragungen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllen, können als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert werden oder führen zur Bilanzierung von Verbindlichkeiten im Rahmen eines anhaltenden Engagements. Investoren und Verbriefungsgesellschaften haben grundsätzlich keinen Rückgriff auf die sonstigen Vermögenswerte des Konzerns, wenn die Emittenten der finanziellen Vermögenswerte nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen gemäß den ursprünglichen Bedingungen für diese Vermögenswerte zu erfüllen.

Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung der betreffenden Zweckgesellschaft noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche in der Regel als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum Fair Value ausgewiesen. In Übereinstimmung mit der Bewertung für gleichartige Finanzinstrumente wird der Fair Value der zurückbehaltenen Tranchen oder finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und in der Folge unter Verwendung von Marktpreisen, sofern verfügbar, oder internen Bewertungsmodellen, die Variablen wie Zinsstrukturkurven, vorzeitige Tilgungen, Ausfallraten, Größe der Verluste, Zinsschwankungen und -spannen zugrunde legen, ermittelt. Die für das Bewertungsmodell herangezogenen Annahmen basieren auf beobachtbaren Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und werden anhand externer Quellen verifiziert, soweit diese vorhanden sind.

Gewinne oder Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen Fair Value am Stichtag der Übertragung erfolgt. Gewinne oder Verluste aus Verbriefungen werden als Ergebnis aus zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, sofern die transferierten Vermögenswerte als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden.

Ausbuchung von finanziellen Verpflichtungen

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch beziehungsweise eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und zum Fair Value in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Bilanz ausgebucht, sofern die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Fair-Value-Basis gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Bilanz als entliehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. Die als Sicherheit für Wertpapierleihen aus dem Eigenbestand verpfändeten Wertpapiere, bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Bilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn, und nur wenn, eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis.

Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis 15 Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden mindestens einmal im Jahr auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Konzern wendet für die Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien grundsätzlich das Anschaffungskostenmodell an und der Buchwert ist in der Bilanz unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen. Emittiert der Konzern Verbindlichkeiten, welche durch als Finanzinvestition gehaltene Immobilien unterlegt sind und eine direkt an den Fair Value oder die Rendite dieser Immobilien gekoppelte Rendite vorsehen, erfolgt eine Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zum Fair Value. Der Konzern beauftragt, sofern angebracht, externe Immobilienexperten zur Bestimmung des Fair Value der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien mittels anerkannter Bewertungstechniken. Sollten Preise von kurz zuvor am Markt getätigten Transaktionen mit vergleichbaren Immobilien verfügbar sein, werden diese Transaktionen als Referenz für die Bestimmung des Fair Value herangezogen.

Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Goodwill entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Anschaffungskosten einschließlich der dem Unternehmenszusammenschluss direkt zurechenbaren Kosten den Reinvermögenswert des erworbenen Unternehmens zum

Erwerbszeitpunkt übersteigen. Der Reinvermögenswert entspricht dem vom Konzern erworbenen Anteil am Netto-Fair-Value der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie Eventualverbindlichkeiten.

Für die Ermittlung des Goodwill werden die Fair Values der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf der Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows.

Goodwill aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Goodwill vermindert haben könnte. Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten („Cash Generating Units“) zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Auf dieser Grundlage stellen sich die Cash Generating Units des Konzerns wie folgt dar:

- Global Markets and Corporate Finance (innerhalb des Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities)
- Global Transaction Banking
- Asset Management and Private Wealth Management (innerhalb des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management)
- Private & Business Clients und
- Corporate Investments

Goodwill aus Akquisitionen von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen ist im Buchwert der Beteiligung enthalten und wird jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Sofern ein Anhaltspunkt vorliegt, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte, erfolgt die Überprüfung häufiger.

Wenn ein Goodwill einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Goodwill bei der Feststellung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Goodwill getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr Fair Value zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen, angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 20 Jahren amortisiert. Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den Verträgen anfallen, amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbegrenzte Nutzungsdauer. Es handelt sich dabei primär um Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Publikumsfonds. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn der Konzern daraus mit großer Wahrscheinlichkeit wirtschaftliche Vorteile ziehen kann und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über einen Zeitraum von ein bis drei Jahren abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst.

Bei einem Erwerb von Versicherungsgeschäft wird der Betrag des Kaufpreises, der den Anteil des Erwerbers am Nettowert der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten übersteigt, als immaterieller Vermögenswert bilanziert. Dieser immaterielle Vermögenswert repräsentiert den die zum Erwerbszeitpunkt bilanzierte Verbindlichkeit übersteigenden Barwert der zukünftigen Cashflows. Dieser Betrag wird als Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts bezeichnet.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Die Wahl der verwendeten Abschreibungsrate berücksichtigt die Besonderheiten des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie den erwarteten Wertverzehr. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird regelmäßig auf Wertminderungen untersucht, die als Aufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst werden.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantiennehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet. Solche Garantiezusagen werden Banken, Finanzinstituten und sonstigen Vertragspartnern im Auftrag von Kunden eingeräumt, um Kredite, Kreditlinien und sonstige Bankfazilitäten zu besichern.

Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem Fair Value bei Garantiebegebung ausgewiesen. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen.

Leasinggeschäfte

Leasinggeber

Vermögenswerte, die Kunden im Rahmen von Leasingverhältnissen überlassen werden, werden ungeachtet des Rechtsanspruchs als Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Werden Vermögenswerte im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses übertragen, so wird der vermietete Vermögenswert ausgebucht und eine Forderung bilanziert, deren Höhe dem Barwert der Mindestleasingzahlungen, abgezinst mit dem dem Leasingvertrag zugrunde liegenden Zinssatz, entspricht. Direkt zurechenbare Kosten, die bei der Verhandlung sowie für die Ausgestaltung eines Finanzierungsleasings anfallen, werden als Bestandteil der Forderung durch den Diskontierungszinssatz, der dem Leasingvertrag zugrunde gelegt wird, erfasst. Der Finanzierungsertrag wird über die Dauer des Leasingverhältnisses in der Weise erfasst, dass er eine konstante periodische Verzinsung der Nettoinvestition in das Finanzierungsleasingverhältnis widerspiegelt.

Leasingverhältnisse, bei denen Kunden Vermögenswerte überlassen werden, ohne dass alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, auf sie übertragen werden, werden als Operating Leases klassifiziert. Die vermieteten Vermögenswerte sind in dem Posten Sachanlagen in der Konzernbilanz enthalten und werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Mieterträge werden linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst. Direkt zurechenbare Kosten, die bei der Verhandlung sowie für die Ausgestaltung eines Operating Lease anfallen, werden dem Bilanzwert des vermieteten Vermögenswerts zugeschlagen und linear über die Laufzeit des Leasingvertrags als Aufwand erfasst.

Leasingnehmer

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem Fair Value des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern geringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzinsungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Anderenfalls wird der Grenzfremdkapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen die entsprechende Verbindlichkeit eingegangen wird.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen die entsprechende Verbindlichkeit eingegangen wird.

Sale-und-Leaseback-Transaktionen

Sofern eine Sale-und-Leaseback-Transaktion zu einem Finanzierungsleasingverhältnis führt, wird jeglicher Überschuss des Verkaufserlöses über den Bilanzwert des Vermögenstands durch den Verkäufer nicht sofort als Ertrag erfasst, sondern abgegrenzt und über die Dauer des Leasingvertrags erfasst.

Bei Sale-und-Leaseback-Transaktionen, die einen Operating Lease begründen, hängt der Zeitpunkt der Realisierung des Verkaufsgewinns oder -verlusts vom Verhältnis des Verkaufspreises zum Fair Value ab. Entspricht der Verkaufspreis eindeutig dem Fair Value, wird der Gewinn oder Verlust (Unterschiedsbetrag aus Verkaufspreis und Bilanzwert) unmittelbar erfasst. Liegt der Verkaufspreis hingegen unter dem Fair Value, so wird ein Gewinn unmittelbar erfasst, während ein Verlust nur dann unmittelbar zu erfassen ist, wenn er nicht durch zukünftige unter dem Marktpreis liegende Mietzahlungen ausgeglichen wird. Anderenfalls ist der Verlust abzugrenzen und im Verhältnis zu den Mietzahlungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts ergebniswirksam zu verteilen. Übersteigt der Verkaufspreis den Fair Value, wird der den Fair Value übersteigende Betrag abgegrenzt und ergebniswirksam über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögensgegenstands verteilt.

Mitarbeitervergütungen

Pensionszusagen

Der Konzern bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach dem Ansammlungsverfahren („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen ausgewiesen. Die leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns sind in der Regel unternehmensextern finanziert („funded“).

Sonstige Versorgungszusagen

Darüber hinaus unterhält der Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Pensionszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik des Ansammlungsverfahrens bewertet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen ausgewiesen.

Aktienbasierte Vergütungen

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der Fair Value dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr Fair Value unmittelbar nach der Modifizierung ihren Fair Value direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des Fair Value wird als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substantielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum Fair Value bewertet und bis zur Zahlung in den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen wird. Für Terminkäufe auf Minderheitsanteile von Konzerngesellschaften erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Kauf- und Verkaufsoptionen, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden dann nicht als Derivate klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Diese Geschäfte werden vielmehr als Transaktionen mit Eigenkapitalinstrumenten des Konzerns erfasst. Alle anderen derivativen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

Ertragsteuern

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden im Eigenkapital erfasst, soweit sie Geschäftsvorfälle betreffen, die direkt dem Eigenkapital belastet oder gutgeschrieben werden.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (1) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (2) sie von derselben Steuerbehörde erhoben beziehungsweise geschuldet werden, (3) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (4) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, Cash Flow Hedges, versicherungsmathematischen Gewinnen/Verlusten in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen und andere Positionen, die direkt im Eigenkapital ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt im Eigenkapital bilanziert und erst dann in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf der Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil in die Kapitalrücklage eingestellt. Unterschreitet der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der entsprechende Steuernachteil als Steueraufwand in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung des Berichtszeitraums erfasst.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterliegen neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen Ertragsteuer für Versicherungsnehmer („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellt, ist sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduziert beziehungsweise erhöht die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird eine Forderung dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

Kapitalflussrechnung

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen. So gehören beispielsweise die Begebung und das Management langfristiger Schuldtitel zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nicht-Finanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten strukturierte Schuldverschreibungen und Asset-backed Securities, die seitens CIB konzipiert und umgesetzt werden und insofern Bestandteil der ertragswirksamen Tätigkeiten sind. Ebenfalls enthalten sind seitens Treasury begebene Schuldtitel, die auch durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden können und deren Finanzierungskosten auf die jeweiligen Geschäftsfelder verrechnet werden, um deren Ertragskraft zu bestimmen.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten („Trust Preferred Securities“) unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Die in der Kapitalflussrechnung gezeigten Beträge stimmen nur bedingt mit den von einer Berichtsperiode zur nächsten zu beobachtenden Bilanzveränderungen überein, da sie nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Wechselkursänderungen oder Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Bewegungen der zum Fair Value ausgewiesenen Bilanzposten sind auf Veränderungen zurückzuführen, die den Buchwert beeinflussen, das heißt sowohl auf Marktbewegungen als auch Einzahlungen und Auszahlungen. Bewegungen der zum Fair Value ausgewiesenen Bilanzposten werden grundsätzlich den Cashflows aus operativer Tätigkeit zugeordnet.

Versicherungsgeschäft

Der Konzern schließt zwei Arten von Verträgen ab.

Versicherungsverträge – Dabei handelt es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernimmt, indem er vereinbart, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen werden gemäß den US GAAP-Regelungen für Versicherungsgeschäfte bilanziert.

Nicht überschussberechtigte Investmentverträge („Investmentverträge“) – Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten werden, sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen solche für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen werden.

Versicherungsverträge

Beiträge für langfristige Versicherungsverträge werden bei Erhalt als Erträge erfasst. Im Fall von Einmalprämien entspricht der Zeitpunkt der Ertragerfassung dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz besteht. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung werden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge werden vor Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge storniert werden, weil die Beiträge nicht erbracht werden, werden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge und die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft werden erfasst, wenn sie angefallen sind, und beinhalten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal Life Versicherungsverträge ergibt sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Anlageerträgen abzüglich der Aufwendungen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für sonstige fondsgebundene Versicherungsverträge entspricht die Deckungsrückstellung dem Fair Value der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wird die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die derzeit aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst werden. Die Annahmen werden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wird mit jenem Wert verglichen, der sich ergibt, wenn man aktuelle Annahmen einschließlich des Effektivzinses der zugrunde liegenden Vermögenswerte zugrunde legt. Ergäbe sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, wäre der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen werden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Verträge ist dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinweisen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen werden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktivierten Abschlusskosten zu decken.

Gegenwärtig sind die aktivierten Abschlusskosten für das Versicherungsgeschäft nicht wesentlich.

Investmentverträge

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden. Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum Fair Value unter den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolice und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum Fair Value bilanziert und die damit verbundenen Fair-Value-Änderungen werden ebenso wie die Fair-Value-Änderungen der entsprechenden Verpflichtungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

Rückversicherungsgeschäft

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Einnahmen für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden brutto ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrunde liegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

IAS 39 und IFRS 7

Im Oktober 2008 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, und IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, mit dem Titel „Reclassification of Financial Assets“. Die Änderungen von IAS 39 erlauben (1) gewisse Umklassifizierungen nicht derivativer finanzieller Vermögenswerte (vorausgesetzt, sie wurden nicht nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert) aus der Kategorie der zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte sowie (2) unter bestimmten Bedingungen Umwidmungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Kategorie der Forderungen aus dem Kreditgeschäft. Die Änderungen von IFRS 7 sehen zusätzliche Offenlegungsvorschriften für Unternehmen vor, die Umgliederungen von finanziellen Vermögenswerten in Übereinstimmung mit den Änderungen von IAS 39 vorgenommen haben. Im November 2008 veröffentlichte der IASB zur Klarstellung des Erstanwendungszeitpunkts weitere Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets – Effective Date and Transition“. Die Änderungen ermöglichten eine rückwirkende Anwendung zum 1. Juli 2008 für Umklassifizierungen, die vor dem 1. November 2008 vorgenommen wurden. Alle Umgliederungen, die am oder nach dem 1. November 2008 vorgenommen wurden, treten mit dem Datum der Umklassifizierung an in Kraft. Die gemäß den Änderungen zulässigen Umwidmungen führten per 31. Dezember 2008 zu einer Erhöhung des Ergebnisses vor Steuern um 3.3 Mrd. €. Weitere Informationen sind in Note [10] enthalten.

IFRIC 14

Im Juli 2007 veröffentlichte das International Financial Reporting Interpretations Committee („IFRIC“) die Interpretation IFRIC 14, „IAS 19 – The Limit on a Defined Benefit Asset, Minimum Funding Requirements and their Interaction“ („IFRIC 14“). IFRIC 14 enthält allgemeine Leitlinien zur Bestimmung der Obergrenze des Überschussbetrags eines Pensionsfonds, der nach IAS 19, „Employee Benefits“, als Vermögenswert erfasst werden kann. Die Interpretation beschreibt ebenfalls, wie sich eine gesetzliche oder vertragliche Mindestfinanzierungsvorschrift auf die Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten eines Pensionsplans auswirken kann. Nach IFRIC 14 hat der Arbeitgeber keine weitere Verbindlichkeit anzusetzen, es sei denn, die nach den Mindestfinanzierungsvorschriften zu zahlenden Beiträge können nicht an die Gesellschaft zurückerstattet werden. IFRIC 14 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Erstanwendung von IFRIC 14 hatte keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Änderungen der IFRS („Improvements to IFRS“)

Im Mai 2008 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese Änderungen, die verschiedene IFRS betreffen, wirken sich in einigen Fällen auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen aus, in anderen Fällen handelt es sich um begriffliche oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IFRS 3 und IAS 27

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“ („IFRS 3 R“), und eine geänderte Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“ („IAS 27 R“). Während in IFRS 3 R die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wird, enthält IAS 27 R geänderte Vorschriften zur bilanziellen Darstellung von Minderheitsanteilen sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf eine Tochtergesellschaft. IFRS 3 R sieht für das erwerbende Unternehmen ein im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses auszuübendes Wahlrecht vor, die Minderheitsanteile entweder zum Fair Value im Erwerbszeitpunkt oder zum Fair Value der anteiligen identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu bewerten. Im Fall eines sukzessiven Unternehmenserwerbs werden die identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu dem Zeitpunkt zum Fair Value bewertet, an dem der Erwerber einen beherrschenden Einfluss erlangt. Ein Gewinn oder Verlust wird in Höhe der Differenz zwischen dem Fair Value der bisher gehaltenen Anteile am erworbenen Unternehmen und dessen Buchwert ergebniswirksam erfasst. Ferner verlangt IAS 27 R die erfolgsneutrale Erfassung der Effekte aller Transaktionen mit den Eigentümern von Minderheitsanteilen im Eigenkapital, wenn sich das Beherrschungsverhältnis nicht ändert. Führen Transaktionen hingegen zu einem Verlust der Beherrschungsmöglichkeit, ist der daraus resultierende Gewinn oder Verlust ergebniswirksam zu erfassen. Der Gewinn oder Verlust beinhaltet auch Effekte aufgrund einer Neubewertung der zurückbehaltenen Beteiligungsanteile zum Fair Value. Darüber hinaus legt IFRS 3 R fest, dass alle im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übertragene Gegenleistungen, einschließlich bedingter Gegenleistungen, zum Erwerbszeitpunkt zum Fair Value bewertet und ausgewiesen werden. Transaktionskosten, die dem erwerbenden Unternehmen im Zusammenhang mit dem Unternehmenszusammenschluss entstehen, werden nicht als Bestandteil der Anschaffungskosten der Transaktion, sondern als Aufwand erfasst. Dies gilt nicht, wenn sie im Zusammenhang mit der Emission von Schuldtiteln oder Aktien

stehen. In diesem Fall werden sie gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, bilanziert. IFRS 3 R und IAS 27 R treten für Unternehmenszusammenschlüsse in den Geschäftsjahren in Kraft, die an oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, sofern beide Standards gleichzeitig angewandt werden. IFRS 3 R und IAS 27 R sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU.

IAS 32 und IAS 1

Im Februar 2008 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 32, „Financial Instruments: Presentation“, und IAS 1, „Presentation of Financial Statements“, mit dem Titel „Puttable Financial Instruments and Obligations Arising on Liquidation“. Die geänderten Vorschriften sehen unter bestimmten Bedingungen eine Klassifizierung von zum Fair Value kündbaren Finanzinstrumenten und von Verpflichtungen, die lediglich im Liquidationsfall entstehen, als Eigenkapital vor. Sie treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

[2] Segmentberichterstattung

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu einem Segment und zur Beurteilung seiner Performance herangezogen werden.

Segmente

Die folgenden Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie in der internen Managementberichterstattung abgebildet wird.

Die Deutsche Bank ist in drei Konzernbereiche gegliedert, die weiter in Unternehmensbereiche untergliedert sind. Zum 31. Dezember 2008 bestanden folgende Konzern- und Unternehmensbereiche:

Der Konzernbereich **Corporate and Investment Bank (CIB)** beinhaltet die Corporate-Banking- und Wertpapieraktivitäten (einschließlich Handel mit und Vertrieb von Kapitalmarktprodukten und Corporate-Finance-Aktivitäten) sowie die Transaction-Banking-Aktivitäten des Konzerns. CIB betreut Firmen- und institutionelle Kunden von mittelständischen Firmen bis zu multinationalen Unternehmen einschließlich Banken und staatlicher Organisationen. Diese Aktivitäten werden im Konzernbereich CIB in den globalen Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB) gesteuert.

- CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance. Diese Bereiche bieten weltweit Finanzprodukte an, angefangen bei der Emission von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren bis hin zur Erarbeitung maßgeschneiderter strukturierter Lösungen für komplexe Finanzierungsbedürfnisse.
- GTB bietet seinen Kunden weltweit in erster Linie die Beschaffung, den Transfer, die Verwahrung und die Kontrolle von Vermögenswerten an. In diesem Zusammenhang stellt der Bereich Unternehmen, Finanzinstituten sowie Staaten (einschließlich deren Institutionen) Bearbeitungs- und Treuhandleistungen zur Verfügung.

Im Konzernbereich **Private Clients and Asset Management (PCAM)** sind die Aktivitäten des Konzerns im Asset Management, im Private Wealth Management sowie im Privat- und Geschäftskundenbereich zusammengefasst. Diese Aktivitäten werden innerhalb von PCAM in zwei globalen Unternehmensbereichen – Asset and Wealth Management („AWM“) und Private & Business Clients („PBC“) – gesteuert.

- AWM besteht aus den Geschäftsbereichen Asset Management („AM“), der das Vermögen institutioneller Kunden verwaltet und Investmentfonds und andere Anlageprodukte anbietet, und Private Wealth Management (PWM), der für die Betreuung anspruchsvoller vermögender Privatkunden und ihrer Familien sowie ausgewählter institutioneller Kunden zuständig ist.
- PBC stellt Privatkunden und vermögenden Kunden sowie kleineren Firmenkunden die gesamte Produktpalette des Privatkundengeschäfts bereit.

Der Konzernbereich **Corporate Investments (CI)** steuert bestimmte Alternative Assets der Bank sowie andere Fremd- und Eigenkapitalanlagen.

Änderungen in der Struktur der Segmente können aus veränderten Managementverantwortlichkeiten sowie aus Akquisitionen oder Desinvestitionen resultieren. In der aktuellen Darstellung werden die Vorperioden entsprechend angepasst. In 2008 gab es keine Veränderungen der Managementverantwortlichkeiten mit wesentlichen Auswirkungen auf die Segmentberichterstattung.

Die folgenden Akquisitionen und Desinvestitionen hatten wesentlichen Einfluss auf die Segmentergebnisse:

- Im Dezember 2008 wurde von RREEF Alternative Investments eine wesentliche Minderheitsbeteiligung an Rosen Real Estate Securities LLC (RRES), einem Berater für Immobilienanlagen, erworben. Die Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im November 2008 wurde ein Anteil von 40 % an UFG Invest erworben, verbunden mit der Option, den Anteil in der Zukunft auf 100 % zu erhöhen. UFG Invest ist das russische Wertpapierverwaltungsunternehmen von UFG Asset Management. Das Geschäft wird unter Deutsche UFG Capital Management firmieren. Die Beteiligung wird im Unternehmensbereich AWM gehalten.
- Im Oktober 2008 wurde der Kauf der operativen Plattform der Pago eTransaction GmbH durch die Deutsche Card Services GmbH abgeschlossen. Die Transaktion fand in Deutschland statt und ist dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.
- Im Juni 2008 konsolidierte der Konzern die Maher Terminals LLC und die Maher Terminals of Canada Corp, im Folgenden zusammen als Maher Terminals bezeichnet. Maher Terminals ist ein privater Betreiber von Containerterminals in Nordamerika. RREEF Infrastructure erwarb alle Anteile konzernexterner Investoren am North America Infrastructure Fund, dessen einzige Beteiligung Maher Terminals ist. Diese Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Mit Wirkung ab Juni 2008 verkaufte der Konzern die DWS Investments Schweiz AG, die das schweizerische Fondsverwaltungsgeschäft des Unternehmensbereichs AWM umfasst, an die State Street Bank.
- Mit Wirkung ab Juni 2008 verkaufte der Konzern die italienische Lebensversicherungsgesellschaft DWS Vita S.p.A. an die Zurich Financial Services Group. Dieses Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs AWM.

- Mit Wirkung ab März 2008 schloss der Konzern den Erwerb einer Beteiligung von 60 % an dem taiwanesischen Vermögensverwalter Far Eastern Alliance Asset Management Co. Limited ab. Das erworbene Unternehmen ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Februar 2008 verkaufte RREEF Alternative Investments seinen Anteil von 50 % an der australischen DEXUS Property Group an andere Anteilseigner von DEXUS. Die Beteiligung wurde im Unternehmensbereich AWM gehalten.
- Im Januar 2008 erwarb der Konzern HedgeWorks LLC, einen Hedgefondsadministrator mit Sitz in den Vereinigten Staaten. Das Geschäft wurde in den Unternehmensbereich GTB integriert.
- Im Januar 2008 erhöhte AM seinen Anteil an Harvest Fund Management, einer Publikumsfondsgesellschaft in China, auf 30 %. Diese Beteiligung wird dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Oktober 2007 erwarb der Konzern die Abbey Life Assurance Company Limited, eine Gesellschaft in Großbritannien, die im Wesentlichen fondsgebundene Lebensversicherungen, Pensionsversicherungs- und Rentenpolicen hält. Das erworbene Geschäft wurde in den Unternehmensbereich CB&S integriert.
- Im Juli 2007 schloss AM den Verkauf seines lokalen Publikumsfondsgeschäfts in Italien ab und ging eine langfristige Vertriebspartnerschaft mit Anima S.G.R.p.A. ein. Das Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs AWM.
- Im Juli 2007 erwarb RREEF Private Equity einen wesentlichen Anteil an Aldus Equity, einer Alternative-Asset-Management- und -Beratungsgesellschaft, die auf die Strukturierung von Private Equity Investments für institutionelle und wohlhabende Kunden spezialisiert ist. Das erworbene Geschäft wurde dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Juli 2007 gab der Konzern den Abschluss der Akquisition des grenzüberschreitenden Custodygeschäfts für institutionelle Kunden der Türkiye Garanti Bankasi, A.Ş. bekannt. Das Geschäft wird in den Unternehmensbereich GTB einbezogen.
- Im Juli 2007 schloss RREEF Infrastructure die Akquisition von Maher Terminals ab. Im Oktober 2007 wurde die Gesellschaft entkonsolidiert, nachdem Teile in den vorgesehenen Fonds eingebracht worden waren.
- Im Juni 2007 schloss der Konzern den Verkauf des australischen Asset-Management-Operation-Geschäfts an Aberdeen Asset Management ab. Das Geschäft war dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Januar 2007 verkaufte der Konzern die zweite Tranche (41 %) der italienischen Processingaktivitäten von BankAmericard an das Zentralinstitut der italienischen Volksbanken, das „Istituto Centrale delle Banche Popolari Italiane“ („ICBPI“). Dieses Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs PBC.
- Im Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von MortgageIT Holdings, Inc., einem auf Wohnimmobilien spezialisierten Real Estate Investment Trust („REIT“) in den Vereinigten Staaten, ab. Das Geschäft wurde in den Unternehmensbereich CB&S einbezogen.
- Im Januar 2007 schloss der Konzern den Erwerb der Berliner Bank ab, die in den Unternehmensbereich PBC integriert wurde. Diese Akquisition erweitert den Marktanteil des Konzerns im Privatkundensektor der deutschen Hauptstadt.
- Im Dezember 2006 schloss der Konzern die Übernahme der britischen Vermögensverwaltungsgesellschaft Tilney Group Limited ab. Die Übernahme ist ein wichtiges Element der PWM-Strategie für den Ausbau der Präsenz in spezifischen Kernmärkten (Onshore) sowie die Ausweitung der Geschäftsaktivitäten auf verschiedene Kundensegmente einschließlich unabhängiger Vermögensverwalter.
- Im November 2006 erwarb der Konzern die norisbank vom DZ Bank-Konzern, die dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet wurde.
- Im Oktober 2006 hat der Konzern 49 % von BankAmericard an ICBPI verkauft.

- Im Juli 2006 wurde die Deutsche Wohnen AG nach der Beendigung des Beherrschungsvertrags mit der DB Real Estate Management GmbH entkonsolidiert. Die Deutsche Wohnen AG ist eine Immobilieninvestmentgesellschaft und war dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Mai 2006 hat der Konzern den Erwerb des Depository-and-Clearing-Centre-Geschäfts in Großbritannien von der JPMorgan Chase & Co. abgeschlossen. Diese Geschäftsaktivität wurde in den Unternehmensbereich GTB integriert.
- Im Februar 2006 hat der Konzern den Erwerb der restlichen 60 % an der United Financial Group („UFG“), einer Investmentbank in Russland, abgeschlossen. Diese Geschäftsaktivität wurde in den Unternehmensbereich CB&S einbezogen.
- Im ersten Quartal 2006 schloss der Konzern den Verkauf der EUROHYPO AG an die Commerzbank AG ab, deren Geschäftsaktivitäten dem Konzernbereich CI zugeordnet waren.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Wie beschrieben zeigt die Segmentberichterstattung die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden im Abschnitt „Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss“ berichtet. Die dargestellten Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung von Segmentgewinnen oder -verlusten, Aktiva und anderen Informationen, welche dem „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig berichtet werden.

Die Managementberichterstattung bei der Deutschen Bank beruht grundsätzlich auf IFRS. In einigen Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und im Konzernabschluss nach IFRS abgegrenzt werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der erfolgswirksamen Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine erfolgsneutrale Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Minderheitsanteile. Diese werden in den Segmenten im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt, während sie für den Konzernabschluss über Consolidation & Adjustments in das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis umgegliedert werden.

Ergebnisse aus Transaktionen zwischen den Segmenten werden auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen zugeordnet. Interne Serviceanbieter, die nicht als Profit Center geführt werden, weisen ihre zinsunabhängigen Aufwendungen den jeweiligen Serviceempfängern zu. Die Allokationskriterien beruhen in der Regel auf Vereinbarungen zwischen den beteiligten Bereichen und werden auf der Basis „Menge x Preis“, „auf Festpreisbasis“ oder „zu vereinbarten Prozentsätzen“ ermittelt. Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Unternehmensbereichen bestimmten Annahmen und Schätzungen.

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um eine Vergleichbarkeit

der Unternehmensbereiche mit Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit zugehöriger Eigenkapitalfinanzierung haben, wird daher der Zinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns im Verhältnis zu dem jeweils zugeordneten durchschnittlichen Active Equity den Geschäftsbereichen anteilig zugerechnet. Das Management nutzt bestimmte Messgrößen für das Kapital und darauf bezogene Kennziffern im Rahmen des internen Managementberichtssystems, weil es der Überzeugung ist, dass damit die Darstellung der finanziellen Performance der Segmente transparenter und aussagekräftiger ist. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Ergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

- **Durchschnittliches Active Equity:** Der Konzern berechnet das Active Equity, um besser mit seinen Konkurrenten vergleichbar zu sein, und legt dieses der Berechnung verschiedener Kennziffern zugrunde. Das Active Equity stellt keine Messgröße nach IFRS dar. Bei einem Vergleich von Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit den Kennzahlen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Zu den Positionen, um die das durchschnittliche den Deutsche Bank Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt wird, gehören die unrealisierten Gewinne oder Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten und die Fair-Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern und im Durchschnitt). Ebenso zu bereinigen ist die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen wird und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird. Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity des Konzerns auf die Segmente und „Consolidation & Adjustments“ erfolgt im Verhältnis ihrer ökonomischen Risiken, die sich aus dem Ökonomischen Kapital, Goodwill und anderen nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerten zusammensetzen. Der zuzurechnende Gesamtbetrag entspricht dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns. In 2008 wurde Letzterer aus einer Tier-1-Kernkapitalquote von 8,5 % abgeleitet. Für 2009 plant der Konzern, den internen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital aus einer Tier-1-Kernkapitalquote von 10 % abzuleiten. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den zuzurechnenden Gesamtbetrag, so wird der Mehrbetrag „Consolidation & Adjustments“ zugeordnet.
- **Eigenkapitalrendite in % basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity** ist definiert als der prozentuale Anteil des Ergebnisses vor Steuern ohne Minderheitsanteile am durchschnittlichen Active Equity. Beim Vergleich dieser auf der Basis des durchschnittlichen Active Equity ermittelten Renditen mit denen anderer Unternehmen sind die unterschiedlichen Berechnungsweisen der jeweiligen Kennzahlen zu berücksichtigen.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmentergebnissen, einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS, für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006.

2008	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	304	2.774	3.078	3.264	5.777	9.041	1.290	13.408
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	402	5	408	15	653	668	- 1	1.075
Zinsunabhängige Aufwendungen	8.427	1.663	10.090	3.794	4.178	7.972	95	18.156
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	52	6	58	17	76	93	8	159
Abfindungszahlungen	335	3	338	29	84	113	0	451
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 273	-	- 273	18	-	18	-	- 256
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	580	-	580	-	585
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	- 48	-	- 48	- 20	0	- 20	2	- 66
Ergebnis vor Steuern	- 8.476	1.106	- 7.371	- 525	945	420	1.194	- 5.756
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	60 %	N/A	116 %	72 %	88 %	7 %	135 %
Aktiva ^{2,3}	2.012.427	49.487	2.047.181	50.473	138.350	188.785	18.297	2.189.313
Investitionen in langlebige Aktiva	1.167	38	1.205	13	56	70	0	1.275
Risikoposition	234.344	15.400	249.744	16.051	37.482	53.533	2.677	305.953
Durchschnittliches Active Equity ⁴	19.181	1.081	20.262	4.870	3.445	8.315	403	28.979
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	- 44 %	102 %	- 36 %	- 11 %	27 %	5 %	N/A	- 20 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	7.683	1.157	8.840	496	3.249	3.746	7	12.592
Erträge mit externen Kunden	423	2.814	3.236	3.418	5.463	8.881	1.259	13.376
Intersegmenterträge	- 118	- 40	- 158	- 154	314	160	31	33
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	- 110	2	- 108	87	2	88	62	42
2 beinhaltet:								
nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	1.687	40	1.727	321	44	365	71	2.163

N/A – nicht aussagefähig

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer beinhaltet.

5 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE und Linde AG) in Höhe von 1.228 Mio € und einem Gewinn aus der Veräußerung der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

2007	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	16.507	2.585	19.092	4.374	5.755	10.129	1.517	30.738
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	102	7	109	1	501	501	3	613
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.169	1.633	13.802	3.453	4.108	7.560	220	21.583
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	50	8	58	20	82	102	17	177
Abfindungszahlungen	100	7	107	28	27	55	0	162
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	–	116	73	–	73	–	188
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–	–	74	–	74	54	128
Restrukturierungsaufwand	– 4	– 1	– 4	– 8	– 1	– 9	– 0	– 13
Minderheitsanteile	34	–	34	7	0	8	– 5	37
Ergebnis vor Steuern	4.202	945	5.147	913	1.146	2.059	1.299	8.505
Aufwand-Ertrag-Relation	74 %	63 %	72 %	79 %	71 %	75 %	15 %	70 %
Aktiva ^{2, 3}	1.785.876	32.117	1.800.027	39.180	117.809	156.767	13.005	1.916.304
Investitionen in langlebige Aktiva	351	87	438	2	62	65	0	503
Risikoposition	218.663	18.363	237.026	15.864	69.722	85.586	4.891	327.503
Durchschnittliches Active Equity ⁴	19.619	1.095	20.714	5.109	3.430	8.539	473	29.725
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	21 %	86 %	25 %	18 %	33 %	24 %	N/A	29 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	4.362	1.106	5.467	165	3.083	3.248	– 5	8.710
Erträge mit externen Kunden	16.691	2.498	19.189	4.615	5.408	10.023	1.492	30.704
Intersegmenterträge	– 184	87	– 97	– 241	347	106	25	34
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	51	2	52	114	2	116	184	352
2 beinhaltet:								
nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	2.430	39	2.469	560	45	605	221	3.295

N/A – nicht aussagefähig

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer beinhaltet.

5 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A., Linde AG und Allianz SE) in Höhe von 514 Mio €, einen Gewinn aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio €, nach Abzug von 54 Mio € Goodwillabschreibung, sowie Gewinne aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Bürogebäude 60 Wall Street in New York) in Höhe von 317 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

2006	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	16.574	2.228	18.802	4.166	5.149	9.315	574	28.691
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 65	- 29	- 94	- 1	391	391	2	298
Zinsunabhängige Aufwendungen	11.236	1.552	12.789	3.284	3.716	7.000	214	20.003
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	57	25	82	33	84	116	17	215
Abfindungszahlungen	97	3	99	12	10	22	0	121
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	-	63	-	63	-	63
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	31	31
Restrukturierungsaufwand	77	22	99	43	49	91	1	192
Minderheitsanteile	23	-	23	- 11	0	- 11	- 3	10
Ergebnis vor Steuern	5.379	705	6.084	894	1.041	1.935	361	8.380
Aufwand-Ertrag-Relation	68 %	70 %	68 %	79 %	72 %	75 %	37 %	70 %
Aktiva ^{2,3}	1.395.115	25.655	1.404.256	35.939	94.853	130.753	17.783	1.512.759
Investitionen in langlebige Aktiva	573	2	575	5	383	388	0	963
Risikoposition	177.651	14.240	191.891	12.335	63.900	76.234	5.395	273.520
Durchschnittliches Active Equity ⁴	16.041	1.064	17.105	4.917	2.289	7.206	1.057	25.368
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	34 %	66 %	36 %	18 %	45 %	27 %	34 %	33 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	3.097	890	3.987	162	2.767	2.928	1	6.916
Erträge mit externen Kunden	16.894	2.060	18.954	4.435	4.724	9.159	543	28.656
Intersegmenterträge	- 320	168	- 152	- 269	425	156	31	35
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	72	1	74	142	3	145	197	416
2 beinhaltet:								
nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	1.624	38	1.662	588	8	596	207	2.465

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer beinhaltet.

5 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf einer restlichen Beteiligung an der EUROHYPO von 131 Mio €, Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Linde AG) in Höhe von 92 Mio € sowie Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zur Erstattung von Verlusten aufgrund von Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in Höhe von 125 Mio € entstanden waren. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

In der nachstehenden Tabelle werden die auf Basis der Managementberichtssysteme ermittelten Segmentergebnisse und -aktiva auf den Konzernabschluss für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 übergeleitet.

in Mio €	2008			2007			2006		
	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt ¹	13.408	82	13.490	30.738	7	30.745	28.691	- 197	28.494
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.075	1	1.076	613	- 1	612	298	- 0	298
Zinsunabhängige Aufwendungen	18.156	- 0	18.155	21.583	- 199	21.384	20.003	- 146	19.857
Minderheitsanteile	- 66	66	-	37	- 37	-	10	- 10	-
Ergebnis vor Steuern	- 5.756	15	- 5.741	8.505	243	8.749	8.380	- 41	8.339
Aktiva	2.189.313	13.110	2.202.423	1.916.304	8.699	1.925.003	1.512.759	7.821	1.520.580
Risikoposition	305.953	1.779	307.732	327.503	1.315	328.818	273.520	1.939	275.459
Durchschnittliches Active Equity	28.979	3.100	32.079	29.725	368	30.093	25.368	255	25.623

1 Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

Im Geschäftsjahr 2008 belief sich das Ergebnis vor Steuern in Consolidation & Adjustments auf 15 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, die durch positive Effekte im Zusammenhang mit Umsatzsteuern kompensiert wurden. Die Anpassungen der Erträge in Consolidation & Adjustments beinhalteten in 2008 im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen für ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden, erhöhten die Erträge um circa 450 Mio € als Folge hoher Volatilitäten und stark gesunkener kurzfristiger Zinssätze.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um circa 160 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien des Konzerns sowie bestimmten Derivaten auf Eigene Aktien werden im Unternehmensbereich CB&S ausgewiesen. Die Eliminierung dieser Ergebnisse für den Konzernabschluss führte unter Consolidation & Adjustments zu einem Anstieg von etwa 80 Mio €.
- Eine Verringerung im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen belief sich auf 37 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinsaufwendungen (per saldo), die nicht auf die Segmente zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinsaufwendungen (per saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen für zukünftige und abgeschlossene Steuerprüfungen.

Im Geschäftsjahr 2007 belief sich das Ergebnis vor Steuern in Consolidation & Adjustments auf 243 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten positive Effekte hauptsächlich wegen einer mit der Steuerverwaltung abgestimmten verfeinerten Methode zur Erstattung von Vorsteuer für Vorjahre sowie wegen Erstattungen im Zusammenhang mit verschiedenen Rechtsverfahren. Die Anpassungen der Erträge in Consolidation & Adjustments beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen zu Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden, verringerten die Erträge in 2007 um circa 100 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien des Konzerns werden im Unternehmensbereich CB&S ausgewiesen. Die Eliminierung dieser Ergebnisse für den Konzernabschluss führte unter Consolidation & Adjustments zu einem Anstieg von etwa 30 Mio € in 2007.
- Eine Verringerung im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen belief sich im Jahr 2007 auf 39 Mio €.
- Der Zinsüberschuss aufgrund von Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen für zukünftige und abgeschlossene Steuerprüfungen erhöhte sich in 2007 auf 69 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente liegen, beispielsweise Refinanzierungsaufwendungen (netto) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva und Ergebnisse aus Absicherungsgeschäften für das Kapital bestimmter Auslandstöchter.

Für 2006 wurde in Consolidation & Adjustments ein Verlust vor Steuern von 41 Mio € berichtet. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten positive Effekte hauptsächlich wegen einer Rückstellungsauflösung bezüglich grundbesitz-invest, des offenen Immobilienfonds des Konzerns in Deutschland, sowie wegen Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zur Erstattung von Verlusten durch Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA. Die Erträge in Consolidation & Adjustments beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Durch Überleitungen von Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden, fielen die Erträge um ungefähr 210 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien im Unternehmensbereich CB&S führten zu einer Verringerung von 100 Mio €.
- Überleitungspositionen im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen verminderten die Erträge um 40 Mio €.
- Der Zinsüberschuss stieg aufgrund von Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen für zukünftige und abgeschlossene Steuerprüfungen um 67 Mio €.
- Durch Zahlungen von Versicherungsgesellschaften zwecks Erstattung von Verlusten durch Betriebsunterbrechungen und sonstigen Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten entstanden waren, erhöhten sich die Erträge um 125 Mio €.
- Die übrigen Erträge resultierten aus anderen Corporate Items, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente liegen.

Aktiva und Risikoposition enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortlichkeit der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Abrechnungskonten.

Das durchschnittliche Active Equity unter Consolidation & Adjustments reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in dieser Note unter dem Abschnitt „Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten“ beschrieben wird.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006.

in Mio €	Corporate and Investment Bank		
	2008	2007	2006
Sales & Trading (Equity)	- 630	4.613	4.039
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	124	8.407	9.016
Sales & Trading insgesamt	- 506	13.020	13.055
Emissionsgeschäft (Equity)	336	861	760
Emissionsgeschäft (Debt)	- 713	714	1.331
Emissionsgeschäft insgesamt	- 377	1.575	2.091
Beratung	589	1.089	800
Kreditgeschäft	1.260	974	946
Transaction Services	2.774	2.585	2.228
Sonstige Produkte	- 661	- 151	- 318
Insgesamt	3.078	19.092	18.802

in Mio €	Private Clients and Asset Management		
	2008	2007	2006
Portfolio/Fund Management	2.457	3.017	3.041
Brokeragegeschäft	1.891	2.172	1.895
Kredit-/Einlagengeschäft	3.251	3.145	2.814
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1.066	1.039	907
Sonstige Produkte	376	756	658
Insgesamt	9.041	10.129	9.315

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 aufgeführt. Für CIB und PCAM erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu CI und Consolidation & Adjustments werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortlichkeit für diese Bereiche zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2008	2007	2006
Deutschland:			
CIB	2.866	2.921	2.265
PCAM	5.208	5.514	4.922
Deutschland insgesamt	8.074	8.434	7.187
Europa, Mittlerer Osten und Afrika:			
CIB	- 621	7.721	6.836
PCAM	2.391	2.816	2.661
Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt¹	1.770	10.537	9.497
Amerika (insbesondere Vereinigte Staaten):			
CIB	- 838	4.628	6.810
PCAM	971	1.331	1.350
Amerika insgesamt	133	5.959	8.160
Asien/Pazifik:			
CIB	1.671	3.823	2.891
PCAM	471	468	381
Asien/Pazifik insgesamt	2.142	4.291	3.273
CI	1.290	1.517	574
Consolidation & Adjustments	82	7	- 197
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt²	13.490	30.745	28.494

1 Großbritannien wies im Geschäftsjahr 2008 negative Erträge aus. In den Geschäftsjahren 2007 und 2006 trug Großbritannien mehr als 60 % zu diesen Erträgen bei.

2 Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und die zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten unserer Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem unsere Mitarbeiter, unsere Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Anhangangaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

[3] Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der Zinsen und ähnlichen Erträge sowie der Zinsaufwendungen.

in Mio €	2008	2007	2006
Zinsen und ähnliche Erträge:			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	1.313	1.384	1.358
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	964	1.090	1.245
Forderungen aus Wertpapierleihen	1.011	3.784	3.551
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	34.938	42.920	39.195
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.260	1.596	1.357
Dividendenerträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	312	200	207
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.269	10.901	9.344
Sonstige	2.482	2.800	2.018
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	54.549	64.675	58.275
Zinsaufwendungen:			
Verzinsliche Einlagen	13.015	17.371	14.025
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	4.425	6.869	5.788
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	304	996	798
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	14.811	20.989	22.631
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	1.905	2.665	2.708
Langfristige Verbindlichkeiten	5.273	4.912	3.531
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	571	339	267
Sonstige	1.792	1.685	1.519
Zinsaufwendungen insgesamt	42.096	55.826	51.267
Zinsüberschuss	12.453	8.849	7.008

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2008 auf 65 Mio € (2007: 57 Mio €, 2006: 47 Mio €).

Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio €	2008	2007	2006
Handelsergebnis:			
Sales & Trading (Equity)	- 9.615	3.797	2.441
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	- 25.369	- 427	6.004
Sales & Trading insgesamt	- 34.984	3.370	8.445
Sonstige	1.155	548	423
Handelsergebnis insgesamt	- 33.829	3.918	8.868
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:			
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten:			
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	-	- 41	7
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	- 4	33	- 13
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	- 4.016	- 570	136
Einlagen	139	10	- 40
Langfristige Verbindlichkeiten:			
Von konsolidierten SPEs begebene Verpflichtungen	19.584	4.282	- 49
Von operativen Einheiten begebene Verpflichtungen	9.046	- 500	2
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	- 912	43	- 19
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	23.837	3.257	24
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 9.992	7.175	8.892

Der Konzern begibt durch seine operativen Filialen und Tochtergesellschaften strukturierte Schuldverschreibungen (von operativen Einheiten begebene Verpflichtungen). Einige dieser strukturierten Schuldverschreibungen wurden als zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen bilanziert. Die Gewinne/Verluste aus diesen strukturierten Schuldverschreibungen sind dabei in erster Linie auf eine Veränderung der Marktrisikobedingungen zurückzuführen. Da das Marktrisiko wirtschaftlich durch Handelsaktiva abgesichert ist, werden die Gewinne/Verluste, die im Zusammenhang mit begebenen Schuldverschreibungen entstehen, durch Verluste/Gewinne aus den korrespondierenden Handelsaktiva ausgeglichen. Die Beträge, die in diesem Zusammenhang aus der Veränderung des Kreditrisikos des Konzerns resultieren, finden sich in Note [9], Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen.

Des Weiteren begibt der Konzern über konsolidierte SPEs strukturierte Schuldverschreibungen (von konsolidierten Einheiten begebene Verpflichtungen). Diese SPEs halten Sicherheiten, die als Handelsaktiva bilanziert werden, schließen Derivatetransaktionen ab und begeben Schuldverschreibungen, die sich auf das Risiko der Sicherheiten und Derivate beziehen. Zu diesen SPEs gehören beispielsweise vom Konzern oder von Dritten gesponserte Vertriebs- und Repackaging-Einheiten. Gewinne, die sich aus den von konsolidierten SPEs emittierten und zum Fair Value klassifizierten Schuldverschreibungen ergeben, werden im Wesentlichen durch Fair-Value-Verluste auf die von den SPEs gehaltenen Handelsaktiva und Derivate ausgeglichen. In dem oben aufgeführten Betrag sind Gewinne in Höhe von 17,9 Mrd € in 2008 (2007: 3,5 Mrd €) auf Schuldverschreibungen aus strukturierten Vertriebsen enthalten. Negative Fair-Value-Änderungen auf korrespondierende Instrumente von 20,1 Mrd € in 2008 (2007: 4,4 Mrd €) werden im Handelsergebnis unter Sales & Trading (Debt and other products) berichtet. Der Differenzbetrag zwischen diesen Gewinnen und Verlusten stellt den Anteil des Konzerns an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten

Verbriefungen dar. Wie in Note [9], Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, aufgeführt, wird der Fair Value der von den SPEs emittierten Schuldverschreibungen nicht durch das Kreditrisiko des Konzerns beeinflusst und daher waren die oben genannten Gewinne nicht auf Kreditrisikoänderungen des Konzerns zurückzuführen.

Gesamtüberblick

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelsaktiva als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Diese Faktoren können von Periode zu Periode unterschiedlich gelagert sein. Um diese Entwicklung geschäftsorientiert analysieren zu können, untergliedern wir die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nicht nach der Art der erzielten Erträge, sondern nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

Die folgende Tabelle zeigt den Zinsüberschuss zusammen mit dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen des Konzerns nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten in 2008, 2007 und 2006.

in Mio €	2008	2007	2006
Zinsüberschuss	12.453	8.849	7.008
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 9.992	7.175	8.892
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	2.461	16.024	15.900
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen, aufgegliedert nach Konzernbereich/ CIB-Produkt:			
Sales & Trading (Equity)	- 1.895	3.117	2.613
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	317	7.483	8.130
Sales & Trading insgesamt	- 1.578	10.600	10.743
Kreditgeschäft ¹	1.014	499	490
Transaction Services	1.358	1.297	1.074
Übrige Produkte ²	- 1.821	- 118	435
Corporate and Investment Bank insgesamt	- 1.027	12.278	12.743
Private Clients and Asset Management	3.871	3.529	3.071
Corporate Investments	- 172	157	3
Consolidation & Adjustments	- 211	61	83
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	2.461	16.024	15.900

1 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

2 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

[4] Provisionsüberschuss

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Provisionsüberschusses.

in Mio €	2008	2007	2006
Provisionsertrag und -aufwand:			
Provisionsertrag	12.449	15.199	13.418
Provisionsaufwand	2.700	2.910	2.223
Provisionsüberschuss	9.749	12.289	11.195

in Mio €	2008	2007	2006
Provisionsüberschuss:			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	3.414	3.965	3.911
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	3.798	5.497	4.709
Gebühren für sonstige Dienstleistungen	2.537	2.827	2.575
Provisionsüberschuss	9.749	12.289	11.195

[5] Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	2008	2007	2006
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:			
Gewinne/Verluste (–) aus Verkäufen	– 534	– 192	24
Wertminderungen	17	8	24
Wertaufholungen	– 551	– 200	–
Wertaufholungen	–	–	–
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	1.156	944	530
Gewinne/Verluste (–) aus Verkäufen	1.428	1.004	540
Wertminderungen	– 272	– 60	– 10
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:	– 63	– 12	– 2
Gewinne/Verluste (–) aus Verkäufen	– 12	– 8	– 2
Wertminderungen	– 52	– 4	–
Wertaufholungen	1	–	–
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	107	53	39
Gewinne/Verluste (–) aus Verkäufen	108	60	50
Wertminderungen	– 1	– 7	– 11
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	666	793	591

[6] Sonstige Erträge

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der sonstigen Erträge.

in Mio €	2008	2007	2006
Sonstige Erträge:			
Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	8	29	43
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	–	8	28
Gewinne/Verluste (–) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	85	321	52
Gewinne/Verluste (–) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	50	44	80
Beiträge im Versicherungsgeschäft ¹	308	134	47
Übrige sonstige Erträge ²	117	750	139
Sonstige Erträge insgesamt	568	1.286	389

1 Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien. Der Anstieg von 2006 auf 2007 und von 2007 auf 2008 war vor allem auf die Konsolidierung von Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 zurückzuführen.

2 Die 2007 ausgewiesenen übrigen sonstigen Erträge enthielten einen Gewinn von 317 Mio € im Zusammenhang mit der Sale-und-Leaseback-Transaktion für unsere Immobilie 60 Wall Street in New York und 148 Mio € sonstige Erträge aus konsolidierten Investments.

[7] Sachaufwand und sonstiger Aufwand

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Sachaufwands und sonstigen Aufwands.

in Mio €	2008	2007	2006
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:			
EDV-Aufwendungen	1.820	1.867	1.585
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.434	1.347	1.198
Aufwendungen für Beratungsleistungen	1.164	1.257	1.203
Kommunikation und Datenadministration	700	680	634
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	492	539	503
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	418	437	431
Marketingaufwendungen	373	411	365
Sonstige Aufwendungen	1.815	1.416	1.150
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	8.216	7.954	7.069

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten unter anderem Kosten im Zusammenhang mit regulatorischen Anforderungen, andere Steuern und Versicherungen, operative Verluste sowie sonstige mitarbeiterbezogene Aufwendungen. Der Anstieg der sonstigen Aufwendungen resultierte hauptsächlich aus Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, Kosten im Zusammenhang mit konsolidierten Infrastrukturinvestments und einer Rückstellungsbildung für eine Rückkaufverpflichtung für bestimmte Wertpapiere.

[8] Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeleiteter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Im Dezember 2008 hat der Konzern beschlossen, bestehende Terminkaufkontrakte über insgesamt 33,6 Millionen Deutsche Bank-Aktien von der bisherigen Lieferung von Aktien auf Geldausgleich umzustellen (weitere Informationen sind in Note [28] enthalten). Diese Terminkaufkontrakte sind damit nicht weiter in der Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic) und (verwässert) berücksichtigt.

Die nachfolgende Tabelle beinhaltet die Berechnung des Ergebnisses je Aktie für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006.

in Mio €	2008	2007	2006
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis – Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic)	- 3.835	6.474	6.070
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften und Optionen	-	-	- 88
wandelbaren Schuldtiteln	- 1	-	3
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	- 3.836	6.474	5.985
Anzahl der Aktien in Mio			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	504,1	474,2	468,3
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	0,0	0,3	23,1
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,0	1,8	3,4
wandelbaren Schuldtiteln	0,1	0,7	1,0
gewährten Aktienrechten	0,0	18,6	24,5
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,0	0,5	0,9
Potenziell verwässernde Stammaktien	0,1	21,9	52,9
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	504,2	496,1	521,2
in €	2008	2007	2006
Ergebnis je Aktie (basic)	- 7,61	13,65	12,96
Ergebnis je Aktie (verwässert)	- 7,61	13,05	11,48

Aufgrund der Verlustsituation im Geschäftsjahr 2008 wurden potenziell verwässernde Finanzinstrumente bei der Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert) grundsätzlich nicht berücksichtigt, da dies ansonsten eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätte. In einer Gewinnsituation hingegen wäre der bereinigte gewichtete Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung für das Geschäftsjahr 2008 um 31,2 Millionen Aktien höher gewesen.

Zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 waren die folgenden Instrumente ausstehend und könnten in der Zukunft eine verwässernde Wirkung haben. Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anzahl der Aktien in Mio	2008	2007	2006
Terminkäufe	0,0	39,4	58,6
geschriebene Verkaufsoptionen	0,1	0,2	11,7
geschriebene Kaufoptionen	0,3	0,7	10,6
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	1,8	0,1	0,0
gewährte Aktienrechte	26,9	0,6	0,5

Anhangangaben zur Bilanz

[9] Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	204.994	449.684
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.224.493	506.967
Sonstige Handelsaktiva	42.468 ¹	104.236 ¹
Handelsaktiva insgesamt	1.471.955	1.060.887
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	94.726	211.142
Forderungen aus Wertpapierleihen	29.079	69.830
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18.739	21.522
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	9.312	14.630
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	151.856	317.124
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.623.811	1.378.011

1 Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 31.421 Mio € zum 31.12.2008 (2007: 102.093 Mio €).

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Handelsspassiva:		
Wertpapiere	56.967	106.225
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.181.617	512.436
Sonstige Handelsspassiva	11.201	830
Handelsspassiva insgesamt	1.249.785	619.491
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	52.633	184.943
Kreditzusagen	2.352	526
Langfristige Verbindlichkeiten	18.439	52.327
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4.579	3.002
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	78.003	240.798
Investmentverträge ¹	5.977	9.796
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	1.333.765	870.085

1 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Zum Fair Value klassifizierte Kredite und Kreditzusagen

Der Konzern hat unterschiedliche Kreditbeziehungen zum Fair Value klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem Fair Value. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Krediten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2008 auf 143 Mrd € (2007: 302 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko führen.

Das in den zum Fair Value klassifizierten Kreditbeziehungen enthaltene Kreditrisiko wird auf vielerlei Weise gemindert, unter anderem durch den Erwerb von Credit Default Swaps als Kreditsicherungsinstrumente, das Halten von Kreditsicherheiten oder die Emission von Verpflichtungen, die mit dem Kreditrisiko in Verbindung stehen. Das in Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen enthaltene Kreditrisiko wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert.

Zur Reduzierung des Kreditrisikos aus in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Verpflichtungen aus Kreditzusagen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, erwarb der Konzern Credit Default Swaps für Kreditbeziehungen mit einem Nominalwert von 50,5 Mrd € zum 31. Dezember 2008 (2007: 46,8 Mrd €). Der Nominalwert von Kreditderivaten, die zur Reduzierung des Kreditrisikos von in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen eingesetzt und die zum Fair Value klassifiziert wurden, betrug zum 31. Dezember 2008 36,5 Mrd € (2007: 28,1 Mrd €).

Die folgende Tabelle zeigt die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare Veränderung im Fair Value.

in Mio €	31.12.2008		31.12.2007	
	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen
Veränderung im Fair Value von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen aufgrund von Kreditrisiken				
Kumulative Veränderung im Fair Value	- 870	- 2.731	- 99	- 332
Fair-Value-Änderung in 2008/2007	- 815	- 2.558	- 111	- 372
Veränderung im Fair Value der Kreditderivate, die zur Senkung von Kreditrisiken benutzt werden				
Kumulative Veränderung im Fair Value	844	2.674	64	213
Fair-Value-Änderung in 2008/2007	784	2.482	80	269

Die Fair-Value-Änderung der Kredite und Kreditzusagen, die aus der Änderung des Kontrahentenrisikos resultiert, wird als der nicht auf Veränderungen von Marktrisikobedingungen zurückgehende Anteil der Fair-Value-Änderung bestimmt. Für besicherte Kredite einschließlich Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen dient die erhaltene Kreditsicherheit einer Reduzierung des in diesen Geschäften enthaltenen Kontrahentenrisikos. Die Fair-Value-Änderung, die sich aus dem in den Reverse Repos enthaltenen Kontrahentenrisiko ergab, war aufgrund der erhaltenen Kreditsicherheit unwesentlich.

Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen

Der Fair Value einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Die folgende Tabelle zeigt die auf das Kreditrisiko zurückzuführenden Fair-Value-Änderungen von zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen.

in Mio €	31.12.2008		31.12.2007	
	Von operativen Einheiten begebene Verpflichtungen	Von konsolidierten SPEs begebene Verpflichtungen	Von operativen Einheiten begebene Verpflichtungen	Von konsolidierten SPEs begebene Verpflichtungen
Kumulative Veränderung im Fair Value	364	4.821	18	3.589
Fair-Value-Änderung in 2008/2007	349	4.342	18	3.582

Wie in Note [3] beschrieben, begibt der Konzern durch seine operativen Filialen und Tochtergesellschaften strukturierte Schuldverschreibungen und erhält strukturierte Einlagen (von operativen Einheiten begebene Verpflichtungen). Daneben begibt er strukturierte Schuldverschreibungen über SPEs (von konsolidierten SPEs begebene Verpflichtungen).

Der Fair Value der von operativen Einheiten begebenen Verpflichtungen berücksichtigt das Kreditrisiko des Konzerns. Wenn ein solches Instrument einen auf einem aktiven Markt notierten Preis hat, ist die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value jener Teil der Fair-Value-Änderung, der nicht aus Veränderungen von Marktrisikobedingungen resultiert. Hat ein solches Instrument keinen auf einem aktiven Markt notierten Preis, wird der Fair Value mithilfe einer Bewertungsmethode bestimmt. Eine solche Bewertungsmethode berücksichtigt das Kreditrisiko durch eine Diskontierung der vertraglich festgelegten Zahlungsströme der Verbindlichkeit auf Basis einer risikoadjustierten Zinskurve, die das Zinsniveau abbildet, zu dem der Konzern am Bilanzstichtag ähnliche Instrumente begeben könnte.

Fair-Value-Änderungen wegen der Kreditrisikoänderungen auf Verpflichtungen, die von konsolidierten SPEs begeben wurden, sind nicht abhängig vom Kreditrisiko des Konzerns, sondern von dem der rechtlich eigenständigen SPE. Das Kreditrisiko der rechtlich eigenständigen SPE ist wiederum von den Sicherheiten, die dieser zur Verfügung stehen, beeinflusst. Die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value ist der Gewinn oder Verlust, der nicht aus Veränderungen von Marktrisikobedingungen resultiert. Gewinne aus den Verpflichtungen werden weitestgehend durch Verluste aufgrund einer Erhöhung der Credit Spreads auf die Aktiva der SPEs kompensiert.

Für besicherte Verpflichtungen wie Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) dient die hinterlegte Sicherheit einer Reduzierung des in diesen Geschäften enthaltenen Kontrahentenrisikos des Konzerns. Die Fair-Value-Änderung, die sich aus dem in den Repos enthaltenen Kreditrisiko des Konzerns ergab, war aufgrund der hinterlegten Sicherheit unwesentlich.

Das in den nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen enthaltene Kreditrisiko entspricht in erster Linie dem Kontrahentenrisiko. Die Fair-Value-Änderung, die dem Kontrahentenrisiko zurechenbar ist, das in nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten war, wurde mit dem Kontrahentenrisiko, das in den in Anspruch genommenen Krediten enthalten war, offengelegt.

Für sämtliche zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen lag der bei Fälligkeit vom Konzern zu zahlende vertragliche Rückzahlungsbetrag um 33,7 Mrd € über dem Bilanzwert zum 31. Dezember 2008 (2007: 39,1 Mrd €). Der bei Fälligkeit zu zahlende vertragliche Rückzahlungsbetrag entspricht dem Betrag, den der Konzern zum frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeitstermin zurückzahlen muss. Ist der Rückzahlungsbetrag nicht festgelegt, wird der vom Konzern laut Vertrag zurückzuzahlende Betrag unter Verweis auf die am Bilanzstichtag bestehenden Bedingungen bestimmt.

Für zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen bezog sich der größte Teil der Differenz zwischen dem Fair Value und den vertraglichen Cashflows bei Fälligkeit auf nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen, bei denen für den vertraglichen Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit eine volle Inanspruchnahme der Kreditusage unterstellt wird. Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem vertraglichen Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit, ohne Berücksichtigung der zum Fair Value klassifizierten nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen, betrug zum 31. Dezember 2008 1,4 Mrd € (2007: 5,3 Mrd €).

[10] Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

Im Einklang mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“ hat der Konzern bestimmte Handelsaktiva und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Als für eine Umgliederung infrage kommend hat der Konzern jene Vermögenswerte identifiziert, bei denen zum Zeitpunkt der Umklassifizierung eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand, sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollen. Im Folgenden werden die Auswirkungen der Umklassifizierungen für den Konzern im Detail dargestellt.

Im dritten Quartal 2008 erfolgten die Umgliederungen mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten Fair Value. Während der Erstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2008 wurden Anpassungen der im Zwischenbericht zum 30. September 2008 veröffentlichten umgegliederten Vermögenswerte vorgenommen, um immaterielle Fehler zu korrigieren. Die folgenden Angaben wurden um diese Sachverhalte angepasst.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values der zum 1. Juli 2008 umklassifizierten Vermögenswerte.

in Mio €	1.7.2008	31.12.2008	
	Buchwert	Buchwert	Fair Value
Handelsaktiva umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.677	12.865	11.059
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.354	10.787	8.628
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden	24.031	23.652	19.687

Zum 1. Juli 2008 lagen die Effektivzinssätze der umklassifizierten Handelsaktiva zwischen 4,2 % und 8,3 % mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 20,7 Mrd €. Die Effektivzinssätze der zum 1. Juli 2008 umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerte lagen zwischen 3,9 % und 9,9 % mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 17,6 Mrd €. Die Bandbreite der Effektivzinssätze wurde auf Basis der gewichteten Durchschnittssätze pro Geschäftsbereich ermittelt.

Im vierten Quartal 2008 wurden weitere Umgliederungen zu dem am jeweiligen Umbuchungsstichtag ermittelten Fair Value vorgenommen. Die folgende Tabelle zeigt Buchwert und Fair Value der im vierten Quartal 2008 umgegliederten Vermögenswerte.

in Mio €	Zeitpunkt der Reklassifizierung	31.12.2008	
	Buchwert	Buchwert	Fair Value
Handelsaktiva umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.956	10.772	9.658

Die Effektivzinssätze der im vierten Quartal umgegliederten Handelsaktiva lagen zwischen 2,8 % und 13,1 % mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 15,2 Mrd €. Die Bandbreite der Effektivzinssätze wurde auf Basis der gewichteten Durchschnittssätze pro Geschäftsbereich ermittelt.

Wäre die Umgliederung nicht vorgenommen worden, hätte die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung 2008 unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 3,2 Mrd € aus nunmehr umklassifizierten Handelsaktiva und zusätzliche Wertminderungsverluste in Höhe von 209 Mio € aus bereits wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten beinhaltet. Darüber hinaus wären in 2008 unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 1,8 Mrd € aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag, entstanden. Diese wären direkt im Eigenkapital in der Position Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste ausgewiesen worden.

Nach Umgliederung haben die umklassifizierten finanziellen Vermögenswerte zu dem Ergebnis vor Steuern in 2008 wie folgt beigetragen.

in Mio €	2008
Zinserträge	659
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 166
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten Handelsaktiva	493
Zinserträge	258
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 91
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	167

Vor der Umgliederung in 2008 wurden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung 2008 unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 1,8 Mrd € aus jetzt umklassifizierten Handelsaktiva und Wertminderungsverluste in Höhe von 174 Mio € aus von nun an umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Darüber hinaus ergaben sich in 2008 unrealisierte Fair-Value-Verluste von 736 Mio € aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die vor der Umgliederung der Vermögenswerte direkt im Eigenkapital ausgewiesen wurden. Sie entstanden im Zusammenhang mit zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag.

In 2007 wurden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 613 Mio € aus nunmehr umklassifizierten Handelsaktiva und keine Wertminderungsverluste aus jetzt umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Darüber hinaus wurden in 2007 unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 275 Mio € aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag, direkt im Eigenkapital ausgewiesen.

Die unrealisierten Fair-Value-Verluste, die zu den jeweiligen Umbuchungstichtagen direkt im Eigenkapital ausgewiesen waren, beliefen sich auf 1,1 Mrd €. Dieser Betrag wird aus der Eigenkapitalposition unter Anwendung der Effektivzinsmethode aufgelöst und ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Sollte ein umklassifizierter Vermögenswert zukünftig einer Wertminderung unterliegen, wird der auf diesen Vermögenswert entfallende direkt im Eigenkapital ausgewiesene Betrag zum Zeitpunkt der Wertminderung aufgelöst und ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

[11] Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern verfügt über ein etabliertes Kontrollsystem im Rahmen des Bewertungsprozesses, welches interne Kontrollstandards, -methoden und -verfahren enthält.

In aktiven Märkten notierte Preise: Der Fair Value von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage von Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren: Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Zu den für die Bewertung von Finanzinstrumenten verwendeten Verfahren gehören Modellierungstechniken, die Anwendung indikativer Preisangaben für ähnliche Instrumente, Preisangaben aus weniger aktuellen und regelmäßigen Transaktionen sowie Kursgebote von Brokern.

Für einige Finanzinstrumente liegt statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter vor. In solchen Fällen wird für die Ermittlung des Fair Value der Marktkurs oder Parameter als Eingangsgröße in einem Bewertungsmodell verwendet. Für einige Finanzinstrumente werden branchenübliche Modellierungstechniken wie die Discounted-Cashflow-Analyse und gängige Optionspreismodelle wie das Black-Scholes-Modell verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Cashflows, Diskontierungsfaktoren und der Volatilität. Für komplexere oder einzigartige Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken, Annahmen und Parameter, einschließlich Korrelationen, Annahmen über vorzeitige Tilgungsgeschwindigkeiten, Ausfallraten und die Höhe der Verluste, benötigt.

Häufig müssen in Bewertungsmodellen mehrere Eingangsparameter verwendet werden. Soweit möglich, basieren diese auf beobachtbaren Informationen, die aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt. Beispielsweise werden Eingangsparameter durch indikative Kursgebote von Brokern und Konsenspreisangaben gestützt, sofern diese Informationen zur Verfügung stehen. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie Preisen für ähnliche Transaktionen, historischen Daten sowie wirtschaftlichen Eckdaten, die entsprechend angepasst werden, um die Ausgestaltung des tatsächlich zu bewertenden Finanzinstruments und die derzeitigen Marktbedingungen zu reflektieren.

Wertanpassungen: Wertanpassungen sind ein integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität und Kontrahentenrisiko berücksichtigen.

Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne sind erforderlich, um auf Mittelkursen basierende Bewertungen der entsprechenden Geld-/Briefbewertung anzupassen. Die Geld-/Briefbewertung stellt den Fair Value für ein Finanzinstrument am besten dar und entspricht daher dessen Fair Value. Der Buchwert einer Kaufposition wird vom Mittel- dem Geldkurs und der Buchwert einer Verkaufposition vom Mittel- dem Briefkurs angepasst. Die Geld-/Brief-

kursanpassung wird von den Geld-/Briefkursen, die in der relevanten Handelsaktivität beobachtet werden, und von Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer oder sonstiger sachverständiger Kontrahenten abgeleitet. Entspricht der notierte Preis für das Finanzinstrument bereits dem Geld-/Briefkurs, ist keine Geld-/Briefanpassung erforderlich. Sofern der Fair Value eines Finanzinstruments aus einer Modellierungstechnik abgeleitet wird, basieren die in diesem Modell verwendeten Parameter in der Regel auf einem Mittelkurs. Solche Finanzinstrumente werden generell auf Portfolio-basis gesteuert und Wertanpassungen werden vorgenommen, um die Kosten der Schließung der Nettorisikoposition der Bank bezüglich der einzelnen Eingangsparameter abzubilden. Diese Wertanpassungen werden aus den Geld-/Briefkursen, die in relevanten Handelsaktivitäten beobachtet werden, und aus Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer bestimmt.

Wertanpassungen bezüglich der Liquidität substantieller Positionen sind angemessen, wenn die Position in Relation zur Marktgröße so groß ist, dass eine Liquidierung zum Geld-/Briefkurs innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens nicht möglich ist. Diese Anpassungen reflektieren die breitere Geld-/Briefspanne, die für die Ableitung des Fair Value großer Positionen angemessen ist. Sie entsprechen nicht den Werten, die zu einer „Fire-Sale“-Bewertung führen würden. Wertanpassungen bezüglich der Liquidität substantieller Positionen werden nicht für Finanzinstrumente vorgenommen, die in aktiven Märkten gehandelt werden.

Wertanpassungen bezüglich Kontrahentenrisiken sind erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen, soweit ein solcher Faktor im Geld-/Briefkurs nicht bereits enthalten ist. So wird beispielsweise eine Wertanpassung erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste für OTC-Derivate abzudecken, welche in der Regel nicht in Mittelkursen oder Geld-/Briefkursen reflektiert sind. Der Betrag der Wertanpassung wird an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber allen Kontrahenten unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, des Effekts von Nettingrahmenverträgen, des erwarteten Ausfallrisikos („Loss Given Default“) und des Kreditrisikos für jeden Kontrahenten auf der Grundlage historischer Ausfälle bestimmt.

In ähnlicher Weise berücksichtigt der Konzern für die Ermittlung des Fair Value von derivativen Verpflichtungen die eigene Bonität, indem das potenzielle künftige Risiko aller Kontrahenten gegenüber dem Konzern bewertet wird. Dabei werden gehaltene Sicherheiten, der Effekt von Nettingrahmenverträgen, die erwarteten Ausfallrisiken und das Kreditrisiko des Konzerns auf der Grundlage historischer Ausfälle von Gesellschaften mit vergleichbarer Bonität berücksichtigt. Infolge dieser Wertanpassung wurde im Geschäftsjahr 2008 ein unwesentlicher Gewinn ausgewiesen.

Bestehen Unsicherheiten bei den im Rahmen einer Modellierungstechnik verwendeten Annahmen, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um den erwarteten Marktpreis des Finanzinstruments besser darzustellen. Sofern ein Finanzinstrument Bestandteil einer Gruppe von Transaktionen ist, deren Risikosteuerung auf Portfoliobasis erfolgt, die Transaktion selbst jedoch so komplex ist, dass die Kosten der Schließung für diese Transaktion höher wären als die entsprechenden Kosten für die dazugehörigen Einzelrisiken, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um diesen Umstand zu berücksichtigen.

Validierung und Kontrolle: Ein unabhängiges Spezialistenteam im Bereich Finance hat die Aufgabe, das Kontrollsystem für Bewertungen zu überwachen und weiterzuentwickeln sowie die entsprechenden Prozesse zu steuern. Dieses Spezialistenteam ist unter anderem damit betraut, Bewertungskontrollprozesse für das Geschäft mit komplexen Derivaten durchzuführen sowie die Bewertungskontrollmethoden und das Rahmenwerk der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die Ergebnisse des Bewertungskontrollprozesses werden im Rahmen des monat-

lichen Berichtszyklus zusammengestellt und analysiert. Abweichungen, die vordefinierte und genehmigte Toleranzgrenzen überschreiten, werden sowohl innerhalb des Bereichs Finance als auch mit den Führungskräften der jeweiligen Geschäftsbereiche eskaliert, um diese zu überprüfen beziehungsweise zu klären und gegebenenfalls Anpassungen zu veranlassen.

Für Finanzinstrumente, deren Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren durch ein unabhängiges Spezialistenteam, das dem Bereich Risikomanagement des Konzerns angehört, validiert.

Kurs- und Preisangaben für Transaktionen stammen aus einer Reihe von Drittquellen einschließlich Börsen, Pricing-Service-Anbietern, verbindlichen Kursangaben von Brokern sowie Konsens-Pricing-Services. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität der Fair-Value-Informationen zu beurteilen. Die Ergebnisse werden mit tatsächlichen Transaktionen am Markt verglichen, um eine Kalibrierung der Modellbewertungen anhand von Marktpreisen sicherzustellen.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Eingangspreise- und -parameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert. Ist eine solche Verifizierung aufgrund fehlender beobachtbarer Daten nicht möglich, werden Verfahren angewendet, um die Angemessenheit des Fair-Value-Schätzwerts zu überprüfen. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle, die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente und sonstiger Richtgrößen sowie die Anwendung von Extrapolationsverfahren. Durch die Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle anhand von Markttransaktionen wird eingeschätzt, ob die Bewertungsmodelle eine Fair-Value-Bestimmung ermöglichen, die Marktpreisen entspricht.

Einschätzung durch das Management: Bei der Ermittlung des Fair Value sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für die Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistenteam befassten sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen

vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen Fair Values für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den Fair Value am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen des Managements erfordern, um die Ermittlung des Fair Value sicherzustellen.

Fair-Value-Hierarchie

Die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Fair-Value-Kategorien gemäß der IFRS-Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Notierte Preise in aktiven Märkten (Level 1): Diese Kategorie enthält an wichtigen Börsen notierte Eigenkapitaltitel, Unternehmensschuldtitel, G-7-Staatsanleihen und börsengehandelte Derivate. Der Fair Value von in aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten wird auf der Grundlage notierter Preise ermittelt, sofern diese die im Rahmen von regelmäßig stattfindenden und aktuellen Transaktionen verwendeten Preise darstellen.

Bewertungsverfahren mittels beobachtbarer Parameter (Level 2): Diese Kategorie beinhaltet die Mehrzahl der OTC-Derivatekontrakte, gehaltenen Unternehmensanleihen, Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen, handelbaren Kredite sowie emittierten strukturierten zum Fair Value klassifizierten Schuldtitel des Konzerns.

Bewertungsverfahren mittels wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter (Level 3): Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen Eingangsparameter auf, die nicht beobachtbar sind und einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den Fair Value eines Instruments oder auf die daraus erzielten Gewinne und Verluste haben. Diese Kategorie enthält komplexere OTC-Derivate, bestimmte Private Equity Investments, illiquide Kredite sowie bestimmte hochgradig strukturierte Anleihen einschließlich illiquider Asset-backed Securities und strukturierter Verbriefungen, die nicht beobachtbare Komponenten enthalten.

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei Kategorien der Fair-Value-Hierarchie. Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in Note [1] dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

	31.12.2008			31.12.2007		
	In aktiven Märkten notierte Preise	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode	In aktiven Märkten notierte Preise	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode
in Mio €						
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Wertpapiere des Handelsbestands	72.240	115.486	17.268	204.247	225.203	20.234
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	36.062	1.139.639	48.792	21.401	467.068	18.498
Sonstige Handelsaktiva	348	28.560	13.560	1.055	62.613	40.568
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	8.630	137.421	5.805	13.684	297.423	6.017
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	11.911	11.474	1.450	13.389	26.376	2.529
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	–	9.691	788	560	1.667	– 5
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	129.191	1.442.271	87.663	254.336	1.080.350	87.841
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Wertpapiere des Handelsbestands	38.921	17.380	666	100.630	4.976	619
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	38.380	1.114.499	28.738	24.723	471.171	16.542
Sonstige Handelspassiva	–	11.027	174	21	300	509
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	708	71.265	6.030	1.454	233.944	5.400
Investmentverträge ²	–	5.977	–	–	9.796	–
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ¹	–	5.513	– 1.249	–	3.763	– 3
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	78.009	1.225.661	34.359	126.828	723.950	23.067

1 Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag nicht zum Fair Value bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird, werden unter sonstigen zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber in obiger Tabelle in der Fair-Value-Kategorie des Basisvertrags ausgewiesen. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Fair-Value-Kategorien aufgeteilt.

2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Bewertungsverfahren

Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Nachstehend folgt eine Erläuterung der Bewertungsmethoden, die zur Ermittlung des Fair Value der wesentlichen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel: Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der Fair Value auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der Fair Value durch Anpassung des Vergleichswerts an die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der Fair Value anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen Discounted-Cashflow-Modelle, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden. Bei einigen illiquiden Wertpapieren werden mehrere Bewertungsmethoden angewandt und es wird eine Entscheidung darüber getroffen, welcher Wert innerhalb der daraus resultierenden Bandbreite von Schätzwerten den Fair Value am besten abbildet.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („ABS“): Zu diesen Instrumenten gehören durch private und gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere und sonstige Asset-backed Securities einschließlich Collateralized Debt Obligations („CDO“). Asset-backed Securities weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt weiter, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst Asset-backed Securities sind, wie dies beispielsweise bei vielen CDO-Instrumenten der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden Asset-backed Securities entweder anhand einer Relative-Value-Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Bei externen, zum Branchenstandard gehörenden Modellen werden Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen berechnet, die unabhängigen Preistests unterzogen wurden. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlustgröße) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite: Bei bestimmten Krediten kann der Fair Value anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermittelt werden. Sofern keine erst vor Kurzem durchgeführten Transaktionen vorliegen, wird der Fair Value anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von Discounted-Cashflow-Modellen bestimmt. In den Discounted-Cashflow-Modellen werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite zeichnen sich durch transaktionsspezifische Merkmale aus. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird eine Discounted-Cashflow-Bewertungsmethode angewandt, bei der die Credit Spreads aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Over-The-Counter(OTC)-Derivative Finanzinstrumente: Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen – sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen und notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter werden, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich stattgefundenen Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand der Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand des Marktpreises nicht möglich, wird der ermittelte Wert berichtigt, um ihn dem Marktwert anzupassen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extra- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, werden diese durch Bewertung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option: Der Fair Value der zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der Fair Value dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Cashflows mithilfe einer kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt, die das Niveau widerspiegelt, auf dem der Konzern ähnliche Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag begeben würde. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der unter dem Abschnitt OTC-Derivative Finanzinstrumente erläuterten Bewertungsmethode bewertet.

Sind die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des Fair Value der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen: Der Konzern hält Vermögensgegenstände, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögensgegenstände zu nutzen, um den Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der Fair Value für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den Fair Value der zugrunde liegenden Vermögensgegenstände bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem Fair Value, der mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Die folgende Tabelle zeigt die Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie zugeordnet wurden. Im Anschluss folgen eine Analyse und Erläuterung der entsprechend klassifizierten Finanzinstrumente. Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Trotzdem ist es erforderlich, diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der unten gezeigten Tabelle brutto aufzuführen.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands:		
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	602	845
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	5.870	4.941
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel	10.669	14.066
Eigenkapitaltitel	127	382
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere insgesamt	17.268	20.234
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	48.792	18.498
Sonstige Handelsaktiva	13.560	40.568
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	5.531	3.809
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	274	2.208
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	5.805	6.017
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.450	2.529
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	788	- 5
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	87.663	87.841
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	666	619
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	28.738	16.542
Sonstige Handelspassiva	174	509
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Kreditzusagen	2.195	516
Langfristige Verbindlichkeiten	1.488	2.476
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.347	2.408
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	6.030	5.400
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	- 1.249	- 3
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	34.359	23.067

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere: In dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Schwellenländern und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie durch private und gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere, Collateralized Debt Obligations („CDO“) und andere Asset-backed Securities.

Die insgesamt rückläufige Entwicklung des Fair Value der Wertpapiere, die in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthalten sind, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Die sinkende Marktliquidität führte zu einem entsprechenden Rückgang der Fair Values der in dieser Kategorie ausgewiesenen Wertpapiere im Jahresverlauf 2008. Bestimmte Schuldinstrumente, die bisher in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen waren und die der Definition der Forderungen aus dem Kreditgeschäft entsprachen, wurden gemäß den Vorschriften der im Oktober 2008 verabschiedeten Änderung von IAS 39 aus zu Handelszwecken gehalten in Forderungen aus dem Kredit-

geschäft umgegliedert. Demgegenüber hat die rückläufige Liquidität an den Finanzmärkten dazu geführt, dass einige bisher in der zweiten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie klassifizierte Wertpapiere Ende 2008 in der dritten Kategorie ausgewiesen wurden, da deutlich weniger beobachtbare Informationen zur Verfügung standen. So fiel beispielsweise die Marktliquidität für durch private Wohnimmobilien besicherte Wertpapiere mit schlechterem Rating so deutlich, dass Ende 2008 die Bewertungstechniken zur Bestimmung des Fair Value dieser Wertpapiere signifikant von nicht beobachtbaren Parametern abhingen.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten: Derivate, die dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind, werden auf der Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen bestimmte Korrelationen, bestimmte langfristige Volatilitäten sowie bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen. Diese Parameter können auch bestimmte Kreditrisikoaufschläge („Credit Spreads“) und andere transaktionsspezifische Faktoren enthalten.

In dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind die folgenden Derivate enthalten: kundenspezifische CDO-Derivate, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Im Jahresverlauf 2008 kam es aufgrund der in der zweiten Jahreshälfte zu beobachtenden hohen Volatilität an den Kredit-, Aktien- und anderen Märkten zu einem deutlichen Anstieg der Marktwerte von derivativen Instrumenten. Die im Jahresverlauf beobachtbare zunehmende Illiquidität der Märkte für Instrumente wie CDO-Derivate führte dazu, dass einige dieser Instrumente von der zweiten in die dritte Kategorie der Fair-Value-Hierarchie umgegliedert wurden.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente: Zu den anderen in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Handelsinstrumenten gehören in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf der Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Die in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Durch den Rückgang des Fair Value der Kredite, Verkäufe bestimmter Positionen und die Umwidmung bestimmter illiquider Leveraged Loans und gewerblicher Immobilienkredite aus zu Handelszwecken gehalten in Forderungen aus dem Kreditgeschäft infolge der im Oktober 2008 verabschiedeten Änderung des IAS 39 ist der Bestand im Jahresverlauf deutlich zurückgegangen. Dieser Rückgang wurde durch die Übertragung von Krediten in diese Kategorie der Fair-Value-Hierarchie teilweise ausgeglichen, da sich die Liquiditätssituation im Jahresverlauf 2008 weiter verschlechterte.

Zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen: Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum Fair Value klassifiziert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungstechniken bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf der Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte: Nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente werden in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der genaue Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem oben ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. Dezember 2008 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene Fair Value um bis zu 4,9 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 4,7 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2007 wäre der Fair Value um bis zu 3,0 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 2,0 Mrd € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, nutzt der Konzern einen Ansatz, der auf der zur Ermittlung von Wertanpassungen für Kosten der Schließung („Close-out-Kosten“) verwendeten Methode beruht. Die Wertanpassung für Kosten der Vertragsaufhebung basiert auf der Geld-/Briefspanne, die gezahlt werden muss, um eine gehaltene Position in Finanzinstrumenten oder eine Risikokomponente zu schließen, und spiegelt als solche Faktoren wie Illiquidität oder Unsicherheit am Markt wider. Der Anstieg der möglichen Auswirkungen auf den Fair Value am 31. Dezember 2008 gegenüber dem 31. Dezember 2007 entspricht der gestiegenen Illiquidität und Unsicherheit an den Märkten am Bilanzstichtag aufgrund der sich verschärfenden globalen Finanzkrise.

Die vorliegenden Angaben sollen die aus der relativen Unsicherheit in den Fair Values von Finanzinstrumenten resultierenden möglichen Auswirkungen darstellen, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Parametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des Fair Value zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben keine Vorhersage oder Indikation für künftige Fair-Value-Änderungen.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbliebenen Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten Fair Value relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der Fair Value auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des Fair Value eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu Fair Values bilanziert, welche Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermit-

telter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Fair-Value-Berechnung im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der Sensitivitätsanalyse nach Arten von Finanzinstrumenten. Gleichet sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2008		31.12.2007	
	Positive Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Derivate				
Kreditderivate	3.606	3.731	1.954	1.290
Aktienderivate	226	105	207	103
Zinsderivate	40	31	9	5
Hybride Derivate	140	76	107	47
Sonstige	178	124	94	56
Wertpapiere				
Schuldtitel	162	152	89	75
Eigenkapitaltitel	8	2	52	18
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	243	243	98	97
Forderungen aus dem Kreditgeschäft				
Leveraged Loans	32	17	290	263
Gewerbliche Kredite	70	70	60	56
Handelbare Kredite	197	126	58	38
Insgesamt	4.902	4.677	3.018	2.048

Unrealisierte Gewinne und Verluste

Unrealisierte Gewinne und Verluste sind die Gewinne oder Verluste, die erfolgswirksam erfasst werden, für die aber noch keine Barmittel aufgrund einer Realisierung geflossen sind. Der unrealisierte Gewinn aus Finanzinstrumenten in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie belief sich im Geschäftsjahr 2008 auf 5,1 Mrd € und im Geschäftsjahr 2007 auf 4,0 Mrd €. Diese unrealisierten Gewinne und Verluste sind nicht ausschließlich auf nicht beobachtbare Parameter zurückzuführen. Viele der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der unrealisierten Gewinne und Verluste auf Veränderungen dieser beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind.

Nachstehend werden die unrealisierten Gewinne und Verluste untersucht.

in Mio €	Unrealisierte Gewinne und Verluste (–) aus Level-3-Finanzinstrumenten, die am Bilanzstichtag gehalten wurden	
	2008	2007
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	– 6.512	– 1.059
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	16.143	7.762
Sonstige Handelsaktiva	– 2.261	– 993
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	– 943	– 109
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	– 13	– 19
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	679	– 107
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	7.093	5.474
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	– 2.769	– 1.728
Sonstige Handelspassiva	–	– 16
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	– 207	443
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.012	– 153
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	– 1.964	– 1.454
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) insgesamt	5.129	4.020

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit im Einklang mit dem in Note [1] beschriebenen Rechnungslegungsgrundsatz des Konzerns in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Veränderung der Handelstaggewinne, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2008	2007
Bestand am Jahresanfang	521	473
Neue Geschäfte während der Periode	587	426
Abschreibung	– 152	– 132
Ausgelaufene Geschäfte	– 141	– 53
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	– 94	– 186
Wechselkursveränderungen	– 24	– 7
Bestand am Jahresende	697	521

[12] Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum Fair Value ausgewiesen werden, entsprechen jenen, die in Note [11], Zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente, aufgeführt sind.

Wie in Note [10], Umklassifizierung von Vermögenswerten, erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus zu Handelszwecken gehalten und zur Veräußerung verfügbar in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Der Konzern wendet weiterhin die in Note [11], Zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente, erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgegliederten Vermögenswerte an.

Andere Instrumente, die nicht zum Fair Value bewertet werden, sind normalerweise nicht in einem Handelsportfolio enthalten und werden nicht auf Fair-Value-Basis gesteuert. Für diese Instrumente werden die folgenden Bewertungstechniken angewandt, die den bereits erläuterten allgemeinen Grundsätzen entsprechen:

Kurzfristige Finanzinstrumente: Der Buchwert stellt eine angemessene Schätzung des Fair Value für kurzfristige Finanzinstrumente dar. Die folgenden Instrumente sind überwiegend kurzfristig, und ihr Fair Value wird auf der Basis ihres Buchwerts geschätzt.

Aktiva	Passiva
Barreserve	Einlagen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für längerfristige Finanzinstrumente in diesen Kategorien wird der Fair Value durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken hätten erzielt werden können. Im Fall von Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Der Fair Value wird unter Anwendung von Discounted-Cashflow-Modellen ermittelt, die Parameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge berücksichtigen. Die Parameter Kreditrisiko, Ausfallrisiko und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Bei Kreditportfolios für Privatkunden mit einer großen Zahl an homogenen Krediten (zum Beispiel deutsche private Immobilienkredite) wird der Fair Value auf Portfoliobasis durch Abzinsung vertraglicher Cashflows unter Verwendung risikoloser Zinssätze berechnet. Der ermittelte Barwert wird dann um das Kreditrisiko bereinigt, indem der erwartete Verlust über die geschätzte Lebensdauer des Kredits unter Berücksichtigung verschiedener Parameter berechnet wird. Diese Parameter beinhalten die Ausfallwahrscheinlichkeit, den Verlust bei Ausfall und den Grad der Besicherung.

Der Fair Value von Unternehmenskreditportfolios wird durch Abzinsung einer prognostizierten Marge über die erwarteten Laufzeiten ermittelt. Dabei werden Parameter aus aktuellen Marktwerten von Collateralized-Lending-Obligation(CLO)-Transaktionen verwendet, welche mit Kreditportfolios besichert wurden, die vergleichbar mit dem Unternehmenskreditportfolio des Konzerns sind.

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entlehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere: Der Fair Value wird mit Bewertungstechniken durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung des entsprechenden um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes ermittelt. Der um das Kreditrisiko adjustierte Diskontierungssatz berücksichtigt die bei der Transaktion erhaltenen oder verpfändeten Sicherheiten.

Langfristige Verbindlichkeiten und Trust Preferred Securities: Sofern verfügbar, wird der Fair Value auf der Grundlage von notierten Marktpreisen ermittelt. Sind diese nicht verfügbar, wird für die Ermittlung des Fair Value eine Bewertungstechnik verwendet, bei der die verbleibenden vertraglichen Cashflows mit einem Zinssatz abgezinst werden, zu dem der Konzern Schuldtitel mit einer ähnlichen Restlaufzeit am Bilanzstichtag hätte emittieren können.

Die folgende Tabelle zeigt die ermittelten Fair Values der Finanzinstrumente des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum Fair Value ausgewiesen werden.

in Mio €	31.12.2008		31.12.2007	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Finanzaktiva:				
Barreserve	9.826	9.826	8.632	8.632
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	64.739	64.727	21.615	21.616
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	9.267	9.218	13.597	13.598
Forderungen aus Wertpapierleihen	35.022	34.764	55.961	55.961
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	269.281	254.536	198.892	199.427
Sonstige Aktiva ¹	115.871	115.698	159.462	159.462
Finanzpassiva:				
Einlagen	395.553	396.148	457.946	457.469
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	87.117	87.128	178.741	178.732
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.216	3.216	9.565	9.565
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.115	38.954	53.410	53.406
Sonstige Passiva ¹	46.413	46.245	88.742	88.742
Langfristige Verbindlichkeiten	133.856	126.432	126.703	127.223
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	9.729	6.148	6.345	5.765

1 Beinhaltet lediglich finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise finanzielle Verpflichtungen.

Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Note [1] dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Im Jahresverlauf ist der gesamte Buchwert der Forderungen aus dem Kreditgeschäft teilweise infolge der Umgliederungen aus zu Handelszwecken gehalten und zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte gestiegen. Die Differenz zwischen dem Fair Value und den fortgeführten Anschaffungskosten für die umgelierten Vermögenswerte wird in Note [10] dargestellt. Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert zum 31. Dezember 2008 entspricht nicht dem wirtschaftlichen Nutzen und den Kosten, die der Konzern aus

diesen Instrumenten erwartet. Die Differenz ergab sich in erster Linie aus einem Anstieg der vom Markt erwarteten Ausfallraten und einem Rückgang der Liquidität. Diese Wertminderungen werden teilweise durch einen Anstieg des Fair Value aufgrund von Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen.

Langfristige Verbindlichkeiten und Trust Preferred Securities: Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert resultierte aus dem Anstieg der Zinssätze, zu denen der Konzern am Bilanzstichtag Schuldinstrumente mit einer ähnlichen Laufzeit und Nachrangigkeit hätte emittieren können. Der Anstieg der Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert ist in erster Linie auf die Ausweitung der Kreditrisikoaufschläge des Konzerns seit Emission des Instruments sowie auf die allgemeine Marktliquidität und Refinanzierungseinschätzungen zurückzuführen. Dies wurde zum Teil durch Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen.

[13] Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Die folgende Tabelle zeigt den Fair Value von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	2.672	2.466
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	302	1.349
US-Kommunalbehörden	1	273
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	3.700	3.347
Unternehmen	6.035	7.753
Sonstige Asset-backed Securities	372	6.847
Mortgage-backed Securities, einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	87	3.753
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	4.797	4.631
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	17.966	30.419
Nicht festverzinsliche Wertpapiere:		
Aktien	4.539	7.934
Investmentanteile	208	306
Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	4.747	8.240
Sonstiger Anteilsbesitz	893	1.204
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.229	2.431
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	24.835	42.294

[14] Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity Methode bilanziert, sofern sie nicht als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte klassifiziert sind. Es werden keine assoziierten Unternehmen zum 31. Dezember 2008 unter den zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten ausgewiesen.

Am 31. Dezember 2008 waren folgende Beteiligungen wesentlich – sie repräsentierten 75 % des Buchwerts der nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.

Beteiligung ¹	Anteil am Kapital
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt	26,89 %
Bats Trading, Inc., Wilmington ²	8,46 %
Beijing Guohua Real Estates Co., Ltd., Peking	39,65 %
Blue Ridge Trust, Wilmington	26,70 %
Challenger Infrastructure Fund, Sydney ²	18,38 %
Compañía Logística de Hidrocarburos CLH, S.A., Madrid ²	5,00 %
DB Blue Lake Master Portfolio Ltd., George Town ²	15,16 %
Discovery Russian Realty Paveletskaya Project Ltd, George Town	33,33 %
DMG & Partners Securities Pte Ltd, Singapur	49,00 %
Evergrande Real Estate Group Limited, George Town ²	11,19 %
Fincasa Hipotecaria, S.A. de C.V. Sociedad Financiera de Objeto Limitado, Mexiko Stadt	49,00 %
Fondo Immobiliare Chiuso Piramide Globale, Mailand	42,45 %
Franklin Templeton Global Fund - FT Global Bond Alpha Fund, Dublin	46,00 %
Gemeng International Energy Group Company Limited, Taiyuan ²	19,00 %
Hanoi Building Commercial Joint Stock Bank, Hanoi ²	10,00 %
Harvest Fund Management Company Limited, Shanghai	30,00 %
Hydro S.r.l., Rom	45,00 %
K & N Kenanga Holdings Bhd, Kuala Lumpur ²	16,55 %
Lion Indian Real Estate Fund L.P., George Town	45,45 %
MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG, Grünwald	25,03 %
Millennium Marine Rail, L.L.C., Elizabeth	50,00 %
Nexus LLC, Wilmington ²	12,36 %
Paternoster Limited, Douglas	30,99 %
PX Holdings Limited, Stockton-on-Tees	43,00 %
Rongde Asset Management Company Limited, Peking	40,70 %
STC Capital YK, Tokio	50,00 %
The Porterbrook Partnership, Edinburgh ³	57,00 %
The Topiary Select Equity Trust, George Town ³	57,78 %
VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III KG, München	36,98 %
Welsh Power Group Limited, Newport ²	19,90 %
Xchanging etb GmbH, Frankfurt	44,00 %

1 Alle wesentlichen nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen sind assoziierte Unternehmen.

2 Der Konzern übt über Positionen in Aufsichtsgremien oder durch andere Maßnahmen einen maßgeblichen Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen aus.

3 Der Konzern hat keinen beherrschenden Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen.

Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der aggregierten Finanzinformationen der wesentlichen nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Summe der Aktiva	31.665	27.789
Summe der Verbindlichkeiten	18.817	17.294
Erträge	4.081	4.722
Gewinn/Verlust (-)	882	1.108

Die nachstehende Tabelle zeigt das Ergebnis aus allen nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	2008	2007
Ergebnis aus den nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen:		
Anteiliges Ergebnis der Beteiligungsunternehmen	53	358
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Beteiligungen	87	9
Wertminderungen	- 94	- 14
Ergebnis aus den nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen insgesamt	46	353

Es gab keine anteiligen unrealisierten Verluste aus den nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen, weder in 2008 noch kumuliert.

Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen mit einem Buchwert von 154 Mio€ zum 31. Dezember 2008 (2007: 160 Mio €), für die veröffentlichte Preisnotierungen vorlagen, wiesen einen gesamten Fair Value von 147 Mio € auf (2007: 168 Mio €).

Der Konzern ist keinen signifikanten Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten der Beteiligungsgesellschaften ausgesetzt.

Sowohl im Geschäftsjahr 2008 als auch im Geschäftsjahr 2007 unterlag keine der Beteiligungsgesellschaften Transferbeschränkungen hinsichtlich Zahlungen in Form von Dividenden oder der Rückzahlung von Krediten.

[15] Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Die nachfolgende Übersicht stellt die Zusammensetzung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen dar.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Banken und Versicherungen	26.998	12.850
Verarbeitendes Gewerbe	19.043	16.067
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	30.923	25.323
Private Haushalte – Hypothekenkredite	52.453	45.540
Öffentliche Haushalte	9.972	5.086
Handel	11.761	8.916
Gewerbliche Immobilien	27.083	16.476
Leasingfinanzierungen	2.700	3.344
Sonstiges ¹	91.434	67.086
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	272.367	200.689
Abgegrenzte Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	1.148	92
Forderungen aus dem Kreditgeschäft abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/unrealisierter Erträge	271.219	200.597
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.938	1.705
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	269.281	198.892

¹ In der Kategorie „Sonstiges“ sind Forderungen gegenüber sonstigen Vermögensverwaltungen von 31,2 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 20,4 Mrd € zum 31. Dezember 2007 enthalten.

Weitere Informationen zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft finden sich in der Note [37].

[16] Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	2008			2007			2006		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	930	775	1.705	985	684	1.670	1.124	708	1.832
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	382	702	1.084	146	505	651	16	336	352
Nettoabschreibungen:	- 301	- 477	- 778	- 149	- 378	- 527	- 116	- 328	- 444
Abschreibungen	- 364	- 626	- 990	- 244	- 508	- 752	- 272	- 460	- 732
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	63	149	212	95	130	225	156	132	288
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wechselkursänderungen/ Sonstige	- 34	- 39	- 74	- 52	- 36	- 88	- 39	- 32	- 70
Bestand am Jahresende	977	961	1.938	930	775	1.705	985	684	1.670

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogenen Zusagen zusammensetzen.

in Mio €	2008			2007			2006		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	101	118	219	127	129	256	184	132	316
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 2	- 6	- 8	- 32	- 6	- 38	- 56	2	- 53
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	7	3	10	1	-	1
Wechselkursänderungen/ Sonstige	- 1	-	- 1	- 1	- 8	- 8	- 2	- 5	- 7
Bestand am Jahresende	98	112	210	101	118	219	127	129	256

[17] Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern tritt in Transaktionen ein, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte wie festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Forderungen des Handelsbestands überträgt, bei denen er aber alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Infolgedessen werden diese Vermögenswerte nicht ausgebucht, sondern als besicherte Kreditvergabe („Secured Financing“) bilanziert. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei diesen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Arten der übertragenen Vermögenswerte, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, die zugrunde liegenden Transaktionen und die damit verbundenen Verbindlichkeiten.

Buchwert der übertragenen Vermögenswerte in Mio €	31.12.2008	31.12.2007 ¹
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften	47.816	143.703
Wertpapierleihen	10.518	27.205
Total Return Swaps	4.104	5.394
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	62.438	176.302
Sonstige Handelsaktiva	1.248	1.951
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	472	-
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.250	-
Insgesamt	66.408	178.253
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	58.286	155.847

1 Vorjahresbeträge wurden angepasst.

Vermögenswerte werden in der Regel im Rahmen eines fortgeführten Engagements bilanziert, wenn der Konzern Ansprüche auf Cashflows aus einem Vermögenswert beibehält, weiterhin einem aus dem übertragenen Vermögenswert resultierenden Ausfallrisiko ausgesetzt bleibt, sonstige Residualansprüche hält oder Derivatekontrakte mit Verbriefungs- oder Zweckgesellschaften eingeht.

Die folgende Tabelle enthält weitere Angaben zum Buchwert der übertragenen Vermögenswerte, in denen der Konzern ein fortgeführtes Engagement eingegangen ist.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	7.250	9.052
Sonstige Handelsaktiva	4.190	3.695
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	4.490	6.489
Sonstige Handelsaktiva	1.262	1.062
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	6.383	7.838

[18] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte als Sicherheit für Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften. Diese Geschäfte werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Zusätzlich verpfändet der Konzern Vermögenswerte im Rahmen von sonstigen Leihegeschäften und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften. Der Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007 ¹
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	69	436
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	72.736	178.660
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	517	866
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	21.100	14.096
Sonstiges ²	24	183
Insgesamt	94.446	194.241

¹ Vorjahresbeträge wurden angepasst.

² Beinhaltet als Sicherheit verpfändete Sachanlagen zum 31. Dezember 2007.

In der Konzernbilanz gesondert ausgewiesen sind verpfändete Vermögenswerte, bei denen der Sicherungsnehmer das vertragliche Recht oder Gewohnheitsrecht besitzt, die Sicherheit zu veräußern oder weiterzuverpfänden. Am 31. Dezember 2008 belief sich ihr Wert auf 62 Mrd € (2007: 179 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2008 hat der Konzern Sicherheiten mit einem Fair Value von 253 Mrd € (2007: 473 Mrd €) aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften, Derivategeschäften, Krediten gegen Wertpapiersicherheiten und anderen Transaktionen erhalten. Diese Geschäfte werden in der Regel zu Bedingungen, die für standardisierte durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte und für die sonstigen beschriebenen Transaktionen üblich sind, ausgeführt. Der Konzern hat als Sicherungsnehmer das Recht zur Veräußerung oder Weiterverpfändung der erhaltenen Sicherheiten, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesen Sicherheiten waren zum 31. Dezember 2008 230 Mrd € (2007: 449 Mrd €) veräußert oder verpfändet, um insbesondere Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen.

[19] Sachanlagen

in Mio €	Eigegenutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
Anschaffungskosten:					
Bestand zum 1. Januar 2007	2.644	2.346	1.339	111	6.440
Veränderungen des Konsolidierungskreises	- 219	10	26	-	- 183
Zugänge	26	353	209	87	675
Reklassifizierung	- 2	10	78	- 69	17
Reklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 62	- 10	-	-	- 72
Abgänge	742	312	145	2	1.201
Wechselkursveränderungen	- 103	- 100	- 63	- 3	- 269
Bestand zum 31. Dezember 2007	1.542	2.297	1.444	124	5.407
Veränderungen des Konsolidierungskreises	- 29	-	- 3	-	- 32
Zugänge	20	253	182	484	939
Reklassifizierung	11	217	36	717	981
Reklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-	-	- 40	-	- 40
Abgänge	48	153	44	-	245
Wechselkursveränderungen	- 15	- 114	- 62	- 8	- 199
Bestand zum 31. Dezember 2008	1.481	2.500	1.513	1.317	6.811
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:					
Bestand zum 1. Januar 2007	712	1.782	705	-	3.199
Veränderungen des Konsolidierungskreises	39	- 1	1	-	39
Abschreibungen	65	224	142	-	431
Wertminderungen	1	1	10	-	12
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Reklassifizierung	- 3	-	24	-	21
Reklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	- 49	- 8	-	-	- 57
Abgänge	190	250	65	-	505
Wechselkursveränderungen	- 14	- 90	- 38	-	- 142
Bestand zum 31. Dezember 2007	561	1.658	779	-	2.998
Veränderungen des Konsolidierungskreises	- 6	-	- 1	-	- 7
Abschreibungen	36	227	144	-	407
Wertminderungen	-	1	15	-	16
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Reklassifizierung	- 5	18	6	-	19
Reklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-	-	- 40	-	- 40
Abgänge	9	108	39	-	156
Wechselkursveränderungen	- 7	- 91	- 40	-	- 138
Bestand zum 31. Dezember 2008	570	1.705	824	-	3.099
Bilanzwert:					
Bestand zum 31. Dezember 2007	981	639	665	124	2.409
Bestand zum 31. Dezember 2008	911	795	689	1.317	3.712

Im Geschäftsjahr 2008 übernahm die Deutsche Bank ein im Bau befindliches Gebäude als Rettungserwerb (mit einem derzeitigen Buchwert von 1,1 Mrd €). Der zugrunde liegende Kredit wurde zuvor in den Handelsaktiva gehalten. Nach Fertigstellung soll das Objekt zu als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien übertragen werden.

Die ausgewiesenen Wertminderungen auf Sachanlagen werden in „Sachaufwendungen und sonstige Aufwendungen“ gezeigt.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2008 auf 65 Mio €.

Zum Jahresende beliefen sich bestehende Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen auf 40 Mio €.

[20] Leasingverhältnisse

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

Finanzierungsleasingverhältnisse

Die folgende Tabelle zeigt den Nettobuchwert für die jeweilige Anlageklasse, die im Rahmen der Finanzierungsleasingverhältnisse gehalten wird.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Grundstücke und Gebäude	95	97
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	3
Sonstige	–	–
Buchwert am Jahresende	97	100

Darüber hinaus hat der Konzern Untermietverträge mit einem Volumen von 60 Mio € zum 31. Dezember 2008 (2007: 309 Mio €) abgeschlossen, die als Finanzierungsleasing klassifiziert werden.

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungsverhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Künftige Mindestleasingzahlungen		
bis 1 Jahr	32	199
1 bis 5 Jahre	118	186
länger als 5 Jahre	202	347
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	352	732
abzüglich Zinsanteil	160	282
Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing	192	450

Zum 31. Dezember 2008 betrug die Summe der künftigen Mindestzahlungen, die aus unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wurde, 193 Mio €. Zum Jahresende 2007 betrug die Summe der künftigen Mindestzahlungen, die aus unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wurde, 421 Mio €. Zum 31. Dezember 2008 betragen die in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesenen bedingten Mietzahlungen 1 Mio € (2007: 0,4 Mio €).

Operating-Leasing-Verhältnisse

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Operating-Leasing-Verhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Künftige Mindestleasingzahlungen		
bis 1 Jahr	765	639
1 bis 5 Jahre	2.187	1.789
länger als 5 Jahre	2.797	1.815
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	5.749	4.243
abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	245	253
Nettomindestleasingzahlungen	5.504	3.990

Im Geschäftsjahr 2008 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 762 Mio € gezahlt, davon wurden 792 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 19 Mio € für bedingte Mietzahlungen geleistet abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 48 Mio €.

[21] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Goodwill

Veränderungen des Goodwill

Der Bilanzwert des Goodwill sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Goodwill haben sich in den Geschäftsjahren 2008 und 2007 pro Segment wie folgt entwickelt.

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Corporate Investments	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2007	3.228	448	3.037	470	87	7.270
Anpassungen von im Vorjahr erworbenem Goodwill zum Erwerbszeitpunkt	–	–	–	– 8	–	– 8
Zugänge	177	3	–	514	–	694
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	– 26	–	– 34	– 60
Wertminderungen ¹	–	–	–	–	– 54	– 54
Wechselkursänderungen/Sonstige	– 329	– 35	– 242	– 5	1	– 610
Bestand zum 31. Dezember 2007	3.076	416	2.769	971	–	7.232
Bruttobetrag des Goodwill	3.076	416	2.769	971	261	7.493
Kumulierte Wertminderungen	–	–	–	–	– 261	– 261
Bestand zum 1. Januar 2008	3.076	416	2.769	971	–	7.232
Anpassungen von im Vorjahr erworbenem Goodwill zum Erwerbszeitpunkt	–	–	–	–	–	–
Zugänge	1	28	33	2	–	64
Reklassifizierungen von zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	564	–	–	564
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	– 21	–	–	– 21
Wertminderungen ¹	– 5	–	– 270	–	–	– 275
Wechselkursänderungen/Sonstige	56	12	– 100 ²	1	–	– 31
Bestand zum 31. Dezember 2008	3.128	456	2.975	974	–	7.533
Bruttobetrag des Goodwill	3.133	456	3.245	974	261	8.069
Kumulierte Wertminderungen	– 5	–	– 270	–	– 261	– 536

1 Wertminderungen auf Goodwill werden als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesen.
2 Einschließlich einer Minderung des Goodwill um 10 Mio € im Zusammenhang mit einem Verkauf in einem früheren Geschäftsjahr.

Im Geschäftsjahr 2008 ist der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Asset and Wealth Management (AWM) von 597 Mio € auf Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp., zusammen und nachfolgend als Maher Terminals bezeichnet, zurückzuführen. Der Gesamtbetrag von 597 Mio € setzt sich aus einem Zugang von 33 Mio €, der aus dem Rückerwerb eines Minderheitsanteils an Maher Terminals resultierte, sowie aus einem Transfer von 564 Mio € aus der Kategorie „Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte“ aufgrund der Beendigung der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt zusammen. Der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Global Transaction Banking von 28 Mio € resultierte aus dem Erwerb der HedgeWorks LLC.

Im Geschäftsjahr 2007 ist der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Private & Business Clients auf die Übernahme der Berliner Bank zurückzuführen, auf die ein Beitrag von 508 Mio € entfiel. Der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich Corporate Banking & Securities (CB&S) steht im Zusammenhang mit der Akquisition von MortgageIT Holdings Inc., auf die ein Beitrag von 149 Mio € entfiel.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde insgesamt eine Wertminderung des Goodwill von 275 Mio € erfasst. Von diesem Gesamtbetrag entfielen 270 Mio € auf ein verbundenes Unternehmen im Bereich Asset and Wealth Management und weitere 5 Mio € auf ein börsennotiertes verbundenes Unternehmen im Bereich Corporate Banking & Securities. Beide Wertminderungen entfielen auf verbundene Unternehmen, die nicht in die jeweiligen primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten innerhalb von AWM und CB&S integriert sind. Die Werthaltigkeitsprüfung des verbundenen Unternehmens Maher Terminals in AWM wurde aufgrund eines signifikanten Rückgangs des Geschäftsvolumens infolge der aktuellen Wirtschaftslage ausgelöst. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten des verbundenen Unternehmens wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Die Werthaltigkeitsprüfung des verbundenen Unternehmens in CB&S wurde aufgrund von Wertminderungen bestimmter anderer Aktiva sowie der negativen Geschäftsaussichten des verbundenen Unternehmens vorgenommen. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten des börsennotierten verbundenen Unternehmens wurde basierend auf dessen Marktpreis bestimmt.

Im ersten Quartal 2007 wurde eine Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill im Bereich Corporate Investments durchgeführt, nachdem der Bereich einen Gewinn von 178 Mio € im Zusammenhang mit seiner nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG realisiert hatte. Diese Prüfung ergab eine Wertminderung des Goodwill von insgesamt 54 Mio €.

Im Geschäftsjahr 2006 wurde im Konzernbereich Corporate Investments eine Wertminderung des Goodwill in Höhe von 31 Mio € verzeichnet. Diese Wertminderung stand im Zusammenhang mit einer Private-Equity-Beteiligung in Brasilien, die nicht in die zahlungsmittelgenerierende Einheit integriert war. Die Wertminderung war auf Änderungen der lokalen Gesetzgebung zurückzuführen, durch die bestimmte Geschäftsaktivitäten eingeschränkt wurden. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten der Beteiligung wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt.

Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill

Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten des Konzerns gelten demzufolge primär Global Markets und Corporate Finance im Segment Corporate Banking & Securities, Global Transaction Banking, Asset Management und Private Wealth Management im Segment Asset and Wealth Management sowie Private & Business Clients und Corporate Investments. Darüber hinaus weisen die Segmente CB&S und AWM Goodwill aus, der aus nicht integrierten verbun-

denen Unternehmen resultiert und deshalb nicht den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde. Ein solcher Goodwill wird einzeln auf der Ebene des nicht integrierten verbundenen Unternehmens auf seine Werthaltigkeit hin untersucht und in der folgenden Tabelle als Sonstige zusammengefasst. Die Bilanzwerte des Goodwill für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 in den einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

	Global Markets	Corporate Finance	Global Trans- action Banking	Asset Manage- ment	Private Wealth Manage- ment	Private & Business Clients	Corporate Invest- ments	Sonstige	Goodwill insgesamt
in Mio €									
Zum 31. Dezember 2007	2.078	978	416	1.794	975	971	–	20	7.232
Zum 31. Dezember 2008	2.113	1.000	456	1.765	904	974	–	321	7.533

Der Goodwill wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit, die Goodwill ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Der Bilanzwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit ergibt sich aus dem Betrag an Eigenkapital, der einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wird. Dabei wird auch die Höhe des Goodwill sowie der nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit berücksichtigt. Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill der Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 für die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten führte zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für diese zahlungsmittelgenerierenden Einheiten höher war als deren entsprechender Bilanzwert.

Die folgenden Abschnitte erläutern, wie der Konzern den erzielbaren Betrag seiner primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, die Goodwill ausweisen, ermittelt. Ferner werden Informationen über bestimmte wesentliche Annahmen gegeben, die das Management für die Ermittlung des erzielbaren Betrags zugrunde legt.

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag aller primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf der Grundlage des Nutzungswerts und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf Discounted-Cashflow-Basis (DCF). Das vom Konzern angewandte DCF-Modell reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäfts und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können.

Das DCF-Modell basiert auf Ergebnisprognosen auf der Grundlage von Finanzplänen, die vom Management beschlossen wurden. Zum Zweck der Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill werden die beschlossenen Pläne auf einen Fünfjahreszeitraum extrapoliert, um ein nachhaltiges Niveau für das geschätzte zukünftige Ergebnis zu ermitteln, welches auf den Barwert abgezinst wird. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse erfordert eine Beurteilung der bisherigen und tatsächlichen Performance sowie der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte und des gesamtwirtschaftlichen Umfelds. Bei Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus wird von einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate, die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten

Der Nutzungswert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit reagiert sensibel auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Risiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. Geschäftsspezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken. Die im Geschäftsjahr 2008 zur Ermittlung des Nutzungswerts der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten angewandten Diskontierungszinssätze vor Steuern liegen zwischen 12,9 % und 14,1 %.

Sensitivitäten: Bei der Validierung der für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelten Nutzungswerte werden die wesentlichen Werttreiber jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit jährlich überprüft. Zusätzlich wurden die für das DCF-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen wie beispielsweise Diskontierungszinssatz und langfristige Wachstumsrate einer Sensitivitätsprüfung unterzogen, um die Belastbarkeit der Nutzungswerte zu testen. Das Management ist der Ansicht, dass lediglich für Global Markets und Corporate Finance eine realistische Änderung der wesentlichen Annahmen zu einer Wertminderung geführt hätte. Hier hätte eine Erhöhung des Diskontierungszinssatzes um 25 % beziehungsweise 26 % oder ein Rückgang der zukünftig geschätzten Ergebnisse um 23 % beziehungsweise 27 % in jedem Jahr des ursprünglichen Fünfjahreszeitraums, bei unveränderten Werten für die sonstigen Annahmen, dazu geführt, dass sich der erzielbare Betrag und der Bilanzwert entsprechen.

Der Hintergrund einer schrumpfenden Weltwirtschaft und die signifikanten kurzfristigen Herausforderungen für die Bankenbranche als Folge der Finanzkrise sowie deren Auswirkungen auf das Geschäftsumfeld des Konzerns könnten die erwarteten künftigen Ergebnisse in einigen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten negativ beeinflussen. Dies könnte zu einer künftigen Wertminderung des Goodwill führen.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden in selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, die ausschließlich intern entwickelte Software umfassen, und erworbene immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Erworbene immaterielle Vermögenswerte werden weiter in abzuschreibende und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte aufgeteilt.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2008 und 2007.

	Erworbene immaterielle Vermögenswerte									Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt
	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Abzuschreibende					Nicht abzuschreibende			
		Software	Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	Sonstige	Abzuschreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen im Publikumsfondsgeschäft	Sonstige	
in Mio €										
Herstattungs-/Herstellungskosten:										
Bestand zum 1. Januar 2007	369	400	–	103	314	817	877	8	885	2.071
Zugänge	32	122	–	17	31	170	–	3	3	205
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	40	912	3	16	971	–	–	–	971
Abgänge	–	–	–	4	24	28	–	–	–	28
Reklassifizierungen in zum Verkauf bestimmt	–	–	–	–	4	4	–	–	–	4
Wechselkursveränderungen	–27	–28	–49	–10	–10	–97	–91	–	–91	–215
Bestand zum 31. Dezember 2007	374	534	863	109	323	1.829	786	11	797	3.000
Zugänge	46	19	–	38	19	76	–	4	4	126
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	5	5	–	–	10	–	4	4	14
Abgänge	–	–	–	1	6	7	–	–	–	7
Reklassifizierungen von zum Verkauf bestimmt	–	42	–	562	166	770	–	–	–	770
Wechselkursveränderungen	–9	–37	–214	–	–7	–258	31	–2	29	–238
Bestand zum 31. Dezember 2008	411	563	654	708	495	2.420	817	17	834	3.665
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:										
Bestand zum 1. Januar 2007	334	103	–	41	251	395	–	–	–	729
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	17	57	8	16	15	96	–	–	–	113 ¹
Abgänge	–	–	–	–	19	19	–	–	–	19
Reklassifizierungen in zum Verkauf bestimmt	–	–	–	–	3	3	–	–	–	3
Wertminderungen	–	2	–	–	3	5	74	–	74	79 ²
Wechselkursveränderungen	–23	–13	–	–5	–9	–27	–	–	–	–50
Bestand zum 31. Dezember 2007	328	149	8	52	238	447	74	–	74	849
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	13	68	42	47	22	179	–	–	–	192 ³
Abgänge	–	–	–	–	4	4	–	–	–	4
Wertminderungen	–	6	–	1	–	7	304	–	304	311 ⁴
Wechselkursveränderungen	–12	–2	–10	–	–5	–17	2	–	2	–27
Bestand zum 31. Dezember 2008	329	221	40	100	251	612	380	–	380	1.321
Bilanzwert:										
Zum 31. Dezember 2007	46	385	855	57	85	1.382	712	11	723	2.151
Zum 31. Dezember 2008	82	342	614	608	244	1.808	437	17	454	2.344

1 Davon waren 98 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 15 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

2 Davon wurden 74 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte und 5 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand erfasst.

3 Davon waren 181 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 11 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

4 Davon wurden 310 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte und 1 Mio € in Provisionsüberschuss erfasst. Letzteres bezog sich auf die Wertminderung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Im Geschäftsjahr 2008 ist der wesentliche Zugang zu sonstigen immateriellen Vermögenswerten auf Maher Terminals, einen privaten Betreiber von Containerterminals in Nordamerika, zurückzuführen. Als am 30. September 2008 die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt beendet wurde, sind 770 Mio € von „Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte“ in die abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte umgebucht worden. Dieser Gesamtbetrag beinhaltet vertragsbasierte (Rechte aus Leasingverträgen zum Betreiben der Containerterminals), sonstige (Namensrechte) sowie kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte. Zum 31. Dezember 2008 beliefen sich die Buchwerte auf 551 Mio € für die Rechte aus Leasingverträgen, 161 Mio € für die Namensrechte sowie 35 Mio € für die kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerte. Die Abschreibung dieser immateriellen Vermögenswerte endet voraussichtlich im Jahr 2030 für die Rechte aus Leasingverträgen, im Jahr 2027 für die Namensrechte und zwischen den Jahren 2012 und 2022 für die kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerte. Die Zugänge zu sonstigen immateriellen Vermögenswerten im Geschäftsjahr 2007 waren im Wesentlichen auf die Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen. Infolge dieser Akquisition wurde der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts in Höhe von 912 Mio € aktiviert. Dieser spiegelt den Barwert der zukünftigen Zahlungsströme eines Portfolios langfristiger Versicherungs- und Investmentverträge wider. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Der Abschreibungszeitraum endet voraussichtlich im Jahr 2039 (weitere Informationen sind in Note [1] und in Note [40] enthalten).

Im Geschäftsjahr 2008 wurden Wertminderungen auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte sowie vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte (Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen) von 6 Mio € beziehungsweise 1 Mio € verzeichnet. Die Wertminderung auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte wurde in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte im Bereich Asset and Wealth Management erfasst. Die Wertminderung auf vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte wurde im Bereich Corporate Banking & Securities im Provisionsüberschuss erfasst.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertminderungen auf erworbene Software und kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte von 3 Mio € beziehungsweise 2 Mio € als Sachaufwand und sonstiger Aufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Wertminderung auf die erworbene Software wurde im Bereich Asset and Wealth Management erfasst und die Wertminderung auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte wurde im Bereich Global Transaction Banking erfasst.

Im Geschäftsjahr 2006 wurden keine Wertminderungen auf abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte verzeichnet.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben (mit Ausnahme des Werts des erworbenen Versicherungsgeschäfts, wie in Note [1] und in Note [40] erläutert, und der Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen).

Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus der Verwaltung anfallen, abgeschrieben. Die folgende Tabelle zeigt die Nutzungsdauer der verschiedenen Anlageklassen.

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte:	
Software	bis zu 3
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	bis zu 20
Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	bis zu 30
Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	bis zu 30
Sonstige	bis zu 20

Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Mehr als 96 % beziehungsweise 437 Mio € der nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte beziehen sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und werden der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Asset Management zugewiesen. Diese Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft räumen DWS Scudder das ausschließliche Recht ein, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, rechnen wir in absehbarer Zukunft nicht mit einer Beendigung der Verträge. Die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte dürften für einen unbegrenzten Zeitraum Cashflows generieren. Die immateriellen Vermögenswerte wurden im Geschäftsjahr 2002 zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc. durch den Konzern von unabhängiger Seite zum Fair Value bewertet.

Im Geschäftsjahr 2008 sowie im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertminderungen in Höhe von 304 Mio € beziehungsweise 74 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Diese Wertminderungen betreffen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft im Bereich Asset and Wealth Management. Die Wertminderungen resultierten aus dem Rückgang sowohl der Marktwerte der Invested Assets als auch laufender und künftiger operativer Ergebnisse und Cashflows aus Vermögensverwaltungsverträgen, die von Zurich Scudder Investments, Inc. erworben worden waren. Die im Geschäftsjahr 2008 erfassten Wertminderungen beziehen sich auf bestimmte Offene und Geschlossene Fonds, während die im Geschäftsjahr 2007 erfassten Wertminderungen auf Geschlossene Fonds und Lebensversicherungsfonds entfielen. Die erzielbaren Beträge der Vermögenswerte wurden auf der Grundlage des Fair Value abzüglich Verkaufskosten ermittelt. Da Marktpreise für diese Vermögenswerte nicht verfügbar sind, basiert der Fair Value auf den verfügbaren Informationen, die am ehesten den Betrag widerspiegeln, welchen der Konzern bei einem Verkauf zu Marktbedingungen unter sachverständigen und vertragswilligen Parteien nach Abzug der Veräußerungskosten erzielen könnte. Demzufolge wurde der Fair Value anhand des Ertragswertverfahrens („Income Approach“) auf der Grundlage einer Discounted-Cashflow-Methode nach Steuern (Residualwertmethode) ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2006 wurden keine Wertminderungen auf nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte verzeichnet.

[22] Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte

Zum 31. Dezember 2008 hatte der Konzern Immobilienvermögen zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hat die betreffenden Aktiva unter Sonstige Aktiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Dies führte zu keinem Aufwand in 2008.

Das Immobilienvermögen umfasste Gewerbe- und Wohnimmobilien aus Rettungserwerben in Deutschland und Nordamerika im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S). Der Verkauf wird für das Geschäftsjahr 2009 erwartet.

Zum 31. Dezember 2007 hatte der Konzern drei Veräußerungsgruppen (zwei Tochtergesellschaften und einen konsolidierten Fonds) sowie mehrere langfristige Vermögenswerte zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hat die betreffenden Aktiva und Passiva unter Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Im Geschäftsjahr 2007 führte dies zu einem Aufwand von 2 Mio €, der im Vorsteuerergebnis des Konzernbereichs Corporate Investments (CI) ausgewiesen wurde.

Zwei der drei Veräußerungsgruppen waren dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) zugeordnet. Dabei handelte es sich zum einen um eine in Italien ansässige Lebensversicherungsgesellschaft, für die im Dezember 2007 ein Verkaufsvertrag unterzeichnet und die im ersten Halbjahr 2008 verkauft wurde. Die zweite Veräußerungsgruppe bezieht sich auf einen Immobilienfonds in Nordamerika, der zum 31. Dezember 2008 nicht mehr als zum Verkauf bestimmt klassifiziert war. Die Aufwendungen, die während der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte nicht anzusetzen waren, wurden zum Termin der Reklassifizierung in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgewiesen. Dies führte zu einem Anstieg des sonstigen Aufwands von 13 Mio € in AWM in 2008. Der Betrag beinhaltet einen Aufwand von 3 Mio €, der auf das Geschäftsjahr 2007 entfiel. Durch die aktuellen Marktgegebenheiten ist der Zeitpunkt des Verkaufs nicht vorhersehbar. Die dritte Veräußerungsgruppe – eine Tochtergesellschaft in CI – war bereits zum 31. Dezember 2006 zum Verkauf bestimmt. Da in 2007 Umstände eintraten, die vorher für unwahrscheinlich erachtet worden waren, wurde die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2007 nicht verkauft. In 2008 hat der Konzern seinen Veräußerungsplan geändert, da der beabsichtigte Verkauf aufgrund einer geänderten Interessenlage des potenziellen Käufers nicht erfolgte. Aufgrund des schwachen Marktumfelds bestehen derzeit keine Verkaufsaktivitäten bezüglich dieser Tochtergesellschaft. Die Reklassifizierung hatte keinen Einfluss auf die Erträge und Aufwendungen des Konzerns.

Die zum 31. Dezember 2007 zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte umfassten zwei in Nordamerika gehaltene Alternative Investments in AWM, mehrere Bürogebäude in CI und im Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) sowie Grundbesitz aus Rettungserwerben in Nordamerika im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S). Während die Bürogebäude in CI und PBC sowie der größte Teil des Grundbesitzes in CB&S in 2008 verkauft wurden, wurde die Anteilseignerstruktur der beiden Alternativen Investments Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. geändert. Dies führte zur Erstkonsolidierung der Investments durch den Konzern zum 30. Juni 2008. Durch die aktuellen Marktgegebenheiten ist der Zeitpunkt des Verkaufs nicht vorhersehbar. Aus diesem Grund wurden die Aktiva und Passiva zum Ende des dritten Quartals 2008 nicht mehr als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Die Erträge und Aufwendungen, die während der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte nicht anzusetzen waren, wurden zum Termin der Reklassifizierung in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgewiesen. Dies resultierte in einem Rückgang der Erträge um 62 Mio € und einem Anstieg der

Aufwendungen um 38 Mio € in AWM in 2008. Diese Beträge beinhalten eine Belastung der Erträge von 20 Mio € sowie Aufwendungen von 21 Mio €, die das Geschäftsjahr 2007 betrafen.

Zum 31. Dezember 2006 waren neben der oben genannten Tochtergesellschaft in CI zwei nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen in CI zum Verkauf bestimmt. Dies führte zu einem Abschreibungsaufwand von 2 Mio €. Außerdem waren zwei nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen in CB&S als zur Veräußerung gehalten klassifiziert. Die letztgenannten vier Beteiligungen wurden in 2007 verkauft.

Nachfolgend sind die wesentlichen Komponenten der vom Konzern zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte zum 31. Dezember 2008 sowie zum 31. Dezember 2007 dargestellt.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	–	417
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ¹	–	675
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	–	871
Sachanlagen	1	15
Sonstige Aktiva	131	864
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	132	2.842
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	–	417
Langfristige Verbindlichkeiten	–	294
Sonstige Passiva	–	961
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	–	1.672

¹ Zum 31. Dezember 2007 war ein unrealisierter Verlust von 12 Mio € direkt im Eigenkapital ausgewiesen.

[23] Sonstige Aktiva und Passiva

Die folgenden Tabellen zeigen die Zusammensetzung der sonstigen Aktiva und Passiva.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	56.492	34.277
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	17.844	44.389
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	8.383	14.307
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	21.339	58.186
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	104.058	151.159
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	4.657	7.549
Sonstige	29.114	24.930
Sonstige Aktiva insgesamt	137.829	183.638

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	40.955	17.029
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	46.602	39.944
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	4.530	12.535
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	19.380	58.901
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	111.467	128.409
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	5.112	6.785
Sonstige	44.019	36.250
Sonstige Passiva insgesamt	160.598	171.444

[24] Einlagen

Die Einlagen setzen sich wie folgt zusammen.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Unverzinsliche Sichteinlagen	34.211	30.187
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	143.702	144.349
Termineinlagen	152.481	236.071
Spareinlagen	65.159	47.339
Verzinsliche Einlagen insgesamt	361.342	427.759
Summe der Einlagen	395.553	457.946

[25] Rückstellungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Rückstellungsarten.

in Mio €	Operationelle Risiken/ Rechtsstreitigkeiten	Sonstige	Insgesamt ¹
Bestand zum 1. Januar 2007	919	593	1.512
Veränderungen des Konsolidierungskreises	15	- 32	- 17
Zuführungen zu Rückstellungen	266	362	628
Verwendungen von Rückstellungen	- 382	- 310	- 692
Auflösungen von Rückstellungen	- 139	- 143	- 282
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	- 62	- 11	- 73
Bestand zum 31. Dezember 2007	617	459	1.076
Veränderungen des Konsolidierungskreises	1	21	22
Zuführungen zu Rückstellungen	275	217	492
Verwendungen von Rückstellungen	- 75	- 135	- 210
Auflösungen von Rückstellungen	- 61	- 111	- 172
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	5	- 5	-
Bestand zum 31. Dezember 2008	762	446	1.208

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf Note [16] des Konzernabschlusses verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungen für operationelle Risiken und Rechtsrisiken

Der Konzern definiert das operationelle Risiko als den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Technologie, Projekten, Vermögenswerten sowie den Beziehungen zu Kunden, anderen Dritten oder Aufsichtsbehörden, die unter anderem durch unvorhersehbare Ereignisse, Geschäftsunterbrechung, unangemessen definierte oder fehlgeschlagene Prozesse beziehungsweise einen Ausfall von Kontrollmechanismen und Systemen ausgelöst werden.

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jeder der nachstehend dargestellten Verfahren, von denen die Mehrzahl mehrere Streitgegenstände umfasst, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich jeweils möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns näher beschrieben.

Steuerbezogene Finanzprodukte. Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irregeführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich auf die Verletzung sowohl von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um angebliche Sammelklagen. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 86 Verfahren wurden endgültig beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa acht weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages), einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery). Gegenüber der Bank werden darüber hinaus auch außergerichtlich zahlreiche Ansprüche geltend gemacht; einige dieser Ansprüche wurden beigelegt.

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und 2001 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen einschließlich der Deutschen Bank bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen (die „Einzelpersonen“) Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die

Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an. Im Dezember 2008 wurden nach einem Prozess gegen vier Einzelpersonen drei Einzelpersonen strafrechtlich verurteilt. Die Deutsche Bank führt mit dem DOJ Gespräche über die Einstellung des Verfahrens.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft Taurus-Holding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der BGH dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der Taurus-Holding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer in Höhe von zunächst circa 1,6 Mrd € (die Berechnung hängt unter anderem von der Entwicklung des Börsenkurses der Aktie der Axel Springer AG ab) nebst Zinsen. Zwischenzeitlich hat Herr Dr. Kirch seine Schadensberechnung geändert und fordert nun circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. In diesem Verfahren muss er im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Meinung des Konzerns ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Nach Meinung des Konzerns besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens und die wirksame Abtretung der behaupteten Ansprüche an die KGL Pool GmbH nicht ausreichend dargelegt worden.

Kreditbezogene Rechtsstreitigkeiten. Die Deutsche Bank hat Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb und der Verbriefung von Wohnungsbaukrediten minderer Bonität (Subprime) und nicht minderer Bonität (Non-Subprime) beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Wohnungsbaukrediten Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als Sammelklagen bezeichnete Verfahren) nach dem U.S. Securities Act von 1933 sowie allgemeinen Rechtsgrundsätzen (Common Law) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (1) zwei als Sammelklagen bezeichnete Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, die sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft, Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von der Countrywide Financial Corporation oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere und Mortgage Pass-through Certificates beziehen, (2) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, (3) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begebenen Mortgage Pass-through Certificates bezieht, (4) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter, von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebenen Mortgage Pass-through Certificates bezieht, und (5) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem New York Supreme Court in New York County, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch die DBSI als Platzeur und die Deutsche Bank Trust Company America, eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, als Treuhänder verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, die von verbundenen Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank einschließlich der DBSI Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Alle diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von Deutscher Bank und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. DBSI und Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in vier Einzelklagen, in denen verschiedene Ansprüche von vier ARS-Anlegern nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Die als Sammelklagen bezeichneten Verfahren und drei der Einzelklagen befinden sich in frühen Stadien. Eine Einzelklage wurde abgewiesen. Die Deutsche Bank ist auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten in zwei als Sammelklage bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen Beklagte, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen, die sich in frühen Verfahrensstadien befinden, wird behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken.

Im Zusammenhang mit Untersuchungen des Angebots und Vertriebs von ARS hat die Deutsche Bank außerdem aufsichtsrechtliche Anfragen der Securities and Exchange Commission („SEC“) und einzelstaatlicher Aufsichtsbehörden erhalten. Im August 2008 hat die Deutsche Bank Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und einem Sonderdezernat der North American Securities Administration Association („NASAA“), die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertritt, abgeschlossen, wonach sich die Deutsche Bank und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichtet haben, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen sowie Kunden, die mildtätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben haben, sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften ARS erworben haben, zu erarbeiten und eine Strafe in einer Gesamtsumme in Höhe von 15 Mio US-\$ an das NYAG und die NASAA zu zahlen. Die Ermittlungen der SEC dauern an.

ÖBB. Im September 2005 schloss die Deutsche Bank AG einen Portfolio Credit Default Swap („PCDS“) mit der ÖBB Infrastruktur Bau AG („ÖBB“), einer Tochtergesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen-Holding Aktiengesellschaft. Unter dem PCDS übernahm die ÖBB das Ausfallrisiko einer mit AAA gerateten Tranche über 612 Mio € aus einem diversifizierten Portfolio von Unternehmen und Asset-backed Securities („ABS“). Aufgrund der Entwicklung des ABS-Markts seit Mitte 2007 entwickelte sich der Marktwert des PCDS negativ und ÖBB verzeichnete für die Position erhebliche Marktwertverluste und beabsichtigt, im Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008 Rückstellungen in Höhe des gesamten Nominalwerts des PCDS zu bilden.

Im Juni 2008 erhob die ÖBB beim Handelsgericht in Wien Klage gegen die Deutsche Bank AG und beantragte, den PCDS für rechtsunwirksam erklären zu lassen. Die ÖBB ist der Auffassung, dass das Geschäft gegen österreichische Rechtsvorschriften verstoße, und behauptet, über bestimmte Merkmale des PCDS nicht zutreffend informiert worden zu sein. Die Klage der ÖBB wurde im Januar 2009 vom Handelsgericht abgewiesen. ÖBB hat erklärt, dass sie gegen das Urteil Berufung einlegen wird.

Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene personalunabhängige Rückstellungen, die nicht in den sonstigen speziellen Rückstellungen erfasst werden, einschließlich Restrukturierungsrückstellungen. Restrukturierungsrückstellungen werden im Zusammenhang mit Akquisitionen sowie der Umstrukturierung von Geschäftsaktivitäten aufgestellt. Die sonstigen Kosten beinhalten, unter anderem, insbesondere Aufwendungen für Kündigungen von Mietverträgen und damit verbundene Kosten.

[26] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

Die nachstehende Tabelle enthält eine Zusammenfassung der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	26.095	31.187
Sonstige	13.020	22.223
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	39.115	53.410

[27] Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)**Langfristige Verbindlichkeiten**

Die folgende Tabelle fasst die langfristigen Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach vertraglichen Laufzeiten, zusammen.

Restlaufzeiten in Mio €	Fällig in 2009	Fällig in 2010	Fällig in 2011	Fällig in 2012	Fällig in 2013	Fällig nach 2013	Insgesamt 31.12.2008	Insgesamt 31.12.2007
Vorrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	10.851	6.571	13.173	11.037	7.642	27.253	76.527	72.173
mit variabler Verzinsung	9.306	8.513	6.225	9.066	3.866	12.151	49.127	46.384
Nachrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	696	7	293	167	1.163	1.454	3.780	3.883
mit variabler Verzinsung	1.372	1.376	974	499	47	154	4.422	4.263
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	22.225	16.467	20.665	20.769	12.718	41.012	133.856	126.703

In den Geschäftsjahren 2008 und 2007 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Die folgende Tabelle fasst die fest und variabel verzinslichen hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) des Konzerns zusammen. Diese stellen Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum dar und können im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
mit fester Verzinsung	9.147	3.911
mit variabler Verzinsung	582	2.434
Summe der hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	9.729	6.345

Zusätzliche Anhangangaben

[28] Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Der Konzern setzt derivative Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien zur Bedienung von Ansprüchen der Mitarbeiter aus der aktienbasierten Vergütung sowie zu Handelszwecken ein. Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern diesen Instrumenten die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Geldbetrag zugrunde liegt. Zum 31. Dezember 2008 belief sich die Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien auf 4 Mio € (2007: 3,6 Mrd €) wie in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst.

	31.12.2008				31.12.2007			
	Betrag der Verpflichtung	Anzahl der Aktien	Gewichteter durchschnittlicher Termin-/Ausübungspreis	Fälligkeit	Betrag der Verpflichtung	Anzahl der Aktien	Gewichteter durchschnittlicher Termin-/Ausübungspreis	Fälligkeit
	in Mio €	in Mio	in €		in Mio €	in Mio	in €	
Terminkäufe	–	–	–	> 3 Monate – 1 Jahr	864	13,5	63,84	> 3 Monate – 1 Jahr
	–	–	–	> 1 Jahr – 5 Jahre	2.678	31,8	84,27	> 1 Jahr – 5 Jahre
Geschriebene Verkaufsoptionen	4	0,1	80,00	> 3 Monate – 1 Jahr	7	0,1	49,73	> 3 Monate – 1 Jahr
	–	–	–	> 1 Jahr – 5 Jahre	4	0,1	80,00	> 1 Jahr – 5 Jahre
Insgesamt	4	0,1			3.553	45,5		

Im Dezember 2008 hat der Konzern beschlossen, bestehende Terminkaufkontrakte über insgesamt 33,6 Mio Deutsche Bank-Aktien von der bisherigen Lieferung von Aktien auf Geldausgleich umzustellen. Die Terminkaufkontrakte wurden für die Bedienung von Ansprüchen von Mitarbeitern aus aktienbasierten Vergütungsprogrammen genutzt. Infolge dieser Änderung wurden die Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien sowie der zugehörige Abzugsposten vom Eigenkapital ausgebucht. Der negative Marktwert der Derivate zum Stichtag dieser Änderung wurde als Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtung erfasst und korrespondierend wurde die Kapitalrücklage vermindert.

[29] Stammaktien**Stammaktien**

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl der Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehende
Stammaktien, 1. Januar 2007	524.768.009	- 26.117.735	498.650.274
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	5.632.091	-	5.632.091
Erwerb Eigener Aktien	-	- 414.516.438	- 414.516.438
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	411.299.354	411.299.354
Stammaktien, 31. Dezember 2007	530.400.100	- 29.334.819	501.065.281
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	458.915	-	458.915
Kapitalerhöhung	40.000.000	-	40.000.000
Erwerb Eigener Aktien	-	- 369.614.111	- 369.614.111
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	390.756.870	390.756.870
Stammaktien, 31. Dezember 2008	570.859.015	- 8.192.060	562.666.955

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten werden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus wurden Aktienrückkaufprogramme aufgelegt. Im Rahmen dieser Programme erworbene Aktien werden unter anderem für aktienbasierte Vergütungsprogramme verwendet und erlauben es dem Konzern, Kapitalbedarf und -ausstattung auszugleichen. Das fünfte Rückkaufprogramm wurde im Mai 2007 abgeschlossen, als das sechste Rückkaufprogramm aufgelegt wurde. Es wurde im Mai 2008 abgeschlossen und seitdem ist kein neues Aktienrückkaufprogramm mehr begonnen worden. Im vierten Quartal 2008 wurde der Großteil der verbleibenden Aktien am Markt verkauft. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam.

Am 22. September 2008 hat die Deutsche Bank AG 40 Millionen neue Stammaktien zu 55 € pro Aktie emittiert, was einem gesamten Emissionserlös in Höhe von 2,2 Mrd € entspricht. Die neuen Aktien wurden aus genehmigtem Kapital mit vollem Dividendenrecht für das Geschäftsjahr 2008 und ohne Bezugsrecht emittiert.

Genehmigtes und bedingtes Kapital

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank kann durch die Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, erhöht werden. Zum 31. Dezember 2008 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 308.600.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Fristen bis zum 30. April 2012 begeben werden kann.

Genehmigtes Kapital	Befristet bis
150.000.000 €	30. April 2009
128.000.000 € ¹	30. April 2011
30.600.000 €	30. April 2012

¹ Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Die Hauptversammlung am 29. Mai 2008 hat den Vorstand ergänzend ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- oder Sacheinlagen um bis zu 140.000.000 € zu erhöhen. Dieses genehmigte Kapital war zum 31. Dezember 2008 noch nicht im Handelsregister eingetragen. Es wird erst mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam. Es kann bis zum 30. April 2013 ausgenutzt werden.

Das bedingte Kapital der Deutschen Bank belief sich auf 153.815.099 €. Es wird für verschiedene Instrumente vorgehalten, die potenziell in Stammaktien umgewandelt werden können.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsscheine beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht.

Für Optionsrechte aus dem DB Global Partnership Plan, die bis zum 10. Mai 2003 gewährt werden konnten, stand ein bedingtes Kapital in Höhe von 51.200.000 € zur Verfügung. Für weitere Optionsrechte, die bis zum 20. Mai 2005 gewährt werden konnten, betrug das bedingte Kapital 64.000.000 €. Zum 31. Dezember 2008 waren 980.143 Optionsrechte gewährt und nicht ausgeübt. Nach Maßgabe dieses Plans kann das Kapital daher noch um 2.509.166 € erhöht werden. Außerdem wurde der Vorstand von der Hauptversammlung am 17. Mai 2001 mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, bis zum 31. Dezember 2003 bis zu 12.000.000 Optionsrechte auf Deutsche Bank-Aktien auszugeben. Zum 31. Dezember 2008 waren 510.130 von diesen Optionsrechten aus dem DB Global Share Plan (vor 2004) gewährt und nicht ausgeübt. Im Rahmen dieses Plans kann das Kapital daher noch um 1.305.933 € erhöht werden. Diese Pläne werden in Note [31] erläutert.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsscheine beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht. Dieses bedingte Kapital war zum 31. Dezember 2008 noch nicht im Handelsregister eingetragen. Es wird erst mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam.

Dividendenzahlungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006.

	2008 (vorgeschlagen)	2007	2006
Bardividende ¹ (in Mio €)	310	2.274	2.005
Bardividende je Aktie (in €)	0,50	4,50	4,00

¹ Die Bardividende für 2008 basiert auf der maximal möglichen Anzahl dividendenberechtigter Aktien für das Geschäftsjahr 2008.

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

[30] Veränderung des Eigenkapitals

in Mio €	2008	2007	2006
Stammaktien			
Bestand am Jahresanfang	1.358	1.343	1.420
Kapitalerhöhung	102	–	–
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	1	15	25
Einziehung von Stammaktien	–	–	– 102
Bestand am Jahresende	1.461	1.358	1.343
Kapitalrücklage			
Bestand am Jahresanfang	15.808	15.246	14.464
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	225	122	– 258
Kapitalerhöhung	2.098	–	–
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	17	377	663
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	– 136	– 44	285
Veränderungen derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	– 1.815	–	–
Optionsprämien aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	3	76	– 81
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	– 1.191	28	171
Sonstige	– 48	3	2
Bestand am Jahresende	14.961	15.808	15.246
Gewinnrücklagen			
Bestand (angepasst) am Jahresanfang ¹	26.051	20.900	18.221
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	– 3.835	6.474	6.070
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	– 1	486	84
Gezahlte Bardividende	– 2.274	– 2.005	– 1.239
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	226	277	180
Gewinne aus dem Verkauf Eigener Aktien	–	–	191
Einziehung von Stammaktien	–	–	– 2.667
Sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	– 4	3	60
Sonstige	– 89	– 84	–
Bestand am Jahresende	20.074	26.051	20.900
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten			
Bestand am Jahresanfang	– 2.819	– 2.378	– 3.368
Käufe von Aktien	– 21.736	– 41.128	– 38.830
Verkäufe von Aktien	22.544	39.677	35.998
Einziehung von Aktien	–	–	2.769
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	1.072	1.010	1.053
Bestand am Jahresende	– 939	– 2.819	– 2.378
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien			
Bestand am Jahresanfang	– 3.552	– 4.307	– 4.449
Zugänge	– 366	– 1.292	– 2.140
Abgänge	1.225	2.047	2.282
Veränderungen derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	2.690	–	–
Bestand am Jahresende	– 3	– 3.552	– 4.307
Nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern			
Bestand (angepasst) am Jahresanfang ²	1.047	2.365	2.751
Veränderung unrealisierter Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen ³	– 4.517	427	466
Veränderung unrealisierter Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern, nach Steuern ⁴	– 297	– 7	– 54
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern ⁵	– 1.084	– 1.738	– 798
Bestand am Jahresende	– 4.851	1.047	2.365
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital zum Bilanzstichtag	30.703	37.893	33.169
Minderheitsanteile			
Bestand am Jahresanfang	1.422	717	624
Minderheitsanteile am Ergebnis	– 61	36	9
Zugänge	732	1.048	744
Abgänge und Dividendenzahlungen	– 906	– 346	– 624
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	24	– 33	– 36
Bestand am Jahresende	1.211	1.422	717
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteilen zum Bilanzstichtag	31.914	39.315	33.886

1 Im Zusammenhang mit den in Note [1] dargestellten Änderungen der Bilanzierungsmethoden und anderen Anpassungen wurden für die am 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 endenden Geschäftsjahre die Bestände am Jahresanfang um jeweils 935 Mio €, 449 Mio € und 365 Mio € erhöht.

2 Im Zusammenhang mit den in Note [1] dargestellten Änderungen der Bilanzierungsmethoden und anderen Anpassungen wurden für die am 31. Dezember 2008 und 2007 endenden Geschäftsjahre die Bestände am Jahresanfang um jeweils minus 86 Mio € und minus 38 Mio € vermindert.

3 Davon minus 32 Mio €, minus 9 Mio € und minus 84 Mio € für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 aus dem Anteil des Konzerns an der Veränderung des Eigenkapitals von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen.

4 Davon minus 119 Mio € und minus 7 Mio € für die Geschäftsjahre 2008 und 2006 aus dem Anteil des Konzerns an der Veränderung des Eigenkapitals von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen.

5 Davon 19 Mio €, minus 12 Mio € und 1 Mio € für die Geschäftsjahre 2008, 2007 und 2006 aus dem Anteil des Konzerns an der Veränderung des Eigenkapitals von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen.

[31] Aktienbasierte Vergütungen

Für Neubegebungen in 2008 genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Im Konzern werden aktienbasierte Vergütungen derzeit hauptsächlich unter drei Plänen gewährt. Alle Pläne gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale dieser drei Pläne zusammen.

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung
Global Partnership Plan Equity Units	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 24 Monate ¹	Nein	Vorstand
		20 % : 42 Monate		
DB Equity Plan	Jährliche Vergütungskomponente	50 % : 24 Monate	Ja	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter
		25 % : 36 Monate		
		25 % : 48 Monate		
	Außerordentliche Vergütungskomponente	Individuelle Festlegung ²	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten
Global Share Plan – Deutschland		100 % : 12 Monate	Nein	Mitarbeiter in Deutschland, Gewährung von bis zu 10 Aktienrechten je Mitarbeiter ³

¹ Auslieferung erfolgt nach weiteren 18 Monaten.

² Gewichteter Durchschnitt der maßgeblichen Dienstzeit: 12 Monate.

³ Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Die Aktienrechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. Die DB Equity Plan-Regeln für einen vorgezogenen Ruhestand erlauben jedoch auch im Fall eines Ausscheidens auf eigenen Wunsch den Fortbestand der Anwartschaft, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Alter beziehungsweise Dienstzeit erfüllt sind. Diese spezielle Regelung gilt dabei nur für Aktienrechte, die als jährliche Vergütungskomponente gewährt wurden.

In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder dem Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde von 2007 an die Vergütung unter dem DB Equity Plan und dem Global Share Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

In 2007 beabsichtigte der Vorstand, den Global Share Plan in seiner bestehenden Form einzustellen und durch länderspezifische Belegschaftsaktienprogramme zu ersetzen. Die Prüfung der neuen Belegschaftsaktienprogramme dauert derzeit an. Vor dem Hintergrund einer neuen Gesetzgebungsinitiative in Deutschland, die voraussichtlich in 2009 gültig werden wird und steuerlich optimierte Anreize für Mitarbeiterbeteiligung bietet, hat der Vorstand entschieden, letztmalig in 2008 den Global Share Plan für Deutschland zu gewähren.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Für Begehungen vor 2008 genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Aktienprogramme und Stock Appreciation Rights Plan

Vor dem Jahr 2008 hat der Konzern aktienbasierte Vergütungen im Rahmen einer Reihe anderer Pläne gewährt. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale dieser Altprogramme zusammen.

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung	Letztmalig gewährt in
Restricted Equity Units (REU) Plan	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 48 Monate ¹	Ja	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
		20 % : 54 Monate			
DB Share Scheme	Jährliche Vergütungskomponente	1/3 : 6 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
		1/3 : 18 Monate			
	Außerordentliche Vergütungskomponente	1/3 : 30 Monate	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten	2006
DB Key Employee Equity (KEEP) Plan		Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Führungskräfte	2005
Stock Appreciation Rights (SAR) Plan		Ausübbar nach 36 Monaten, Verfall nach 72 Monaten	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter	2002
Global Share Plan		100 % : 12 Monate	Nein	Alle Mitarbeiter, Gewährung von bis zu 10 Rechten je Mitarbeiter	2007

¹ Auslieferung erfolgt nach weiteren 6 Monaten.

Der REU Plan, DB Share Scheme und DB KEEP gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden.

Die Rechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. Die REU Plan-Regeln für einen vorgezogenen Ruhestand erlauben jedoch auch im Fall eines Ausscheidens auf eigenen Wunsch den Fortbestand der Anwartschaft, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Alter beziehungsweise Dienstzeit erfüllt sind.

In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder dem Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

Unter dem SAR Plan erhielten berechtigte Mitarbeiter des Konzerns das Recht auf Auszahlung der Differenz zwischen dem Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie und einem festgelegten Basispreis. Die letzten unter dem SAR Plan gewährten Ansprüche erloschen in 2007.

Performanceoptionen

Die Deutsche Bank hat Performanceoptionen unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) zu Vergütungszwecken eingesetzt. Nach Februar 2004 wurden unter diesen Plänen keine neuen Optionen ausgegeben. Per 31. Dezember 2008 waren alle Optionen ausübbar.

Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale der unter dem Global Share Plan (vor 2004) und dem Global Partnership Plan gewährten Performanceoptionen zusammen.

Plan	Gewährt im Jahr	Ausübungspreis	Zusätzliche Partnership Appreciation Rights	Ausübbar bis	Anspruchsberechtigung
Global Share Plan (vor 2004) Performanceoptionen	2001	87,66 €	Nein	Nov 2007	Alle Mitarbeiter ¹
	2002	55,39 €	Nein	Nov 2008	Alle Mitarbeiter ¹
	2003	75,24 €	Nein	Dez 2009	Alle Mitarbeiter ¹
Global Partnership Plan Performanceoptionen	2002	89,96 €	Ja	Feb 2008	Ausgewählte Führungskräfte
	2003	47,53 €	Ja	Feb 2009	Ausgewählte Führungskräfte
	2004	76,61 €	Ja	Feb 2010	Vorstand

¹ Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Jede der im Rahmen der beiden Pläne gewährten Optionen berechtigt zum Erwerb einer Deutsche Bank-Stammaktie. Der Ausübungspreis beträgt 120 % des Referenzpreises. Als Referenzpreis wurde der jeweils höhere Wert aus dem Börsenkurs der Stammaktie am Tag der Gewährung oder dem Durchschnitt der Börsenkurse der Stammaktie an der Frankfurter Wertpapierbörse in einem Zeitraum von zehn Handelstagen bis einschließlich des Tages der Gewährung bestimmt.

Im Rahmen des Global Partnership Plan wurden von 2002 bis 2004 Performanceoptionen an ausgewählte Führungskräfte gewährt. Sämtliche Performanceoptionen sind ausübbar. Für jede Option wurde den Teilnehmern ein Partnership Appreciation Right (PAR) gewährt. PARs verkörpern das Recht auf eine Barzahlung in Höhe von 20 % des Referenzpreises. Die Feststellung des Referenzpreises erfolgte dabei auf gleiche Weise wie oben für die Performanceoptionen dargestellt. PARs wurden zum gleichen Zeitpunkt und im selben Umfang wie die Performanceoptionen ausübbar. Sie werden automatisch zur gleichen Zeit und in gleichem Umfang wie die Performanceoptionen ausgeübt.

Unter dem Global Share Plan (vor 2004), einem breit angelegten Mitarbeiterplan, wurden in den Jahren 2001 bis 2003 Performanceoptionen begeben. Der Plan gewährte im Jahr 2001 die Möglichkeit, bis zu 60 Aktien zu erwerben. In 2002 und 2003 konnten bis zu 20 Aktien erworben werden. Für jede erworbene Aktie erhielten die Teilnehmer im Jahr 2001 eine Performanceoption und in den Jahren 2002 und 2003 fünf Performanceoptionen. Performanceoptionen unter dem Global Share Plan (vor 2004) verfallen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Teilnehmer, die in den Ruhestand gehen oder dauerhaft erwerbsunfähig werden, behalten ihren Anspruch auf Ausübung der Performanceoptionen.

Personalaufwand

Personalaufwand für Vergütungen, die durch Eigenkapitalinstrumente beglichen werden, wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütungen, die in bar abgegolten werden, wird zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value neu bewertet und die entsprechende Verpflichtung wird bis zur Zahlung als sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen. Für Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden und die einen Barausgleich vorsehen, basiert die Neubewertung auf dem aktuellen Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie.

Weitere Informationen zu den zugrunde liegenden Rechnungslegungsprinzipien sind in Note [1] enthalten.

Der Konzern berücksichtigte den Personalaufwand für seine wesentlichen aktienbasierten Vergütungspläne wie folgt.

in Mio €	2008	2007	2006
DB Global Partnership Plan	10	7	9
DB Global Share Plan	39	49	43
DB Share Scheme/Restricted Equity Units Plan/DB KEEP/DB Equity Plan	1.249	1.088	751
Stock Appreciation Rights Plan ¹	–	1	19
Insgesamt	1.298	1.145	822

¹ Hierin enthalten ist für das Geschäftsjahr 2007 ein Nettogewinn von 1 Mio € und für das Geschäftsjahr 2006 von 73 Mio € aus bestimmten, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Aktienderivaten, die genutzt wurden, um Veränderungen der Aufwendungen für aktienbasierte Vergütungen auszugleichen.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütung im Geschäftsjahr 2008 enthält ungefähr 4 Mio € (2007: 10 Mio €) aus den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan, die einen Barausgleich vorsehen.

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2008 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf ungefähr 10 Mio € (2007: 8 Mio €). Der gesamte Betrag entfällt auf aktienbasierte Vergütungen, die noch nicht unverfallbar sind.

Zum 31. Dezember 2008 belief sich der noch nicht abgegrenzte Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütungen auf ungefähr 0,6 Mrd € (2007: 1,0 Mrd €).

Entwicklung ausstehender Rechte

Aktienprogramme

Die nachfolgende Übersicht fasst die Entwicklung der ausstehenden Aktienrechte für die Pläne zusammen, die das Recht gewähren, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Übersicht enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partner- ship Plan Equity Units	DB Share Scheme/ DB KEEP/REU/ DB Equity Plan	Global Share Plan (ab 2004)	Insgesamt	Gewichteter Durchschnitt des Fair Value je Recht am Tag der Gewährung
Bestand zum 31. Dezember 2006	359	61.604	555	62.518	53,50 €
Gewährt	92	14.490	600	15.182	95,25 €
Ausgegeben	– 127	– 23.956	– 518	– 24.601	41,17 €
Verfallen	–	– 2.829	– 38	– 2.867	72,85 €
Bestand zum 31. Dezember 2007	324	49.309	599	50.232	71,05 €
Gewährt	150	18.007	258	18.415	61,17 €
Ausgegeben	– 139	– 16.541	– 561	– 17.241	62,52 €
Verfallen	–	– 2.508	– 38	– 2.546	73,44 €
Bestand zum 31. Dezember 2008	335	48.267	258	48.860	70,22 €

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Aktienrechten gewährte der Konzern im Februar 2009 im Rahmen des DB Equity Plan für 2009 ungefähr 18,3 Millionen Aktienrechte als Bleibeprämie mit einem durchschnittlichen Fair Value von 17,28 € je Aktienrecht. Ungefähr 0,3 Millionen der im Rahmen dieses DB Equity Plan begebenen Rechte wurden unter der Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Darüber hinaus wurden unter dem DB Restricted Cash Plan Zusagen in Höhe von ungefähr 1,0 Mrd € gewährt. Der DB Restricted Cash Plan ist weder aktienbasiert noch orientiert sich dieser Plan an der Performance der Deutsche Bank-Stammaktie.

Im Februar 2009 wurden ungefähr 5,4 Millionen Aktien an Begünstigte aus früheren Gewährungen im Rahmen des DB Equity Plan ausgegeben.

Performanceoptionen

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der ausstehenden Performanceoptionen, die unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) gewährt wurden.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partnership Plan Performance- optionen	Gewichteter durchschnitt- licher Ausübungspreis ¹	DB Global Share Plan (vor 2004) Performance- optionen	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
Bestand zum 31. Dezember 2006	6.976	75,96 €	1.327	69,11 €
Ausgeübt	- 5.339	82,91 €	- 293	69,47 €
Verfallen	-	-	- 154	65,37 €
Abgelaufen	-	-	- 68	87,66 €
Bestand zum 31. Dezember 2007	1.637	53,32 €	812	68,14 €
Ausgeübt	- 434	47,53 €	- 26	57,67 €
Verfallen	-	-	- 16	65,75 €
Abgelaufen	- 223	89,96 €	- 260	55,39 €
Bestand zum 31. Dezember 2008	980	47,53 €	510	75,24 €

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Die folgenden drei Übersichten gliedern die ausstehenden Performanceoptionen zum 31. Dezember 2008, 2007 und 2006 nach Ausübungspreisbandbreiten.

Ausübungspreisbandbreiten	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2008		
	Ausstehende Optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	980	47,53 €	1 Monat
60,00 – 79,99 €	510	75,24 €	12 Monate
80,00 – 99,99 €	–	–	–

1 Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Ausübungspreisbandbreiten	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2007		
	Ausstehende Optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	1.704	48,87 €	13 Monate
60,00 – 79,99 €	522	75,24 €	24 Monate
80,00 – 99,99 €	223	89,96 €	1 Monat

1 Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Ausübungspreisbandbreiten	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2006		
	Ausstehende Optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	2.757	48,89 €	25 Monate
60,00 – 79,99 €	804	75,34 €	36 Monate
80,00 – 99,99 €	4.742	89,91 €	13 Monate

1 Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Der gewichtete durchschnittliche Aktienkurs am Ausübungstag betrug 64,31 € im Geschäftsjahr 2008 (2007: 99,70 €, 2006: 91,72 €).

Am 1. Februar 2009 erloschen ungefähr 980.000 Global Partnership Plan-Performanceoptionen, die im Jahr 2003 gewährt worden waren.

Stock Appreciation Rights Plan

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Übersicht über die unter dem SAR Plan begebenen Rechte:

in Tsd Einheiten (ausgenommen Basispreise)	Stock Appreciation Rights Plan	
	Einheiten	Gewichteter durchschnitt- licher Basispreis
Bestand zum 31. Dezember 2006	401	74,83 €
Ausgeübt	- 330	75,82 €
Verfallen	-	-
Abgelaufen	- 71	70,31 €
Bestand zum 31. Dezember 2007	-	-
Ausgeübt	-	-
Verfallen	-	-
Abgelaufen	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2008	-	-

[32] Leistungen an Arbeitnehmer

Der Konzern bietet eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten. Diese leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns werden in Pensionspläne und Gesundheitsfürsorgepläne unterteilt.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit.

Die Finanzierungsstrategie des Konzerns zielt darauf ab, eine vollständige Deckung der leistungsdefinierten Verpflichtung im Sinne der „Defined Benefit Obligation“ durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 110 % der Verpflichtung unter Berücksichtigung von spezifischen gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen beizubehalten. Für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen des Konzerns werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Darüber hinaus gibt es im Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Pläne wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen.

Der Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden gemäß der Methode des Ansammlungsverfahrens („Projected Unit Credit Method“) bewertet.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Pensionsverpflichtung und des Fair Value des Planvermögens des Konzerns für die beiden Geschäftsjahre 2008 und 2007 sowie den Finanzierungsstatus zum Ende der jeweiligen Jahre dar.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	2008	2007	2008	2007
Entwicklung der Verpflichtung:				
Verpflichtung zum Jahresbeginn	8.518	9.129	116	147
Laufender Dienstzeitaufwand	264	265	2	3
Zinsaufwand	453	436	7	8
Zuführungen der Planteilnehmer	8	6	–	–
Versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	– 160	– 902	1	– 21
Wechselkursveränderungen	– 572	– 354	1	– 15
Gezahlte Leistungen	– 393	– 378	– 8	– 6
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	14	11	–	–
Akquisitionen ¹	–	313	–	–
Veräußerungen	–	– 3	–	–
Planabgeltungen/Plankürzungen	– 1	– 19	–	–
Sonstiges ²	58	14	–	–
Verpflichtung zum Jahresende	8.189	8.518	119	116
Entwicklung des Planvermögens:				
Fair Value des Planvermögens zum Jahresbeginn	9.331	9.447	–	–
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	446	435	–	–
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (–)	– 221	– 266	–	–
Wechselkursveränderungen	– 689	– 351	–	–
Zuführungen des Arbeitgebers	239	171	–	–
Zuführungen der Planteilnehmer	8	6	–	–
Gezahlte Leistungen ³	– 358	– 355	–	–
Akquisitionen ⁴	–	246	–	–
Veräußerungen	–	–	–	–
Planabgeltungen	– 1	– 13	–	–
Sonstiges ²	–	11	–	–
Fair Value des Planvermögens zum Jahresende	8.755	9.331	–	–
Finanzierungsstatus am Jahresende	566	813	– 119	– 116

1 Abbey Life und Berliner Bank (2007).

2 Beinhaltet die Startwerte von erstmals berücksichtigten kleineren Plänen.

3 Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

4 Abbey Life (2007).

Vorrangiges Anlageziel des Konzerns ist es, die Bank im Wesentlichen vor starken Schwankungen des Finanzierungsstatus der Pensionspläne abzusichern, wobei Risiken infolge von Durationsdisparitäten und Diversifizierung der Anlageklassen in begrenztem Umfang eingegangen werden. Das Ziel besteht darin, die Erträge innerhalb eines bestimmten, vom Konzern festgelegten Risikotoleranzbereichs zu maximieren.

Der tatsächliche Ertrag aus Planvermögen betrug 225 Mio € im Jahr 2008 (2007: 169 Mio €). In beiden Geschäftsjahren führten Marktentwicklungen dazu, dass die tatsächlichen Erträge aus Planvermögen geringer ausfielen, als es unter den langfristigen versicherungsmathematischen Annahmen erwartet wurde. Allerdings wurde dieser versicherungsmathematische Verlust aus Planvermögen im Jahr 2008 teilweise durch einen versicherungsmathematischen Gewinn aus Verpflichtungen kompensiert (und im Jahr 2007 überkompensiert), der ebenfalls aus Marktentwicklungen resultierte.

Die erwarteten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2009 voraussichtlich 200 Mio € betragen, wobei die endgültige Festlegung im vierten Quartal 2009 erfolgen wird.

Die folgende Übersicht zeigt die voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen für jedes der nächsten fünf Jahre sowie die Leistungen für die darauffolgenden fünf Jahre insgesamt. Bei der Berechnung der Höhe der Leistungen werden angenommene zukünftige Dienstzeiten berücksichtigt.

in Mio €	Pensionspläne	Gesundheitsfürsorgepläne ¹
2009	406	8
2010	419	8
2011	437	9
2012	458	9
2013	462	9
2014 – 2018	2.540	47

¹ Gekürzt um voraussichtliche Rückerstattungen aus Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente im Rahmen des Versicherungsprogramms Medicare in Höhe von circa 1 Mio € jährlich für die Jahre 2009 bis 2012, 2 Mio € für das Jahr 2013 sowie insgesamt 9 Mio € für die Jahre 2014 bis 2018.

Die nachfolgende Übersicht liefert eine Aufteilung der Verpflichtung in Beträge aus intern finanzierten Plänen und Beträge aus vollständig oder teilweise extern finanzierten Plänen.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Verpflichtung	8.189	8.518	119	116
– intern finanziert	245	121	119	116
– extern finanziert	7.944	8.397	–	–

Die folgende Tabelle zeigt für die laufende Berichtsperiode und die zwei vorangegangenen Berichtsperioden die Beträge der Verpflichtung, des Fair Value des Planvermögens und des Finanzierungsstatus sowie die erfahrungsbedingten Anpassungen, die in Bezug auf Verpflichtung und Planvermögen entstanden.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Pensionspläne			
Verpflichtung	8.189	8.518	9.129
davon: Erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-))	24	- 68	18
Fair Value des Planvermögens	8.755	9.331	9.447
davon: Erfahrungsbedingte Anpassungen (Gewinn/Verlust (-))	- 221	- 266	- 368
Finanzierungsstatus	566	813	318
Gesundheitsfürsorgepläne			
Verpflichtung	119	116	147
davon: Erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-))	- 5	- 17	- 27
Finanzierungsstatus	- 119	- 116	- 147

Die nachfolgende Übersicht stellt eine Überleitung des Finanzierungsstatus auf den Nettobilanzwert dar, jeweils zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2007.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Finanzierungsstatus	566	813	- 119	- 116
Noch nicht erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-	-	-	-
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	- 9	- 9	-	-
Nettobilanzwert Vermögen/Schuld (-)	557	804	- 119	- 116

Der Konzern hat hinsichtlich der Rechnungslegung für leistungsdefinierte Versorgungszusagen beschlossen, die Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste in der Periode vorzunehmen, in der sie anfallen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden direkt im Eigenkapital erfasst und in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen und in Note [30] dargestellt. Die folgende Tabelle zeigt den zum 31.12.2008 seit dem Übergangsstichtag zu IFRS kumulierten erfassten Betrag sowie die in den Jahren 2008 und 2007 erfassten Beträge ohne Beachtung latenter Steuern. Latente Steuern werden in Note [33] in einer separaten Tabelle für Ertragsteuern, die im Eigenkapital erfasst werden, ausgewiesen. Anpassungen, die für vergangene Perioden erfasst wurden, werden in Note [1] dargestellt.

in Mio €	Erfassung in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen (Gewinn/Verlust (-))		
	31.12.2008 ¹	2008	2007
Pensionspläne:			
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	645	- 61	636
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	- 9	-	- 4
Pensionspläne insgesamt	636	- 61	632
Gesundheitsfürsorgepläne:			
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	53	- 1	21
Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	53	- 1	21
Insgesamt erfasster Betrag	689	- 62	653

1 Kumuliert seit dem Übergangsstichtag zu IFRS und einschließlich Wechselkursänderungen.

Der in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasste Aufwand für leistungsdefinierte Pläne der Geschäftsjahre 2006 bis 2008 setzte sich aus den nachstehenden Komponenten zusammen. Alle Komponenten sind Bestandteil des Personalaufwands.

in Mio €	2008	2007	2006
Aufwendungen für Pensionspläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	264	265	284
Zinsaufwand	453	436	395
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 446	- 435	- 413
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	14	11	32
Planabgeltungen/Plankürzungen	-	- 5	- 5
Sofort erfasster versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (-) aufgrund von Planabgeltungen/Plankürzungen ¹	9	- 6	- 2
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (-) ¹	1	- 1	-
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten ¹	- 2	2	-
Pensionspläne insgesamt	293	267	291
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	2	3	5
Zinsaufwand	7	8	10
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (-) ¹	2	- 3	-
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	11	8	15
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	304	275	306
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	206	203	165
Pensionsaufwendungen insgesamt	510	478	471
Ausweis anderer ausgewählter Leistungen			
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	159	156	144
Aufwendungen für Abfindungszahlungen	555	225	153

¹ Komponenten, die nach dem Korridorverfahren in den Jahren 2006 und 2007 gebucht und im Jahr 2008 aufgrund der Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze storniert wurden (Differenzen zwischen den ursprünglich gebuchten und dann stornierten Werten sind auf Wechselkursveränderungen zurückzuführen).

Der für 2009 erwartete Aufwand beträgt 307 Mio € für die Pensionspläne und 10 Mio € für die Gesundheitsfürsorgepläne.

Die folgende nach Anlagekategorien gegliederte Tabelle zeigt die gewichtete durchschnittliche Portfoliostruktur der Pensionspläne des Konzerns zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2007 sowie die Zielallokation.

	Zielallokation	Prozentualer Anteil am Planvermögen	
		31.12.2008	31.12.2007
Anlagekategorien:			
Aktien	5 %	7 %	8 %
Verzinsliche Wertpapiere (inklusive Barmittel und Derivate)	90 %	90 %	87 %
Alternative Anlageinstrumente (inklusive Immobilien)	5 %	3 %	5 %
Anlagekategorien insgesamt	100 %	100 %	100 %

Die erwartete Rendite des Planvermögens wird gesondert für jeden Plan mithilfe eines modularen Ansatzes entwickelt, der die jeweilige Portfoliostruktur sowie die erwartete Rendite jeder Anlageklasse berücksichtigt. Hierbei wird anstelle der tatsächlichen Allokation die Zielallokation des Plans am Bewertungsstichtag verwendet.

Prinzipiell wird eine risikofreie Rendite mit Anpassungen bezüglich Duration und bestimmter relevanter Faktoren für jede größere Anlageklasse als Maßstab benutzt. Zum Beispiel wird die erwartete Rendite für Aktien und Immobilien dadurch abgeleitet, dass eine jeweilige Risikoprämie zur Rendite von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren hinzugefügt wird.

Erwartete Erträge werden um steuerliche Einflüsse korrigiert, allerdings erfolgt keine Berücksichtigung einer erwarteten Überrendite durch aktives Management. Abschließend wird die Angemessenheit der Risikoprämien und der insgesamt erwarteten Renditen durch Vergleich der Werte mit anderen angesehenen veröffentlichten Prognosen und marktüblichen Verfahren bestätigt.

Im Planvermögen zum 31. Dezember 2008 sind Derivate mit einem positiven Marktwert von 588 Mio € enthalten. Derivategeschäfte werden sowohl konzernintern als auch mit externen Kontrahenten abgeschlossen. Des Weiteren sind im Planvermögen vom Konzern emittierte Wertpapiere im Wert von 4 Mio € enthalten.

Voraussichtlich werden während des Geschäftsjahres 2009 keine Anteile aus dem Planvermögen an den Konzern zurückgegeben werden.

Den Berechnungen liegen folgende wesentliche versicherungsmathematische Annahmen zugrunde. Diese werden als gewichtete Durchschnitte dargestellt.

	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Zugrunde gelegte Annahmen bei Pensionsplänen			
zur Ermittlung der Verpflichtung zum Jahresende			
Diskontierungszinssatz	5,6 %	5,5 %	4,8 %
Inflationsrate	2,1 %	2,1 %	2,0 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,0 %	3,3 %	3,2 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,8 %	1,8 %	1,7 %
zur Ermittlung des Aufwands für das abgelaufene Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	5,5 %	4,8 %	4,3 %
Inflationsrate	2,1 %	2,0 %	2,1 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,3 %	3,2 %	3,3 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,8 %	1,7 %	1,8 %
Erwartete Rendite des Planvermögens ¹	5,0 %	4,6 %	4,4 %
Zugrunde gelegte Annahmen bei Gesundheitsfürsorgeplänen			
zur Ermittlung der Verpflichtung zum Jahresende			
Diskontierungszinssatz	6,1 %	6,1 %	5,8 %
zur Ermittlung des Aufwands für das abgelaufene Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	6,1 %	5,8 %	5,4 %

¹ Die erwartete Rendite des Planvermögens zur Bestimmung des Ertrags beträgt für das Jahr 2009 4,5 %.

Die Lebenserwartung ist eine wesentliche Annahme zur Bestimmung der Verpflichtung aus leistungsdefinierten Plänen und folgt den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. Wenn möglich, wurden zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung in die Annahmen einbezogen.

Die folgende Übersicht zeigt die auf Basis der Pensionsverpflichtungen gewichtete durchschnittliche Lebenserwartung von heute 65- beziehungsweise 45-jährigen Menschen im Alter von 65 Jahren zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise 31. Dezember 2007.

in Jahren	Lebenserwartung für einen Mann im Alter von 65		Lebenserwartung für eine Frau im Alter von 65	
	65-jährig	45-jährig	65-jährig	45-jährig
31. Dezember 2008	19,1	21,1	22,6	24,5
31. Dezember 2007	19,1	21,0	22,5	24,3

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Sensitivität der Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember 2008 sowie der Summe aus Dienstzeit- und Zinsaufwand der Pensionspläne für das Jahr 2008 hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen.

Anstieg in Mio €	Verpflichtung zum 31.12.2008	Summe aus Dienstzeit- und Zinsaufwand für das Jahr 2008
Diskontierungszinssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	560	15
Inflationsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	370	40
Reale Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	75	10
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %) ¹	130	10

¹ Eine Verbesserung der Lebenserwartung um 10 % bedeutet eine Reduzierung der Sterbewahrscheinlichkeit für jedes Alter um 10 %. Diese Sensitivität führt zu einer im Durchschnitt um ein Jahr erhöhten Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren.

Eine Herabsetzung der angenommenen erwarteten Rendite des Planvermögens um 50 Basispunkte hätte einen Anstieg des Aufwands für Pensionspläne um 45 Mio € für das Jahr 2008 zur Folge gehabt.

Zur Ermittlung des Aufwands für Gesundheitsfürsorgepläne wurde eine gewichtete durchschnittliche Zunahme von 8,0 % für die im Rahmen dieser Pläne pro Person zu erbringenden Leistungen für das Jahr 2009 angenommen. Für diese Steigerungsrate wird ein allmählicher Rückgang auf 5,1 % bis zum Ende des Jahres 2012 und eine anschließende Stabilisierung auf diesem Niveau erwartet.

Die Annahmen über die Entwicklung der Gesundheitskosten haben Auswirkungen auf die dargestellten Beträge der Gesundheitsfürsorgepläne. Eine Veränderung in der unterstellten Entwicklung der Gesundheitskosten um einen Prozentpunkt hätte folgende Auswirkungen auf die Gesundheitsfürsorgepläne des Konzerns gehabt.

Zunahme/Abnahme (–) in Mio €	Anstieg um 1 Prozentpunkt		Rückgang um 1 Prozentpunkt	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Effekt auf die Verpflichtung zum Jahresende	13	13	– 12	– 11
Effekt auf die Summe aus laufendem Dienstzeit- und Zinsaufwand für das abgelaufene Geschäftsjahr	1	1	– 1	– 1

[33] Ertragsteuern

Der Ertragsteueraufwand/-ertrag setzt sich wie folgt zusammen.

in Mio €	2008	2007	2006
Laufender Steueraufwand/-ertrag¹			
Steueraufwand/-ertrag für das laufende Jahr	- 32	3.504	2.782
Periodenfremder laufender Steueraufwand	- 288	- 347	- 687
Laufender Steueraufwand/-ertrag insgesamt	- 320	3.157	2.095
Latenter Steueraufwand/-ertrag¹			
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	- 1.346	- 651	288
Effekt aus Steuersatzänderungen	26	- 181	- 7
Periodenfremder latenter Steueraufwand	- 205	- 86	- 116
Latenter Steueraufwand/-ertrag insgesamt	- 1.525	- 918	165
Ertragsteueraufwand/-ertrag insgesamt	- 1.845	2.239	2.260

¹ Einschließlich Ertragsteuern, die sich auf langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen beziehen, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert werden. Weitere Informationen befinden sich in Note [22].

Der Ertragsteueraufwand/-ertrag für das Jahr 2008 beinhaltet einen Steuerertrag aus einer Steuer im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life („Policyholder Tax“) in Höhe von 79 Mio € (2007: 1 Mio €), die durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steueraufwand/-ertrag ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2008 um einen Steuerertrag in Höhe von 45 Mio € erhöht (2007: 3 Mio €, 2006: 19 Mio €).

Der latente Steueraufwand/-ertrag ist aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern und der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen sowie aufgrund der Wertaufholung aktiver latenter Steuern in Vorjahren im Geschäftsjahr 2008 per saldo um einen latenten Steueraufwand in Höhe von 971 Mio € reduziert (2007: 71 Mio €; 2006: 93 Mio €).

Die nachstehende Übersicht zeigt eine Analyse des Unterschiedsbetrags zwischen dem Steueraufwand/-ertrag, der sich bei Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes auf das Ergebnis vor Steuern ergeben würde, und dem tatsächlich ausgewiesenen Steueraufwand/-ertrag des Konzerns.

in Mio €	2008	2007	2006
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag bei einem Ertragsteuersatz von 30,7 % in Deutschland (39,2 % für 2007 und 2006)	- 1.760	3.429	3.269
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	- 665	- 620	- 250
Steuerbefreite Einnahmen	- 746	- 657	- 357
Steuereffekt aus mit der Equity Methode konsolidierten Beteiligungen	- 36	- 22	- 51
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	403	393	372
Nicht temporäre Wertminderungen des Goodwill	1	21	10
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern	926	68	74
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung	26	- 181	- 362
Effekt aus aktienbasierter Vergütung	227	-	-
Effekt aus der „Policyholder Tax“	- 79	- 1	-
Sonstige	- 142	- 191	- 445
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag	- 1.845	2.239	2.260

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position Sonstige im Wesentlichen Einmaleffekte aufgrund abgeschlossener Steuerprüfungen enthalten.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat in den Geschäftsjahren 2008 und 2007 30,7 % und 2006 39,2 % betragen.

Im August 2007 beschloss der deutsche Gesetzgeber eine Reform der Unternehmensbesteuerung („Unternehmenssteuerreformgesetz 2008“). Diese sieht ab dem Jahr 2008 eine Herabsetzung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 % sowie eine Änderung der Gewerbesteuerberechnung vor. Durch diese Steuergesetzesänderung ermäßigte sich der latente Steueraufwand für 2007 um 232 Mio €. Weitere Steuersatzänderungen, im Wesentlichen in Großbritannien, Spanien, Italien und den Vereinigten Staaten von Amerika, erhöhten den latenten Steueraufwand 2007 um 51 Mio €.

Nachfolgend sind die latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten für jede Art temporärer Differenzen, bisher nicht genutzte steuerliche Verluste und Steuergutschriften dargestellt.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Latente Steuerforderungen:		
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvträge	3.477	1.219
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	134	132
Abzugsfähige temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	8.769	5.313
Sachanlagen	380	319
Sonstige Aktiva	1.167	822
Bewertung von Wertpapieren	654	276
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	144	162
Sonstige Rückstellungen	1.016	1.469
Sonstige Passiva	568	1.190
Latente Steuerforderungen insgesamt	16.309	10.902
Latente Steuerverbindlichkeiten:		
Zu versteuernde temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	7.819	5.163
Sachanlagen	53	57
Sonstige Aktiva	1.042	1.599
Bewertung von Wertpapieren	605	681
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	167	89
Sonstige Rückstellungen	1.221	697
Sonstige Passiva	716	219
Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt	11.623	8.505
Latente Steuerforderungen, per saldo	4.686	2.397

Nach Saldierung wurden diese Beträge wie folgt in der Bilanz ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Latente Steuerforderungen	8.470	4.777
Latente Steuerverbindlichkeiten	3.784	2.380
Latente Steuerforderungen, per saldo	4.686	2.397

Die Beträge der latenten Steuern des Jahres 2007 wurden in Übereinstimmung mit Note [1] angepasst.

Die Änderung des Saldos zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand in diesen Jahren. Die Gründe hierfür sind (1) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden, (2) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (3) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (4) die Umgliederungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Positionen Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva dargestellt werden.

Folgende Ertragsteuern sind als Belastung oder Gutschrift im Eigenkapital bilanziert.

in Mio €	2008	2007	2006
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen	1	- 192	- 65
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	698	197	16
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern	- 34	- 1	22
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital	67	19	- 63
Ertragsteuern, die den im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen belastet(-) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	731	215	- 25
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital belastet(-) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	- 75	- 35	195

Für die folgenden Posten wurden keine latenten Steuerforderungen per 31. Dezember 2008 (31. Dezember 2007) ausgewiesen.¹

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Abzugsfähige temporäre Differenzen	- 26	- 34
Unverfallbar	- 617	- 1.120
Verfall in der folgenden Periode	- 1	-
Verfall nach der folgenden Periode	- 2.851	- 390
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	- 3.469	- 1.510
Verfall in der folgenden Periode	-	-
Verfall nach der folgenden Periode	- 90	- 100
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	- 90	- 100

¹ Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und noch nicht genutzten Steuergutschriften verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise zum 31. Dezember 2007 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 5.637 Mio € beziehungsweise 2.582 Mio € überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, dass es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen noch nicht genutzte steuerliche Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen Informationen zu Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf der Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Aufstellung über die Vortragsperioden ungenutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 157 Mio € im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2007: 255 Mio €).

Seit 2007 hat die Zahlung von Dividenden an die Deutsche Bank-Aktionäre keine ertragsteuerlichen Konsequenzen für die Bank. In 2006 ergab sich ein Steuerertrag in Höhe von 30 Mio €.

[34] Akquisitionen und Veräußerungen

Im Jahr 2008 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2008 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen waren die Übernahmen von DB HedgeWorks, LLC und der Rückerwerb von Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

DB HedgeWorks, LLC

Zum 31. Januar 2008 erwarb der Konzern eine Beteiligung von 100 % an dem Hedgefondsadministrator HedgeWorks, LLC, der seinen Sitz in den Vereinigten Staaten hat und nach der Übernahme in DB HedgeWorks, LLC („DB HedgeWorks“) umfirmiert wurde. Durch die Akquisition baut der Konzern sein Serviceangebot im Hedgefondsgeschäft weiter aus. Der Kaufpreis für diesen Unternehmenszusammenschluss setzte sich aus einer Barvergütung in Höhe von 19 Mio € und weiteren 16 Mio € zusammen, die unter der Voraussetzung gezahlt werden, dass das erworbene Unternehmen in den nächsten drei Jahren bestimmte Ergebnisziele übertrifft. Von dem Kaufpreis wurden 28 Mio € dem Goodwill, 5 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 2 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. DB HedgeWorks ist im Unternehmensbereich GTB enthalten. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	1	–	1
Goodwill	–	28	28
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	5	5
Übrige Vermögenswerte	1	–	1
Summe der Aktiva	2	33	35
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	15	15
Übrige Verbindlichkeiten	1	–	1
Summe der Verbindlichkeiten	1	15	16
Nettovermögen	1	18	19
Summe der Passiva	2	33	35

Seit dem Erwerbszeitpunkt wurden für DB HedgeWorks Erträge von 6 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 2 Mio € ausgewiesen.

Maier Terminals LLC und Maier Terminals of Canada Corp.

Zum 30. Juni 2008 konsolidierte der Konzern die Maier Terminals LLC und die Maier Terminals of Canada Corp. (zusammen und nachfolgend als „Maier Terminals“ bezeichnet), einen privaten Betreiber von Containerterminals in Nordamerika. Maier Terminals wurde als Gründungsvermögen für den North American Infrastructure Fund erworben. Nachdem im Jahr 2007 ein Verkauf eines Minderheitsanteils von 11,4 % der ursprünglich 100-prozentigen Beteiligung des Konzerns an den RREEF North America Infrastructure Fund erfolgte, behielt der Konzern eine nicht konsolidierte Beteiligung an Maier Terminals. Diese wurde zum 31. Dezember 2007 nach der Equity Methode als zum Verkauf bestimmter Vermögenswert bilanziert (siehe Note [22]). Im Geschäftsjahr 2008 wurde der Fonds restrukturiert und RREEF Infrastructure erwarb alle ausstehenden Anteile am North America Infrastructure Fund, dessen einziges Investment Maier Terminals ist, zurück. Der zu entrichtende Kaufpreis für diese Transaktion betrug 109 Mio € in bar.

Am Ende des dritten Quartals wurde die Beteiligung nicht länger als zum Verkauf bestimmt bilanziert, sodass die Aktiva und Passiva von Maier Terminals nicht länger als zum Verkauf bestimmt klassifiziert wurden und der Rückkauf als Erwerbstransaktion verbucht wurde. Auf Basis vorläufiger Werte wurden die Anschaffungskosten in Höhe von 33 Mio € dem Goodwill und in Höhe von 76 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. Die Beteiligung wurde dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet. Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition (als zum Verkauf bestimmt)	Umklassifizierung von zum Verkauf bestimmt sowie Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	–	30	30
Sachanlagen	–	169	169
Goodwill	–	597	597
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	770	770
Übrige Vermögenswerte	1.867	– 1.683	184
Summe der Aktiva	1.867	– 117	1.750
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	839	839
Übrige Verbindlichkeiten	983	– 845	138
Summe der Verbindlichkeiten	983	– 6	977
Nettovermögen	884	– 111	773
Summe der Passiva	1.867	– 117	1.750

Nach der Akquisition entfielen auf Maier Terminals für 2008 negative Erträge in Höhe von 7 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 256 Mio €. Letzterer enthält eine Belastung nach Steuern in Höhe von 175 Mio € aus der erfassten Wertminderung des Goodwill im vierten Quartal 2008 (siehe Note [21]).

Sonstige im Jahr 2008 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2008 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Dies betrifft unter anderem die Akquisition des taiwanesischen Vermögensverwalters Far Eastern Alliance Asset Management Co. Limited sowie die Übernahme der Geschäftsplattform der Pago eTransaction GmbH, eines deutschen Anbieters von Dienstleistungen im Bereich Cash Management und für die Akzeptanz und Abwicklung von Debit- und Kreditkartentransaktionen (sogenanntes Merchant Acquiring). Diese Transaktionen umfassten den Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen zwischen mehr als 50 % und 100 % für einen Gesamtkaufpreis von 7 Mio € einschließlich Anschaffungsnebenkosten von weniger als 1 Mio €.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	4	6	10
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	6	3	9
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	2	3	5
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	1	1
Übrige Vermögenswerte	20	2	22
Summe der Aktiva	32	15	47
Passiva:			
Sonstige Passiva	1	7	8
Übrige Verbindlichkeiten	–	1	1
Summe der Verbindlichkeiten	1	8	9
Nettovermögen	31	7	38
Summe der Passiva	32	15	47

Für diese Akquisitionen wies der Konzern für 2008 Erträge von 2 Mio € und ein negatives Ergebnis von 4 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der in 2008 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Wären alle oben aufgeführten im Berichtsjahr getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2008 wirksam gewesen, hätte der Konzern dafür Erträge von 44 Mio € und ein negatives Ergebnis von 223 Mio € ausgewiesen. Letzterer enthält eine Belastung nach Steuern in Höhe von 175 Mio € aus der erfassten Wertminderung des Goodwill von Maher Terminals im vierten Quartal 2008.

Im Jahr 2007 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2007 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen waren die Übernahmen von Berliner Bank AG & Co. KG, MortgageIT Holdings, Inc. und Abbey Life Assurance Company Limited einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

Berliner Bank AG & Co. KG

Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition der Berliner Bank AG & Co. KG („Berliner Bank“) ab und erweitert damit seinen Anteil am Privatkundenmarkt der deutschen Hauptstadt. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 645 Mio€ und Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio€ zusammen.

Vom Kaufpreis wurden 508 Mio€ dem Goodwill, 45 Mio€ den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 93 Mio€ dem Nettovermögen zugewiesen. Die Berliner Bank wurde dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	190	–	190
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	808	–	808
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	1.945	–	1.945
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.443	– 28	2.415
Goodwill	–	508	508
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	45	45
Übrige Vermögenswerte	18	2	20
Summe der Aktiva	5.404	527	5.931
Passiva:			
Einlagen	5.107	–	5.107
Übrige Verbindlichkeiten	133	45	178
Summe der Verbindlichkeiten	5.240	45	5.285
Nettovermögen	164	482	646
Summe der Passiva	5.404	527	5.931

Nach der Akquisition entfielen auf die Berliner Bank für 2007 Erträge von 251 Mio€ und ein Gewinn nach Steuern von 35 Mio€.

Mortgage IT Holdings, Inc.

Am 2. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von 100 % an der MortgageIT Holdings, Inc. („MortgageIT“) für einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis von insgesamt 326 Mio€ ab. Vom Kaufpreis wurden 149 Mio€ dem Goodwill und 177 Mio€ dem Nettovermögen zugewiesen. MortgageIT, ein Real Estate Investment Trust („REIT“) in den Vereinigten Staaten, wurde dem Unternehmensbereich CB&S zugeordnet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	29	–	29
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	5.854	– 5	5.849
Goodwill	9	140	149
Übrige Vermögenswerte	160	– 7	153
Summe der Aktiva	6.052	128	6.180
Passiva:			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	3.390	–	3.390
Sonstige Passiva	2.349	10	2.359
Übrige Verbindlichkeiten	95	10	105
Summe der Verbindlichkeiten	5.834	20	5.854
Nettovermögen	218	108	326
Summe der Passiva	6.052	128	6.180

Im Anschluss an die Akquisition wurden für MortgageIT für 2007 negative Erträge von 38 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 212 Mio € ausgewiesen.

Abbey Life Assurance Company Limited

Am 1. Oktober 2007 schloss der Konzern die Akquisition von 100 % an Abbey Life Assurance Company Limited („Abbey Life“) für einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 1.412 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 12 Mio € ab. Vom Kaufpreis wurden 512 Mio € dem Nettovermögen und 912 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten zugewiesen. Diese ermittelten immateriellen Vermögenswerte entsprechen dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme aus den bei dem Unternehmenszusammenschluss erworbenen langfristigen Versicherungs- und Investmentverträgen (Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts, „VOBA“). Abbey Life ist eine britische Lebensversicherungsgesellschaft, die seit dem Jahr 2000 kein Neugeschäft mehr abschließt. Das Portfolio umfasst vorwiegend fondsgebundene Lebens- und Rentenpolicen sowie Rentenversicherungen. Abbey Life ist Bestandteil des Unternehmensbereichs CB&S. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	232	–	232
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	14.145	–	14.145
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.261	–	2.261
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	912	912
Übrige Vermögenswerte	1.317	– 1	1.316
Summe der Aktiva	17.955	911	18.866
Passiva:			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	10.387	–	10.387
Rückstellungen für das Versicherungsgeschäft	6.339	–	6.339
Übrige Verbindlichkeiten	246	318	564
Summe der Verbindlichkeiten	16.972	318	17.290
Nettovermögen ¹	983	593	1.576
Summe der Passiva	17.955	911	18.866

1 Enthält Minderheitsanteile in Höhe von 152 Mio €.

Im Anschluss an die Akquisition und als Ergebnis der im Berichtsjahr abgeschlossenen Kaufpreisallokation wurde das erworbene Nettovermögen zugunsten des VOBA um 5 Mio € reduziert, was zu einem Nettovermögen von 507 Mio € und einem VOBA von 917 Mio € führte. Nach der Akquisition entfielen im Jahr 2007 auf Abbey Life Erträge in Höhe von 53 Mio € und ein Gewinn nach Steuern von 26 Mio €.

Sonstige im Jahr 2007 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2007 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Diese Transaktionen waren mit dem Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen zwischen 51 % und 100 % verbunden und umfassten einen Gesamtkaufpreis von 107 Mio € einschließlich Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio €.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	3	77	80
Goodwill	3	5	8
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	8	–	8
Übrige Vermögenswerte	91	50	141
Summe der Aktiva	105	132	237
Summe der Verbindlichkeiten	87	13	100
Nettovermögen	18	119	137
Summe der Passiva	105	132	237

Für diese Akquisitionen wies der Konzern für 2007 Erträge von 2 Mio € und ein Ergebnis von 1 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der in 2007 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Wären alle oben aufgeführten in 2007 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2007 wirksam gewesen, hätte der Konzern für 2007 daraus Erträge von 426 Mio € und ein negatives Ergebnis von 74 Mio € ausgewiesen.

Im Jahr 2006 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2006 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Die Übernahmen von United Financial Group, norisbank und Tilney Group Limited waren einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

United Financial Group

Mit Wirkung zum 27. Februar 2006 schloss der Konzern den Erwerb der restlichen 60 % an der United Financial Group („UFG“) ab, nachdem er bereits 2004 eine Beteiligung von 40 % an dem Unternehmen erworben hatte. Die Transaktion stärkt die Position des Konzerns als eine der führenden Investmentbanken in Russland. Die Kosten für die Akquisition der 60-prozentigen Beteiligung setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 189 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 2 Mio € zusammen. Weitere 82 Mio € der Kaufpreissumme wurden auf ein Treuhandkonto gezahlt und abgegrenzt, bis die aufschiebende Bedingung im Jahr 2008 erfüllt wurde. Von dem Gesamt-

kaufpreis wurden 122 Mio € dem Goodwill, 13 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 138 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. Die UFG wurde dem Unternehmensbereich CB&S zugeordnet.

Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	368	33	401
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	745	–	745
Goodwill	–	166	166
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	13	13
Übrige Vermögenswerte	1.227	– 1	1.226
Summe der Aktiva	2.340	211	2.551
Passiva:			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	728	–	728
Übrige Verbindlichkeiten	1.360	–	1.360
Summe der Verbindlichkeiten	2.088	–	2.088
Nettovermögen	252	211	463
Summe der Passiva	2.340	211	2.551

Nach der Akquisition entfielen auf die UFG für 2006 Erträge von 171 Mio € und ein Gewinn nach Steuern von 95 Mio €.

[norisbank](#)

Am 2. November 2006 schloss der Konzern die Akquisition des Filialgeschäfts der zur DZ Bank-Gruppe gehörenden norisbank sowie der Marke „norisbank“ ab. Die Übernahme, mit welcher der Konzern seine starke Stellung im deutschen Konsumentenkreditgeschäft weiter ausbaut, erfolgte durch den Erwerb der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Form einer unmittelbaren Fusion zwischen dem erworbenen und dem erwerbenden Unternehmen. Die fusionierte Einheit firmiert unter dem Namen norisbank. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 414 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio € zusammen. Der Kaufpreis basierte auf einem Preisanpassungsmechanismus, der im Laufe des Jahres 2008 festzulegen war. Von dem Kaufpreis wurden 230 Mio € dem Goodwill, 80 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 105 Mio € dem Nettovermögen zugeordnet. Die norisbank wurde dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert des erwerbenden Unternehmens	Zum Fair Value übernommene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	28	–	28
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	402	– 89	313
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	–	1.641	1.641
Goodwill	–	230	230
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	4	80	84
Übrige Vermögenswerte	3	4	7
Summe der Aktiva	437	1.866	2.303
Passiva:			
Einlagen	–	1.417	1.417
Übrige Verbindlichkeiten	–	449	449
Summe der Verbindlichkeiten	–	1.866	1.866
Nettovermögen	437	–	437
Summe der Passiva	437	1.866	2.303

Im Anschluss an die Akquisition wurde der Kaufpreis einschließlich Anschaffungsnebenkosten aufgrund von Preis Anpassungen und weiterer Übernahmekosten abschließend auf 417 Mio € geändert. Aus der geänderten Kaufpreisallokation wurden 222 Mio € dem Goodwill, 82 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 113 Mio € dem Nettovermögen zugeordnet. Nach der Akquisition entfielen auf die norisbank für 2006 Erträge von 30 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 5 Mio €.

Tilney Group Limited

Am 14. Dezember 2006 schloss der Konzern die Akquisition einer 100-prozentigen Beteiligung an dem britischen Vermögensverwalter Tilney Group Limited („Tilney“) als Teil einer strategischen Initiative zur Stärkung der Präsenz im britischen Private-Wealth-Management-Markt ab. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einer Barvergütung von 317 Mio €, einem Schuldscheindarlehen in Höhe von 11 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 5 Mio € zusammen. Weitere 46 Mio € der Kaufpreissumme wurden abgegrenzt und unter der Bedingung gezahlt, dass das Geschäftsergebnis der erworbenen Einheiten in den darauffolgenden drei Jahren bestimmte Zielwerte übertrifft. Die Allokation des Kaufpreises führte zu einem Goodwill von 419 Mio €, sonstigen immateriellen Vermögenswerten von 97 Mio € und Nettoverbindlichkeiten von 137 Mio €. Tilney wurde dem Geschäftsbereich PWM zugeordnet.

Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	47	–	47
Goodwill	163	256	419
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	97	97
Übrige Vermögenswerte	36	2	38
Summe der Aktiva	246	355	601
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	143	8	151
Übrige Verbindlichkeiten	46	25	71
Summe der Verbindlichkeiten	189	33	222
Nettovermögen	57	322	379
Summe der Passiva	246	355	601

Im Anschluss an die Akquisition und bis zum 31. Dezember 2007 führte eine Anpassung des Kaufpreises zur Rückzahlung von weniger als 1 Mio € und zu einer entsprechenden Anpassung des Goodwill. Nach der Akquisition entfielen auf Tilney für 2006 Erträge in Höhe von 3 Mio € und ein Verlust nach Steuern von weniger als 1 Mio €.

Sonstige im Jahr 2006 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2006 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Diese Transaktionen waren mit dem Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen zwischen 60 % und 100 % für einen Gesamtkaufpreis von 168 Mio € einschließlich Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio € verbunden. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	63	–	63
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	1	–	1
Goodwill	33	5	38
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	8	8
Übrige Vermögenswerte	378	–	378
Summe der Aktiva	475	13	488
Summe der Verbindlichkeiten	288	8	296
Nettovermögen	187	5	192
Summe der Passiva	475	13	488

Für diese Akquisitionen wies der Konzern für 2006 Erträge von 58 Mio € und ein Ergebnis von 47 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der in 2006 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Wären die oben aufgeführten im Jahr 2006 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2006 wirksam gewesen, hätte der Konzern für 2006 daraus Erträge von 396 Mio € und ein Ergebnis von 85 Mio € ausgewiesen.

Veräußerungen

In den Geschäftsjahren 2008, 2007 und 2006 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/Geschäftseinheiten. Eine Liste und weitere Einzelheiten zu diesen Veräußerungen finden sich in Note [2]. Der gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenwert belief sich in den Jahren 2008, 2007 und 2006 auf 182 Mio €, 375 Mio € beziehungsweise 544 Mio €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2008	2007	2006
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	66	52	107
Übrige Vermögenswerte	4.079	885	2.810
Summe der veräußerten Aktiva	4.145	937	2.917
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	3.490	463	1.958

[35] Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen, Risiken des Konzernobligos zu steuern und abzusichern sowie um Erträge im Eigenhandel zu generieren.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Note [1] beschrieben sind, werden alle Derivate zum Marktwert bilanziert, gleichgültig, ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Derivate

Verkaufs- und Handelsaktivitäten

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Handelsaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um ihnen zu ermöglichen, gegenwärtige oder zukünftige Risiken zu übernehmen, zu übertragen, zu modifizieren oder zu reduzieren. Die Handelsaktivitäten umfassen Marktpflege- und Arbitrageaktivitäten sowie das Eingehen von Eigenhandelspositionen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften. Durch Eingehen von Eigenhandelspositionen steuert der Konzern seine Risikopositionen in der Erwartung, von günstigen Entwicklungen der Preise, Zinsen oder Indizes zu profitieren. Bei Arbitrageaktivitäten werden Preisabweichungen zwischen Märkten und Produkten ermittelt, um daraus Gewinne zu erzielen.

Risikomanagement

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Kredit- und Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer

Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Derivative, die die Anforderungen an Hedge Accounting erfüllen

Für Derivate, für die die in Note [1] beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern Hedge Accounting an.

Fair Value Hedges

Der Konzern wendet Fair Value Hedge Accounting mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des Fair Value festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Fair Value Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2008	Passiva 2008	Aktiva 2007	Passiva 2007
Derivate als Sicherungsinstrumente in Fair Value Hedges	8.441	3.142	2.323	961

Im Geschäftsjahr 2008 wies der Konzern einen Gewinn von 4,1 Mrd € (2007: Gewinn in Höhe von 147 Mio €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum belief sich der Verlust aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, auf 3,8 Mrd € (2007: Verlust von 213 Mio €).

Cash Flow Hedges

Der Konzern sichert die Zahlungsströme über Terminkontrakte auf Aktien, Zinsswaps und Devisentermingeschäfte ab, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Aktienindizes, Zinssätzen und Wechselkursen zu schützen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Cash Flow Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2008	Passiva 2008	Aktiva 2007	Passiva 2007
Derivate als Sicherungsinstrumente in Cash Flow Hedges	12	355	14	–

Die folgende Tabelle zeigt, in welchen Berichtszeiträumen mit dem Auftreten der abgesicherten Cashflows gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden.

in Mio €	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2008				
Cashflow aus Aktiva	120	96	84	138
Cashflow aus Passiva	– 71	– 38	– 49	– 304
Nettocashflow	49	58	35	– 166
Zum 31. Dezember 2007				
Cashflow aus Aktiva	56	163	80	129
Cashflow aus Passiva	– 2	– 57	– 5	– 3
Nettocashflow	54	106	75	126

Diese erwarteten zukünftigen Zahlungsströme stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit den zwei größten Hedgeprogrammen des Konzerns.

Zum einen nutzt Maher Terminals LLC, ein konsolidiertes Tochterunternehmen, ein befristetes Anleiheprogramm, um sein Infrastrukturportfolio zu finanzieren. Im Rahmen dieses Programms hängen zukünftige Zinszahlungen von Änderungen variabler Geldmarktzinssätze ab. Um die Volatilität dieser hochgradig wahrscheinlichen zukünftigen Cashflows abzusichern und die Finanzierungskosten mit den erwarteten Erträgen in Einklang zu bringen, hat Maher Terminals LLC eine Reihe von befristeten Swaps abgeschlossen, bei denen Maher Terminals LLC fest vereinbarte Zinsen zahlt.

Zum anderen wird unter den Bestimmungen der fondsgebundenen Verträge, die von Abbey Life Assurance Company Limited abgeschlossen wurden, den Versicherungsnehmern eine jährliche Managementgebühr belastet, welche als Prozentanteil des verwalteten Vermögens ausgedrückt wird. Der Konzern ist, um sich gegen die Volatilität dieser hochgradig wahrscheinlichen Zahlungsströme der Managementgebühren abzusichern, 3-Monats-rollierende FTSE-Future-Kontrakte eingegangen. Andere Cashflow-Hedge-Programme nutzen Zinsswaps und FX Forwards als Sicherungsinstrumente.

Im Geschäftsjahr 2008 wies der Konzern einen Saldo von minus 342 Mio € (2007: minus 79 Mio €) im Zusammenhang mit Cash Flow Hedges im Eigenkapital aus. Von diesen Beträgen gehen im Jahr 2008 minus 56 Mio € (2007: minus 67 Mio €) auf bereits beendete Programme zurück. Diese Beträge werden zu gegebener Zeit erfolgswirksam aufgelöst.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde ein Verlust von 265 Mio € (2007: Verlust von 19 Mio €) wegen effektiver Cash Flow Hedges im Eigenkapital berücksichtigt. Es wurde ein Verlust von 2 Mio € (2007: Verlust von 13 Mio €) vom Eigenkapital in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung überführt sowie ein Gewinn von 27 Mio € (2007: Verlust von 3 Mio €) wegen Hedgeineffektivität erfolgswirksam erfasst.

Mit Stand vom 31. Dezember 2008 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2027 fällig.

Net Investment Hedges

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft ab.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die zur Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2008	Passiva 2008	Aktiva 2007	Passiva 2007
Derivate als Sicherungsinstrumente in Net Investment Hedges	1.081	1.220	146	109

Im Geschäftsjahr 2008 wies der Konzern Verluste von 151 Mio € (2007: Verluste von 72 Mio €) aus Hedgeineffektivität aus.

[36] Aufsichtsrechtliches Kapital

Kapitalmanagement

Treasury verantwortet das konzernweite sowie das lokale Kapitalmanagement. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf die Rentabilität und den Shareholder Value des Konzerns aufweisen. Aus diesem Grund ordnet Treasury den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert die Kapitalstrategie des Konzerns, die vom Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Es ist Ziel des Konzerns, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalbedarf und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Bedarf an Kapital unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital. Im Oktober 2008 wurde die Zielgröße für die Tier-1-Kapitalquote auf etwa 10 % angehoben. Der Zielkorridor lag zu Jahresbeginn bei 8 % bis 9 %.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung des Finanzierungsplans des Konzerns und ähnliche Ressourcenfragen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften des Konzerns abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten Tochtergesellschaften des Konzerns unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität des Konzerns werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Die ordentliche Hauptversammlung 2007 erteilte dem Konzernvorstand die Ermächtigung, bis zu 52,6 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2008 zurückzukaufen. Auf Basis dieser Ermächtigung wurde das Aktienrückkaufprogramm 2007/08 im Mai 2007 gestartet und im Mai 2008 abgeschlossen, in dem eine neue Ermächtigung erteilt wurde.

In diesem Zeitraum wurden insgesamt 7,2 Millionen Aktien zurückgekauft (6,33 Millionen in 2007 und 0,82 Millionen in 2008), davon wurden 4,1 Millionen Aktien (57 %) bis Ende Juni 2007 zurückgekauft. Mit Beginn der Krise im Juli 2007 wurde das Aktienrückkaufvolumen deutlich reduziert und zwischen Juli 2007 und Mai 2008 wurden lediglich 3,1 Millionen Aktien zurückgekauft.

Die ordentliche Hauptversammlung 2008 erteilte dem Konzernvorstand die Ermächtigung, bis zu 53,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2009 zurückzukaufen. Bis zum Jahresende 2008 wurden keine Aktien im Rahmen dieser Ermächtigung zurückgekauft.

Im September 2008 hat der Konzern 40 Millionen neue auf den Namen lautende Stückaktien im Wege des sogenannten beschleunigten Bookbuildingverfahrens bei institutionellen Anlegern platziert. Der Platzierungspreis betrug 55 € je Aktie. Der Bruttoemissionserlös belief sich auf insgesamt 2,2 Mrd €. Die Kapitalerhöhung diente der Abdeckung

der Kapitalanforderungen für den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG von der Deutschen Post AG.

Das Kapitalmanagement umfasste den Verkauf von 16,3 Millionen Eigener Aktien (etwa 2,9 % unseres Gezeichneten Kapitals) in den Monaten Oktober bis November 2008.

Im Geschäftsjahr 2007 hatten wir 2,0 Mrd US-\$ hybrides Tier-1-Kapital und 800 Mio US-\$ sowie 200 Mio € Contingent Capital begeben. Im Geschäftsjahr 2008 haben wir Contingent Capital in Höhe von 1,0 Mrd € und 3,2 Mrd US-\$ begeben. Uns steht es frei, diese in 2008 emittierten Kapitalinstrumente in Form vorrangiger Anleihen oder nachrangiger Anleihen des Tier-2-Kapitals 1. Klasse in hybrides Tier-1-Kapital umzuwandeln. In 2008 haben wir 1,0 Mrd € und 4,0 Mrd US-\$ Contingent Capital in hybrides Tier-1-Kapital umgewandelt, wonach nur noch 200 Mio € in ihrer in 2007 begebenen Form bestehen. Das ausstehende hybride Tier-1-Kapital (ausschließlich nicht kumulative Vorzugsanteile, „Non-Cumulative Trust Preferred Securities“) belief sich am 31. Dezember 2008 auf insgesamt 9,6 Mrd €, verglichen mit 5,6 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

Kapitaladäquanz

Seit 2008 berechnet und veröffentlicht der Deutsche Bank-Konzern Kapitalquoten auf Konzernebene gemäß dem überarbeiteten Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004 („Basel II“), das im Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2007 hat die Deutsche Bank Kapitalquoten auf Konzernebene gemäß dem Basel I-Regelwerk veröffentlicht, die somit keine vergleichbare Basis darstellen.

Das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank, auch Eigenmittel genannt, wird in drei Komponenten unterteilt: Tier-1-Kapital, Tier-2-Kapital und Tier-3-Kapital – und die Summe aus Tier-1-Kapital und Tier-2-Kapital wird auch Haftendes Eigenkapital genannt.

- Das Tier-1-Kapital besteht in erster Linie aus dem Gezeichneten Kapital (ausgenommen kumulative Vorzugsaktien), den Kapital- und Gewinnrücklagen sowie hybriden Kapitalbestandteilen wie zum Beispiel nicht kumulative Vorzugsanteile, abzüglich Goodwill und sonstiger immaterieller Vermögenswerte sowie anderer Abzugsposten wie Eigene Aktien im Bestand.
- Das Tier-2-Kapital umfasst in erster Linie kumulative Vorzugsaktien, kumulative Vorzugsanteile („Cumulative Trust Preferred Securities“), langfristige nachrangige Verbindlichkeiten, teilweise unrealisierte Gewinne aus börsennotierten Wertpapieren sowie den Betrag, um den die Wertanpassungen und Rückstellungen für Engagements in Bezug auf Zentralregierungen, Institute und Unternehmen sowie Kredite an Privatkunden und kleine Unternehmen (Retail Exposures), die auf der Basis des Internal Rating Based Approach („IRBA“) der Bank berechnet wurden, die erwarteten Verluste solcher Engagements übersteigt. Bestimmte Posten müssen vom Tier-1- und Tier-2-Kapital in Abzug gebracht werden. Diese umfassen in erster Linie Kapitalkomponenten, die der Konzern anderen Finanzinstituten oder Unternehmen bereitgestellt hat, die nicht konsolidiert werden, an denen der Konzern jedoch einen Kapitalanteil von mehr als 10 % hält. Ebenso enthalten sind der Betrag, um den der erwartete Verlust für Engagements in Bezug auf Zentralregierungen, Institute und Unternehmen sowie Retail Exposures, die auf der Basis des IRBA der Bank berechnet wurden, die Wertanpassungen und Rückstellungen für solche Engagements übersteigen, die erwarteten Verluste für bestimmte Beteiligungspositionen („Equity Exposures“), Verbriefungspositionen, denen die Solvabilitätsverordnung ein Risikogewicht von 1,250 % zuweist und die bei der Berechnung der

risikogewichteten Verbriefungspositionen und dem Wert der an eine Gegenpartei gelieferten Wertpapiere nicht berücksichtigt wurden, zuzüglich eventueller Wiederbeschaffungskosten, sofern die von der Gegenpartei geforderte Zahlung nicht innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Lieferung geleistet und die Transaktion dem Handelsbuch der Bank zugewiesen wurde.

- Das Tier-3-Kapital besteht überwiegend aus kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und darf nur zur Unterlegung von Marktpreisrisiken verwendet werden. Banken dürfen zur Unterlegung von Marktrisiken auch Tier-1- und Tier-2-Kapital verwenden, das den Mindestbedarf zur Unterlegung von Kreditrisiken überschreitet.

Nachrangige Verbindlichkeiten können nur in Höhe von maximal 50 % des Tier-1-Kapitals als Tier-2-Kapital angerechnet werden. Das gesamte Tier-2-Kapital ist auf 100 % des Tier-1-Kapitals begrenzt. Das Tier-3-Kapital ist begrenzt auf 250 % des nicht zur Unterlegung von Adressenausfallrisiken benötigten Tier-1-Kapitals. Die Mindesteigenmittelquote (Tier-1 + Tier-2 + Tier-3) beträgt 8 % der Risikoposition. Die Mindest-Tier-1-Kapitalquote beträgt 4 % der Positionen für Kreditrisiken und operationelle Risiken und 2,29 % der Marktrisikoposition. Die Mindest-Tier-1-Kapitalquote für die gesamte Risikoposition hängt daher vom gewichteten Durchschnitt der Positionen für Kreditrisiken, operationelle Risiken und für Marktrisiken ab.

Die Tier-1-Kapitalquote ist die zentrale Messgröße für die Kapitaladäquanz international tätiger Banken. Mit dieser im Basel II-Regelwerk definierten Quote wird das Tier-1-Kapital einer Bank ins Verhältnis zu ihren Kredit-, Markt- und operationellen Risiken (im Konzern insgesamt als „Risikoposition“ bezeichnet) gesetzt. Bei der Berechnung der Risikoposition verwendet der Konzern für alle drei Risikoarten interne, von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte Modelle. Mehr als 90 % der Engagements des Konzerns, die sich auf bilanzwirksame und bilanzunwirksame Kreditrisiken beziehen, werden mithilfe eines internen Ratingmodells im Rahmen des sogenannten fortgeschrittenen Internal Rating Based Approach („Advanced IRBA“) bewertet. Die Marktrisikokomponente des Konzerns ist ein Mehrfaches des ermittelten Value-at-Risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage der konzerninternen Modelle berechnet wird. Diese Modelle wurden von der BaFin zur Berechnung der Marktrisikokomponente der Risikoposition der Bank anerkannt.

Hauptsächlich durch die zuvor genannten Abzugsbeträge vom Tier-1- und Tier-2-Kapital hatte die Einführung von Basel II negative Auswirkungen auf das aufsichtsrechtliche Kapital. Wertanpassungen und Rückstellungen sind unter Basel II kein separater Bestandteil des aufsichtsrechtlichen Kapitals, da Wertberichtigungen nunmehr bei der Ermittlung der Abzugsposten berücksichtigt werden. Infolge der Anwendung des Advanced IRBA reduzierte sich die Kreditrisikoposition des Konzerns, was die Einführung des Operationellen Risikos als neue Risikoklasse mehr als ausglich.

Die beiden folgenden Tabellen geben einen Überblick über das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Risikoposition des Konzerns. Zahlenangaben für 2008 basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel II), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die Beträge für 2007 basieren auf dem Basel I-Standard und sind daher auf einer nicht vergleichbaren Basis berechnet.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2008	31.12.2007
	Basel II	Basel I
Kreditrisiken	247.611	314.845
Marktrisiko ¹	23.496	13.973
Operationelles Risiko	36.625	N/A
Risikoposition insgesamt	307.732	328.818
Tier-1-Kapital	31.094	28.320
Tier-2-Kapital	6.302	9.729
Nutzbares Tier-3-Kapital	–	–
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	37.396	38.049
Tier-1-Kapitalquote	10,1 %	8,6 %
Eigenmittelquote	12,2 %	11,6 %
Durchschnittliches Active Book Equity	32.079	30.093

N/A – nicht anwendbar

¹ Ein Vielfaches des Value-at-Risk des Konzerns, mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen.

Am 31. Dezember 2008 lag die Eigenmittelquote des Konzerns mit 12,2 % deutlich über der geforderten Mindesteigenmittelquote von 8 %.

Das Tier-1-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2008 bei 31,1 Mrd € und am 31. Dezember 2007 bei 28,3 Mrd €. Die Tier-1-Kapitalquote betrug 10,1 % am 31. Dezember 2008 (und überstieg die Zielquote des Konzerns von 10 %) sowie 8,6 % am 31. Dezember 2007 (innerhalb des damaligen Zielkorridors des Konzerns von 8 bis 9 %).

Das Tier-2-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2008 bei 6,3 Mrd € und am 31. Dezember 2007 bei 9,7 Mrd €. Dies entspricht 20 % beziehungsweise 34 % des Tier-1-Kapitals.

Das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung verlangen, dass der Konzern seine Marktpreisrisiken zum 31. Dezember 2008 mit aufsichtsrechtlichem Kapital (Tier-1 + Tier-2 + Tier-3) in Höhe von 1.880 Mio € unterlegt (31. Dezember 2007: 1.118 Mio €). Der Konzern hat diese Anforderung vollständig mit Tier-1- und Tier-2-Kapital erfüllt, das für die Mindestabdeckung des Kredit- und Operationellen Risikos nicht erforderlich ist.

In der nachstehenden Tabelle sind die Komponenten des Tier-1- und Tier-2-Kapitals der für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Gesellschaften zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007 aufgeführt.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007 ¹
	Basel II	Basel I
Tier-1-Kapital:		
Stammaktien	1.461	1.358
Kapitalrücklage	14.961	15.808
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Minderheitsanteile	16.724	17.717
Nicht kumulative Vorzugsaktien	9.622	5.602
Vollständig vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten ² (unter anderem Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	- 10.125	- 12.165
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten ³	- 1.549	N/A
Tier-1-Kapital insgesamt	31.094	28.320
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren ² (45 % angerechnet)	-	1.472
Sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken	N/A	358
Kumulative Vorzugsaktien	300	841
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	7.551	7.058
Teilweise vom Tier-2-Kapital in Abzug gebrachte Posten ³	- 1.549	N/A
Tier-2-Kapital insgesamt	6.302	9.729

N/A – nicht anwendbar

1 In den Vergleichszahlen für 2007 wurden die in Note [1] beschriebenen nachträglichen Änderungen nicht berücksichtigt. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen läge das aufsichtsrechtliche Kapital um 849 Mio € höher.

2 Netto unrealisierte Gewinne und Verluste von gelisteten Schuldverschreibungen wie für aufsichtsrechtliche Zwecke zu bestimmen waren negativ zum Jahresende 2008 (minus 108 Mio €) und wurden vollständig vom Tier-1-Kapital in Abzug gebracht.

3 Gemäß § 10 Absatz 6 und § 10 Absatz 6a KWG in Verbindung mit § 10a KWG.

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im oben erwähnten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, wir nutzen diese Übergangsregelung jedoch für die Meldung unserer Kapitaladäquanzquote an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Am 31. Dezember 2008 betrug der Übergangsposten 971 Mio €. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke in Deutschland wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Gesamtrisikoposition um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich am 31. Dezember 2008 unsere gemeldete Tier-1-Kapitalquote und unsere Eigenmittelquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 10,4 % beziehungsweise 12,4 %.

Zu den für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Gesellschaften zählen gemäß Kreditwesengesetz alle Tochtergesellschaften, die als Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Kapitalanlagegesellschaften, Finanzunternehmen sowie Anbieter von Nebendienstleistungen einzustufen sind. Davon ausgenommen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

Bei Finanzkonglomeraten werden Versicherungsgesellschaften jedoch in die Berechnung der Kapitaladäquanz einbezogen. Der Konzern ist nach der Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 von der BaFin als Finanzkonglomerat eingestuft worden. Die Solvabilitätsspanne des Konzerns als Finanzkonglomerat wird weiterhin von den Bankaktivitäten des Konzerns dominiert.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin oder anderer Aufsichtsbehörden nach sich ziehen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des Konzerns haben. Der Deutsche Bank-Konzern hat 2008 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten.

[37] Risikoangaben

Der Konzern verfügt über eine dedizierte und integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion, die unabhängig von den Konzernbereichen ist. Der Konzern steuert die Risiken und das Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die genau auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche abgestimmt sind. Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im Konzern. Innerhalb des Vorstands ist der Chief Risk Officer verantwortlich für das Risikomanagement der Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts-, Rechts-, Reputations- und operationellen Risiken sowie für die Kapitalmanagementaktivitäten des Konzerns. Der Aufsichtsrat überprüft das Risiko- und Kapitalprofil in regelmäßigen Zeitabständen.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht im Zusammenhang mit allen Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden gemeinsam „Geschäftspartner“ genannt) ergeben.

Es werden drei Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- Ausfallrisiko ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
- Länderrisiko ist das Risiko, dass dem Konzern in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht – eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Im Länderrisiko ist das Transferisiko enthalten. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.
- Abwicklungsrisiko ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.

Der Konzern steuert Kreditrisiken in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Bank. Das gilt auch für komplexe Produkte, die der Konzern üblicherweise innerhalb eines Rahmenwerks für Handelsengagements steuert. Das Kreditrisikomanagement des Konzerns baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

- In allen Konzernbereichen werden einheitliche Standards für die jeweiligen Kreditentscheidungen angewandt.
- Die Genehmigung von Kreditlimiten für Geschäftspartner und die Steuerung der einzelnen Kreditengagements des Konzerns müssen im Rahmen der Portfoliorichtlinien und Kreditstrategien erfolgen.
- Jede Kreditgewährung und jegliche wesentliche Veränderung einer Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene.

- Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Die Kreditengagements des Konzerns gegenüber einer Kreditnehmergruppe werden auf weltweit konsolidierter Basis erfasst. Als „Kreditnehmergruppe“ wird eine Gruppe von Kreditnehmern definiert, die durch mindestens ein vom Konzern festgelegtes Kriterium wie Kapitalbeteiligung, Stimmrechte, offensichtliche Kontrollausübung oder andere Indizien einer Konzernzugehörigkeit miteinander verbunden sind oder die gesamtschuldnerisch für sämtliche oder wesentliche Teile der vom Konzern gewährten Kredite haften.

Kreditrisikoeinstufung

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Bei der Beurteilung des Risikos werden sowohl die Bonität des Geschäftspartners als auch die für die Kreditfazilität oder das Kreditengagement relevanten Risiken berücksichtigt. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kreditkompetenz, die zur Ausreichung beziehungsweise Verlängerung oder wesentlichen Veränderung des Kredits notwendig ist, und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Der Konzern verfügt über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und eine Ratingskala zur Beurteilung der Bonität aller Geschäftspartner. Die 26-stufige Ratingskala des Konzerns ist mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, das auf der Basis statistischer Analysen historischer Ausfälle der Konzernportfolios gebildet wurde. Mit dieser Skala wird eine Vergleichbarkeit der internen Ratings mit der Marktpraxis und eine Vergleichbarkeit der verschiedenen Unterportfolios des Konzerns ermöglicht. Einige Ausfallratings ermöglichen es uns auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen Engagements auszudrücken.

Die Kreditengagements werden generell einzeln bewertet. Bei der Ermittlung seiner internen Risikoeinstufungen vergleicht der Konzern seine Einschätzungen nach Möglichkeit mit den Risikoratings seiner Geschäftspartner, die von führenden internationalen Ratingagenturen vergeben wurden.

Kreditlimite

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die der Konzern bereit ist, für bestimmte Zeiträume einzugehen. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren.

Überwachung des Ausfallrisikos

Die Kreditengagements des Konzerns werden mithilfe diverser Risikomanagementinstrumente ständig überwacht. Darüber hinaus stehen Verfahren zur Verfügung, mit denen der Konzern versucht, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Ausfallrisiko ausgesetzt sind. Der Konzern ist bestrebt, Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung konzerneigener Risikomanagementinstrumente potenzielle Probleme erkannt werden, frühzeitig zu identifizieren, damit der Konzern das Kreditengagement effektiv steuern und die Rückflüsse maximieren kann. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Problemkredite ist ein Grundprinzip der Kreditkultur des Konzerns und soll sicherstellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird. Wenn der Konzern Geschäftspartner identifiziert, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die entsprechenden Engagements auf eine „Watchlist“ gesetzt.

Maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle zeigt das maximale Kreditrisiko des Konzerns ohne Berücksichtigung etwaiger gehaltener Sicherheiten oder sonstiger Kreditverbesserungen (Credit Enhancements), die nicht für eine Verrechnung in der Bilanz des Konzerns infrage kommen.

in Mio € ¹	31.12.2008	31.12.2007
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	9.826	7.457
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	64.739	21.615
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	9.267	13.597
Forderungen aus Wertpapierleihen	35.022	55.961
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	1.579.648	1.247.165
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	19.194	32.850
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	271.219	200.597
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	78.957	84.761
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ³	48.815	49.905
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ³	104.077	128.511
Maximales Kreditrisiko	2.220.764	1.842.419

1 Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

2 Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

3 Finanzgarantien, sonstige kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum Fair Value bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

Gehaltene Sicherheiten

Der Konzern vereinbart in Kreditverträgen mit Kreditnehmern regelmäßig das Stellen von Sicherheiten. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem sie das Ausfallrisiko des Kreditnehmers abdecken oder bei Ausfällen die Rückflüsse optimieren. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, mindern oder kompensieren sie nicht eine fragwürdige Reputation eines Kreditnehmers oder eine fragwürdige Struktur.

Der Konzern unterteilt die erhaltenen Sicherheiten in zwei Kategorien:

- Finanzielle Sicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers abdecken, seine Verpflichtungen unter dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die als solche von Dritten bereitgestellt werden. In diese Kategorie fallen in der Regel Akkreditive, Versicherungsverträge, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.
- Physische Sicherheiten, die es dem Konzern ermöglichen, das gesamte oder Teile des ausstehenden Engagements zu vereinnahmen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptleistungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören üblicherweise Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Bestände, Sachmittel (Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.

Zusätzlich steuert der Konzern aktiv das Kreditrisiko seiner Kredite und ausleihebezogenen Zusagen. Eine spezialisierte Einheit innerhalb des Konzerns, die Loan Exposure Management Group, konzentriert sich auf die zwei folgenden Initiativen, die darauf abzielen, die Risikomanagementdisziplin zu verbessern, die Rendite zu steigern und das Kapital effizienter einzusetzen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb des Kreditportfolios sowie
- aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie Kreditverkäufen, Verbriefung von Kreditforderungen mittels besicherter Kreditverbriefungen, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio Credit Default Swaps.

Um sein derivatebezogenes Kreditrisiko besser steuern zu können, geht der Konzern Sicherheitenvereinbarungen ein. Diese führen in der Regel zur Risikominderung durch die periodische (meist tägliche) Bewertung des betreffenden Portfolios beziehungsweise der besicherten Transaktionen sowie zur Kündigung des Rahmenvertrags, falls der Geschäftspartner einer Aufforderung zur Sicherheitenleistung nicht nachkommt.

Konzentration des Kreditrisikos

Erhebliche Konzentrationen des Kreditrisikos liegen vor, wenn der Konzern substantielle Engagements mit einer Vielzahl von Geschäftspartnern mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhält, im Rahmen derer diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, falls sich wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen ändern. Eine Konzentration des Kreditrisikos kann auch gegenüber einem einzelnen Geschäftspartner bestehen.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditrisikos verwendet der Konzern ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Kreditlimite beziehen sich auf Geschäftspartner, Länder, Produkte sowie sonstige Faktoren und legen die Obergrenzen für Kreditengagements fest.

Die größten Konzentrationen des Kreditrisikos im Zusammenhang mit Krediten bestehen gegenüber Westeuropa und Nordamerika, wobei ein bedeutender Anteil auf private Haushalte entfällt. Die Konzentration in Westeuropa liegt in erster Linie im Heimatmarkt Deutschland, der auch den Großteil des Immobilienfinanzierungsgeschäfts umfasst. Bei OTC-Derivaten bestehen die größten Konzentrationen ebenfalls in Westeuropa und Nordamerika mit einem signifikanten Anteil bei Banken und Versicherungen, überwiegend im Investment-Grade-Rating-Bereich.

Kreditqualität von Vermögenswerten

Die folgende Tabelle unterteilt mehrere der wesentlichen Firmenkreditengagementkategorien des Konzerns nach den Bonitätsklassen der Geschäftspartner. Für das derivatebezogene Kreditrisiko ist der Konzern üblicherweise bemüht, Rahmenverträge mit den Kunden abzuschließen (wie beispielsweise den Rahmenvertrag der International Swaps and Derivatives Association für Derivate). Mithilfe eines Rahmenvertrags können die Verbindlichkeiten sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatekontrakte genetert werden, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sodass eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt (sogenanntes „Close-out Netting“). Für Teile des Geschäfts mit Derivaten schließt der Konzern auch sogenannte Payment-Netting-Vereinbarungen ab, mit denen für sämtliche dieser Vereinbarung unterliegenden Transaktionen die fälligen Zahlungen

eines Tages in derselben Währung zur Verringerung des Kapitalausfallrisikos verrechnet werden. Für das Kreditrisiko aus OTC-Derivaten in der nachfolgenden Tabelle wurde das Netting nur dann angewandt, wenn der Konzern davon ausgeht, dass es für die jeweilige Rechtsprechung und Geschäftspartner anwendbar ist.

Firmenkreditengagement Kreditrisikoprofil nach Bonitätsklasse	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ³		Insgesamt	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
in Mio €										
AAA-AA	40.749	22.765	20.373	28.969	5.926	7.467	65.598	39.168	132.646	98.370
A	29.752	30.064	30.338	31.087	11.976	15.052	22.231	13.230	94.297	89.432
BBB	53.360	30.839	26.510	35.051	15.375	13.380	15.762	8.008	111.007	87.277
BB	44.132	26.590	19.657	25.316	10.239	9.146	13.009	7.945	87.037	68.996
B	10.458	6.628	5.276	7.431	4.412	4.252	3.898	2.370	24.044	20.681
CCC und schlechter	8.268	3.342	1.923	657	887	609	3.092	1.281	14.170	5.889
Insgesamt	186.719	120.228	104.077	128.511	48.815	49.905	123.590	72.002	463.201	370.646

1 Beinhaltet vor allem in der CCC-Kategorie und schlechter IFRS-wertgeminderte Kredite über 2,3 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 1,5 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2007 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

3 Beinhaltet den Effekt von Nettingrahmenverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte deutsche und ausländische Konsumentenkreditengagement.

in Mio €	Gesamtengagement	
	31.12.2008	31.12.2007
Konsumentenkreditengagement Deutschland:		
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	57.139	56.504
Immobilienfinanzierungen	15.047	14.489
	42.092	42.015
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	27.361	23.864
Konsumentenkreditengagement insgesamt¹	84.500	80.368

1 Beinhaltet IFRS-wertgeminderte Kredite im Umfang von 1,4 Mrd € zum 31. Dezember 2008 und 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2007.

Die folgende Tabelle liefert einen Überblick über nicht wertgeminderte notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung, das heißt neu verhandelte Kredite, die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Nicht wertgeminderte notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	80	43

Die nachstehende Tabelle unterteilt die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten nicht wertgeminderten Kredite nach Anzahl der überfälligen Tage.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Kredite, weniger als 30 Tage überfällig	8.345	8.644
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	1.308	1.511
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	939	502
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	407	333
Überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	10.999	10.990

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze bei ausstehenden Transaktionen –, die der Konzern zur Absicherung seiner überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite hält.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Finanzielle Sicherheiten	987	915
Physische Sicherheiten	3.222	3.724
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	4.209	4.639

Wertgeminderte Kredite

Der Konzern beurteilt Kredite unter IFRS als wertgemindert, wenn objektive Hinweise auf einen Wertminderungsverlust vorliegen. Während der Konzern die Wertminderung des Firmenkreditengagements einzeln ermittelt, werden kleinere standardisierte homogene Kredite als wertgemindert betrachtet, sobald der Kreditvertrag mit dem Kunden gekündigt wurde.

Die folgende Tabelle zeigt eine Aufteilung der wertgeminderten Kredite entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Einzel ermittelte wertgeminderte Kredite:		
Inländische Kunden	750	957
Ausländische Kunden	1.532	559
Einzel ermittelte wertgeminderte Kredite insgesamt	2.282	1.516
Kollektiv ermittelte wertgeminderte Kredite:		
Inländische Kunden	824	817
Ausländische Kunden	576	312
Kollektiv ermittelte wertgeminderte Kredite	1.400	1.129
Wertgeminderte Kredite insgesamt	3.682	2.645

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der vom Konzern zur Absicherung seiner wertgeminderten Kredite gehaltenen Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze analog dem Transaktionsvolumen.

in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Finanzielle Sicherheiten	18	26
Physische Sicherheiten	1.175	874
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für wertgeminderte Kredite insgesamt	1.193	899

Die nachstehende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten, die der Konzern während der Berichtsperiode in die Bilanz aufgenommen hat, indem er zur Risikominderung dienende Sicherheiten übernommen oder andere Kreditverbesserungen wie Garantien in Anspruch genommen hat.

in Mio €	2008	2007
Gewerbliche Immobilien	799	–
Private Immobilien	170	137
Sonstige	1.837	723
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	2.806	860

Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzt der Konzern übernommene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke.

Die 2008 übernommene Gewerbeimmobilie bezog sich auf einen einzelnen Schuldner und wurde von der Bank mittels Zwangsvollstreckung übernommen.

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen privaten Immobilien beinhalten nicht übernommene Sicherheiten infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß SIC-12 sowie IAS 27. Die Jahresendwerte, bezogen auf diese Trusts, beliefen sich auf 127 Mio € zum 31. Dezember 2008 und 396 Mio € zum 31. Dezember 2007.

Ein Großteil der übernommenen sonstigen Sicherheiten bezieht sich auf Reverse Repos, bei denen der Konzern festverzinsliche Wertpapiere als Sicherheit erhalten und anschließend den größten Teil dieser Sicherheiten zum Jahresende wieder veräußert hat.

Abwicklungsrisiko

Bei Handelsaktivitäten kann der Konzern zum Zeitpunkt der Geschäftsabwicklung Risiken ausgesetzt sein. Das Abwicklungsrisiko (Settlement Risk) ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von liquiden Mitteln, Wertpapieren beziehungsweise anderen Werten nicht nachkommt.

Für viele Transaktionsarten verringert der Konzern das Abwicklungsrisiko, indem er das Geschäft über eine Clearingstelle leitet, die als Vertreter beider Parteien operiert, und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, stellt die simultane Initialisierung der Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen aus der Transaktion die übliche Praxis unter Geschäftspartnern dar (Free Settlement). In solchen Fällen kann der Konzern eine Minderung des Abwicklungsrisikos anstreben, indem er bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingeht. Außerdem beteiligt sich der Konzern aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für im „Free Settlement“-Verfahren getätigte Geschäfte bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich: entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimits oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Der Konzern aggregiert Abwicklungsrisikolimits nicht mit anderen Kreditengagements für Kreditgenehmigungszwecke, berücksichtigt jedoch das gesamte Engagement bei der Überlegung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Staatliche Unterstützung

Im Rahmen seiner Geschäftsaktivitäten beantragt und erhält der Konzern regelmäßig staatliche Unterstützung in Form von Gewährleistungen von Exportversicherungen (Export Credit Agencies, (ECAs)). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Emerging Markets sowie in geringerem Maße in entwickelten Märkten ab, die in unserem Bereich Structured Trade & Export Finance entstehen. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und wurden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staats, in seinem Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen, die für mittel- und langfristige Finanzierungen zur Verfügung gestellt werden, sind relativ vergleichbar. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die meisten der ECAs innerhalb des von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelten Regelwerks agieren. Dieser sogenannte OECD-Konsensus als zwischenstaatliche Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten legt Richtgrößen fest, anhand derer ein fairer Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sichergestellt wird. Der Großteil der vom Konzern erhaltenen ECA-Gewährleistungen wurde von der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG vergeben, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist.

Bei bestimmten Finanzierungen erhält der Konzern auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen staatlichen Einrichtungen als Sicherheiten, um Finanzierungen zu unterstützen, die im Interesse der jeweiligen Regierungen liegen.

Marktrisiko

Nahezu alle Geschäfte des Konzerns unterliegen dem Risiko, dass Änderungen bei Marktpreisen und Kursen zu Gewinnen oder Verlusten führen. Der Konzern unterscheidet vier Arten von Marktrisiken:

- Zinsrisiken,
- Aktienkursrisiken,
- Währungsrisiken und
- Rohwarenpreisrisiken.

Zins- und Aktienkursrisiken bestehen jeweils aus zwei Komponenten. Das allgemeine Risiko beschreibt Wertänderungen aufgrund allgemeiner Marktbewegungen, während das spezifische Risiko emittentenbezogene Ursachen hat (einschließlich Credit-Spread-Risiken).

Der Konzern geht Marktrisiken sowohl bei Handels- als auch Nichthandelsgeschäften ein. Der Konzern übernimmt Risiken durch Market-making und das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in den entsprechenden Derivaten.

Grundkonzept des Marktrisikomanagements

Der Konzern nutzt eine Kombination aus Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital, um Marktrisiken zu steuern und Limite zu setzen.

Der Vorstand legt, unterstützt vom Market Risk Management als Teil der unabhängigen Legal, Risk & Capital-Funktion, ein konzernweites Value-at-Risk-Limit für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Konzernbereiche auf. Darunter werden die Limite auf die untergeordneten Geschäftssparten und Handelsportfolios sowie nach geografischen Regionen weiter aufgeteilt.

Zusätzlich zu den wichtigsten Value-at-Risk-Limiten für das Marktrisiko wendet der Konzern Stresstest-, Ökonomisches Kapital- und Sensitivitätslimite an. Der Konzern überwacht das Ausfallrisiko einzelner Emittenten von Unternehmensschuldverschreibungen in seinen Handelsbüchern anhand einer spezifischen Limitstruktur, die von dem Traded-Credit-Products-Team gesteuert wird. Darüber hinaus bestehen Marktwert- und Ausfallrisikolimiten für Bestandspositionen ausgewählter Geschäftseinheiten.

Der Value-at-Risk-Ausweis des Konzerns für die Handelsgeschäfte erfolgt auf Basis eines eigenen internen Value-at-Risk-Modells. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, das Value-at-Risk-Modell zur Berechnung des regulatorischen Kapitalbedarfs für das allgemeine und spezifische Marktrisiko genehmigt und die Modellgenehmigung wurde seitdem aufrechterhalten. Der Konzern analysiert beständig potenzielle Schwächen seines Value-at-Risk-Modells unter Zuhilfenahme statistischer Techniken wie Backtesting, bezieht aber auch Auffassungen von Risikoexperten ein. Verbesserungen werden an den Bestandteilen des Value-at-Risk-Modells vorgenommen, die sich auf Bereiche beziehen, in denen in jüngerer Vergangenheit Verluste aufgetreten sind.

Die Value-at-Risk-Angaben des Konzerns sind darauf ausgerichtet, eine einheitliche Darstellung des Marktrisikos sowohl für die interne Risikosteuerung als auch für die externe Offenlegung und für aufsichtsrechtliche Zwecke sicherzustellen. Das Value-at-Risk-Limit für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank lag Anfang 2008 bei 105 Mio €, wurde im Laufe des Jahres mehrfach angehoben und lag Ende 2008 bei 155 Mio € (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag, wie weiter unten beschrieben). Das Value-at-Risk-Limit für die Handelspositionen des Gesamtkonzerns betrug Anfang 2008 110 Mio €, wurde im Laufe des Jahres mehrfach angehoben und lag Ende 2008 bei 160 Mio € (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag). Die Erhöhung der Limite war erforderlich, um den Auswirkungen der beobachteten Marktdaten auf unsere Value-at-Risk-Berechnungen Rechnung zu tragen.

Die Berichterstattung über die Marktrisiken des Konzerns wird unabhängig von den Aktivitäten der Risikoübernahme durchgeführt. Die Marktrisikoinformationsdaten, die in der Value-at-Risk-Berechnung genutzten Informationen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung sowie die dazugehörigen Backtesting-Ergebnisse werden Market Risk Operations, das für das Marktrisikoreporting verantwortlich ist, vom Finanzbereich zur Verfügung gestellt.

Bewertung des Marktrisikos in Handelsportfolios

Der Value-at-Risk-Ansatz dient dazu, ein quantitatives Maß für die Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Dabei wird eine Schätzung des potenziellen künftigen Verlusts (bezogen auf den Marktwert) vorgenommen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird. Das Risikomaß Value-at-Risk ermöglicht es dem Konzern, ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anzuwenden. Es erlaubt auch einen Vergleich der Marktrisikoschätzungen über die Zeit und mit den tatsächlichen täglichen Handelsergebnissen.

Der Konzern berechnet den Value-at-Risk sowohl für interne als auch externe Meldezwecke mit einem Konfidenzniveau von 99 %. Für interne Meldezwecke wird eine Haltedauer von einem Tag zugrunde gelegt. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Das Value-at-Risk-Modell des Konzerns ist so konzipiert, dass die folgenden wesentlichen Risikofaktoren unter Annahme normaler Marktbedingungen berücksichtigt werden: Zinssätze (einschließlich Credit Spreads), Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios. Die statistischen Parameter, die für die Value-at-Risk-Berechnung erforderlich sind, werden auf Basis einer Beobachtungszeitreihe über die letzten 261 Handelstage (was mindestens einem Kalenderjahr entspricht) bestimmt, wobei jede Beobachtung gleich gewichtet wird. Die Value-at-Risk-Berechnungen erfolgen mithilfe des Monte Carlo-Simulationsverfahrens, wobei angenommen wird, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen.

Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzt der Konzern historisch beobachtete Korrelationen zwischen den verschiedenen allgemeinen Marktrisikofaktoren. Bei der Aggregation allgemeiner und spezifischer Marktrisiken wird hingegen angenommen, dass beide Risikokomponenten nahezu unkorreliert sind. Innerhalb der allgemeinen Marktrisiken verwendet der Konzern historisch beobachtete Korrelationen. Innerhalb der spezifischen Marktrisikokategorie werden entweder eine Nullkorrelation oder historisch beobachtete Korrelationen für ausgewählte Risiken verwendet.

Grenzen der konzerneigenen Risikomodelle

Der Konzern setzt sich dafür ein, die eigenen Marktrisikomodelle ständig weiterzuentwickeln und deutlich zu verfeinern mit dem Ziel, die während der Krise des Jahres 2008 hervorgetretenen Risiken besser abzubilden. Es werden beträchtliche Ressourcen für ihre Überprüfung und Verbesserung bereitgestellt.

Die Ergebnisse der Stresstests des Konzerns und die Abschätzungen für das Ökonomische Kapital sind in ihrer Aussagekraft zwangsläufig durch die Anzahl der Stresstests und durch die Tatsache limitiert, dass nicht alle „Downside“-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Obwohl die Risikomanager Worst-Case-Szenarien nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definieren, ist es dennoch möglich, dass der Verlust aus den Marktrisikopositionen größer ausfällt, als durch das Ökonomische Kapital abgeschätzt. Darüber hinaus überprüft und verbessert der Konzern die Stresstests fortwährend in dem Bemühen, sicherzustellen, dass die wesentlichen Risiken erfasst und mögliche extreme Marktveränderungen im Modell abgebildet werden.

Bei den Value-at-Risk-Analysen des Konzerns sollten ferner die Grenzen der zugrunde liegenden Methode nicht außer Acht gelassen werden und sie sollten nicht als der maximale Betrag angesehen werden, den der Konzern aus seinen Marktrisikopositionen verlieren kann. Insbesondere im Jahresverlauf 2008 sind viele dieser Beschränkungen offenkundig geworden, was zu der weiter unten erläuterten Zahl an Ausreißern geführt hat. So sollte der Value-at-Risk nicht als Maß für den Maximalverlust verstanden werden, der bei den Marktrisikopositionen auftreten kann. Zu den begrenzenden Faktoren der Value-at-Risk-Methode zählen:

- Die Verwendung historischer Daten als Grundlage für die Abschätzung zukünftiger Ereignisse kann dazu führen, dass nicht alle potenziellen Ereignisse erfasst werden, insbesondere solche, die ihrer Natur nach extrem sind.
- Die Annahme, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung folgen, kann sich im konkreten Fall als nicht zutreffend erweisen und zu einer Unterschätzung der Wahrscheinlichkeit von extremen Marktbewegungen führen.
- Die verwendeten Korrelationsannahmen können sich als nicht zutreffend erweisen, insbesondere während extremer Marktbewegungen.
- Die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag (beziehungsweise zehn Tagen für aufsichtsrechtliche Value-at-Risk-Berechnungen) unterstellt, dass alle Positionen in dem entsprechenden Zeitraum geschlossen oder abgesichert werden können. Diese Annahme führt zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos in Zeiten erhöhter Illiquidität, in denen ein Schließen oder Absichern der Positionen unter Umständen nicht möglich ist. Dies gilt insbesondere für die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag.
- Bei Verwendung eines Konfidenzniveaus von 99 % werden Verluste, die über dieses Niveau hinaus auftreten können, weder berücksichtigt noch wird über solche Verluste eine Aussage getroffen.
- Der Konzern berechnet den Value-at-Risk an jedem Handelstag zum Geschäftsschluss. Für untertägige Engagements werden keine untertägigen Value-at-Risk-Berechnungen vorgenommen.
- Beim Value-at-Risk werden nicht alle komplexen Einflüsse der Risikofaktoren auf die Werte von Positionen und Portfolios erfasst, sodass potenzielle Verluste unterschätzt werden können. So ist beispielsweise die Art und Weise, in der Sensitivitäten in das Value-at-Risk-Modell einbezogen werden, unter Umständen nur für kleine Veränderungen der Marktparameter zutreffend.

Im Bewusstsein um die Grenzen der Value-at-Risk-Methode ergänzt der Konzern die Value-at-Risk-Limite durch zusätzliche positions- und sensitivitätsbezogene Limitstrukturen sowie durch Stresstests sowohl für einzelne Portfolios als auch auf konsolidierter Ebene.

Marktrisiko in Handelsportfolios

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag). Das handelsbezogene Marktrisiko des Konzerns außerhalb dieser Handelsbereiche ist immateriell. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem gegebenen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen einfach addieren, würde dies implizieren, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

Value-at-Risk der Handelsbereiche		
in Mio €	31.12.2008	31.12.2007
Zinsrisiko	129,9	90,8
Aktienkursrisiko	34,5	49,5
Währungsrisiko	38,0	11,3
Rohwarenpreisrisiko	13,5	8,7
Diversifikationseffekt	- 84,5	- 59,7
Insgesamt	131,4	100,6

Der Value-at-Risk-Anstieg in 2008 war in erster Linie auf die steigende Volatilität der Märkte und in einem geringeren Umfang auf eine verfeinerte Value-at-Risk-Messung in 2008 zurückzuführen.

Marktrisiko in Nichthandelsportfolios

Im Deutsche Bank-Konzern wird auch nicht handelsbezogenes Marktrisiko gehalten und gemanagt. Das nicht handelsbezogene Marktrisiko entsteht im Wesentlichen durch Investments in Fonds, Principal Investments und darin enthaltene Investments in Private Equity.

Das Capital and Risk Committee beaufsichtigt die Aktivitäten des Konzerns im Bereich der Nichthandelsaktiva. Es ist zuständig für die Koordination der konzernweiten Risikoneigung, der Kapitalerfordernisse und des Refinanzierungsbedarfs, basierend auf den Geschäftsstrategien für den Konzern, die Konzernbereiche und die untergeordneten Geschäftsbereiche. Zu seinen Aufgaben zählen ferner die regelmäßige Überprüfung der Engagements der Nichthandelsportfolios sowie der damit zusammenhängenden Stresstestergebnisse, die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Akquisitionen und Beteiligungen, die Zuteilung von Risikolimiten für die Geschäftsbereiche im vom Vorstand vorgegebenen Rahmen sowie die Genehmigung von Richtlinien in Bezug auf die Nichthandelsaktiva, die durch das Risk Executive Committee ratifiziert werden. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an, wodurch eine enge Kooperation zwischen beiden Gremien gewährleistet wird.

Das Investment & Asset Risk Management Team wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2008 umgebildet und wird nun Principal-Investments-Team genannt. Es wurde in die Credit-Risk-Management-Funktion integriert, ist auf die Risikoaspekte unserer Nichthandelsaktivitäten für Alternative Assets spezialisiert und überprüft monatlich das Risikoprofil der Nichthandelsportfolios für Alternative Assets einschließlich Buchwerten, Schätzungen des Ökonomischen Kapitals, Limitauslastungen, Ertragsprüfungen und geplanter Aktivitäten.

Im Geschäftsjahr 2008 bildete der Konzern eine dedizierte Asset-Risk-Management-Einheit, in der bestehende Teams und Fachleute zusammengelegt wurden. Dadurch konnte der Konzern bereits vorhandene Erfahrungen nutzen und durch ein höheres Maß an Spezialisierung gezielte Einblicke in die Risiken des Vermögens- und Fondsverwaltungs-geschäfts gewinnen. Hervorzuhebende Risiken in diesem Bereich entstehen beispielsweise aus „Performance“- und/oder Kapitalgarantien sowie Reputationsrisiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Kundengeldern.

Bewertung des Marktrisikos in Nichthandelsportfolios

Aufgrund der besonderen Eigenschaften unserer Nichthandelsportfolios und der teilweise fehlenden Preistransparenz benutzt der Konzern für seine Nichthandelsportfolios als Risikomaß nicht den Value-at-Risk. Stattdessen verwendet er zur Bewertung des Marktrisikos in diesen Portfolios Stresstestverfahren, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktänderungen sowie die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Abschätzung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen der Konzern das Marktrisiko in den Nichthandelsportfolios aktiv überwacht und steuert.

Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf den Geschäftsbereich Global Markets im Konzernbereich Corporate and Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und ist in die handelsbezogenen Value-at-Risk-Zahlen einbezogen. Hinsichtlich der verbleibenden Risiken, die durch diese Absicherungsgeschäfte nicht übertragen wurden, werden Währungsrisiken im Allgemeinen durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, sodass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. Ferner sind bei diesen verbleibenden Positionen nur moderate Zinsrisiken vorhanden, die sich aus Fristeninkongruenzen zwischen Vermögen und Verbindlichkeiten ergeben.

Die folgende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf für die Nichthandelsportfolios des Konzerns.

Wichtigste Industriebeteiligungen, sonstige Unternehmensbeteiligungen sowie Alternative Assets in Mrd €	Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2008	31.12.2007
Wichtigste Industriebeteiligungen	0,4	0,1
Sonstige Unternehmensbeteiligungen	1,5	0,7
Alternative Assets	1,3	0,9
Insgesamt	3,2	1,7

Der Ökonomische Kapitalbedarf für diese Nichthandelsportfolios belief sich zum Jahresende 2008 auf insgesamt 3,2 Mrd € und lag damit um 1,5 Mrd € (89 %) über dem Vergleichswert zum Jahresende 2007. Dies reflektiert einen signifikanten Abbau des Kapitalpuffers infolge der gesunkenen Marktwerte in allen Portfolios. Seit dem Jahresende 2008 wurde unser Prozess für das Ökonomische Kapital erweitert, um die gegenüber den Investoren in das Deutsche Bank Asset Management abgegebenen Verpflichtungen einzubeziehen, was zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs um 400 Mio € führte. Dieser Betrag wird unter Sonstige Unternehmensbeteiligungen berichtet.

- **Wichtigste Industriebeteiligungen.** Der Ökonomische Kapitalmarktbedarf des Konzerns zum 31. Dezember 2008 betrug 439 Mio €.
- **Sonstige Unternehmensbeteiligungen.** Der Ökonomische Kapitalbedarf des Konzerns von 1,5 Mrd € zum Jahresende 2008 für sonstige Unternehmensbeteiligungen resultierte in erster Linie aus dem Anstieg des Ökonomischen Kapitals, das einer strategischen Beteiligung im Unternehmensbereich Private and Business Clients zuge-

wiesen wurde, Eigenanlagen in Investmentfonds und der neuen Behandlung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Verpflichtungen gegenüber Investoren wie oben erläutert.

- **Alternative Assets.** Die Alternative Assets des Konzerns umfassen Principal Investments, Immobilieninvestments (darunter Mezzanine Debt) sowie kleine Investments in Hedgefonds. Principal Investments setzen sich zusammen aus direkten Investments in Private Equity, Mezzanine Debt, kurzfristigen Investments in Financial Sponsor Leveraged Buy-out Funds, Bridge Capital für Leveraged Buy-out Funds sowie Private-Equity-bezogenen Geschäften. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs resultierte hauptsächlich aus dem Erwerb einer Infrastrukturbeteiligung im Geschäftsbereich Asset Management sowie aus dem gewachsenen Private-Equity-Portfolio im Geschäftsbereich Global Markets. Das Alternative-Asset-Portfolio weist eine gewisse Konzentration bei Infrastruktur- und Immobilienanlagen auf. Die jüngsten Marktentwicklungen haben die Möglichkeiten zur Reduzierung dieses Portfolios limitiert. Dies bleibt dennoch die Absicht des Konzerns, vorausgesetzt, günstige Konditionen ermöglichen es.

Diversifikationsvorteile, die sich aus den unterschiedlichen Vermögensklassen ergeben, sind gegenwärtig nicht in den Gesamtzahlen für das Ökonomische Kapital berücksichtigt.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen fristgerecht zu erfüllen. Treasury ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die Liquiditätsrisikoposition zu identifizieren, messen und steuern. Die zugrunde liegenden Richtlinien werden regelmäßig von dem für Treasury verantwortlichen Vorstandsmitglied überprüft und genehmigt. Zur Sicherung der Liquidität und einer soliden Finanzierungsstruktur für den Konzern verwendet Treasury verschiedene interne Methoden und Systeme, die maßgeschneidert konzipiert wurden, um die konzernspezifischen Managementanforderungen zu unterstützen.

Das Liquiditätsrisikomanagement der Bank beginnt untertäglich mit der Steuerung der täglichen Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows und dem Zugang zu Zentralbanken (operative Liquidität). Das Reportingsystem verfolgt Cashflows auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 18 Monaten. Hiermit kann der Konzern die kurzfristige Liquiditätsposition in jeder Lokation, Region sowie weltweit, getrennt nach Währung, Produkt und Geschäftsbereich, bewerten. Das System erfasst sämtliche Cashflows der bilanzwirksamen Transaktionen sowie Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Transaktionen. Der Konzern modelliert Produkte ohne festgelegte vertragliche Laufzeit mithilfe statistischer Methoden zur Erfassung ihres Cashflowprofils. Liquiditätsabflusslimite (Maximum Cash Outflow Limits) zur Begrenzung globaler und lokaler Nettoabflüsse werden täglich überwacht und stellen den Zugang des Konzerns zur Liquiditätsversorgung sicher.

Anschließend folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement der Bank, das sich mit dem Zugang zu unbesicherten Finanzierungsquellen und den Liquiditätseigenschaften des Bestands an Vermögenswerten befasst (Liquidität der Aktiva). Die Aufnahme unbesicherter Finanzierungsmittel ist nur in begrenztem Umfang möglich. Unbesicherte Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus allen externen am Markt aufgenommenen Verbindlichkeiten, unabhängig vom Instrument, von der Währung oder Laufzeit. Die unbesicherten Finanzierungsmittel werden auf regionaler Basis nach Währung erfasst und in einem globalen Bericht zusammengeführt. Das Capital and Risk Committee genehmigt

für die einzelnen Geschäftsbereiche Limite, um den Zugang des Konzerns zu unbesicherten Finanzierungsmitteln zu attraktiven Konditionen zu sichern. Mit der Komponente Liquidität der Aktiva bestimmt der Konzern die Volumina und Verbuchungsorte des konsolidierten Bestands an unbesichert refinanzierten liquiden Aktiva, die genutzt werden, um Liquidität über besicherte Finanzierungstransaktionen zu generieren. Die Wertpapierbestände setzen sich aus einer breiten Palette von Wertpapierklassen zusammen. Zunächst werden in jedem Bestand die illiquiden von den liquiden Wertpapieren getrennt. Anschließend werden den liquiden Wertpapierklassen Liquiditätswerte zugeordnet.

Die strategische Komponente umfasst das Aufstellen eines Fälligkeitsprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in der Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung der Emissionsstrategie. Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise einen Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht damit die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet eine wichtige Grundlage für den jährlichen Emissionsplan des Konzerns, der nach Genehmigung durch das Capital and Risk Committee die Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt.

Das Rahmenwerk wird ergänzt durch Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses plötzlich auftretender Stressereignisse auf die Liquiditätsposition des Konzerns. Diesen Szenarien liegen historische Ereignisse (wie der Börsencrash des Jahres 1987, der Liquiditätsengpass in den USA von 1990 und der Terrorangriff vom 11. September 2001), Fallstudien von Liquiditätskrisen und hypothetische Modelle zugrunde. Diese Szenarien berücksichtigen jetzt auch die neuen Treiber des Liquiditätsrisikos, die sich aus der Finanzmarktkrise 2007 ergeben: verlängerte Dysfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, fehlende Fungibilität von Währungen sowie nicht absetzbare Syndizierungen. Die hypothetischen Modelle beinhalten interne Szenarien wie operationelle Risiken, Bonitätsherabstufung der Bank um drei Stufen sowie externe Szenarien wie systemische Marktrisikoeignisse, Emerging-Markets-Krisen und Ereignisschocks. Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Forderungen an Kunden vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, während die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Solche Maßnahmen wären beispielsweise der Übergang von unbesicherter zu besicherter Finanzierung, der Verkauf von Wertpapieren und die Preisanpassung für die Aufnahme von Verbindlichkeiten.

Analyse der Fälligkeit finanzieller Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt eine Analyse der Fälligkeiten der frühestmöglichen nicht diskontierten vertraglichen Cash-flows finanzieller Verpflichtungen zum 31. Dezember 2008 beziehungsweise 31. Dezember 2007.

31.12.2008	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Unverzinsliche Einlagen	34.211	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	143.417	143.309	39.367	20.917	14.332
Handelspassiva ¹	1.249.785	–	–	–	–
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	52.323	33.751	8.494	7.909	9.180
Investmentverträge ²	504	438	164	985	3.886
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ¹	4.362	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	9.669	17.440	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	871	36.899	19.602	–	2.636
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.155	1.047	3	7	3
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	24.732	13.372	815	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	9.799	4.455	15.096	68.337	35.685
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	983	4.088	4.658
Sonstige Finanzpassiva	124.768	6.954	864	108	49
Unwiderrufliche Kreditzusagen	69.516	–	–	–	–
Finanzgarantien	22.505	–	–	–	–
Insgesamt³	1.748.617	257.665	85.388	102.351	70.429

1 Handelspassiva und Derivatebestände werden zum Fair Value ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufwert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

3 Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit für gering, dass ein solches Ereignis eintritt. Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

31.12.2007	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €					
Unverzinsliche Einlagen	30.187	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	143.787	206.046	38.067	22.538	17.290
Handelsspassiva ¹	619.491	–	–	–	–
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	78.648	127.122	34.001	9.628	30.480
Investmentverträge ²	–	638	285	1.687	7.186
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ¹	2.315	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	6.130	16.200	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	43.204	93.119	18.815	452	821
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	9.132	266	7	160	–
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	2.876	50.025	478	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	4.221	1.759	19.911	70.189	30.879
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	–	4.526	1.819
Sonstige Finanzpassiva	139.711	5.739	495	22	49
Unwiderrufliche Kreditzusagen	94.190	–	–	–	–
Finanzgarantien	22.444	–	–	–	–
Insgesamt³	1.196.336	500.914	112.059	109.202	88.524

1 Handelspassiva und Derivatebestände werden zum Fair Value ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufwert dem Fair Value. Siehe Note [40] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

3 Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit für gering, dass ein solches Ereignis eintritt. Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Versicherungsrisiko

Das Versicherungsrisiko des Konzerns erhöhte sich in 2007 durch die Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited und die in 2006 eingegangene Beteiligung an Paternoster Limited, einem regulierten Versicherungsunternehmen. Die Versicherungsaktivitäten des Konzerns können wie folgt beschrieben werden:

- **Rentenversicherungen** – Verträge mit fest vereinbarten und garantierten Bedingungen, die über einen Zeitraum, der den der Beitragszahlung überschreitet, einem Sterblichkeits- oder Invaliditätsrisiko ausgesetzt sind.
- **Universallebensversicherungen** – langfristige Verträge ohne fest vereinbarte und garantierte Bedingungen, die entweder Todesfall- oder Rentenleistungen gewähren.
- **Investmentverträge** – Verträge, die kein Versicherungsrisiko beinhalten.

Der Konzern ist folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- **Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken** – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche im Todesfall höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden. Ferner auch das Risiko, dass die Anzahl der Ansprüche wegen Berufsunfähigkeit die Erwartungen übersteigt oder unterschreitet. Der Konzern ist bestrebt, diese Risiken durch Rückversicherungsverträge sowie ermessensabhängige Gebühren zu reduzieren. Der Konzern überprüft die Sterblichkeits- und Invaliditätsraten jährlich.
- **Langlebigkeitsrisiko** – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen auswirkt. Der Konzern beobachtet dieses Risiko unter Berücksichtigung der neuesten externen Branchen Kennzahlen und aufkommender Trends sorgfältig.
- **Kostenrisiko** – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten als erwartet verursacht. Diese Kosten überwacht der Konzern durch einen Vergleich der tatsächlich entstandenen Kosten mit dem Budget. Der Konzern untersucht die Gründe für wesentliche Abweichungen von den Erwartungen und ergreift Abhilfemaßnahmen. Der Konzern reduziert das Kostenrisiko auch durch eine bis 2010 getroffene und mit einer Option für zwei weitere Jahre versehene Outsourcingvereinbarung, die sich auf die Verwaltung der Verträge bezieht.
- **Bestandsfestigkeitsrisiko** – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist. Der Konzern bewertet die Bestandsraten unter Berücksichtigung entsprechender Risikofaktoren.

Der Konzern vergleicht die tatsächlichen Ansprüche sowie den Bestand mit den zugrunde gelegten Annahmen und modifiziert diese Annahmen für die zukünftige Bemessung der Verbindlichkeiten. Tatsächliche Erfahrungswerte können von Schätzungen abweichen. Dies gilt umso mehr, je weiter in die Zukunft projiziert wird. Der Wert der Verbindlichkeiten wird mindestens jährlich überprüft.

Sofern die bisherigen Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde gelegten Annahmen sind oder aufgrund verschlechterter Annahmen mehr Rückstellungen erforderlich sind, kann dies zu Änderungen in der Höhe des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Die Rentabilität des nicht fondsgebundenen langfristigen Versicherungsgeschäfts hängt in hohem Maße vom Wert der künftig zu erfüllenden Ansprüche im Verhältnis zu den bis zum Anspruchsdatum akkumulierten Vermögenswerten ab. In den ersten Laufzeitjahren eines Vertrags übersteigen die Versicherungsbeiträge und Anlageerträge in der Regel die Anspruchskosten und müssen zurückgestellt werden, um künftige Verpflichtungen erfüllen zu können. Die Höhe dieser künftigen Verpflichtungen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Basis von Annahmen über die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken ermittelt.

Bei fondsgebundenen Investmentverträgen beruht die Rentabilität darauf, dass die eingenommenen Gebühren ausreichend sind, um die Aufwendungen und Gewinne abzudecken. Die Höhe der Prämien und Gebühren wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bemessen, denen Annahmen über die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken zugrunde liegen.

Wie oben erwähnt, werden Rückversicherungsverträge als Maßnahme zur Reduzierung des Risikos verwendet. Es ist Strategie des Konzerns, Rückversicherungen auch weiterhin in angemessener Weise einzusetzen.

[38] Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahestehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Die folgende Tabelle zeigt den Personalaufwand für die Personen in Schlüsselpositionen:

in Mio €	2008	2007	2006
Kurzfristig fällige Leistungen	9	30	27
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	4	4
Andere langfristig fällige Leistungen	–	–	–
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–	8
Aktienbasierte Vergütungen	8	8	9
Insgesamt	20	42	48

Am 31. Dezember 2008 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 4 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 23 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäft mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und deren assoziierten Unternehmen und deren Joint Ventures gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten und werden nachfolgend offengelegt.

Kredite

in Mio €	2008	2007
Bestand am Jahresanfang	2.081	622
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.623	1.790
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	514	161
Veränderungen des Konsolidierungskreises ¹	- 2.200	- 2
Wechselkursänderungen/Sonstige	- 156	- 168
Bestand am Jahresende²	834	2.081
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	4	-
Garantien und sonstige Verpflichtungen ³	95	233

1 Vier Unternehmen, die nach der Equity Methode bilanziert wurden, sind im Jahr 2008 erstmalig voll konsolidiert worden. Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, werden nun bei der Konsolidierung eliminiert.

2 In dieser Summe waren in 2008 7 Mio € und in 2007 3 Mio € überfällig. Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2008 Sicherheiten in Höhe von 361 Mio € (2007: 616 Mio €). Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 31. Dezember 2008 143 Mio € auf Joint Ventures (2007: 24 Mio €).

3 Die Garantien beinhalten Finanz- und Performancegarantien, Haftungsübernahmeerklärungen, Kreditbriefe und unwiderrufliche ausleihebezogene Zusagen.

Einlagen

in Mio €	2008	2007
Bestand am Jahresanfang	962	855
Einlagenzuflüsse	955	294
Einlagenabflüsse	685	89
Veränderungen des Konsolidierungskreises ¹	- 693	- 43
Wechselkursänderungen/Sonstige	- 293	- 55
Bestand am Jahresende²	246	962

1 Ein Unternehmen, das nach der Equity Methode bilanziert wurde, ist im Jahr 2008 erstmalig voll konsolidiert worden. Aus diesem Grund wurden Einlagenzuflüsse von diesem Unternehmen im Zuge der Konsolidierung eliminiert.

2 Die Einlagen sind unbesichert. Zum 31. Dezember 2008 waren im Bestand 18 Mio € und zum 31. Dezember 2007 3 Mio € Einlagen von Joint Ventures enthalten.

Sonstige Geschäfte

Zum Dezember 2008 besaß der Konzern Handelsaktiva in Höhe von 390 Mio € mit assoziierten Unternehmen. Im Dezember 2007 betrug die Handelspositionen mit assoziierten Unternehmen 67 Mio €. Weitere Transaktionen mit nahestehenden Dritten betreffen folgende Ereignisse:

Xchanging etb GmbH: An der Xchanging etb GmbH hält der Konzern einen Anteil in Höhe von 44 % und bilanziert diesen nach der Equity Methode. Die Xchanging etb GmbH ist die Muttergesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“). Zwei der vier Geschäftsführer der Xchanging etb GmbH und ein Mitglied des Aufsichtsrats der XTB sind Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Die 2004 zwischen dem Konzern und Xchanging getroffenen Vereinbarungen beinhalten einen Auslagerungsvertrag über zwölf Jahre mit der XTB über Wertpapierabwicklungsdienstleistungen, der auf die Reduzierung der Kosten des Konzerns bei gleichzeitiger Sicherstellung der Servicequali-

tät abzielt. 2008 belief sich das Volumen der vom Konzern von der XTB erhaltenen Serviceleistungen auf 94 Mio € (2007: 95 Mio €). In 2008 stellte der Konzern der XTB Unterstützungsleistungen (zum Beispiel in Form von EDV- und verschiedenen Immobilienbetreuungsdienstleistungen) im Volumen von 26 Mio € (2007: 28 Mio €) zur Verfügung.

Investmentfonds: Der Konzern bietet Kunden Investmentfonds und investmentfondsbezogene Produkte an, deren Rendite an die Performance der in den Fonds gehaltenen Vermögenswerte geknüpft ist.

Die Renditen der Fonds werden auf der Basis der aktuellen, vom Konzern festgelegten Geldmarktsätze prognostiziert. Es wird jedoch keine Garantie oder Zusicherung darüber abgegeben, dass diese Renditen tatsächlich erzielt werden. Obgleich der Konzern zur Unterstützung dieser Fonds nicht vertraglich verpflichtet ist, hat er sich in einigen Fällen entschlossen, die Erreichung der für diese Fonds angestrebten Zielrenditen durch eine Zuführung von Barmitteln in Höhe von 49 Mio € in 2007 und 207 Mio € in 2008 zu unterstützen. Diese Maßnahme, die dem Schutz der Marktposition des Konzerns diene, erfolgte nach freiem Ermessen. Anfangs wurde dieses Vorgehen als eine zeitlich begrenzte Maßnahme betrachtet. Nachdem der Konzern im zweiten Quartal 2008 jedoch weitere Barmittel zugeführt hatte und zu dem Ergebnis gekommen war, dass er künftige ermessensabhängige Barmittelzuführungen zur Renditestützung nicht würde vermeiden können, hat er die Konsolidierungsanforderungen überprüft und festgestellt, dass die Risiken zum überwiegenden Teil bei ihm liegen. Der Konzern kam aus diesem Grund zu dem Schluss, dass eine Konsolidierung von acht Fonds zum 30. Juni 2008 angemessen wäre.

Im Verlauf des Berichtsjahres wurde einer dieser Fonds (für den eine Garantie bestand) aufgelöst. Da die im Rahmen der Abwicklung zugeführten Barmittel bereits in den oben genannten ergebniswirksamen Beträgen enthalten sind, ergaben sich keine weiteren Auswirkungen auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Geschäfte mit Pensionsplänen

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahestehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Geschäfte mit nahestehenden Pensionsplänen.

in Mio €	2008	2007
Wertpapiere der Deutschen Bank im Planvermögen:		
Aktien	–	–
Schuldverschreibungen	–	9
Sonstige Wertpapiere	4	21
Insgesamt	4	30
Von der Deutschen Bank selbst genutzte Immobilien/sonstige Vermögenswerte	–	–
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	335	– 98
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	9.172	4.441
Von Pensionsfonds an Deutsche Bank Vermögensverwaltung gezahlte Gebühren	23	22

[39] Informationen zu Tochtergesellschaften

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

Wesentliche Tochtergesellschaften

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen Tochtergesellschaften, an denen die Deutsche Bank AG direkt oder indirekt beteiligt ist.

Tochtergesellschaft	Sitz der Gesellschaft
Taunus Corporation ¹	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Trust Company Americas ²	New York, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Securities Inc. ³	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft ⁴	Frankfurt am Main, Deutschland
DB Capital Markets (Deutschland) GmbH ⁵	Frankfurt am Main, Deutschland
DWS Investment GmbH ⁶	Frankfurt am Main, Deutschland

1 Holdinggesellschaft für die meisten Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika.

2 Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Trust Company Americas ist eine in New York State zugelassene Bank, die im Kredit- und Einlagengeschäft tätig ist und zahlreiche Bank- und Finanzdienstleistungen erbringt.

3 Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Securities Inc. ist eine bei der amerikanischen Börsenaufsicht (SEC) als Broker registrierte Gesellschaft, die Mitglied der New Yorker Börse (New York Stock Exchange) ist und von dieser reguliert wird. Daneben unterliegt sie den Bestimmungen einzelner staatlicher Wertpapieraufsichtsbehörden in den Staaten, in denen sie ihr Geschäft betreibt.

4 Die Gesellschaft erbringt Bankdienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden.

5 Die Gesellschaft ist eine in Deutschland eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung und dient als Holding für verschiedene europäische Tochtergesellschaften, im Wesentlichen für Kapitalanlagegesellschaften in Deutschland, Luxemburg, Frankreich, Österreich, Italien, Polen, Russland und in der Schweiz.

6 Die Gesellschaft, an der die DB Capital Markets (Deutschland) GmbH indirekt 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile hält, ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Investmentfonds auflegt und verwaltet.

Der Konzern hält 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile an den vorgenannten wesentlichen Tochtergesellschaften, die mit den von ihnen zum 31. Dezember erstellten Jahresabschlüssen in den Konzernjahresabschluss einbezogen sind. Der Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit liegt in den Ländern, in denen sie ihren Sitz haben.

Tochtergesellschaften können in ihrer Fähigkeit zum Mitteltransfer, etwa bei Dividendenzahlungen und Darlehensstilgungen, an die Deutsche Bank AG beschränkt sein. Gründe für derartige Beschränkungen sind zum Beispiel:

- Beschränkungen der Zentralbanken aufgrund von lokalen Gesetzen zur Devisenbewirtschaftung,
- Anforderungen der Zentralbanken hinsichtlich einer angemessenen Kapitalausstattung,
- lokale gesellschaftsrechtliche Bestimmungen. Zum Beispiel bestehen Beschränkungen bezüglich des Mitteltransfers zum Mutterunternehmen, wenn die betreffende Einheit einen Verlustvortrag hat, der nicht durch Gewinnrücklagen oder andere Kapitalbestandteile gedeckt ist.

Tochtergesellschaften, an denen der Konzern 50 % oder weniger der Stimmrechte hält

Der Konzern konsolidiert einige Tochtergesellschaften, an denen er 50 % oder weniger der Stimmrechte hält. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zweckgesellschaften („SPEs“), deren Gründung der Konzern für eine Vielzahl von Zielsetzungen unterstützt.

Geschäftsbeziehungen zu SPEs ergeben sich im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit vor allem aus Verbriefungen von Vermögenswerten, strukturierten Finanzierungen, Commercial-Paper-Programmen, dem Management von Investmentfonds, gewerblichem Immobilienleasing sowie dem Management von geschlossenen Fonds. Zu den diesbezüglichen Aktivitäten des Konzerns zählen die Übertragung von Vermögenswerten auf die Zweckgesellschaften, der Abschluss von Derivatekontrakten mit den SPEs, die Bereitstellung von Garantien und Liquiditätsfazilitäten an die SPEs, das Erbringen von Anlagemanagement- und Verwaltungsleistungen für die SPEs sowie das Halten von Beteiligungen an den SPEs.

Gesellschaften, an denen der Konzern mehr als 50 % der Stimmrechte hält

Der Konzern hält direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte von Gesellschaften, beherrscht diese aber nicht, wenn

- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, kraft einer mit dem Konzern abgeschlossenen Vereinbarung über mehr als die Hälfte der Stimmrechte zu verfügen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, gemäß einer Satzung oder sonstigen Vereinbarung die Finanz- und Geschäftspolitik der Gesellschaft zu bestimmen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans zu ernennen oder abuberufen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Stimmen bei Sitzungen des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans oder eines gleichwertigen Leitungsgremiums zu bestimmen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt.

Das „Anteilsbesitzverzeichnis 2008“ wird als separates Dokument veröffentlicht und beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht. Es ist auf der Webseite von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar (<http://www.deutschebank.de/ir/de/content/berichte.htm>).

[40] Versicherungs- und Investmentverträge**Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen**

in Mio €	31.12.2008			31.12.2007		
	Bruttowert	Rückversicherung	Nettowert	Bruttowert	Rückversicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	3.963	- 1.407	2.556	6.450	- 119	6.331
Investmentverträge	5.977	-	5.977	9.796	-	9.796
Insgesamt	9.940	- 1.407	8.533	16.246	- 119	16.127

In 2008 hat der Konzern zwei Rückversicherungsverträge abgeschlossen, die einen Teil des Versicherungsrisikos aus Rentenversicherungsverträgen abdecken. Für die Berechnung der mit diesen Verträgen verbundenen Kosten wurden die gleichen Annahmen zugrunde gelegt, wie sie für die Wertermittlung der den Rückversicherungsverträgen zugrunde liegenden Versicherungen verwendet wurden. Dies führte zu einem geringfügigen Verlust, der in der Gewinn- und Verlust-Rechnung des Konzerns verbucht wurde.

Generell werden Beträge, die aus Rückversicherungsverträgen resultieren, brutto ausgewiesen, es sei denn, sie haben einen unwesentlichen Einfluss auf die entsprechenden Bilanzpositionen. In der obigen Tabelle wurden Beträge aus Rückversicherungen brutto berücksichtigt.

Buchwert

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

in Mio €	2008		2007	
	Versicherungsverträge	Investmentverträge	Versicherungsverträge	Investmentverträge
Buchwert am Jahresanfang	6.450	9.796	1.411	-
Reklassifizierung in zum Verkauf bestimmt	-	-	- 847	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	6.339	10.387
Zugänge	236	158	114	14
Inanspruchnahmen	- 405	- 618	- 340	- 214
Sonstige	- 850	- 935	111	168
Wechselkursveränderungen	- 1.468	- 2.424	- 338	- 559
Buchwert am Jahresende	3.963	5.977	6.450	9.796

Die sonstigen Veränderungen enthielten im Geschäftsjahr 2008 Marktwertveränderungen auf Vermögenswerte in Investmentverträgen von 935 Mio € (2007: 122 Mio €).

Wesentliche Annahmen im Versicherungsgeschäft

Die Verbindlichkeiten ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze (dies gilt insbesondere für garantierte zukünftige Leistungen), der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Lebensversicherungs- und Rentenversicherungsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt.

Annahmen werden für alle Faktoren getroffen, die zukünftige Cashflows wesentlich beeinflussen. Dazu gehören Annahmen über zukünftige Zinssätze, Sterblichkeitsraten und Kosten. Die Annahmen, die langfristige Versicherungs-

aktivitäten am stärksten beeinflussen, sind die zur Abzinsung der Cashflows verwendeten Zinssätze und die Sterbewahrscheinlichkeiten, diese insbesondere für Rentenversicherungsverträge.

Die Annahmen werden im Folgenden erläutert:

Zinssätze

In den zugrunde gelegten Zinssätzen spiegeln sich Schätzungen über zukünftige Anlageerträge wider. Sie beinhalten insofern Annahmen über Art und Laufzeit der zur Deckung der Verbindlichkeiten dienenden Vermögenswerte. Darüber hinaus werden angemessene Risikoabschläge zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken berücksichtigt.

Sterbewahrscheinlichkeit

Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf veröffentlichten Sterbetafeln, die entsprechend angepasst wurden, um sowohl den Änderungen der Daten seit Veröffentlichung als auch unternehmensspezifischen Erfahrungswerten und aktualisierten Prognosewerten Rechnung zu tragen. Wenn erforderlich, wird eine angemessene Sicherheitsmarge hinzugefügt, um zukünftige nachteilige Abweichungen von den Erwartungswerten zu berücksichtigen. Die Sterbewahrscheinlichkeit für Rentenversicherungsverträge wird so angepasst, dass sie zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung von Begünstigten Rechnung trägt. Derzeit wird bei Rentenversicherungsverträgen für die Ermittlung der Erhöhung der Lebenserwartung eine mittelfristige Kohortenprognose genutzt, wobei von einer Mindesterrhöhung von 1,25 % pro anno ausgegangen wird.

Aufwendungen

Für Verträge, die nicht fondsgebunden sind, werden Aufwendungen für zukünftige Versicherungskosten in Abzug gebracht.

Sonstige Annahmen

Zum Jahresende 2008 wird davon ausgegangen, dass im Rentenversicherungsgeschäft Optionen auf garantierte Rentenzahlungen zu 60 % (2007: 57 %) in Anspruch genommen werden.

Wesentliche Annahmen zum Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts im Zusammenhang mit der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt. Die in diesem Zusammenhang zu treffenden Annahmen berücksichtigen die geschäftsspezifischen Erfahrungswerte für zukünftige Sterbewahrscheinlichkeiten, Invaliditätsraten, Bestandsfestigkeit und sonstige Aufwendungen. Des Weiteren wurden bei Erwerb auch grundsätzliche Annahmen anhand gesamtwirtschaftlicher Indikatoren zugrunde gelegt.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird über die erwartete Nutzungsdauer des Abbey Life-Geschäfts abgeschrieben, und zwar entweder proportional zu den erwarteten Gewinnen oder dem erwarteten Wert der zu erbringenden Versicherungszahlungen. Zum Ende jeder Berichtsperiode ist der noch bilanzierte Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt zu vergleichen. Sollten die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unzureichend sein und sollte der Barwert der zukünftigen Zahlungsströme den Bilanzwert unterschreiten, ist der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts entsprechend zu verringern.

Wesentliche Änderungen der Annahmen

Bei der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wurden deren bis dahin auf der Basis von UK GAAP berechneten Verbindlichkeiten für Versicherungsverträge, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von IFRS 4, auf der Basis von US GAAP neu berechnet. Die zu diesem Zeitpunkt getroffenen Annahmen für nicht wirtschaftliche Faktoren haben sich nicht geändert. Allerdings wurden die für wirtschaftliche Faktoren getroffenen Annahmen unter Berücksichtigung von Veränderungen wesentlicher Wirtschaftsindikatoren überprüft. Die Verbindlichkeit für Rentenversicherungsverträge wurde mit dem bei erstmaliger Bilanzierung ermittelten Wert angesetzt.

Sensitivitätsanalyse für Versicherungsverträge

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung von Änderungen der wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Verbindlichkeiten des Versicherungsgeschäfts zugrunde liegen, auf das Ergebnis vor Steuern und das Eigenkapital. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

in Mio €	Veränderung des Ergebnisses vor Steuern		Veränderung des Eigenkapitals	
	2008	2007	2008	2007
Annahme:				
Sterbewahrscheinlichkeit ¹ (Verschlechterung um 10 %)	- 12	- 16	- 12	- 16
Aufwand (Anstieg um 10 %)	- 1	- 1	- 1	- 1
Zinssätze ² (Anstieg um 1 %) (2007: Rückgang um 1 %)	- 6	- 115	- 142	88

1 Dem Effekt der Sterbewahrscheinlichkeit liegen ein Rückgang im Rentenversicherungsgeschäft um 10 % und ein Anstieg im sonstigen Geschäft um 10 % zugrunde.

2 Im Geschäftsjahr 2007 wurde der Effekt eines Rückgangs ausgewiesen, da dieser sich nachteiliger auswirkte.

Für bestimmte Versicherungsverträge enthält die Bewertungsgrundlage eine sogenannte Sicherheitsmarge („Provision for Adverse Deviations“). Für diese Verträge würde gemäß US GAAP eine Verschlechterung der Annahmen für die Einflussfaktoren so lange keine Anpassung der Rückstellung zur Folge haben, bis die Sicherheitsmarge aufgezehrt ist. Ebenso bewirkte eine Verbesserung der Annahmen für die Einflussfaktoren keine Erhöhung der Rückstellung. Deshalb handelt es sich bei den in der Sensitivitätsanalyse gezeigten Auswirkungen im Falle einer angenommenen Verschlechterung der Einflussfaktoren um jenen Betrag, um den die Verbindlichkeit die Sicherheitsmarge am Bilanzstichtag überschreitet. Aus diesem Grund sollten die in dieser Tabelle bereitgestellten Informationen nicht dazu verwendet werden, Rückschlüsse auf die Auswirkungen anderweitiger Veränderungen zu ziehen. Ebenso lässt sich daraus nicht ableiten, welche Veränderungen zu einem anderen Zeitpunkt auftreten könnten.

[41] Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die folgenden Tabellen zeigen die Gliederung der zum 31. Dezember 2008 und zum 31. Dezember 2007 in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte nach ihrer vertraglichen Laufzeit.

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2008 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2008
	in 2009	nach 2009	
Barreserve	9.826	–	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	63.900	839	64.739
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	8.671	596	9.267
Forderungen aus Wertpapierleihen	35.016	6	35.022
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.598.362	25.449	1.623.811
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.586	17.249	24.835
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	–	2.242	2.242
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	103.436	165.845	269.281
Sachanlagen	–	3.712	3.712
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	9.877	9.877
Sonstige Aktiva	135.408	2.421	137.829
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	3.217	295	3.512
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.965.422	228.531	2.193.953
Steuerforderungen aus latenten Steuern	–	–	8.470
Summe der Aktiva			2.202.423

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2008 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2008
	in 2009	nach 2009	
Einlagen	360.298	35.255	395.553
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	84.481	2.636	87.117
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.206	10	3.216
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.308.128	25.637	1.333.765
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.115	–	39.115
Sonstige Passiva	157.750	2.848	160.598
Rückstellungen	1.418	–	1.418
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.086	1.268	2.354
Langfristige Verbindlichkeiten	22.225	111.631	133.856
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	983	8.746	9.729
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	4	–	4
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.978.694	188.031	2.166.725
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	–	–	3.784
Summe der Verbindlichkeiten			2.170.509

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2007 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2007
	in 2008	nach 2008	
Barreserve	8.632	–	8.632
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	21.156	459	21.615
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	12.193	1.404	13.597
Forderungen aus Wertpapierleihen	55.548	413	55.961
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.345.564	32.447	1.378.011
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	6.168	36.126	42.294
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen	–	3.366	3.366
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	73.826	125.066	198.892
Sachanlagen	–	2.409	2.409
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	9.383	9.383
Sonstige Aktiva	180.489	3.149	183.638
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2.014	414	2.428
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.705.590	214.636	1.920.226
Steuerforderungen aus latenten Steuern			4.777
Summe der Aktiva			1.925.003

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2007 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2007
	in 2008	nach 2008	
Einlagen	417.994	39.952	457.946
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	177.468	1.273	178.741
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	9.405	160	9.565
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	818.436	51.649	870.085
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	53.410	–	53.410
Sonstige Passiva	168.135	3.309	171.444
Rückstellungen	1.295	–	1.295
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	2.460	1.761	4.221
Langfristige Verbindlichkeiten	23.255	103.448	126.703
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	6.345	6.345
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	871	2.682	3.553
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.672.729	210.579	1.883.308
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			2.380
Summe der Verbindlichkeiten			1.885.688

[42] Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB

Gemäß § 315a Handelsgesetzbuch („HGB“) sind in einem Konzernabschluss nach IFRS die nachfolgenden Zusatzangaben bereitzustellen.

Personalaufwand

in Mio €	2008	2007
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	8.060	11.298
Soziale Abgaben	1.546	1.824
davon: für Altersversorgung	510	478
Insgesamt	9.606	13.122

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 79.931 (2007: 75.047), darunter befanden sich 33.837 (2007: 31.898) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 51.993 (2007: 47.540) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Bezüge des Vorstands und Aufsichtsrats

Im Jahr 2008 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 4.476.684 € (2007: 33.182.395 €), davon entfielen im Geschäftsjahr 2007 28.832.085 € auf variable Vergütungsbestandteile.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden 19.741.906 € (2007: 33.479.343 €) gezahlt.

Der Aufsichtsrat erhielt für 2008 exklusive Umsatzsteuer eine feste Vergütung (inklusive Sitzungsgeld) von 2.478.500 € (2007: 2.366.000 €). Auf eine variable Vergütung hat der Aufsichtsrat für das Jahr 2008 verzichtet (2007: 3.656.084 €).

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 2008 insgesamt 167.420.222 € (2007: 176.061.752 €) zurückgestellt.

Am 31. Dezember 2008 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 2.641.142 € (2007: 2.186.400 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.396.955 € (2007: 1.713.528 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten 2008 Kredite in Höhe von 0,1 Mio € zurück.

Sonstige Publikationen

Das „Anteilsbesitzverzeichnis 2008“ wird als separates Dokument veröffentlicht und beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht. Es ist auf der Webseite von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar (<http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/berichte.htm>).

Corporate Governance

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft und die Varta AG als derzeitig einziges in den Konzernabschluss einbezogenes deutsches börsennotiertes Unternehmen haben die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Die Tabelle zeigt die von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 in den folgenden Kategorien.

Kategorie in Mio €	2008	2007
Prüfungshonorare	44	43
davon an KPMG Deutschland	21	18
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	8	8
davon an KPMG Deutschland	5	2
Honorare für Steuerberatung	7	8
davon an KPMG Deutschland	3	2
Sonstige Honorare	–	–
davon an KPMG Deutschland	–	–
Summe der Honorare	59	59

Weitere Informationen zu den Prüfungshonoraren sind im Corporate-Governance-Bericht enthalten.

[43] Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Postbank. Am 14. Januar 2009 haben die Deutsche Bank AG und die Deutsche Post AG eine neue Transaktionsstruktur auf Basis des im September 2008 vereinbarten Kaufpreises für den Erwerb von Aktien der Deutschen Postbank AG durch die Deutsche Bank vereinbart. Der Vertrag wird in drei Teilen umgesetzt und wurde am 25. Februar 2009 vollzogen. In diesem Rahmen erwirbt die Deutsche Bank 50 Millionen Aktien der Postbank – das entspricht einem Anteil von 22,9 % – im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung von 50 Millionen Deutsche Bank-Aktien unter Ausschluss von Bezugsrechten. Für die Deutsche Bank reduziert sich dadurch in der neuen Struktur die erwartete Tier-1-Kapitalbelastung. Die Aktien werden aus bestehendem genehmigtem Kapital emittiert. Infolgedessen wird die Deutsche Post einen Anteil von rund 8 % an der Deutschen Bank halten. Über die eine Hälfte dieser Aktien kann die Deutsche Post ab Ende April frei verfügen. Die andere Hälfte dieser Aktien ist ab Mitte Juni veräußerbar. Am Vollzugstag erwarb die Deutsche Bank eine Pflichtumtauschanleihe der Deutschen Post, die nach Ablauf von drei Jahren in 60 Millionen Aktien, oder 27,4 %, der Postbank getauscht wird. Für die verbleibenden von der Deutschen Post gehaltenen Aktien (26,4 Millionen Aktien bzw. 12,1 %) bestehen Kauf- und Verkaufsoptionen. Die Optionen werden durch die Zahlung des Barwerts zum Zeitpunkt des Vollzugs in Höhe von 1,1 Mrd € besichert und sind zwischen dem 36. und 48. Monat nach Vollzug der Transaktion ausübbar.

[Cosmopolitan Resort and Casino](#). Wie in Note [19] Sachanlagen dargestellt, hat der Konzern im September 2008 das Cosmopolitan Resort and Casino im Rahmen eines Rettungserwerbs übernommen und das Projekt weiter entwickelt. Diese Immobilie ist eine als Finanzinvestition gehaltene Immobilie im Bau, die als Sachanlage bilanziert wird. Zum 31. Dezember 2008 belief sich der Buchwert auf 1,1 Mrd €.

Im ersten Quartal 2009 gab es Anzeichen für eine deutliche Verschlechterung des Marktumfelds für Eigentumswohnungen, Hotels und Kasinos in Las Vegas. In Anbetracht dieser Entwicklung erwägt die Bank momentan verschiedene Alternativen zur weiteren Entwicklung und Durchführung des Cosmopolitan Resort und Casino-Projekts. Der aus dem Vermögenswert erzielbare Wert hängt von der zukünftigen Marktentwicklung sowie dem weiteren Vorgehen der Bank ab. Infolgedessen könnte sich in 2009 eine Wertminderung des Buchwerts ergeben, deren Höhe sich jedoch zurzeit nicht verlässlich bestimmen lässt.

Bestätigungen

03

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	281
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	282
Bericht des Aufsichtsrats	283

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang (Notes) – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben. Ergänzend wurden wir beauftragt zu beurteilen, ob der Konzernabschluss auch den IFRS insgesamt entspricht.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der Standards des Public Company Accounting Oversight Board (United States) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 11. März 2009

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(vormals
KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)



Becker
Wirtschaftsprüfer



Bose
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 5. März 2009



Josef Ackermann



Hermann-Josef Lamberti



Hugo Bänziger



Stefan Krause

Bericht des Aufsichtsrats

Die Finanzkrise hat das weltweite Finanzsystem vor große Herausforderungen gestellt. Die Insolvenz einer namhaften US-amerikanischen Investmentbank im September 2008 erschütterte die Märkte zutiefst. Regierungen, Zentralbanken, supranationale Institutionen und die Finanzindustrie selbst haben mit einer Reihe von Maßnahmen auf die Krise reagiert, dennoch arbeiten die Märkte bis heute nicht in vollem Umfang.

Von dieser Entwicklung war auch die Deutsche Bank betroffen. Nie zuvor erlebte Marktverhältnisse haben Schwachstellen in einigen Bereichen der Bank aufgezeigt. Deshalb wurden dort die strategische Ausrichtung und die Struktur angepasst. Substanzuelle Maßnahmen wurden eingeleitet und zeigen bereits erste Erfolge. Die Konzernstrategie als eine führende Investmentbank mit einem starken Privatkundengeschäft hat sich in dieser schwierigen Phase im Grundsatz bewährt. Wir danken dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für ihren großen persönlichen Einsatz.

Der Aufsichtsrat befasste sich im vergangenen Jahr eingehend mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank, ihrem Umfeld, der Risikosituation, der Planung und dem internen Kontrollsystem. Ausführlich erörterten wir mit dem Vorstand die Strategie und die weitere Umsetzung der Maßnahmen der Managementagenda. Der Vorstand unterrichtete uns regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die finanzielle Entwicklung und Ertragslage der Bank, das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über Geschäfte und Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Wir haben den Vorstand beraten und seine Geschäftsführung überwacht. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir eingebunden. Zu nennen ist hier die Beteiligung an der Deutschen Postbank AG, mit der wir eine weitere Stärkung unserer stabilen Geschäftsfelder beabsichtigen. Zwischen den Sitzungen wurden wir über wichtige Vorgänge schriftlich informiert. Beschlüsse wurden, soweit zwischen den Sitzungen erforderlich, mittels Telefonkonferenz oder im Umlaufverfahren herbeigeführt. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dem Vorsitzenden des Vorstands erörtert. Es fanden mehrere Telefonkonferenzen zur jeweiligen aktuellen Lage sowie zwei Informationsveranstaltungen mit dem gesamten Aufsichtsrat im September 2008 und Januar 2009 zum Erwerb der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG statt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2008 haben sieben Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden. Regelmäßig wurden wir in den Sitzungen über die wichtigsten Risikopositionen und die geschäftliche Entwicklung der Bank informiert.

In der ersten Sitzung des Jahres am 6. Februar 2008 erörterten wir die Geschäftsentwicklung im Jahr 2007, die Eckdaten des Jahresabschlusses 2007, den Plan-Ist-Vergleich 2007, den Dividendenvorschlag sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2008 bis 2010 und die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand. Außerdem stimmten wir nach Beratung der Aufstockung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Company Ltd., China zu.

In der Bilanzsitzung am 19. März 2008 billigten wir den Jahresabschluss 2007, der damit festgestellt war. Ferner wurden der Corporate-Governance-Bericht und der Compliance- und Antigeldwäschebericht besprochen sowie die Unternehmensplanung 2008 bis 2010 erneut behandelt. Die Empfehlungen des Nominierungsausschusses zur Nachfolgeplanung der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat wurden erörtert und die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung 2008 verabschiedet. Herr Stefan Krause wurde auf Vorschlag des Präsidial-

ausschusses mit Wirkung vom 1. April 2008 an zum Mitglied des Vorstands bestellt. Über das Risikomanagement im Konzern wurden wir eingehend unterrichtet. Veränderungen in den Beraterkreisen und Bezirksbeiräten in Deutschland wurden uns vorgestellt.

In der Sitzung am Tag vor der Hauptversammlung erörterten wir den Ablauf der Hauptversammlung und die angekündigten Gegenanträge. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst.

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats am 29. Mai 2008 im Anschluss an die Hauptversammlung wurde Herr Dr. Börsig als Vorsitzender des Aufsichtsrats wiedergewählt. Herr Dr. Börsig wurde damit zugleich Vorsitzender des Nominierungs-, Präsidial-, Risiko- und Vermittlungsausschusses sowie Mitglied des Prüfungsausschusses. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde Frau Ruck gewählt, die durch diese Wahl auch Mitglied des Präsidial-, des Prüfungs- und des Vermittlungsausschusses wurde. Des Weiteren wurden Frau Förster und Herr Todenhöfer zu Mitgliedern des Präsidialausschusses, Herr Prof. Kagermann und Sir Peter Job zu Mitgliedern des Risikoausschusses und Frau Labarge und Herr Dr. Siegert zu stellvertretenden Mitgliedern des Risikoausschusses gewählt. Ebenfalls in dieser Sitzung wurden Herr Dr. Eick erneut zum Vorsitzenden sowie Sir Peter Job, Frau Mark und Frau Thieme zu Mitgliedern des Prüfungsausschusses gewählt.

In der Sitzung am 30. Juli 2008 berichtete Herr Neske über die Positionierung und Strategie des von ihm geleiteten Unternehmensbereichs Privat- und Geschäftskunden. Darüber hinaus unterrichtete uns der Vorstand über den Stand des geplanten Erwerbs des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO und über die wesentlichen Grundlagen der D & O-Versicherung für die Mitglieder des Aufsichtsrats. Aufgrund der von der Regierungskommission im Juni 2008 beschlossenen Ergänzungen im Deutschen Corporate Governance Kodex wurden Anpassungen in den Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und des Präsidialausschusses beschlossen, die sämtliche neuen Kodexempfehlungen umsetzen.

In einer außerordentlichen Sitzung am 14. Oktober 2008 wurden wir über die Auswirkungen der Insolvenz von Lehman Brothers auf das Finanzsystem informiert. Die verschiedenen Lösungsansätze der Zentralbanken und staatlichen Hilfspakete der Regierungen sowie die Entwicklung um die Hypo Real Estate und ihre möglichen Auswirkungen wurden ausführlich erörtert. Darüber hinaus gab der Vorstand einen aktuellen Überblick über die wichtigsten Risikopositionen der Bank und deren Bewertung sowie ihre Liquiditätslage.

In der letzten Sitzung des Jahres am 29. Oktober 2008 wurden neben einem Ausblick auf das vierte Quartal insbesondere die strategische Weiterentwicklung der Bank mit den entsprechenden Zielen und geplanten Maßnahmen ausführlich erörtert. Die Vorstandsbestellungen von Herrn Dr. Bänziger und Herrn Lamberti wurden um jeweils fünf Jahre verlängert. Außerdem berichtete der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ausführlich über die Arbeit des Ausschusses, seinen Aufgabenkatalog und dessen Erledigung. Über den Stand des Erwerbs der Deutschen Postbank AG, den der Aufsichtsrat im September beschlossen hatte, wurden wir vom Vorstand informiert. Darüber hinaus erörterten wir den Personalbericht der Deutschen Bank zur Nachwuchs- und Nachfolgeplanung.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2008 mit nur wenigen Ausnahmen an den Sitzungen des Aufsichtsrats teil.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum fünfmal. Außerdem fanden zwei Telefonkonferenzen statt. Zwischen den Sitzungen besprach der Vorsitzende des Präsidialausschusses mit den Ausschussmitgliedern regelmäßig Themen von besonderer Bedeutung. Der Ausschuss befasste sich insbesondere mit der Festsetzung der variablen Bezüge für den Vorstand für das Jahr 2007, der Struktur der Vorstandsvergütung einschließlich der Überprüfung der Regelungen zur Altersversorgung, der Vorbereitung von Vorstandsbestellungen einschließlich der Vertragsverlängerungen, mit Fragen zur Nachfolgeplanung und Anpassungen im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand. Zudem bereitete er Beschlüsse des Aufsichtsrats vor und beriet über die Ergebnisse der Effizienzprüfung des Aufsichtsrats. Soweit erforderlich, stimmte er der Übernahme von Nebentätigkeiten sowie Mandaten von Vorstandsmitgliedern bei anderen Unternehmen zu. Darüber hinaus stimmte er den Vorstandsbeschlüssen zur weiteren Ausgestaltung der Kapitalerhöhung der Bank zur Finanzierung der Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG zu, die im September 2008 durchgeführt wurde. Schließlich behandelte er die Umsetzung der neuen Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Der Risikoausschuss befasste sich in sechs Sitzungen sowie zwei Telefonkonferenzen mit den nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements der Bank sowie mit allen größeren oder mit erhöhten Risiken behafteten Krediten und erteilte, sofern erforderlich, seine Zustimmung. Im Ausschuss wurden Kredit-, Liquiditäts-, Länder-, Markt- und operationelle Risiken sowie Rechts- und Reputationsrisiken behandelt. Ausführlich erörterte er die Risikolage der Bank und die Entwicklungen der globalen Finanzkrise und deren Auswirkungen, die sich weiter verschärft hatten. Dazu gehörten insbesondere auch die Situation im Eigenhandel, die Entwicklung des Value at Risk, die getroffenen Risikomanagementmaßnahmen in den am stärksten betroffenen Portfolien und die bedeutendsten Engagements im Bereich Finanzinstitute. Ferner wurden globale Branchenportfolios nach einem festgelegten Plan vorgestellt und eingehend besprochen.

Der Prüfungsausschuss tagte 2008 sechsmal. An allen Sitzungen nahmen auch Vertreter des Abschlussprüfers teil. Behandelt wurden die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, der gebilligt wurde, die Quartalsabschlüsse, die Berichte 20-F und 6-K für die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC) sowie die Zwischenberichte. Der Ausschuss befasste sich mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2008, erteilte den Prüfungsauftrag, legte Prüfungsschwerpunkte fest, beschloss die Vergütung des Abschlussprüfers und überprüfte dessen Unabhängigkeit nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex sowie den Vorschriften des US-amerikanischen Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB). Der Prüfungsausschuss ist wie in den Vorjahren davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen. Wir haben eingehend überprüft, inwiefern unsere internen Kontrollsysteme den Vorgaben des Sarbanes-Oxley Act entsprechen. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung empfohlen. Regelmäßig wurde dem Prüfungsausschuss über die Beauftragung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften einschließlich des Abschlussprüfers mit prüfungsfremden Aufträgen, über die Arbeit der internen Revision und Fragen der Compliance sowie über Rechts- und Reputationsrisiken berichtet. Der Jahresplan der internen Revision wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Beschwerden in Bezug auf das Rechnungswesen, die internen Prüfverfahren zur Rechnungslegung und zu Fragen der Abschlussprüfung wurden dem Prüfungsausschuss nicht angezeigt. In der letzten Sitzung des Jahres ließ er sich die Schwerpunktthemen des bevorstehenden Jahresabschlusses 2008 vom Vorstand und vom Abschlussprüfer erläutern. Hierzu gehörten insbesondere die aktuellen Kapital- und Verschuldungskennzahlen,

die Entwicklung des Kernkapitals, Wertminderungen auf Kredite und ähnliche Produkte, die Zeitwertbilanzierung, Vermögenswerte, für die kein aktueller Marktpreis besteht, das Konzept der Bank zur Ermittlung von Wertminderungen (Impairment) und verschiedene Steuerthemen.

Der Nominierungsausschuss tagte 2008 einmal. Zur Vorbereitung dieser Sitzung war ein externes internationales Beratungsunternehmen eingeschaltet worden. Daneben fanden zahlreiche Einzelgespräche statt. Der Ausschuss diskutierte in seiner Sitzung potenzielle Kandidaten anhand eines definierten Anforderungsprofils und beschloss, dem Aufsichtsrat sechs bisherige Mitglieder und drei neue Kandidaten zur Wahl durch die Hauptversammlung vorzuschlagen. Darüber hinaus wurde aufgrund des Verzichts auf eine erneute Kandidatur von Herrn Prof. Dr. von Pierer ein weiterer Kandidat im Umlaufverfahren vorgeschlagen.

Sitzungen des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2008 nicht erforderlich.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Corporate Governance

Die Umsetzung der drei neuen Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex wurde in den Sitzungen des Aufsichtsrats und des Präsidialausschusses im Juli 2008 erörtert. Der Aufsichtsrat beschloss, die neuen Empfehlungen des Kodex umzusetzen und passte die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und des Präsidialausschusses entsprechend an.

Der Aufsichtsrat erörterte in seiner Sitzung im März 2008 die Ergebnisse einer erneuten Effizienzprüfung. Hierfür war ein unternehmensspezifischer Fragebogen entworfen worden, der Ende 2007 an alle Aufsichtsratsmitglieder versandt worden war. Der Aufsichtsrat stellte fest, dass Anregungen und Maßnahmen, die in der vorangegangenen Effizienzprüfung vorgeschlagen worden waren, wirkungsvoll umgesetzt wurden und zu einer Steigerung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit geführt haben. Die Prüfung ergab einzelne Ansatzpunkte für Verbesserungen.

Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört. Außerdem hat er festgestellt, dass alle Mitglieder des Prüfungsausschusses gemäß der Begriffsdefinition in Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) zum Sarbanes-Oxley Act 2002 unabhängig sind. Als Finanzexperten wurden nach den Vorschriften der SEC Dr. Clemens Börsig und Dr. Karl-Gerhard Eick benannt.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt im Oktober 2007 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 29. Oktober 2008 erneuert.

Eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank einschließlich des Wortlauts der Entsprechenserklärung vom 29. Oktober 2008 ist im Finanzbericht 2008 auf den Seiten 291 ff. und auf unserer Homepage im Internet unter www.deutsche-bank.de veröffentlicht. Dort finden sich auch die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie die des Vorstands.

Interessenkonflikte und deren Behandlung

Der Risikoausschuss befasste sich mit den nach § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) erforderlichen Kreditgenehmigungen. Dabei nahmen diejenigen Aufsichtsratsmitglieder an der Erörterung und Abstimmung nicht teil, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers waren.

Herr Dr. Börsig nahm an drei Beschlussfassungen des Aufsichtsrats am 29. Oktober 2008 nicht teil, da diese ihn persönlich betrafen. Die Beschlüsse wurden vom Aufsichtsrat zu diesen Punkten unter Leitung von Herrn Todenhöfer gefasst.

Gelegentlich bestanden bei einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern latente Interessenkonflikte. So waren zum Beispiel im Berichtszeitraum Frau Platscher, Frau Förster und Frau Ruck als Arbeitnehmervertreter auch Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG und Herr Hartmann war zeitweise Vorsitzender des Aufsichtsrats der IKB Deutsche Industriebank AG. Sie haben an Beratungen zu den entsprechenden Themen, die zum Teil auch in den Ausschüssen stattfanden, denen sie nicht angehörten, nicht teilgenommen. Besonderer weiterer Maßnahmen im Hinblick auf diese latenten und lediglich punktuellen Interessenkonflikte bedurfte es nicht.

Rechtsstreitigkeiten

Der Aufsichtsrat informierte sich wie in den Vorjahren regelmäßig über wichtige Rechtsstreitigkeiten und beriet über die weitere Vorgehensweise. Hierzu zählen die Anfechtungs- und Auskunftsklagen im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen 2003, 2004, 2005, 2006, 2007 und 2008 sowie die Verfahren Dr. Kirch gegen die Deutsche Bank und gegen Dr. Breuer. Die am 29. Mai 2008 durch die Hauptversammlung erfolgte Wahl der Anteilseignervertreter wurde von mehreren Aktionären angefochten. Eine gerichtliche Entscheidung steht noch aus.

Die Wahl der Anteilseignervertreter durch die Hauptversammlung am 10. Juni 2003 wurde, wie in den Vorinstanzen, vom Bundesgerichtshof in letzter Instanz am 16. Februar 2009 bestätigt.

Darüber hinaus ließen wir uns fortlaufend im Aufsichtsrat sowie detailliert im Prüfungs- und Risikoausschuss über bedeutende Rechtsstreitigkeiten berichten.

Jahresabschluss

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2008 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Notes) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2008 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft worden. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss unter Berücksichtigung des Prüfberichts des Abschlussprüfers und im Gespräch mit diesem ausführlich erörtert. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat uns hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats berichtet. Wir haben dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsicht der Berichte des Abschlussprüfers sowie eingehender Diskussion und auf Empfehlung des Prüfungsausschusses zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss haben wir heute festgestellt sowie den Konzernabschluss gebilligt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung schließen wir uns an.

Personalia

Herr Di Iorio ist am 30. September 2008 aus dem Vorstand ausgeschieden. Seine Aufgaben und Ressortzuständigkeiten wurden von Herrn Krause, der mit Wirkung vom 1. April 2008 an zum Mitglied des Vorstands bestellt worden war, übernommen. Herr Krause war vor seinem Eintritt in die Deutsche Bank seit Mai 2002 Vorstandsmitglied der BMW AG, wo er bis September 2007 das Ressort Finanzen verantwortet hatte und seither für das Ressort Vertrieb und Marketing zuständig war. Wir danken Herrn Di Iorio für seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit für die Deutsche Bank, sein großes Engagement im Vorstand und seine stets konstruktive Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat.

In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats wurden mit Wirkung vom 1. April 2009 an Michael Cohrs, Jürgen Fitschen, Anshu Jain und Rainer Neske für drei Jahre zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Herr Cohrs kam 1995 zur Deutschen Bank und war seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Im Vorstand der Bank wird er den bisher von ihm geleiteten Bereich Global Banking verantworten. Herr Fitschen ist seit 1987 bei der Deutschen Bank, war von 2001 bis Anfang 2002 bereits Mitglied des Vorstands und seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Er leitet das Regional Management. Im Vorstand wird er ebenfalls für Regional Management verantwortlich sein. Herr Jain kam 1995 zur Deutschen Bank und wurde 2001 Leiter von Global Markets sowie 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Den Bereich Global Markets wird er auch als Vorstand verantworten. Herr Neske begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank in 1990 und wurde 2000 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG bestellt. Seit 2003 ist er Mitglied des Group Executive Committee und Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Im Vorstand der Deutschen Bank AG wird er den Bereich Privat- und Geschäftskunden verantworten.

Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats endete mit Ausnahme derjenigen von Dr. Theo Siegert, der bereits durch die Hauptversammlung 2007 bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2012 gewählt worden war, mit Ablauf der Hauptversammlung am 29. Mai 2008. Ulrich Hartmann, Prof. Dr. Heinrich von Pierer und Dr. Jürgen Weber sind als Vertreter der Anteilseigner sowie Sabine Horn, Rolf Hunck, Ulrich Kaufmann und Peter Kazmierczak als Vertreter der Arbeitnehmer ausgeschieden. Von der Hauptversammlung 2008 wurden für eine Amtszeit von fünf Jahren Dr. Clemens Börsig, Dr. Karl-Gerhard Eick, Prof. Dr. Henning Kagermann und Tilman Todenhöfer wiedergewählt. Aufgrund der bestehenden Altersgrenze von 70 Jahren wurden Sir Peter Job für eine kürzere Amtszeit von drei Jahren bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2011 und Maurice Lévy für vier Jahre bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2012 wiedergewählt. Suzanne Labarge, Dr. Johannes Teysen und Werner Wenning wurden durch die Hauptversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2013 neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wurden durch die Wahlmännerversammlung am 8. Mai 2008 Heidrun Förster, Henriette Mark, Gabriele Platscher, Karin Ruck, Gerd Herzberg und Leo Wunderlich bestätigt. Neu gewählt wurden Martina Klee, Marlehn Thieme, Wolfgang Böhr und Alfred Herling.

Wir danken allen ausgeschiedenen Mitgliedern des Aufsichtsrats für ihr Engagement sowie die konstruktive Begleitung des Unternehmens und des Vorstands während der vergangenen Jahre. Wir sind davon überzeugt, dass auch der neue Aufsichtsrat die erfolgreiche Tätigkeit dieses Gremiums nahtlos fortsetzen wird.

Frankfurt am Main, den 17. März 2009

Für den Aufsichtsrat



Dr. Clemens Börsig

Vorsitzender

Corporate- Governance-Bericht

04

Vorstand und Aufsichtsrat	291
Rechnungslegung und Transparenz	299
Geschäfte mit nahestehenden Dritten	300
Wirtschaftsprüfung und Controlling	300
Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex	302

Corporate-Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsleitung. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands und der von ihm eingesetzten Ausschüsse sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) zur Verfügung steht.

Am 1. April 2008 ist Stefan Krause in den Vorstand eingetreten. Er hat die Aufgaben von Anthony Di Iorio übernommen, der am 30. September 2008 altersbedingt aus dem Vorstand ausgeschieden ist. Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands einschließlich ihres Alters (Stand: 31. Dezember 2008), des Jahres ihrer ersten Bestellung und des Jahres, in dem ihre Bestellung endet, ihrer aktuellen Position und ihres Verantwortungsbereichs sowie ihrer sonstigen Mandate außerhalb der Bank, wobei sich unsere Vorstandsmitglieder verpflichtet haben, keinen Aufsichtsratsvorsitz außerhalb des Konzerns anzunehmen.

Dr. Josef Ackermann

Alter: 60

Erste Bestellung: 1996

Bestellt bis: 2010

Dr. Josef Ackermann wurde mit seinem Eintritt in die Deutsche Bank im Jahr 1996 Mitglied des Vorstands, wo er für den Bereich Investment Banking zuständig war. Am 22. Mai 2002 übernahm er die Funktion des Vorstandssprechers. Am 1. Februar 2006 wurde Dr. Ackermann vom Aufsichtsrat zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt.

Nach dem Studium der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaften an der Universität St. Gallen war er dort am Volkswirtschaftlichen Institut als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig und promovierte zum Dr. oec. Dr. Ackermann begann seine berufliche Laufbahn 1977 mit Eintritt in die Schweizerische Kreditanstalt (SKA), wo er in London, New York und in der Schweiz in verschiedenen Bereichen des Corporate Banking, Foreign Exchange/Money Markets und Treasury, Investment Banking sowie Multinational Services tätig war. Von 1993 bis 1996 war er Präsident der Generaldirektion der SKA, der er seit 1990 angehörte.

Dr. Ackermann ist Mitglied des Aufsichtsrats der Siemens AG (zweiter stellvertretender Vorsitzender) und stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der Belenos Clean Power Holding Ltd. (seit April 2008). Außerdem ist er Mitglied des Board of Directors der Royal Dutch Shell Plc (seit Mai 2008).

Dr. Hugo Bänziger

Alter: 52

Erste Bestellung: 2006

Bestellt bis: 2014

Dr. Hugo Bänziger wurde am 4. Mai 2006 Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank. Er ist unser Chief Risk Officer. Er trat als Leiter Global Markets Credit im Jahr 1996 in die Deutsche Bank in London ein. Im Jahr 2000 wurde er zum Chief Credit Officer und in 2004 zum Chief Risk Officer for Credit and Operational Risk ernannt.

Dr. Bänziger begann seinen beruflichen Werdegang 1983 bei der Eidgenössischen Bankenkommision in Bern. Von 1985 bis 1996 arbeitete er bei der Schweizerischen Kreditanstalt in Zürich und London, zunächst im Bereich Retail Banking und anschließend als Relationship Manager im Bereich Corporate Finance. 1990 wurde er zum Global Head of Credit für CS Financial Products ernannt.

Er studierte moderne Geschichte, Recht und Volkswirtschaft an der Universität Bern und promovierte dort anschließend in Wirtschaftsgeschichte.

Neben seinen Aufgaben für die Deutsche Bank ist Dr. Bänziger Mitglied des Aufsichtsrats der EUREX Clearing AG, der EUREX Frankfurt AG und Mitglied des Verwaltungsrats der EUREX Zürich AG.

Stefan Krause

Alter: 46

Erste Bestellung: 2008

Bestellt bis: 2013

Stefan Krause wurde am 1. April 2008 Mitglied des Vorstands. Nachdem Anthony Di Iorio in den Ruhestand gegangen war, wurde Herr Krause mit Wirkung zum 1. Oktober 2008 Chief Financial Officer (CFO) der Deutschen Bank.

Zuvor war Herr Krause über 20 Jahre in der Automobilindustrie tätig und hatte verschiedene Senior-Management-Positionen mit einem starken Fokus auf die Bereiche Finance und Financial Services inne. Er begann seine Karriere 1987 im Controlling von BMW in München und ging 1993 in die USA, wo er den Financial-Services-Bereich des Unternehmens in Nord- und Südamerika aufbaute und schließlich leitete. 2001 kehrte er nach München zurück und übernahm den Posten des Head of Sales Western Europe (ohne Deutschland). Im Mai 2002 wurde er zum Mitglied des Vorstands der BMW Group ernannt. Dort war er bis September 2007 für das Ressort Finanzen und danach für das Ressort Vertrieb und Marketing zuständig.

Herr Krause studierte Betriebswirtschaftslehre in Würzburg und schloss das Studium 1986 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Krause hat keine zu veröffentlichenden externen Mandate.

Hermann-Josef Lamberti

Alter: 52

Erste Bestellung: 1999

Bestellt bis: 2014

Hermann-Josef Lamberti wurde 1999 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank bestellt. Er ist derzeit unser Chief Operating Officer. Er trat als Executive Vice President im Jahr 1998 in die Deutsche Bank in Frankfurt ein.

Herr Lamberti begann seine berufliche Laufbahn 1982 bei Touche Ross in Toronto und wechselte anschließend zur Chemical Bank in Frankfurt. 1985 bis 1998 war er bei IBM tätig, zunächst in Deutschland in den Bereichen Controlling, Interne Anwendungsentwicklung und Sales Banken/Versicherungen. 1993 wurde er zum General Manager der Abteilung Personal Software für Europa, den Nahen Osten und Afrika bei IBM Europe in Paris bestellt. Als Vice President für Marketing und Brand Management war Herr Lamberti ab 1995 für IBM in den USA tätig. 1997 übernahm er den Vorsitz der Geschäftsführung von IBM Deutschland in Stuttgart.

Herr Lamberti studierte Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten in Köln und Dublin und schloss das Studium 1982 als Diplom-Kaufmann ab.

Neben seinen Aufgaben für die Deutsche Bank übt Herr Lamberti die nachstehenden Funktionen aus: Er ist Mitglied des Aufsichtsrats oder vergleichbarer Gremien des BVV Versicherungsvereins des Bankgewerbes a.G., der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., des BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, der Deutsche Börse AG, der European Aeronautic Defence and Space Company EADS N.V. und der Carl Zeiss AG.

Group Executive Committee

Im 2002 gebildeten Group Executive Committee sind die Vorstandsmitglieder, die fünf Business Heads unserer Konzernbereiche sowie der Leiter des regional ausgerichteten Managements vertreten. Dr. Ackermann, Vorsitzender des Vorstands, ist auch Vorsitzender des Group Executive Committee. Das Group Executive Committee dient der Koordination der globalen Geschäftsbereiche und Regionen und hat folgende Aufgaben und Verantwortlichkeiten:

- fortlaufende Unterrichtung des Vorstands über Geschäftsentwicklungen und spezifische Transaktionen;
- regelmäßige Überprüfung der Geschäftssegmente der Bank;
- Erörterung strategischer Fragen mit dem Vorstand sowie Beratung desselben;
- Vorbereitung von Vorstandsentscheidungen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Regelmäßig wird er vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik sowie grundsätzliche Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling unterrichtet. Mindestens einmal jährlich wird ihm über die Unternehmensplanung berichtet. Der Aufsichtsrat beschließt auf Vorschlag des Präsidialausschusses über die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente und überprüft sie regelmäßig. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er hält mit dem Vorstand, insbesondere dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Über wichtige Ereignisse, die für die Lage und Entwicklung sowie die Leitung der Deutschen Bank-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind, wird er vom Vorsitzenden des Vorstands unverzüglich informiert. Geschäfte, zu deren Vornahme die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, sind in § 13 unserer Satzung aufgeführt. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand. Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben nach eigenem Ermessen Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen.

Die Aufgaben, Verfahrensregeln und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) zur Verfügung steht.

Die als Vertreter unserer Aktionäre fungierenden Mitglieder wurden auf der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 gewählt, mit Ausnahme von Herrn Dr. Siegert, der bereits von der Hauptversammlung 2007 bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2012 gewählt worden war. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 8. Mai 2008. Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind Angaben zu ihrem Alter (Stand: 31. Dezember 2008), dem Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung, dem Jahr, in dem ihr Mandat endet, ihrer Haupttätigkeit, ihrer Mitgliedschaft in Aufsichtsräten anderer Gesellschaften und sonstigen Mandaten.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Wolfgang Böhr* Alter: 45 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Düsseldorf der Deutschen Bank	
Dr. Clemens Börsig Alter: 60 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG, Frankfurt	Linde AG; Bayer AG; Daimler AG; Emerson Electric Company (seit Februar 2009)
Dr. Karl-Gerhard Eick Alter: 54 Gerichtlich bestellt: 2004 Gewählt bis: 2013	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Telekom AG, Bonn, bis 28. Februar 2009; Vorsitzender des Vorstands der Arcandor AG, Essen, seit 1. März 2009	DeTe Immobilien Deutsche Telekom Immobilien und Service GmbH (bis September 2008); T-Mobile International AG; T-Systems Enterprise Services GmbH; T-Systems Business Services GmbH; FC Bayern München AG; CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG; STRABAG Property and Facility Services GmbH (seit Oktober 2008); Hellenic Telecommunications Organization S.A. (OTE S.A.) (seit Juni 2008); Thomas Cook Group Plc (seit Dezember 2008)
Heidrun Förster* Alter: 61 Erstmals gewählt: 1993 Gewählt bis: 2013	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG bis 29. Mai 2008; Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Berlin der Deutschen Bank	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG (seit Mai 2008); Betriebskrankenkasse der Deutschen Bank
Alfred Herling* Alter: 56 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Wuppertal/Sauerland der Deutschen Bank; Stellvertretender Gesamtbetriebs- ratsvorsitzender; Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats	
Gerd Herzberg* Alter: 58 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2013	Stellvertretender Vorsitzender der ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Berlin	Franz Haniel & Cie GmbH (stellv. Vorsitzender); DBV Winterthur Lebensversicherung AG; BGAG – Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG; DAWAG – Deutsche Angestellten Wohnungsbau AG (Vorsitzender); Vattenfall Europe AG
Sir Peter Job Alter: 67 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis: 2011		Schroders Plc; Tibco Software Inc.; Royal Dutch Shell Plc; Mathon Systems (Advisory Board)
Prof. Dr. Henning Kagermann Alter: 61 Erstmals gewählt: 2000 Gewählt bis: 2013	Sprecher des Vorstands der SAP AG, Walldorf	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Nokia Corporation; Deutsche Post AG (seit Februar 2009)
Martina Klee* Alter: 46 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Betriebsrats GTO Frankfurt/Eschborn der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank AG	Sterbekasse für die Angestellten der Deutschen Bank a.G.
Suzanne Labarge Alter: 62 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013		Coca-Cola Enterprises Inc.
Maurice Lévy Alter: 66 Erstmals gewählt: 2006 Gewählt bis: 2012	Chairman und Chief Operating Officer Publicis Groupe S.A., Paris	Publicis Conseil S.A.; Medias et Régies Europe S.A.; MMS USA Holdings, Inc.; Fallon Group, Inc.; Zenith Optimedia Group Ltd.
Henriette Mark* Alter: 51 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank	

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Gabriele Platscher* Alter: 51 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG (bis Mai 2008); BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.; BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.; BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG
Karin Ruck* Alter: 43 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG seit 29. Mai 2008; Stellvertretende Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Filiale Frankfurt der Deutschen Bank	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG; BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.; BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.; BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG
Dr. Theo Siebert Alter: 61 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2012	Geschäftsführender Gesellschafter de Haen Carstanjen & Söhne, Düsseldorf	E.ON AG; ERGO AG; Merck KGaA; E. Merck OHG (Mitglied des Geschäfterrats); DKSH Holding Ltd. (Mitglied des Verwaltungsrats)
Dr. Johannes Teysen Alter: 49 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Chief Operating Officer und stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der E.ON AG, Düsseldorf	E.ON Energie AG; E.ON Ruhrgas AG; E.ON Energy Trading AG; Salzgitter AG; E.ON Nordic AB; E.ON Sverige AB; E.ON Italia Holding s.r.l.
Marlehn Thieme* Alter: 51 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Bereichsleiterin Corporate Social Responsibility Deutsche Bank AG, Frankfurt	
Tilman Todenhöfer Alter: 65 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis: 2013	Persönlich haftender Gesellschafter der Robert Bosch Industrietreuhand KG, Stuttgart	Robert Bosch GmbH; Robert Bosch Int. Beteiligungen AG (Präsident des Verwaltungsrats); HOCHTIEF AG (seit September 2008); Carl Zeiss AG (Vorsitzender; bis September 2008); Schott AG (Vorsitzender, bis Juli 2008)
Werner Wenning Alter: 62 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Vorstands der Bayer AG, Leverkusen	E.ON AG (seit April 2008); Henkel AG & Co. KGaA (Mitglied des Aufsichtsrats bis 14. April 2008; Mitglied des Gesellschafterausschusses seit 14. April 2008); Evonik Industries AG (bis September 2008); Bayer Schering Pharma AG (Vorsitzender)
Leo Wunderlich* Alter: 59 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Konzern- und des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank AG, Mannheim	

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Dr. Clemens Börsig war bis zum 3. Mai 2006 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Dr. Börsig hat erklärt, in seiner Funktion als Mitglied des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse bei allen Fragen, die seine frühere Mitgliedschaft im Vorstand betreffen und einen Interessenkonflikt begründen könnten, an den diesbezüglichen Erörterungen und Abstimmungen nicht teilzunehmen.

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Unser Aufsichtsrat hat die folgenden fünf ständigen Ausschüsse eingerichtet. Über die konkrete Ausschussarbeit im vergangenen Geschäftsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrats (siehe dazu die Seiten 283 bis 289 im Finanzbericht 2008).

Präsidialausschuss: Der Präsidialausschuss ist insbesondere für Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten zuständig. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung vor. Außerdem unterbreitet er dem Aufsichtsrat einen Vorschlag zum Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertrags Elemente und ist zuständig für den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Dienst- und anderen Verträge des Vorstands. Er gibt seine Zustimmung zu Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern nach § 112 AktG und zu bestimmten Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG. Darüber hinaus bereitet er die Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance vor. Im Geschäftsjahr 2008 fanden fünf Sitzungen des Präsidialausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Heidrun Förster, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Nominierungsausschuss: Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl beziehungsweise die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Im Geschäftsjahr 2008 fand eine Sitzung des Nominierungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Nominierungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Tilman Todenhöfer und Werner Wenning.

Prüfungsausschuss: Dem Prüfungsausschuss obliegen die Vorprüfung der Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss sowie die Erörterung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses vor und erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden. Der Prüfungsausschuss erörtert ferner die Zwischenberichte und die Berichte über die prüferische Durchsicht der Zwischenberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer. Zudem erteilt der Prüfungsausschuss den Prüfungsauftrag an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer. Er beschließt über die Vergütung des Abschlussprüfers und überwacht dessen Unabhängigkeit, Qualifikation und Effizienz. Der Leiter der internen Revision berichtet regelmäßig über die Tätigkeit der Revision. Der Prüfungsausschuss wird über Sonderprüfungen und erhebliche Beanstandungen sowie sonstige außergewöhnliche Maßnahmen der Bankaufsichtsbehörden unterrichtet. Er ist zuständig für die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden im Zusammenhang mit der Rechnungslegung sowie internen Prüfverfahren und Fragen der Abschlussprüfung. In seinen Sitzungen wird regelmäßig über Fragen der Compliance berichtet. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zu Aufträgen für nicht prüfungsnahe Dienstleistungen an den Abschlussprüfer (siehe dazu auch wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen auf den Seiten 301 bis 302 des Corporate-Governance-Berichts). Im Geschäftsjahr 2008 fanden sechs Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Dr. Karl-Gerhard-Eick (Vorsitzender), Dr. Clemens Börsig, Sir Peter Job, Henriette Mark, Karin Ruck und Marlehn Thieme.

Risikoausschuss: Der Risikoausschuss ist zuständig für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder unserer Satzung eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zum Erwerb von Beteiligungen an anderen Unternehmen in Höhe von 2 % bis 3 % unseres haftenden Eigenkapitals, wenn es sich um eine Beteiligung handelt, die voraussichtlich nicht länger als zwölf Monate im vollen oder teilweisen Besitz der Bank verbleiben soll. In seinen Sitzungen berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Er berichtet ferner über die Risikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die nach den damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind. Im Geschäftsjahr 2008 fanden sechs Sitzungen des Risikoausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Risikoausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Prof. Henning Kagermann und Sir Peter Job. Suzanne Labarge und Dr. Theo Siegert sind Ersatzmitglieder des Risikoausschusses und werden zu allen Sitzungen eingeladen und nehmen regelmäßig an ihnen teil.

Vermittlungsausschuss: Zusätzlich zu diesen vier Ausschüssen unterbreitet der gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Er tagt nur bei Bedarf. Im Geschäftsjahr 2008 fanden keine Sitzungen des Vermittlungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Wolfgang Böhr, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Weitere Details zum Präsidialausschuss, Nominierungsausschuss, Risikoausschuss und Prüfungsausschuss sind in Geschäftsordnungen geregelt, die wie die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht sind.

Erfolgsorientierte Vergütung

Zur Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008 verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der aufgrund der Bestimmungen des Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetzes auf den Seiten 51 bis 57 des Lageberichts abgedruckt ist.

Aktienprogramme

Informationen zu unseren aktienbasierten Vergütungsplänen sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

Rechnungslegung und Transparenz

Aktienbesitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

Vorstand. Zum Aktienbesitz des Vorstands verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der im Lagebericht abgedruckt ist.

Aufsichtsrat. Am 27. Februar 2009 setzte sich der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Ansprüchen auf Aktien gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen und Aktienoptionen) der Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt zusammen:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien	Anzahl Aktienoptionen
Wolfgang Böhr	10	10	100
Dr. Clemens Börsig ¹	120.000	23.156	–
Dr. Karl-Gerhard Eick	–	–	–
Heidrun Förster	895	10	–
Alfred Herling	767	10	–
Gerd Herzberg	–	–	–
Sir Peter Job	4.000	–	–
Prof. Dr. Henning Kagermann	–	–	–
Martina Klee	618	10	–
Suzanne Labarge	–	–	–
Maurice Lévy	–	–	–
Henriette Mark	378	10	–
Gabriele Platscher	739	10	–
Karin Ruck	102	8	–
Dr. Theo Siegert	–	–	–
Dr. Johannes Teysen	–	–	–
Marlehn Thieme	102	6	–
Tilman Todenhöfer	300	–	–
Werner Wenning	–	–	–
Leo Wunderlich	712	10	100
Insgesamt	128.623	23.240	200

¹ Darin nicht enthalten sind 150 Deutsche Bank-Aktien, die einer in Familienbesitz befindlichen Gesellschaft bürgerlichen Rechts zuzurechnen sind, an der Dr. Börsig mit 25 % beteiligt ist.

Am 27. Februar 2009 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats 128.623 Aktien, was weniger als 0,02 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entspricht.

Einige Mitglieder des Aufsichtsrats, die Mitarbeiter der Bank sind oder waren, erhielten Ansprüche auf Aktien beziehungsweise Optionen auf Aktien gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen, die sie berechtigen, zu einem bestimmten Zeitpunkt Aktien zu beziehen. Eine genaue Beschreibung dieser Programme ist in Note [31] des Konzernabschlusses zu finden. Aktien, die aufgrund dieser Programme an die Aufsichtsratsmitglieder zugeteilt wurden und noch von den jeweiligen Mitgliedern gehalten werden, sind in der Tabelle ebenfalls unter „Anzahl Aktien“ aufgeführt. Aktienansprüche, die aufgrund dieser Programme noch nicht zugeteilte Aktien beinhalten, sind in der Tabelle unter „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ aufgeführt.

Die Spalte „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ in der Tabelle umfasst 23.156 DB Equity Units, die Dr. Börsig im Rahmen des Global Partnership Plan als Teil seiner Vergütung als früheres Vorstandsmitglied erhalten hat und die ihm in Teilen bis August 2010 zugeteilt werden. Die übrigen in der Spalte aufgeführten Ansprüche wurden unseren Arbeitnehmervertretern des Aufsichtsrats im Rahmen des DB Global Share Plan 2008 gewährt. Die Aktien werden am 1. November 2009 zugeteilt.

Die in der Tabelle aufgeführten Aktienoptionen wurden durch die freiwillige Teilnahme der Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats am DB Global Share Plan erworben. Die 2003 ausgegebenen Optionen haben einen Ausübungspreis von 75,24 €, sind seit 2. Januar 2006 ausübbar und verfallen am 11. Dezember 2009. Die Optionen beziehen sich auf unsere Stammaktien.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Informationen zu Geschäften mit nahestehenden Dritten sind in Note [38] enthalten.

Wirtschaftsprüfung und Controlling

Finanzexperten des Prüfungsausschusses

Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Prüfungsausschusses zu „Finanzexperten des Prüfungsausschusses“ gemäß der Begriffsdefinition in Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission zum Sarbanes-Oxley Act 2002 benannt: Dr. Clemens Börsig und Dr. Karl-Gerhard Eick. Die genannten Finanzexperten des Prüfungsausschusses sind entsprechend der Rule 10A-3 des US-amerikanischen Börsengesetzes (Securities Exchange Act) von 1934 von der Bank „unabhängig“.

Ethikkodex

Entsprechend Section 406 des Sarbanes-Oxley Act 2002 haben wir einen Ethikkodex verabschiedet. Dieser Ethikkodex findet Anwendung auf den „Principal Executive Officer“, den „Principal Financial Officer“, den „Principal Accounting Officer“ oder „Controller“ sowie Personen, die innerhalb des Unternehmens vergleichbare Funktionen ausüben („Senior Financial Officers“). Derzeit sind dies bei der Deutschen Bank der Vorsitzende des Vorstands, der Chief Financial Officer, der Deputy Chief Financial Officer, der Head of Group Accounting sowie die Mitglieder des Group Finance Committee. Der Ethikkodex ist auf der Webseite der Deutschen Bank unter www.deutschebank.de/corporate-governance veröffentlicht. Im Berichtsjahr 2008 wurden dem Corporate-Governance-Beauftragten keine Verstöße gegen den Ethikkodex angezeigt.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Nach deutschem Recht wird der Abschlussprüfer von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats gewählt. Der Prüfungsausschuss unseres Aufsichtsrats bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl des Abschlussprüfers vor. Nach der Wahl des Abschlussprüfers erteilt der Prüfungsausschuss das Mandat, genehmigt in eigener Verantwortung Bedingungen und Umfang der Abschlussprüfung sowie sämtliche Prüfungshonorare und überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. 2007 und 2008 wählte die Hauptversammlung KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die seit Jahren als unser Abschlussprüfer fungiert, als Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2007 und 2008.

Die unten stehende Tabelle zeigt die gesamten von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die letzten beiden Geschäftsjahre in den folgenden Kategorien: (1) Prüfungshonorare, das heißt Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer, in Verbindung mit satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Prüfungen, die in den betreffenden Geschäftsjahren in Rechnung gestellt wurden; (2) Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen, das heißt Honorare für Gutachten und zugehörige Dienstleistungen, die in engem Bezug zu der Durchführung der Abschlussprüfung stehen und nicht unter Prüfungshonoraren ausgewiesen werden; (3) Honorare für Steuerberatung, das heißt Honorare für professionelle Dienstleistungen zur Sicherstellung der Einhaltung von Steuervorschriften, Steuerberatung und Steuerplanung; sowie (4) alle sonstigen Honorare für Produkte und Dienstleistungen, die nicht unter Prüfungshonorare, Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen und Steuerberatung fallen. In diesen Beträgen sind Aufwendungen und Umsatzsteuer nicht eingeschlossen.

Kategorie in Mio €	2008	2007
Prüfungshonorare	44	43
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	8	8
Honorare für Steuerberatung	7	8
Sonstige Honorare	–	–
Summe der Honorare	59	59

Die Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen enthielten Honorare für Beratungsleistungen, Due-Diligence-bezogene Leistungen im Zusammenhang mit aktuellen oder geplanten Zukäufen und Verkäufen, Gutachtertätigkeiten und sonstige vereinbarte Dienstleistungen. Die Honorare für Steuerberatung inklusive Dienstleistungshonoraren enthielten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Initiativen für die konzernweite Steuerplanung unter Beachtung der jeweiligen steuerlichen Regelungen. Die sonstigen Honorare umfassten projektbezogene Beratungsleistungen.

US-amerikanische Gesetze und Vorschriften sowie unsere eigenen Richtlinien sehen generell vor, dass jede Beauftragung unseres Abschlussprüfers vorab durch unseren Prüfungsausschuss oder gemäß den von diesem verabschiedeten Richtlinien und Weisungen genehmigt wird. Für prüfungsfremde Dienstleistungen unseres Abschlussprüfers hat unser Prüfungsausschuss folgende Richtlinien und Weisungen festgelegt: Anfragen zur Beauftragung müssen in erster Instanz unserem Group Finance Committee vorgelegt werden, das sich aus unserem Chief Financial Officer und leitenden Mitarbeitern unserer Finance- und Steuerabteilungen zusammensetzt. Bezieht sich eine Anfrage auf Dienstleistungen, welche die Unabhängigkeit unseres Abschlussprüfers gefährden würden, muss diese abgelehnt werden. Für bestimmte zulässige Gutachter- und Finanzberatungsleistungen sowie Steuerberatungs-

leistungen hat der Prüfungsausschuss eine Vorabgenehmigung erteilt, soweit die erwarteten Honorare für die einzelnen Leistungen 1 Mio € nicht übersteigen. Entsprechende Anfragen kann das Group Finance Committee genehmigen, hat darüber aber regelmäßig dem Prüfungsausschuss zu berichten. Betrifft eine Anfrage zur Beauftragung weder unzulässige noch vorab genehmigte prüfungsfremde Dienstleistungen, muss sie vom Group Finance Committee zur Prüfung an den Prüfungsausschuss weitergeleitet werden. Um die Prüfung von Anfragen zur Beauftragung zwischen den Ausschusssitzungen zu erleichtern, hat der Prüfungsausschuss zudem die Genehmigungskompetenz an mehrere seiner Mitglieder delegiert, die gemäß Definition der Securities and Exchange Commission und der New York Stock Exchange „unabhängig“ sind. Diese Mitglieder berichten über jede von ihnen erteilte Genehmigung in der jeweils nächsten Sitzung dem Prüfungsausschuss.

Darüber hinaus kann nach den geltenden US-amerikanischen Gesetzen und Vorschriften für die Beauftragung von prüfungsfremden Dienstleistungen, die insgesamt nicht mehr als 5 % der an unseren Abschlussprüfer bezahlten Honorare ausmachen, auf die Notwendigkeit der Vorabgenehmigung verzichtet werden, wenn der entsprechende Auftrag von uns zum Zeitpunkt der Beauftragung nicht berücksichtigt und unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder einem dafür zuständigen Ausschussmitglied gemeldet sowie vor Abschluss der Prüfung genehmigt wurde. In den Geschäftsjahren 2007 und 2008 lag der Prozentsatz der an unseren Abschlussprüfer gezahlten Honorare, die durch Nichtprüfungsleistungen in den einzelnen Kategorien anfielen und für die auf eine Vorabgenehmigung verzichtet werden konnte, unter 5 %.

Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Entsprechenserklärung 2008

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 29. Oktober 2008 eine neue Entsprechenserklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes abgegeben. Demnach hat die Bank den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ seit der letzten Entsprechenserklärung vom 30. Oktober 2007 mit der folgenden Ausnahme entsprochen:

- Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats bestand eine Directors & Officers-Versicherung (D&O-Versicherung) ohne Selbstbehalt (Kodex Ziffer 3.8). Es handelt sich dabei um eine Gruppenversicherung für eine Vielzahl von Mitarbeitern im In- und Ausland. Im Ausland ist ein Selbstbehalt unüblich. Eine Differenzierung zwischen Organmitgliedern und Mitarbeitern erscheint im Übrigen nicht sachgerecht.

Die Bank wird den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 6. Juni 2008, veröffentlicht im Bundesanzeiger am 8. August 2008, künftig mit folgender Ausnahme entsprechen:

- Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt (Kodex Ziffer 3.8). Es handelt sich dabei um eine Gruppenversicherung für eine Vielzahl von Mitarbeitern im In- und Ausland. Im Ausland ist ein Selbstbehalt unüblich. Eine Differenzierung zwischen Organmitgliedern und Mitarbeitern erscheint im Übrigen nicht sachgerecht.

Die Entsprechenserklärung vom 29. Oktober 2008 und alle früheren Entsprechenserklärungen sind auf der Webseite der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/corporate-governance veröffentlicht, wo auch der Deutsche Corporate Governance Kodex zu finden ist.

Stellungnahme zu den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Entgegen der Anregung im Kodex (Ziffer 5.1.2) wurde Stefan Krause für volle fünf Jahre zum Mitglied des Vorstands bestellt, da er für den Wechsel zur Deutschen Bank bei BMW einen laufenden Vorstandsvertrag auflösen musste. Bei Erstbestellungen wollen wir jedoch grundsätzlich wie bisher kürzere Laufzeiten vereinbaren.

Die Bank entspricht darüber hinaus freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 6. Juni 2008 mit folgenden Ausnahmen:

- Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Aktionäre, die den Stimmrechtsvertretern schon zuvor Vollmacht erteilt haben, erreichen diese am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex Ziffer 2.3.3). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, sodass für die Meinungsbildung der nur über Stimmrechtsvertreter teilnehmenden Aktionäre keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.
- Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex Ziffer 2.3.4) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.

Ergänzende Informationen

05

Vorstand	305
Aufsichtsrat	306
Advisory Boards	308
Der Konzern im Dreijahresvergleich	313
Patronatserklärung	314
Glossar	315
Impressum/Publicationen	320

Vorstand

Josef Ackermann

Vorsitzender

Hugo Bänziger

Anthony Di Iorio

bis 30. September 2008

Stefan Krause

ab 1. April 2008

Hermann-Josef Lamberti

Aufsichtsrat

Dr. Clemens Börsig

– Vorsitzender,
Frankfurt am Main

Karin Ruck*

– Stellvertretende Vorsitzende ab
29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Wolfgang Böhr*

ab 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Dr. Karl-Gerhard Eick

Stellvertretender Vorsitzender des
Vorstands der Deutsche Telekom
AG bis 28. Februar 2009;
Vorsitzender des Vorstands der
Arcandor AG ab 1. März 2009,
Köln

Heidrun Förster*

– Stellvertretende Vorsitzende bis
29. Mai 2008
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Berlin

Ulrich Hartmann

bis 29. Mai 2008
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der E.ON AG,
Düsseldorf

Alfred Herling*

ab 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Gerd Herzberg*

Stellvertretender Vorsitzender der
ver.di Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft,
Hamburg

Sabine Horn*

bis 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Rolf Hunck*

bis 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Seevetal

Sir Peter Job

London

Prof. Dr. Henning Kagermann

Sprecher des Vorstands
der SAP AG,
Hockenheim

Ulrich Kaufmann*

bis 29. Mai 2008
Deutscher Bankangestellten-
Verband, Gewerkschaft für
Finanzdienstleister,
Ratingen

Peter Kazmierczak*

bis 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Herne

Martina Klee*

ab 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge

ab 29. Mai 2008
Toronto

Maurice Lévy

Chairman und Chief Executive
Officer, Publicis Groupe S.A.,
Paris

Henriette Mark*

Deutsche Bank AG,
München

Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E.h.

Heinrich von Pierer

bis 29. Mai 2008
Erlangen

Gabriele Platscher*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Dr. Theo Siegert

Geschäftsführender Gesellschafter
der de Haen Carstanjen & Söhne,
Düsseldorf

Dr. Johannes Teysen

ab 29. Mai 2008
Chief Operating Officer und
stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands der E.ON AG,
Oberding

Marlehn Thieme*

ab 29. Mai 2008
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Tilman Todenhöfer

Persönlich haftender
Gesellschafter der Robert Bosch
Industrietreuhand KG,
Madrid

Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h.

Jürgen Weber

bis 29. Mai 2008
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Deutsche Lufthansa AG,
Hamburg

Werner Wenning

ab 29. Mai 2008
Vorsitzender des Vorstands der
Bayer AG,
Leverkusen

Leo Wunderlich*

Deutsche Bank AG,
Mannheim

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Heidrun Förster*

Ulrich Hartmann
bis 29. Mai 2008

Ulrich Kaufmann*
bis 29. Mai 2008

Karin Ruck*
ab 29. Mai 2008

Tilman Todenhöfer
ab 29. Mai 2008

Vermittlungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Wolfgang Böhr*
ab 29. Mai 2008

Heidrun Förster*
bis 29. Mai 2008

Ulrich Hartmann
bis 29. Mai 2008

Henriette Mark*
bis 29. Mai 2008

Karin Ruck*
ab 29. Mai 2008

Tilman Todenhöfer
ab 29. Mai 2008

Prüfungsausschuss

Dr. Karl-Gerhard Eick
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig

Heidrun Förster*
bis 29. Mai 2008

Sabine Horn*
bis 29. Mai 2008

Rolf Hunck*
bis 29. Mai 2008

Sir Peter Job

Henriette Mark*
ab 29. Mai 2008

Karin Ruck*
ab 29. Mai 2008

Marlehn Thieme*
ab 29. Mai 2008

Risikoausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Sir Peter Job

Prof. Dr. Henning Kagermann

Suzanne Labarge
ab 29. Mai 2008
– Ersatzmitglied

Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E.h.
Heinrich von Pierer
bis 29. Mai 2008
– Ersatzmitglied

Dr. Theo Siegert
ab 29. Mai 2008
– Ersatzmitglied

Tilman Todenhöfer
bis 29. Mai 2008
– Ersatzmitglied

Nominierungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Ulrich Hartmann
bis 29. Mai 2008

Tilman Todenhöfer
ab 29. Mai 2008

Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h.
Jürgen Weber
bis 29. Mai 2008

Werner Wenning
ab 29. Mai 2008

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

Advisory Boards

European Advisory Board

Professor Dr.-Ing.

Wolfgang Reitzle

– Vorsitzender ab 30. Oktober 2008
Vorsitzender des Vorstands der
Linde AG, München

Werner Wenning

bis 29. Mai 2008

– Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands der
Bayer AG, Leverkusen

Professor Dr. h.c.

Roland Berger

ab 15. Oktober 2008

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Roland Berger Strategy Consultants
GmbH, München

Dr. Kurt Bock

Mitglied des Vorstands der
BASF SE, Ludwigshafen

Dr. Karl-Ludwig Kley

Vorsitzender der Geschäftsleitung
und persönlich haftender Gesell-
schafter der Merck KGaA, Darm-
stadt

Peter Löscher

ab 1. Januar 2009

Vorsitzender des Vorstands der
Siemens Aktiengesellschaft,
München

Francis Mer

Bourg-la-Reine

Alexey A. Mordashov

Vorsitzender des Vorstands,
Severstal;
Generaldirektor des Severstal-
Konzerns, Cherepovets

Dr. h.c. August Oetker

Persönlich haftender
Gesellschafter der
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

Eckhard Pfeiffer

Kitzbühel

Dr. Bernd Pischetsrieder

Urfahrn

Dr. rer. pol. Michael Rogowski

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
J. M. Voith AG, Heidenheim

Håkan Samuelsson

Vorsitzender des Vorstands der
MAN Aktiengesellschaft,
München

Maria-Elisabeth Schaeffler

Gesellschafterin und Vorsitzende
des Aufsichtsrats der
INA-Holding Schaeffler KG,
Herzogenaurach

Jürgen R. Thumann

Präsident des Bundesverbands der
Deutschen Industrie e.V. (bis
31. Dezember 2008),
Vorsitzender des Gesellschafteraus-
schusses der
Heitkamp & Thumann KG,
Düsseldorf

Dr. Dieter Zetsche

Vorsitzender des Vorstands der
Daimler AG und Leiter
Mercedes-Benz Cars, Stuttgart

Americas Advisory Board

Norman Augustine

Ehemaliger CEO und Chairman,
Lockheed Martin

Robert L. Johnson

Gründer und Chairman von
The RLJ Companies

John E. Bryson

Ehemaliger Chairman und CEO,
Edison International

Edward A. Kangas

Ehemaliger Chairman und CEO,
Deloitte

Michael D. Capellas

CEO, First Data Corp.; ehemaliger
Senior Advisor, Silver Lake Partners;
ehemaliger Präsident und CEO,
MCI

Ellen R. Marram

Präsidentin, The Barnegat Group
LLC

Dr. James Ireland Cash

– Emeritus Mitglied
Professor und Senior Associate,
Dean Harvard Business School

Lynn M. Martin

Präsidentin, Martin Hall Group LLC;
ehemalige US-amerikanische
Arbeitsministerin

Robert P. May

Ehemaliger CEO, Calpine Corp.

Anthony W. Deering

Chairman, Exeter Capital, LLC

Senator George J. Mitchell

Ehemaliger Chairman, The Walt
Disney Company

Archie W. Dunham

Ehemaliger Chairman,
ConocoPhillips

Michael E. J. Phelps

Chairman, Dornoch Capital Inc.

Benjamin H. Griswold

Chairman, Brown Advisory

John W. Snow

Chairman, Cerberus Capital
Management, LP; ehemaliger
US-amerikanischer Finanzminister

William R. Howell

Ehemaliger Chairman und CEO,
J.C. Penney Company, Inc.

Latin American Advisory Board

Mauricio Botelho

Chairman und ehemaliger Präsident und CEO, Embraer, Brasilien

Fernando Henrique Cardoso

Ehemaliger Präsident der Föderativen Republik von Brasilien

Armando Garza Sada

Stellvertretender Präsident für Unternehmensentwicklung, Grupo Alfa

Enrique Iglesias

Generalsekretär, Ibero-American Conference

Pedro Pablo Kuczynski

Partner und Senior Advisor, The Rohatyn Group; ehemaliger Premierminister von Peru

Lynn M. Martin

Präsidentin, Martin Hall Group LLC; ehemalige US-amerikanische Arbeitsministerin

Luis Pagani

Präsident, Arcor Group

Horst Paulmann

Chairman und Präsident, Cencosud SA

Miguel Urrutia Montoya

Professor an der Universidad de los Andes; ehemaliger Gouverneur der Zentralnotenbank von Kolumbien

Asia Pacific Advisory Board

Pham Thanh Binh

Chairman und CEO,
Vinashin, Vietnam

Dr. Li Qingyuan

Generaldirektor, Chinesische Wert-
papieraufsichtsbehörde, China

Robert E. Fallon

Assistenzprofessor, Finanz- und
Wirtschaftslehre, Columbia Business
School International

Subramanian Ramadorai

CEO und Managing Director,
Tata Consultancy Services Limited,
Indien

Toru Hashimoto

Ehemaliger Präsident und CEO und
ehemaliger Chairman
The Fuji Bank Ltd., Japan

Dr. Tony Tan

Ehemaliger stellvertretender
Premierminister und Minister für
Sicherheit und Verteidigung von
Singapur, Singapur

Nobuyuki Idei

Gründer und CEO, Quantum Leaps
Corporation; Vorsitzender des Bera-
terkreises, Sony Corporation, Japan

Sofjan Wanandi

Chairman Santini Group, Indonesien

Gang-Yon Lee

Chairman, Board of Directors Korea
Gas Corporation, Korea

Professor Zhang Yunling

Professor für internationale Ökono-
mie an der Chinese Academy of
Social Science, China

Dr. David K.P. Li

Chairman und Chief Executive,
The Bank of East Asia, Hongkong/
China

Climate Change Advisory Board

Lord Browne

Managing Director und Managing
Partner (Europe),
Riverstone Holdings LLC

Lord Oxburgh

Dr. R K Pachauri
Chairman, IPCC

John Coomber

Vorstandsmitglied, Swiss Re

Professor Hans Joachim

Schellnhuber

Direktor, Potsdam-Institut für Klima-
folgenforschung (PIK)

Fabio Feldmann

CEO, Fabio Feldmann Consultores

Robert Socolow

Co-Director,
Carbon Mitigation Initiative

Zhang Hongren

Ehemaliger Präsident, International
Union of Geological Science

Klaus Töpfer

Deutscher Umweltminister a. D.

Amory B. Lovins

Chairman und CEO,
Rocky Mountain Institute

Der Konzern im Dreijahresvergleich

Bilanz in Mio €	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Bilanzsumme	2.202.423	1.925.003	1.520.580
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	269.281	198.892	178.524
Verbindlichkeiten	2.170.509	1.885.688	1.486.694
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	30.703	37.893	33.169
Minderheitsanteile	1.211	1.422	717
Tier-1-Kapital	31.094	28.320	23.539
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	37.396	38.049	34.309
Gewinn-und-Verlust-Rechnung in Mio €	2008	2007	2006
Zinsüberschuss	12.453	8.849	7.008
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.076	612	298
Provisionsüberschuss	9.749	12.289	11.195
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 9.992	7.175	8.892
Sonstige zinsunabhängige Erträge	1.280	2.432	1.399
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	1.037	21.896	21.486
Personalaufwand	9.606	13.122	12.498
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8.216	7.954	7.069
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 252	193	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	585	128	31
Restrukturierungsaufwand	-	- 13	192
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	18.155	21.384	19.857
Ergebnis vor Steuern	- 5.741	8.749	8.339
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	- 1.845	2.239	2.260
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	- 3.896	6.510	6.079
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 61	36	9
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	- 3.835	6.474	6.070
Kennziffern	2008	2007	2006
Ergebnis je Aktie (basic)	- 7,61 €	13,65 €	12,96 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	- 7,61 €	13,05 €	11,48 €
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	4,50 €	4,00 €	2,50 €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	- 11,1 %	17,9 %	20,3 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	- 16,5 %	24,1 %	27,9 %
Aufwand-Ertrag-Relation	134,6 %	69,6 %	69,7 %
Tier-1-Kapitalquote ¹	10,1 %	8,6 %	8,5 %
Eigenmittelquote ¹	12,2 %	11,6 %	12,5 %
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	80.456	78.291	68.849

¹ Quoten für 2008 basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel II), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Quoten für 2007 und 2006 basieren auf dem Basel I-Standard und sind daher auf einer nicht vergleichbaren Basis berechnet.

Patronatserklärung¹

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

Berliner Bank AG & Co. KG, Berlin

DB Investments (GB) Limited, London

Deutsche Asset Management International GmbH,
Frankfurt am Main

Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft
mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fonds-
verwaltung mbH, Frankfurt am Main

Deutsche Australia Limited, Sydney

Deutsche Bank A.Ş., Istanbul

Deutsche Bank Americas Holding Corp.,
Wilmington

Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking

Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg

Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur

Deutsche Bank Polska S.A., Warschau

Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon

Deutsche Bank ZRt., Budapest

Deutsche Bank S.A., Buenos Aires

Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo

Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel

Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española,
Barcelona

Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand

Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf

Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur

Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London

Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong

Deutsche Securities Limited, Hongkong

DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main

DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main

DWS Investment S.A., Luxemburg

OOO Deutsche Bank, Moskau

¹ Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

Glossar

Allgemeine Geschäftsrisiken

Risiken, die aufgrund geänderter Rahmenbedingungen wie Marktumfeld, Kundenverhalten und technischem Fortschritt entstehen. Diese Veränderungen können unsere Ertragslage beeinträchtigen, wenn wir uns nicht sofort auf die veränderten Bedingungen einstellen.

Alternative A (Alt-A)

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit einer Bonität besser als → subprime, aber schlechter als → prime verstanden werden.

Alternative Assets/Investments

Direkte Investitionen in → Private Equity, Wagniskapital, Mezzaninekapital, Immobilienkapitalanlagen und Anlagen in Leveraged-Buy-out-Fonds, Wagniskapitalfonds sowie → Hedgefonds.

Anlagebuch

Risikotragende Positionen, die nicht dem → Handelsbuch zugeordnet werden.

Asset-backed Securities

Besondere Form verbriefter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Restrukturierung bestimmter Finanzaktiva entstanden (→ Securitization).

Aufsichtsrechtliche Risikoposition

Die aufsichtsrechtliche Risikoposition nach → Basel II setzt sich zusammen aus den Adressenausfallrisiken, den Marktrisiken und den operationellen Risiken. Diese Risikokomponenten werden auf der Basis von Standard- oder fortgeschrittenen Methoden errechnet. Das Marktrisiko entspricht dem 12,5-Fachen des → Value-at-Risk (99 % → Konfidenzniveau, zehn Tage Haltedauer), das wir auf Basis unserer aufsichtsrechtlich anerkannten internen Risikomodelle berechnen und mit einem institutsspezifischen Multiplikator hochskalieren.

Aufwand-Ertrag-Relation

Grundsätzlich: Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.

Backtesting

Verfahren zur Überprüfung der Vorhersagekraft des → Value-at-Risk-Konzepts. Hierbei werden auf täglicher Basis hypothetisch erzielte Gewinne und Verluste mit den durch das Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

Basel II

Die neuen Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, die insbesondere die Ermittlung der → aufsichtsrechtlichen Risikoposition nach Basel I ersetzt haben.

Broker/Brokerage

Broker nehmen Wertpapieraufträge von Banken und privaten Investoren an und führen sie im Auftrag des Kunden aus. Für seine Tätigkeit (Brokerage) erhält der Broker üblicherweise eine Provision.

Buy-out

Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten.

Cash Management

Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.

Clearing

Die Übermittlung, Abstimmung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen.

Collateralized Debt Obligations (CDOs)

→ Asset-backed Securities, die mit Krediten oder Schuldverschreibungen besichert wurden.

Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS)

→ Mortgage-backed Securities (MBS), die Kredite für gewerbliche Immobilien verbriefen.

Credit Default Swap

Eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien, gemäß der eine Partei einen festen Coupon über eine spezifizierte Periode zahlt. Die andere Partei nimmt so lange keine Zahlung vor, bis ein spezifiziertes Ereignis wie zum Beispiel ein Ausfall eintritt. Zu diesem Zeitpunkt wird dann eine Zahlung getätigt und der Credit Default Swap ist beendet.

Credit Linked Note

Wertpapiere, die ein Kreditderivat, meist einen → Credit Default Swap, enthalten.

Custody

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.

Derivate

Finanzinstrumente, deren Bewertung sich überwiegend vom Preis, von den Preisschwankungen und den Preisermutungen der zugrunde liegenden Basisinstrumente (beispielsweise Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) ableitet. Zu den Derivaten zählen insbesondere → Swaps, → Optionen und → Futures.

Durchschnittliches Active Equity

Wir berechnen das Active Equity, um einen Vergleich mit unseren Konkurrenten zu vereinfachen. Dieses fließt in die Berechnung verschiedenster Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach → IFRS. Bei einem Vergleich unserer Kennzahlen, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die wir unser durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital bereinigen, sind die durchschnittlichen unrealisierten

Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und die durchschnittlichen Fair-Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird.

Eigenkapital gemäß Basel II

Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital in Übereinstimmung mit der neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarung von 2004 für Kreditinstitute. Das Eigenkapital gemäß Basel II setzt sich zusammen aus:

- Tier-1-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und bestimmte → hybride Kapitalinstrumente,
- Tier-2-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, kumulative Vorzugsaktien, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten und nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren,
- Tier-3-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Tier-2-Kapital.

Tier-2-Kapital kann nur bis zur Höhe des Tier-1-Kapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Tier-2-Kapital auf 50 % des Tier-1-Kapitals beschränkt ist.

Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem → durchschnittlichen Active Equity)

Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich von Minderheitsanteilen, am → durchschnittlichen Active Equity.

Equitymethode

Bewertungsmethode für Beteiligungen an Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Anteilige Jahresüberschüsse/(-fehlbeträge) des Beteiligungsunternehmens erhöhen (vermin-

dem) den Beteiligungsbuchwert und gehen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung ein. Ausschüttungen/Dividenden vermindern den Beteiligungsbuchwert, ohne die Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berühren.

Ergebnis je Aktie

Nach → IFRS ermittelte Kennziffer, die den Gewinn, der den Aktionären der Gesellschaft zurechenbar ist, der durchschnittlichen Zahl an ausstehenden Stammaktien gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der angenommenen Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, noch nicht unverfallbarer zugeteilter Aktienrechte und wandelbarer Schuldtitel und bestimmter Terminkontrakte die Zahl der Aktien erhöhen kann.

Erwarteter Verlust

Maßeinheit für den Ausfallverlust unseres Kreditportfolios, der innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verlustdaten zu erwarten ist.

Event-Risk-Szenarien

Szenarien, die erhebliche Ereignisse wie beispielsweise große Bewegungen in Zinsen oder Wechselkursen darstellen.

Exposure

Geldbetrag, welcher der Bank bei Eintritt eines Verlusts aus einem eingegangenen Risiko, beispielsweise beim Ausfall eines Kreditnehmers oder Vertragspartners, verloren gehen kann.

Fair Value

Betrag, zu dem Aktiva beziehungsweise Passiva zwischen sachkundigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht würden.

Futures

Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierte Terminkontrakte, bei welchen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zuge-

höriges Handelsobjekt zum festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (beispielsweise Terminkontrakten auf der Basis von Aktienindizes) zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtung anstelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.

Goodwill

Der Betrag, den ein Käufer bei Übernahme eines Unternehmens unter Berücksichtigung zukünftiger Ertragsersparungen über den → Fair Value der einzelnen identifizierbaren Vermögensgegenstände und Schulden hinaus zahlt.

Handelsbuch

Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zweck des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene Geschäfte (zum Beispiel zur Absicherung). Nicht zum Handelsbuch zugehörige risikotragende Positionen werden dem → Anlagebuch zugeordnet.

Hedge Accounting

Bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, die an bestimmte Voraussetzungen geknüpft sind.

Hedgefonds

Fonds, der normalerweise von Institutionen und vermögenden Privatpersonen gezeichnet wird. Er setzt Strategien ein, die für Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdverschuldung und → Derivate. Hedgefondsrenditen sind meist nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte korreliert.

Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Kapitalinstrumente, die sich durch gewinnabhängige Zinszahlungen auszeichnen. Soweit im Verlustfall ausgefallene

Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulative Trust Preferred Securities) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Tier-1-Kapital. Andernfalls sind sie dem Tier-2-Kapital zuzurechnen (zum Beispiel kumulative Trust Preferred Securities).

IFRS (International Financial Reporting Standards)/vormals IAS (International Accounting Standards)

Rechnungslegungsstandards des International Accounting Standards Board, die eine weltweit transparente und vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen sollen. Maßgeblicher Zweck ist die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, insbesondere für Investoren.

Investment Banking

Sammelbegriff für kapitalmarktorientierte Geschäfte. Hierunter fallen insbesondere Emission und Handel von Wertpapieren und ihren → Derivaten, Zins- und Währungsmanagement, Corporate Finance, Beratung bei Übernahmen und Fusionen, strukturierte Finanzierungen und → Private Equity.

Kapitaladäquanzquote

Kennziffer für Kreditinstitute, die das in Prozent ausgedrückte Verhältnis von aufsichtsrechtlichem → Eigenkapital zu → aufsichtsrechtlicher Risikoposition angibt. Die einzuhaltende Mindestkennziffer für die Eigenkapitalquote beträgt 8 %.

Kapitalflussrechnung

Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.

Konfidenzniveau

Im Rahmen des → Value-at-Risk-Konzepts ist es die Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust innerhalb des Intervalls liegt, welches durch den Value-at-Risk angegeben wird.

Kreditderivate

Finanzinstrumente, mittels derer das mit Darlehen, Anleihen oder anderen Risikoaktiva beziehungsweise Marktrisikopositionen verbundene → Kreditrisiko auf als sogenannte Sicherungsgeber auftretende Parteien übertragen wird. Dabei werden die ursprünglichen Kreditbeziehungen der Sicherungsnehmer (die Parteien, welche die Kreditrisiken abgeben) weder verändert noch neu begründet.

Kreditrisiko

Risiko, dass Kunden ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Das Kreditrisiko umfasst Ausfall-, Länder- (→ Länderrisiko) und Abwicklungsrisiken.

Länderrisiko

Das Risiko, dass in einem beliebigen Land ein Verlust aufgrund politischer und sozialer Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, durch Devisenkontrollen oder eine Abwertung der Landeswährung entsteht.

Latente Steuern

Zukünftig zu zahlende oder zu erstattende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen zwischen Steuer- und Handelsbilanz resultieren, oder der Wert nicht genutzter steuerlicher Verlustvorträge oder anderer steuerlicher Anrechnungsguthaben. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber den Finanzämtern dar.

Leverage Ratio

Verhältnis des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals zur Summe der Aktiva.

Leveraged-Finance-Aktivitäten

Finanzierung eines Unternehmenskaufs mittels hoher Fremdkapitalaufnahme (Leverage).

Liquiditätsrisiko

Bezeichnet die Gefährdung unserer Gewinne und unseres Kapitals bei einer potenziellen Unfähigkeit der Bank, ihre Verpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen, ohne dabei unannehmbar hohe Verluste einzugehen.

Mark-to-market-Bewertung

Bewertung zu aktuellen Marktpreisen. Gilt zum Beispiel für Handelsaktivitäten.

Marktrisiko

Resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen) sowie den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitätsniveaus.

Mezzanine

Flexible Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital.

Hier: langfristiges nachrangiges Finanzierungsinstrument zur Wachstumsfinanzierung, das gleichzeitig die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis stärkt.

Monoline-Versicherer

Versicherer, die Kreditversicherungen für Emittenten von Schuldverschreibungen und andere Marktteilnehmer anbieten.

Monte Carlo-Simulation

Modell, das den Gewinn oder Verlust aus einer Transaktion für eine große Zahl (beispielsweise 10.000) von unterschiedlichen Marktszenarien berechnet.

Mortgage-backed Securities (MBS)

→ Asset-backed Securities, die Hypothekendarlehen verbrieft. Unterkategorien sind → Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) und → Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS).

Nettingvereinbarungen

Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Nettingvereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.

Nettovermögen je ausstehende**Stammaktie**

Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ergibt sich durch Division des Deutschen Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausstehenden Stammaktien (basic, beide zum Bilanzstichtag).

Ökonomisches Kapital

Messgröße, anhand derer mit einem hohen Maß an Sicherheit das Eigenkapital ermittelt werden kann, das zu einem beliebigen Zeitpunkt benötigt wird, um unerwartete Verluste aus dem aktuellen Engagement aufzufangen. Es ist streng vom bilanziellen Eigenkapital zu unterscheiden.

Operationelles Risiko

Risiko des Verlusts im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Spezifikationen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, Projekten, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt unter anderem rechtliche und aufsichtsrechtliche Risiken ein.

Option

Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).

OTC-Derivate

Finanzinstrumente (→ Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over the Counter) gehandelt werden.

Personalaufwandsquote

Prozentualer Anteil des Personalaufwands an den Erträgen insgesamt, die als Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge definiert sind.

Portfolio (Portfeuille)

Allgemein: Teil oder Gesamtheit einer oder aller Klassen von Vermögenswerten (zum Beispiel Wertpapiere, Kredite, Beteiligungen oder Immobilien). Die Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung. Hier: Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder → Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.

Prime

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit hoher Bonität verstanden werden.

Prime Brokerage

Eine Dienstleistung, die → Clearing, Abwicklung von Handelsgeschäften, → Custody, Aufstellung von Abschlüssen und Finanzierung für institutionelle Anleger beinhaltet.

Private Banking

Geschäft mit anlageorientierten vermögenden Kunden.

Private Equity

Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.

Projected Unit Credit Method

Anwartschaftsbarwertverfahren für die Bewertung von Pensionszusagen; es handelt sich um ein Kapitalansammlungsverfahren nach IAS 19, nach dem die Verpflichtung mit dem versicherungsma-

thematischen Barwert des am Abschlussstichtag erworbenen Versorgungsanspruchs anzusetzen ist. Charakteristisch ist, dass bei dynamischen Pensionszusagen Trendannahmen (zum Beispiel hinsichtlich zu erwartender Gehaltssteigerungen) zu berücksichtigen sind. Der Zinsfuß zur Diskontierung orientiert sich an Zinssätzen für Schuldverschreibungen, die von Unternehmen mit hoher Bonität begeben werden.

Rating

Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schudtitel durch spezialisierte Agenturen.

Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes → Exposure eines Schuldners.

Repogeschäft**(Repurchase Agreement)**

Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften (echte Pensionsgeschäfte, deren Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.

Residential Mortgage-backed**Securities (RMBS)**

→ Mortgage-backed Securities (MBS), die Wohnungsbaukredite verbriefen.

Return on Equity**(RoE)/Eigenkapitalrendite**

Grundsätzlich: Kennziffer zur Ertragslage eines Unternehmens, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt. Hier: Ergebnis in Prozent des im Jahresdurchschnitt eingesetzten Eigenkapitals.

Sachaufwandsquote

Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, an den Erträgen insgesamt, die als Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge definiert sind.

Sarbanes-Oxley Act (SOX)

US-Kapitalmarktgesetz aus dem Jahr 2002, das als Reaktion auf eine Anzahl von Bilanzskandalen die Corporate Governance stärken und damit das Vertrauen der Investoren in den Kapitalmarkt zurückgewinnen soll. Die neuen und erweiterten Regelungen gelten für alle an einer US-Börse gelisteten Unternehmen und reichen von zusätzlichen Vorstandsaufgaben bis zu strafrechtlichen Bestimmungen.

Securitization (Verbriefung)

Grundsätzlich: Verkörperung von Rechten in Wertpapieren (beispielsweise Aktien und Schuldverschreibungen).

Hier: Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (etwa Schuldverschreibungen oder Commercial Paper).

Segmentberichterstattung

Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen eines Unternehmens, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geographischen Merkmalen (Regionen).

Shareholder Value

Managementkonzept, das dauerhafte Wertsteigerungen des Unternehmens in den Mittelpunkt strategischer und operativer Entscheidungen stellt. Kerngedanke ist, dass nur Renditen, die über den Eigenkapitalkosten liegen, Wert für die Aktionäre schaffen.

Subprime

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit geringer Bonität verstanden werden.

Swaps

Grundsätzlich: Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen und Kapitalbeträgen in unterschiedlichen Währungen.

US GAAP**(United States Generally Accepted Accounting Principles)**

Rechnungslegungsstandards der USA, die in engerem Sinne durch Verlautbarungen des Financial Accounting Standards Board (FASB) sowie des American Institute of Certified Public Accountants (AICPA) gebildet werden. Darüber hinaus sind insbesondere für börsennotierte Unternehmen die von der Wertpapieraufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission (SEC) entwickelten Interpretationen und Auslegungen von Relevanz. Ähnlich den → IFRS liegt die maßgebliche Zielsetzung in der Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen im Jahresabschluss, die insbesondere für Investoren nützlich sein sollen.

Value-at-Risk-Konzept

Misst für ein gegebenes → Portfolio den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen in einer bestimmten Periode und mit einem bestimmten → Konfidenzniveau nicht überschritten wird.

Wrapped Bond

Schuldverschreibung, die von Dritten versichert oder garantiert wird.

Zielgrößendefinition

Bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Immobilien) oder signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Goodwillabschreibungen oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) werden in unserer Zielgrößendefinition unberücksichtigt gelassen, wenn diese keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder der Deutschen Bank haben.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert sind und nicht als Kredite und

Forderungen oder zum Fair Value klassifiziert sind. Sie werden mit ihrem → Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in den nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Wertminderungen und realisierte Gewinne und Verluste werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung vereinnahmt.

Impressum/Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Theodor-Heuss-Allee 70
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10-00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
 (08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
 (08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
 (0 69) 9 10 3 80 80
 db.ir@db.com

Jahresbericht 2008 und Finanzbericht 2008
 im Internet:
www.deutsche-bank.de/08

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen sowie die zugrunde liegenden Annahmen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren sind in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 24. März 2009 im Abschnitt „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Dieses Dokument ist auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

Gerne senden wir Ihnen die folgenden Publikationen zum Jahresabschluss.

Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2008 und dem Finanzbericht 2008, besteht.

Jahresbericht 2008
 (in Deutsch und Englisch)

Finanzbericht 2008
 (in Deutsch und Englisch)

Annual Report 2008 on Form 20-F
 (in Englisch)

Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2008
 (in Deutsch und Englisch)

Verzeichnis der Mandate
 (in Deutsch und Englisch)

Verzeichnis des Anteilsbesitzes 2008
 (in Deutsch und Englisch)

Verzeichnis der Beiratsmitglieder
 (in Deutsch)

Gesellschaftliche Verantwortung – Bericht 2008
 (ab Mai 2009 in Deutsch und Englisch)

So können Sie bestellen:

- per E-Mail an service-center@bertelsmann.de
- im Internet unter www.deutsche-bank.de/08
- per Fax an (0 18 05) 07 08 08
- mit Anruf unter (0 18 05) 80 22 00
- per Post bei
 arvato logistics services
 Bestellservice Deutsche Bank
 Gottlieb-Daimler-Straße 1
 D-33428 Harsewinkel

Wichtige Termine

2009

28. April 2009	Zwischenbericht zum 31. März 2009
26. Mai 2009	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
27. Mai 2009	Dividendenzahlung
29. Juli 2009	Zwischenbericht zum 30. Juni 2009
29. Oktober 2009	Zwischenbericht zum 30. September 2009

2010

04. Februar 2010	Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2009
12. März 2010	Geschäftsbericht 2009 und Form 20-F
27. April 2010	Zwischenbericht zum 31. März 2010
27. Mai 2010	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
28. Mai 2010	Dividendenzahlung
28. Juli 2010	Zwischenbericht zum 30. Juni 2010
28. Oktober 2010	Zwischenbericht zum 30. September 2010
